LE 22 Sep:

Entwürfe

neuer Justizorganisations-Gesetze

für

das Fürstenthum Lippe.

LANDES-BIBLIOTHEK DETMOLD

1) Gerichts-Ordnung.
2) Advokaten-Ordnung.
3) Gesetz über die juristischen Prüfungen.
4) Straf-Prozeß-Ordnung.
5) Gesetz über die gerichtliche Polizei.
6) Civil-Prozeß-Ordnung.
7) Gesetz über die Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit.
8) Einführungs-Gesetz.
9) Bemerkungen. A. Allgemeine, namentlich auch in Bezug auf den Kostenpunkt. B. Specielle zu den einzelnen Entwürfen.

1851.

Detmold
LE 22

Berichtigungen.

Gerichts-Ordnung.

S. 1. „Gesetz" muß heißen: „Entwurf eines Gesetzes".
S. 6. Nr. 3. a. E. ist hinter „ferner" hinzuzufügen: „erkennen sie".
S. 7. §. 12. statt „Keisgerichte" — „Kreisgerichte"; statt „3 Jahren" — „3 Jahre".
S. 8. 2te Zeile v. unten, hinter „Verhinderungsfällen" hinzuzufügen: „der Staatsanwälte".

Advokaten-Ordnung.

S. 4. §. 11. im 2ten Absatze statt „Fächern" — „Fällen".

Straf-Prozeß-Ordnung.

S. 6. erste Zeile v. oben, statt „Anktäger" — „Ankläger".
S. 8. erste Zeile v. oben, statt „Verhaftung" — „Verhaftung".
S. 14. §. 64. a. E. statt „Stimmmehrheit" — „Stimmenmehrheit", und sind die Worte „vorbehältlich jedoch der Bestimmungen in §. 92." zu streichen; desgl. §. 67. das Wort „und".
S. 23. §. 101. statt „Ankunftspersonen" — „Auskunftspersonen".

Civil-Prozeß-Ordnung.

S. 8. §. 18. a. E. statt „§. 19." — „§. 17."
S. 10. §. 28. statt „gerichtete Klage" — „gerichteten Klagen".
S. 18. §. 73. statt „seinen" — „seine".
§. 77. statt „abgegeben" — „abgegebene".
S. 21. §. 96. statt „zuständige" — „zuständigen".
S. 22. §. 99. statt „vorgegracht" — „vorgebracht".
S. 27. §. 134. statt „§. 142" — „§. 133".
S. 29. §. 138. ist zwischen den Worten „gegen" und „Gegner" einzuschalten — „den".
S. 32. §. 158. statt „verweisen" — „verwiesen".

S. 33. §. 163. Nr. 6. statt „dieser“ — „diesen“.
S. 64. Tit. 2. in der Ueberschrift und §. 310. in der ersten Zeile statt „erster Instanz“ — „der Amts-, Stadt- und Kreisgerichte“.
S. 65. §. 314. hinter „Director“ einzuschalten — „des Obergerichts“.
S. 84. Nr. 14 hinter „zweiter Instanz“ einzuschalten — „(§§. 310. 320.), so wie“; „4 Rthl.“ ist zu streichen.
S. 85. Nr. 15. hinter „erfolgen“ einzuschalten — „beim Cassationshofe bei Gegenständen bis 200 Rthl. — 4 Rthl., bei höhern“.
S. 87. Nr. 24. statt „(Gesetz vom)“ — „(Gerichts-Ordnung §. 11.)“.

Bemerkungen ꝛc.

S. 17. in der 19ten Zeile v. oben, statt „den Höchstbesteuerten“ — „der Höchstbesteuerten“.
S. 25. in der 3ten Zeile v. unten, statt „hiesiegen“ — „hiesigen“.
S. 36. in der 9ten Zeile v. unten, statt „Sportelmasse“ — „Sportelcasse“.

Gesetz

über die Verfassung der Gerichte und der Staats-Behörde bei denselben.

(Gerichtsordnung.)

A. Die Gerichtsbarkeit als Ausfluß der Staatsgewalt. Aufhebung der Patrimonialgerichte.

§. 1.

Die Gerichtsbarkeit wird künftig nur durch die vom Staate bestellten Gerichte ausgeübt.

Die bisherigen Patrimonial-Gerichte, nämlich das erbherrlich Schaumburg-Lippische Amt Blomberg, das freiherrlich von Blombergsche Amt Iggenhausen, das Stiftsgericht zu Cappel und die städtischen Gerichte werden aufgehoben.

B. Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung. Aufhebung der Polizei-Gerichtsbarkeit.

§. 2.

Die Rechtspflege wird von der Verwaltung getrennt. Die bei den Aemtern bis jetzt stattfindende Vereinigung beider wird aufgehoben.

Diejenige Gerichtsbarkeit, welche bisher die Regierung, namentlich

hin-

hinsichtlich der Erkennung der Gogerichts- und Corrections-Strafen ausübte, desgleichen diejenige Strafgerichtsbarkeit, welche bisher den Polizeibehörden zustand, wird ausschließlich den zuständigen Gerichten überwiesen.

Wird die Frage, ob eine Rechts- oder Verwaltungssache vorliege, im einzelnen Falle streitig, so entscheidet darüber der Cassationshof.

C. Arten der Gerichte.

§. 3.

Als Gerichte des hiesigen Landes sollen künftig nur folgende bestehen:

1) Stadt- und Amtsgerichte,
2) Kreisgerichte,
3) das Obergericht,
4) das Geschwornengericht,
5) der Cassationshof.

Neben diesen Gerichten werden noch beibehalten:

Das Militairgericht für Militairvergehen und
die Bürgerwehrgerichte für Dienstvergehen der Bürgerwehren.

Alle andern bisher- für einzelne Klassen von Personen oder Sachen bestehenden Gerichte, namentlich das Consistorium, das Hofmarschallamt in ihrer Eigenschaft als Gerichte, und das Forstgericht der Eximirten werden aufgehoben.

Die Einholung von Facultäts-Erkenntnissen findet künftig nicht mehr statt. Die Errichtung besonderer Gewerbe-, Handels- und landwirthschaftlicher Gerichte, für die geeigneten Fälle, bleibt vorbehalten.

D. Verzeichniß und Sitz der einzelnen Gerichte.

§. 4.

Die Stadt- und Amts-Gerichte sind folgende:

1) Stadtgericht Detmold, mit dem Sitze zu Detmold;
2) Amtsgericht Detmold, mit dem Sitze zu Detmold;
3) Stadt- und Amts-Gericht Lage, mit dem Sitze zu Lage;
4) Stadt- und Amts-Gericht Horn, mit dem Sitze zu Horn;
5) Stadt- und Amtsgericht Blomberg, einschließlich des bisherigen Amts Schieder, mit dem Sitze zu Blomberg;
6) Amtsgericht Schwalenberg, mit dem Sitze zu Schwalenberg;
7) Amtsgericht Lipperode, einschließlich des bisherigen Stiftsgerichts zu Kappel, mit dem Sitze zu Lipperode;
8) Stadtgericht Lemgo, mit dem Sitze zu Lemgo;
9) Amtsgericht Brake, mit dem Sitze zu Brake;

10) Amtsgericht Oerlinghausen, mit dem Sitze zu Oerlinghausen;
11) Stadt- und Amtsgericht Uflen, einschließlich des bisherigen Amts Schötmar, mit dem Sitze zu Uflen;
12) Stadt- und Amts-Gericht Alverdissen, (bestehend aus der Stadt Barntrup und den bisherigen Aemtern Sternberg und Barntrup), mit dem Sitze zu Alverdissen;
13) Amtsgericht Hohenhausen, (bestehend aus dem bisherigen Amte Varenholz beide Vogteien) mit dem Sitze zu Hohenhausen.

Eine zweckmäßigere Abrundung der bisherigen Amts- und Stadtgerichts-Bezirke bei der künftigen Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes bleibt der Regierung im Verwaltungswege vorbehalten.

Die beiden Kreisgerichte haben zu Detmold und Lemgo ihren Sitz.

Das Kreisgericht zu Detmold erstreckt sich über die Stadt- und Amtsgerichtsbezirke unter Ziffer 1—7 einschließlich; das Kreisgericht zu Lemgo über die Stadt- und Amts-Gerichts-Bezirke unter Ziffer 8—13.

Die Urtheilssitzung eines Kreisgerichts kann in geeigneten Fällen auch an den Sitzen der betreffenden Stadt- oder Amtsgerichte stattfinden.

Das Obergericht hat seinen Sitz zu Detmold.

Das Geschwornen-Gericht wird, nach Umständen vierteljährlich oder halbjährlich, und zwar am Sitze des Obergerichts abgehalten, wenn dem letztern im einzelnen Falle die Wahl eines andern Ortes nicht zweckmäßiger erscheint.

E. Besetzung der Gerichte.

a. Der Stadt- und Amts-Gerichte.

§. 5.

Jedes Stadt- und Amtsgericht wird der Regel nach mit einem einzigen Richter und einem Gerichtsschreiber (Secretair, Actuar) besetzt. Der letztere braucht nicht nothwendig ein Rechtsgelehrter zu sein. Beim Amtsgericht zu Lipperode versieht der Richter zugleich den Dienst des Actuars.

Macht der Geschäftsumfang in einem einzelnen Stadt- oder Amts-Gerichts-Bezirke die Anstellung eines zweiten Richters nöthig, so wird diesem ein besonderer Geschäftskreis angewiesen.

Für Behinderungsfälle kann auch der Gerichtsschreiber, falls dieser bereits sich als Richter qualificirt hat, mit den Richtergeschäften beauftragt werden.

b. Der Kreisgerichte.

§. 6.

Die Kreisgerichte werden mit einem Director und zwei bis drei Räthen oder Assessoren, sowie mit einem Secretair besetzt.

 Außer-

Außerdem werden für jedes Kreisgericht aus der Zahl der am Sitze desselben oder in der Nähe wohnenden Stadt- oder Amtsrichter, oder anderer zum Richterdienste qualificirter Personen, zwei oder mehrere Ergänzungsrichter für diejenigen außerordentlichen Fälle erwählt, wo wegen Ablehnung (Recusation) oder wegen sonstiger Behinderung eines oder mehrerer der Kreisrichter die zur Ertheilung eines Erkenntnisses in den Proceßordnungen vorgeschriebene Zahl derselben nicht vorhanden sein würde.

c. Des Obergerichts.

§. 7.

Die Justizcanzlei und das Hofgericht werden aufgehoben. Das künftige Obergericht besteht aus einen Director und vier bis fünf Räthen oder Assessoren, nebst einem bis zwei Secretären.

Für außerordentliche Fälle der Behinderung werden aus der Zahl der Kreisrichter, oder anderer zum Richterdienst qualificirter Personen, zwei oder mehrere zu Ergänzungsrichtern bestellt.

d. Des Geschwornen-Gerichts.

§. 8.

Das Geschworenen-Gericht besteht aus drei Richtern, einem Secretair und zwölf Geschworenen. Die nähere Bestimmung über die Ernennung der Richter und die Wahl der Geschwornen enthält die Straf-Proceß-Ordnung. (§ 121. §§ 106. ff.)

e. Des Cassationshofes.

§. 9.

Den Cassationshof bildet das mit dem Herzogthum Braunschweig gemeinschaftliche Obergericht zu Wolfenbüttel. Derselbe besteht aus wenigstens sieben Mitgliedern des letztern, nach den in der Herzogl. Braunschweigischen Gerichtsverfassung vom 21. August 1849. §§. 2. 3. 9. getroffenen, hier folgenden, nähern Bestimmungen:

§. 2. „Das Obergericht ist der oberste Gerichtshof des Landes und hat seinen Sitz in Wolfenbüttel."

§. 3. „Das Obergericht hat drei Senate."

„Dem ganzen Gerichte und dem ersten Senate steht der erste Präsident und jedem der andern Senate ein Präsident vor."

„Jeder Senat ist außer dem Präsidenten mindestens mit zwei Richtern besetzt. In Behinderungsfällen des ersten Präsidenten geht der Vorsitz in dem ganzen Gerichte auf den ältesten Präsidenten nach

nach ihm, in dem betreffenden Senate auf das erste Mitglied desselben über."

„Die Vertheilung der Mitglieder in die Senate geschieht jährlich durch die drei Präsidenten und wird öffentlich bekannt gemacht."

„Befindet sich ein Mitglied, welchem früher eine Sache zur Bearbeitung übertragen war, zu der Zeit, wenn dieselbe zur Entscheidung kommt, nicht in dem Senate, welchem die Entscheidung obliegt, so kann dasselbe für diese Sache in diesem Senate herangezogen werden."

„Jedem Senate ist ein Secretair beigegeben."

„Außerdem ist bei dem Obergerichte das erforderliche Boten- und Canzlei-Personal angestellt."

§. 9. Ueber Nichtigkeits-Beschwerden sowohl in Straf- als Civilsachen entscheidet ein Cassationshof, welcher gebildet wird aus den drei Präsidenten und zwei nach der im §. 3 enthaltenen Vorschrift zu bestimmenden und bekannt zu machenden Mitgliedern jedes Senates. Von den letztern fungiren vier als ordentliche Mitglieder des Cassationshofes, die übrigen zwei als Ergänzungsrichter. Der Cassationshof ist beschlußfähig, wenn außer dem Präsidenten noch sechs Mitglieder zugegen sind."

Unterbeamten-Personal.

§. 10.

Bei jedem Gerichte wird das erforderliche Unterbeamten-Personal angestellt.

F. Bestimmungen über die Zuständigkeit (Competenz) der Gerichte.

a. Der Stadt- und Amtsgerichte.

§. 11.

Alle bisherigen Befreiungen (Exemtionen) hinsichtlich des Gerichtsstandes werden aufgehoben.

Die Stadt- und Amtsgerichte sind insofern zugleich Friedensgerichte, als für den Zweck einer gütlichen Beilegung alle der Verfügung der Betheiligten überhaupt unterworfenen Sachen innerhalb des Gerichtsbezirks vor Beginn eines Processes darüber vor die obigen Gerichte gebracht werden können.

Die Stadt- und Amtsgerichte erkennen in allen Strafsachen, bei denen die

die Strafe 14tägiges Gefängniß, oder verhältnißmäßige Geldstrafe (§. 18. des Cr. G. B.) nicht übersteigt, sowie ohne Rücksicht auf den Betrag der Strafe, in allen Feld-, Forst- und Jagdwrugen und bei Unpflichten. Die Befugnisse und Verpflichtungen der Stadt- und Amtsgerichte in den übrigen Strafsachen sind in der Straf-Proceß-Ordnung näher bestimmt.

Die Stadt- und Amtsgerichte sind hinsichtlich der bürgerlichen (Civil-) Rechtssachen zuständig, wenn

1) dieselben zu den unstreitigen Forderungen im Sinne der §§. 155—158 der Civil-Proceß-Ordnung gehören, für den Zweck des hinsichtlich derselben dort angeordneten besondern Verfahrens.

Sie erkennen in erster Instanz in allen Civilsachen, wenn

2) deren Gegenstand schätzbar ist und den Werth von 50 Rthl. nicht übersteigt, desgleichen wenn

3) bei Gegenständen von höherm Werthe die Parteien sich freiwillig der Entscheidung des betreffenden Stadt- oder Amtsgerichts unterwerfen und das letztere zur Uebernahme der Sache bereit ist. Diese freiwillige Unterwerfung (Prorogation) ist aber ausgeschlossen in denjenigen Fällen, wo die Staatsanwaltschaft, nach §. 12. der Civil-Pr. O., von Amtswegen als Partei auftritt, ferner

4) ohne Rücksicht auf den Werthbetrag bei Besitzstörungen; Arrestanlagen, vorbehältlich der Rechtfertigung des Arrestes vor dem Kreisgerichte, wenn der Gegenstand zu dessen Competenz gehört; bei vorläufigen (provisorischen) Verfügungen; bei Ansprüchen aus vollstreckbaren Urkunden, im Sinne der §§. 337. 339. der Civil-Prozeß-Ordnung, so lange dabei keine zu erörternde Einreden erhoben werden; bei Vollstreckung der von den obern Gerichten ergangenen rechtskräftigen Erkenntnisse, unter der gleichen Beschränkung und bei Ansprüchen wegen unehelicher Schwängerung.

Die Stadt und Amtsgerichte sind verpflichtet, in allen auch bei den Kreisgerichten oder bei dem Obergerichte in Verhandlung stehenden Sachen Aufträge zur Vornahme einzelner gerichtlichen Handlungen zu vollziehen, z. B. Zeugen abzuhören, Augenscheine einzunehmen u. s. w.

Den Stadt- und Amtsgerichten liegt innerhalb ihres Bezirks die gesammte freiwillige Gerichtsbarkeit (namentlich die Führung der Cataster und Hypothekenbücher, das Vormundschafts- und Depositenwesen, die gerichtliche Aufnahme von Verträgen, letztwilligen Verfügungen ꝛc.) nach den bestehenden und noch jetzt oder künftig zu erlassenden Gesetzen ob. Die früher bei andern Gerichten hinsichtlich der Exmirten geführten Hypothekenbücher und Vormundschaften werden an die betreffenden Stadt- und Amtsgerichte abgegeben.

b. Der

b. Der Kreisgerichte.

§. 12.

Die Keisgerichte erkennen in erster Instanz über alle Strafsachen, die nicht einerseits zur Competenz der Stadt- und Amtsgerichte oder andererseits vor das Geschwornen-Gericht gehören, sowie in erster Instanz in allen Civilsachen, für welche die Stadt- und Amtsgerichte nicht zuständig sind.

Zur Führung der Voruntersuchungen sowohl in den von den Kreisgerichten selbst, als in den von dem Geschwornen-Gerichte zu entscheidenden Strafsachen werden bei jedem der beiden Kreisgerichte ein Mitglied derselben oder mehrere als Untersuchungsrichter bestellt.

Diese nehmen an der Entscheidung der Straf- und Civilsachen Theil, mit Ausnahme derjenigen Strafsachen, in welchen sie die Voruntersuchung geführt haben.

Untersuchungsrichter, welche drei Jahre diese Function versehen haben, können der Regel nach verlangen, daß sie auf die nächsten 3 Jahren von derselben befreit werden.

Ueber das Verhältniß der Untersuchungsrichter zu den Kreisgerichten und die beiderseitigen Befugnisse enthalten die §§. 36. 37. der Straf-Proceß-Ordnung die nähern Bestimmungen.

c. Des Obergerichts.

§. 13.

Das Obergericht ist die zweite und zugleich letzte Instanz für alle bei den Stadt- und Amtsgerichten, sowie bei den Kreisgerichten in erster Instanz entschiedenen Civilsachen.

Das Obergericht entscheidet über Beschwerden gegen Verfügungen der Stadt- und Amtsgerichte in allen Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Drei von den Mitgliedern des Obergerichts mit Ausschluß des Directors bilden die Anklagekammer für die vor dem Geschwornen-Gerichte zu verhandelnden Strafsachen.

Zwei der bei der Anklagekammer nicht betheiligten Mitglieder oder Ergänzungsrichter des Obergerichts haben jedesmal an dem Geschwornen-Gerichte Theil zu nehmen und eines derselben den Vorsitz dabei zu führen.

d. Des Geschwornen-Gerichts.

§. 14.

Vor das Geschwornen-Gericht gehören:

1) alle Verbrechen, die im höchsten Maße mit einer härtern Strafe,

als

als dreijährigem Gefängniß oder einjähriger Zwangsarbeit bedrohet sind (schwere Verbrechen);

2) die s. g. politischen Verbrechen, nämlich Hochverrath (§§. 81—83 des Criminal-Gesetzbuches), Landesverrath (§§. 84. 85 das.), staatsgefährliche Handlungen (§§. 86—89 das.), Majestätsverbrechen (§§. 90—94 das.), Aufruhr (§§. 96—98 das.) und Aufforderung zum Aufruhr (§. 100 das.);

3) die durch die Presse begangenen Verbrechen, insoweit dieselben den bestehenden Gesetzen nach von Staatswegen zu verfolgen sind;

4) diejenigen Verbrechen der Staatsdiener, welche mit Dienstentlassung oder Dienstentsetzung bedrohet sind, mit Einschluß der in den §§. 55. 56 des Staatsdienst-Gesetzes vorgesehenen Fälle.

e. Des Cassationshofes.

§. 15.

Der Cassationshof entscheidet nach den näheren Bestimmungen der Proceßordnungen über alle Nichtigkeitsbeschwerden, die in Straf- oder Civilsachen gegen Erkenntnisse der Stadt- und Amtsgerichte, der Kreisgerichte, des Obergerichts und des Geschwornengerichts bei ihm angebracht werden.

G. Die Staatsbehörde bei den Gerichten (Staatsanwaltschaft).

§. 16.

Die Rechte des Staats und das öffentliche Interesse vertreten bei den Gerichten die Staatsanwälte nach Maßgabe der in den Proceß-Ordnungen enthaltenen näheren Bestimmungen.

Den Staatsanwälten liegt namentlich die gerichtliche Verfolgung der mit Strafe bedroheten Gesetzes-Uebertretungen, die öffentliche Anklage der Angeschuldigten und die Vollziehung der strafgerichtlichen Erkenntnisse ob.

§. 17.

Beim Obergerichte wird ein Oberstaatsanwalt angestellt, der, nöthigenfalls mit einem Gehülfen, zugleich die Geschäfte eines Staatsanwalts beim Kreisgerichte zu Detmold versieht. Beim Kreisgerichte zu Lemgo wird ein besonderer Staatsanwalt angestellt.

Die Regierung kann Richter mit den Geschäften der Staatsanwälte beauftragen, welche während der Dauer dieses Auftrags richterliche Geschäfte nicht versehen können, übrigens aber ihre Eigenschaften als Richter beibehalten. Die zu Ergänzungsrichtern bei den Kreisgerichten bezeichneten Personen sind in Verhinderungsfällen auch zur Aushülfe in deren Geschäften verpflichtet.

Die Vertretung der Staatsanwälte wird in der Regel durch den Ober-

staats-

staatsanwalt und nur, wenn dieses ohne Störung des Verfahrens nicht mehr bewirkt werden kann, durch den Verhinderten selbst angeordnet.

Erscheint in einer öffentlichen Sitzung, bei welcher der Staatsanwalt nöthig ist, dieser nicht, so hat der Vorsitzende des Gerichts seine Vertretung durch einen Richter anzuordnen. Bei den Stadt- und Amtsgerichten werden aus der Zahl der Polizeibeamten nach Maßgabe des Gesetzes über die gerichtliche Polizei §. 11 die nöthigen öffentlichen Ankläger bestellt.

In Zoll- und Steuersachen sind die betreffenden Steuerbeamten, in Forst- und Jagd-Wrugen die betreffenden Forst- und Jagdbeamten die öffentlichen Ankläger.

H. Verhältniß der Gerichte zu einander in Beziehung auf Dienstaufsicht (Disciplin) und Rang. Oberaufsichtsrecht der Regierung.

§. 18.

Die vorgesetzte Aufsichts- (Disciplinar-) Behörde der Stadt- und Amtsgerichte, so wie der Kreisgerichte ist das Obergericht, die des letztern der Cassationshof.

Der Director eines Kreisgerichts steht mit einem Obergerichtsrathe, ein Stadt- und Amtsrichter erster Classe (vergl. §. 29) mit einem Kreisgerichtsrathe, und ein Stadt- und Amtsrichter zweiter Classe (§. 29) mit einem Ober- oder Kreisgerichts-Assessor im Range gleich.

Der Regierung steht ein Oberaufsichtsrecht über sämmtliche Gerichte des Landes, namentlich auch in Beziehung auf Förderung der Arbeiten, zu.

Desgleichen die Verhältnisse der Staatsanwälte.

§. 19.

Die Staatsanwälte, so wie deren Gehülfen und Vertreter stehen in Bezug auf die ihnen als solchen obliegenden Dienstpflichten unter der Aufsicht des Ober-Staatsanwalts; der letztere selbst ist der Regierung untergeordnet und hat deren Anweisungen Folge zu leisten. In seiner Eigenschaft als öffentlicher Ankläger ist es ihm jedoch gestattet, der Regierung die Gründe seiner abweichenden Ansicht darzulegen und zugleich den Cassationshof zu einer Entscheidung des streitigen Punkts und zur etwa nöthigen Anordnung einer Vertretung in seinem Amte zu veranlassen (§. 4 der Straf-Prozeß-Ordnung).

Die Staatsanwälte stehen hinsichtlich ihrer Amtsführung nicht unter der Aufsicht der Gerichte. Jedoch ist der Cassationshof befugt, bei etwaigen pflichtwidrigen Unterlassungen des Oberstaatsanwalts einzuschreiten und die angemessenen Maßregeln zu ergreifen.

Der Oberstaatsanwalt steht einem Obergerichtsrathe, ein Staatsanwalt einem Ober- oder Kreis-Gerichtsassessor im Range gleich.

Controle und Visitation der Gerichte.

§. 20.

Ueber die Controle und die regelmäßigen und außerordentlichen Visitationen der Gerichte werden nach Ausführung der neuen Gerichtsorganisation die näheren Bestimmungen von der Regierung nach vorgängigem Gutachten des Obergerichts erlassen werden.

I. Geschäftsordnungen der Gerichte.

§. 21.

Jedes Gericht hat eine Geschäftsordnung für sich zu entwerfen und der Regierung zur Genehmigung vorzulegen.

In der Geschäftsordnung wird namentlich bestimmt, an welchen Tagen die regelmäßigen Sitzungen des einzelnen Gerichts stattfinden.

Der Inhalt einer jeden Geschäftsordnung wird, insoweit er für das Publikum von Interesse ist, veröffentlicht.

K. Amtliche Bezeichnung und Siegel der Gerichte.

§. 22.

Die amtlichen Bezeichnungen der Gerichte sind:

Fürstlich Lippisches Stadt- und Amtsgericht;
Fürstlich Lippisches Kreisgericht;
Fürstlich Lippisches Obergericht;
Cassationshof für das Fürstenthum Lippe beim Herzoglich Braunschweigischen Obergerichte zu Wolfenbüttel.

Die bisher in den Eingaben der Parteien und im Verkehr der Gerichte unter sich, üblichen Zusätze: „Wohllöblich, Hochlöblich, Hochpreislich" fallen künftig fort.

Die Stadt- und Amtsgerichte, die Kreisgerichte und das Obergericht führen als Siegel das Fürstlich Lippische Wappen nebst der Angabe ihrer amtlichen Bezeichnung und des Gerichts-Sitzes.

L. Gerichtslokale.

§. 23.

Für die Gerichte sollen die der Oeffentlichkeit der Verhandlungen angemessenen Räumlichkeiten möglichst eingerichtet werden.

M. Bestimmungen über Anstellung und Besoldung der im Richterdienste verwandten Personen.

Volljährigkeit der Richter.

§. 24.

Es kann Niemand Richter werden, der nicht das fünf und zwanzigste Lebensjahr vollendet hat.

Zweites Examen der Richter.

§. 25.

Jeder, dem für die Folge ein Richteramt übertragen werden soll, muß vorher durch die zweite Staatsprüfung nach den näheren Bestimmungen des Gesetzes über die Prüfungen der Candidaten des Rechts seine Befähigung dazu bewiesen haben.

Vorschrift hinsichtlich der Besetzung von Collegien.

§. 26.

Es soll künftig zum Mitgliede eines richterlichen Collegs Niemand ernannt werden, dessen Vater, Bruder oder Sohn bereits Mitglied des betreffenden Gerichts ist.

Zweites Examen für die Staatsanwälte und den ersten Obergerichts-Secretär.

§. 27.

Die Staatsanwälte müssen die zweite Staatsprüfung bestanden haben, insofern sie nicht bereits Richter gewesen sind.

Dieselbe Vorschrift gilt in Fällen künftiger Anstellung für den ersten Secretär des Obergerichts.

§. 28.

Die Stelle eines Secretärs bei den Stadt- und Amtsgerichten kann auch nur für einen bestimmten Zeitraum und das Amt eines Ergänzungsrichters bei dem Obergerichte und den Kreisgerichten darf nur immer auf ein Jahr übertragen werden.

Die betreffenden Bestimmungen in §. 9 des Staatsdienst-Gesetzes vom 15. Januar 1850 finden auf die beiden obigen Fälle keine Anwendung.

Gehälter.

§. 29.

Die normalmäßigen Gehälter der künftig anzustellenden richterlichen Personen und der Gerichtsunterbeamten werden in folgender Weise bestimmt:

Der Director des Obergerichts erhält 1500 Rthl., der erste und zweite Rath des Obergerichts, desgleichen der Oberstaatsanwalt 1200 Rthl., der dritte und vierte Rath 1000 Rthl., ein etwaiger Assessor 600 — 800 Rthl., der erste Secretär des Obergerichts 800 Rthl., der zweite 600 Rthl.

Der Director eines Kreisgerichts 1000 — 1200 Rthl., ein Kreisgerichtsrath 900 Rthl., der Staatsanwalt eines Kreisgerichts 600 — 800 Rthl., ein Assessor 600 — 800 Rthl., ein Secretair 600 Rthl.

Ein Stadt- oder Amtsrichter erster Classe (Amtmann, Amtsrath) 900 — 1100 Rthl., ein Stadt- oder Amtsrichter zweiter Classe (Stadt- oder Amtsgerichts-Assessor) 500 — 800 Rthl., ein Secretär oder Actuar 300 — 400 Rthl.

Referendare und Advocaten, die als Ergänzungsrichter oder Vertreter der Staatsanwälte verwandt werden, erhalten für jede Gerichtssitzung, an der sie Theil nehmen, 2 Rthl. Taggelder, außer den etwaigen Reisekosten.

Werden

Werden Auditoren und Referendare als Secretaire, oder Referendare als besondere Hülfsarbeiter verwandt, so erhalten sie eine ihren Leistungen angemessene Vergütung, die in jedem einzelnen Falle von der Regierung bestimmt wird.

Besoldete Schreiber eines Gerichts erhalten 150 — 300 Rthl., Gerichtsdiener 150 — 300 Rthl., Gefangenwärter außer freier Wohnung 15 — 50 Rthl.

Keine, der bei einem Gerichte angestellten Personen kann künftig statt des Gehalts auf Sporteln angewiesen werden. Keine derselben bezieht außer ihrem festen Gehalt andere Gebühren, als die ihr in den Proceßordnungen bestimmten Diäten und Reisekosten.

N. Uebergangsbestimmungen hinsichtlich der Besoldung und Verwendung der jetzigen Angestellten.

§. 30.

Die im Gerichts- oder Verwaltungsfache jetzt festangestellten Personen behalten, vorbehältlich jedoch der im Staatsdienst-Gesetze wegen Stellung zur Disposition und wegen Versetzung in den Ruhestand getroffenen Bestimmungen, Anspruch auf ihren bisherigen ordentlichen Gehalt (§. 11. des Staatsdienst-Gesetzes), auch wenn dieser den für das Amt in §. 29. des gegenwärtigen Gesetzes bestimmten Betrag überschreiten sollte. Die bisherigen Nebeneinkünfte dagegen werden nur in dem Falle vollständig ersetzt, wenn in der Dienstanstellungs-Urkunde des Beamten demselben eine bestimmte Summe an Nebeneinkünften zugesichert worden ist. In andern Fällen wird für dieselben nur eine der bisherigen Dienststelle, dem Dienstalter und etwa sonstigen zu berücksichtigenden Verhältnissen des Beamten entsprechende billige Vergütung gewährt und diese durch ein Schiedsgericht ausgemittelt, wozu die Regierung und der Betheiligte je einen, und diese beiden den dritten Schiedsrichter aus der Zahl der im hiesigen Lande angestellten Richter erwählen.

§. 31.

Wenn ein im Richter- oder Verwaltungsdienst angestellter Beamter ein mit Einkünften verbundenes Nebenamt im Dienste des Staats oder einer Gemeinde bisher bekleidet hat und künftig beibehält, so wird der Betrag dieser Einkünfte auf den normalmäßigen Gehalt (§. 29) angerechnet.

Bei etwaiger künftiger Uebertragung von Nebenämtern bestimmt die Regierung im einzelnen Falle, ob die obige Anrechnung statt findet.

§. 32.

Beamte, welche bis jetzt Verwaltungs- und richterliche Geschäfte zugleich versahen, müssen sich bei der Trennung beider Dienstzweige sowohl die Verwendung in dem einen, als in dem andern bei sonstiger Beibehaltung ihres bisherigen Diensteinkommens und Ranges, nach den darüber in §. 30 enthaltenen Bestimmungen, gefallen lassen.

Entwurf

eines Gesetzes über die juristischen Prüfungen.

§. 1.

Die Commission für die juristischen Prüfungen besteht aus einem Mitgliede der Regierung als Vorsitzenden und zwei Mitgliedern des Obergerichts. Statt des einen Obergerichts-Mitgliedes kann auch der Oberstaatsanwalt, oder ein Mitglied eines Kreisgerichts, oder ein Advocat gewählt werden.

Die Mitglieder der Commission werden durch die Landesregierung widerruflich ernannt. Nach Ablauf von drei Jahren erlischt der Auftrag von selbst.

Die Secretariats-, Canzlei- und Botengeschäfte bei der Prüfungs-Commission werden von dem Personal des Obergerichts versehen.

Die Commission hat ihren Sitz an dem des Obergerichts.

Die Mitglieder der Commission erhalten für jede Prüfung 4 Rthl. Diäten und die auswärtigen außerdem auch die Transportkosten ersetzt.

§. 2.

Die Commission verfährt bei den anzustellenden Prüfungen nach einer ihr von der Landesregierung zu ertheilenden Instruction.

§. 3.

Niemand kann zur juristischen Laufbahn zugelassen werden, bevor er in die Zahl der Candidaten des Rechts aufgenommen ist.

§. 4.

Jeder Landes-Einwohner, welcher das ein und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt, das fünf und zwanzigste noch nicht überschritten hat und über seine allgemeine wissenschaftliche Ausbildung Zeugnisse der Reife beibringt, wird, sofern gegen sein sittliches Verhalten keine begründete Erinnerungen zu machen sind, zur Prüfung der Rechtscandidaten zugelassen.

Wenn sich der Examinande über die obigen Eigenschaften bei der Commission

mission ausgewiesen hat, so stellt diese mit ihm die erste Prüfung an, welche hauptsächlich darauf zu richten ist, ob der zu Prüfende diejenigen theoretischen Rechtskenntnisse besitzt, welche nothwendig sind, um in die juristische Laufbahn mit Nutzen einzutreten.

Nach bestandener Prüfung wird der Geprüfte in die Zahl der Candidaten des Rechts aufgenommen, und dies öffentlich bekannt gemacht.

Erfolgt die Meldung zu der ersten Staatsprüfung nach zurückgelegtem 25sten Lebensjahre des Examinanden, so ist die Zulassung zu derselben nur nach vorgängiger landesherrlicher Dispensation statthaft.

§. 5.

Die Candidaten des Rechts werden, behuf ihrer fernern Ausbildung, als Auditoren

ein Jahr bei einem Amts- oder Stadtgerichte,

ein Jahr bei einem Verwaltungsamte oder einer geeigneten Communal-Behörde,

und ferner als Gehülfen

6 Monate bei einem Staatsanwalte oder Untersuchungsrichter und

6 Monate bei einem Anwalte

beschäftigt.

In der Regel steht dem Candidaten des Rechts die Wahl des Stadt- oder Amtsgerichts, sowie der übrigen Behörden und des Anwalts frei, bei denen er sich zum practischen Dienste ausbilden will. Stehen aber der getroffenen Wahl besondere Gründe entgegen, so erläßt die Regierung dieserhalb die nöthige Anweisung.

Will ein Rechtscandidat nach Vollendung des obigen dreijährigen Lehrcursus bis zum zweiten Examen noch als Auditor bei einem Amts- oder Stadtgerichte bleiben, so steht ihm dies für die beiden noch übrigen Jahre, nicht aber für längere Zeit, frei.

§. 6.

Die Rechtscandidaten können als Secretaire oder Actuare bei den Stadt- und Amtsgerichten, sowie als Secretaire bei den Kreisgerichten und als zweiter Secretair beim Obergerichte angestellt werden.

§. 7.

Jeder Rechtscandidat, welcher den in §. 5. vorgeschriebenen dreijährigen Lehrcursus vollendet hat, wird, sofern gegen sein sittliches Verhalten keine begründete Erinnerungen zu machen und noch nicht über fünf Jahre seit seiner Zulassung als Candidat verstrichen sind, zu der zweiten Prüfung zugelassen.

Der

Der Zweck dieser Prüfung ist der, die Befähigung des Examinanden zum Richteramte und zur Advocatur und Rechtsanwaltschaft zu ermitteln.

Dieselbe soll sowohl auf gediegene theoretische Rechtskenntniß, als auf die practische Brauchbarkeit des Candidaten gerichtet werden.

§. 8.

Diejenigen, welche die zweite Prüfung bestanden haben, werden unter die Zahl der Advocaten aufgenommen und sind befugt, alle diesen nach Maßgabe der Advocaten-Ordnung zustehenden Rechte auszuüben.

Daneben steht es denselben frei, sich nach zuvoriger Genehmigung der Regierung auch als Referendarien bei dem Obergerichte oder einem Kreisgerichte beschäftigen zu lassen. Als solchen werden ihnen vom Director des Gerichts zu ihrer fernern practischen Ausbildung einzelne Sachen, bei denen dies in Rücksicht auf ihre Eigenschaft als Advocaten nach den Vorschriften der Proceß-Ordnungen zulässig ist, zur richterlichen Leitung und Vorbereitung für den Spruch übertragen. Ein richterliches Stimmrecht erhalten sie aber nur dann, wenn sie als Ergänzungsrichter oder als außerordentliche Hülfsarbeiter bei dem Obergerichte oder einem Kreisgerichte, oder in der letztern Eigenschaft bei einem Stadt- oder Amtsgerichte angestellt werden.

§. 9.

Die zweite Prüfung befähigt zu allen Aemtern im Richterdienste, sowie zu der Staats- und Rechtsanwaltschaft.

§. 10.

Hat ein Examinande in der mit ihm angestellten Prüfung die erforderlichen Kenntnisse nicht gezeigt, so hat ihn die Prüfungs-Commission zum ersten Mal auf ein bis zwei Jahre zurückzuweisen. Besteht derselbe auch zum zweiten Mal die Prüfung nicht, so ist er für immer zurückzuweisen.

§. 11.

An Gebühren werden für jede Prüfung 12 Rthl. entrichtet und als Diäten (§. 1.) an die Mitglieder der Commission ausbezahlt.

Uebergangs-Bestimmungen.

§. 12.

Diejenigen, welche das bisherige juristische Examen gemacht haben, müssen, insofern seitdem drei und noch nicht fünf Jahre verflossen sind und insofern sie Anspruch auf die künftige Anstellung im Staatsdienste als Richter, Staatsanwälte oder als erster Secretair des Obergerichts haben wollen, sich binnen zwei Jahren, von Zeit der Publication des gegenwärtigen Gesetzes an, der zweiten Prüfung unterwerfen. Alle diejenigen aber, welche

zur

zur Zeit der Publication dieses Gesetzes bereits definitiv im Staatsdienste angestellt, oder seit deren Examen bereits 5 Jahre verflossen sind, haben die obige Verpflichtung nicht.

§. 13.

Diejenigen, seit deren Examen noch keine drei Jahr verflossen sind, können sich erst dann zur zweiten Prüfung melden, wenn sie den im §. 5 vorgeschriebenen Lehrcursus vollendet haben. Es wird ihnen jedoch hierbei diejenige Zeit, während welcher sie sich bereits als Auditoren oder Advocaten beschäftigt haben, angerechnet. Die übrige Zeit können sie sich nach ihrer Wahl bei einem Staatsanwalte oder Untersuchungsrichter beschäftigen.

Entwurf

eines Gesetzes, die Advokaten und Anwälte betreffend.

(Advokaten-Ordnung.)

I. Von dem Amte der Advokaten und Anwälte.

§. 1.

Das Amt des Advocaten besteht darin, vor Gericht die Rechte der Parteien in mündlichen Vorträgen auszuführen (zu plaidiren). Bei den Amts- und Stadtgerichten ist den Advocaten auch die Entwerfung der zulässigen Schriften gestattet (vgl. Civ. P. O. §. 4).

Das Amt des Anwalts besteht darin, die Parteien vor Gericht zu vertreten, alle zur Regelmäßigkeit des Verfahrens nöthigen Anträge und Handlungen vorzunehmen, so wie die zur Vorbereitung der mündlichen Hauptverhandlung erforderlichen Schriftsätze anzufertigen.

In allen außergerichtlichen Angelegenheiten sind gleichmäßig Advocaten wie Anwälte berechtigt, den Parteien Rechtsbeistand zu leisten.

§. 2.

Zum Anwalte kann Niemand ernannt werden, der nicht zugleich Advocat ist.

Die Zahl der Anwälte (Advocat-Anwälte) in beiden Gerichtskreisen soll nach dem Bedürfnisse, nach zuvor eingezogenem Gutachten des Obergerichts und der Advocatenkammer, durch eine Verordnung festgesetzt werden. Die Zahl der Advocaten ist unbeschränkt.

§. 3.

Den Advocaten steht die Wahl ihres Wohnortes frei.

Dem Advocat-Anwalte wird bei seiner Anstellung sein Wohnort am Sitze eines Kreisgerichts angewiesen; nur aus Rücksicht auf das Interesse des Publikums kann einem Advocat-Anwalte ein Wohnort am Sitze eines Stadt- oder Amtsgerichts, nach zuvor eingefordertem Berichte der Advocatenkammer, von der Regierung gestattet werden.

Von dem ihm angewiesenen Wohnsitze darf ein Advocat-Anwalt wider seinen Willen nicht versetzt werden.

Eben

Eben so wenig darf er denselben eigenmächtig verlegen und handelt er dem zuwider, so geht das Recht der Ausübung der Anwalts-Praxis für ihn verloren.

Advocaten haben von einem Wechsel ihres Wohnorts unverzüglich bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe der Advocatenkammer Anzeige zu machen.

II. Erfordernisse zum Amte eines Advocaten und Anwalts und Ernennung zu demselben.

§. 4.

Zur Advocatur berechtigt ist jeder volljährige unbescholtene Staatsbürger, der die vorgeschriebenen Prüfungen bestanden hat.

Die Zulassung zur Advocatur erfolgt durch die Advocatenkammer. Dieselbe kann, wenn die gesetzlichen Erfordernisse nachgewiesen sind, nicht verweigert werden. Gegen abschlägige Verfügungen steht dem Betheiligten der Recurs an die Regierung zu.

Die Ernennung zum Anwalte erfolgt von der Regierung nach erfordertem Berichte der Advocatenkammer.

Treten in Beziehung auf eine erledigte Anwaltsstelle mehrere Bewerber auf, so entscheidet über den Vorrang unter denselben in der Regel der Zeitpunkt der zurückgelegten zweiten Staatsprüfung.

Auswärtigen Advocaten kann, falls das Bedürfniß des Publikums dieses erheischt, nach erfordertem Berichte der Advocatenkammer, das Auftreten vor hiesigen Gerichten gestattet werden. Die Zulassung derselben ist aber jederzeit widerruflich.

Die Advocaten sowohl als die Anwälte haben vor dem Oberstaatsanwalte in der Advocatenkammer folgenden Eid zu leisten:

„Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt eines Advocaten (Anwalts) in Gemäßheit der bestehenden Gesetze und Verordnungen mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit ausüben will, so wahr ꝛc.“

III. Rechte und Pflichten.

§. 5.

Die Advocaten als solche sind berechtigt, vor sämmtlichen Gerichten aufzutreten.

Die Anwälte, als solche, können nur vor den Gerichten auftreten, bei welchen sie angestellt sind; Proceßschriften dagegen dürfen sie für alle Gerichte anfertigen.

§. 6.

§. 6.

Von den zum Berufskreise der Advocaten und Anwälte gehörenden Geschäften ist jeder Andere ausgeschlossen.

Zur Vertretung vor den Amts- und Stadtgerichten sind auch andere Bevollmächtigte, jedoch ohne Anspruch auf eine andere Vergütung, als die Procuraturgebühr, zulässig.

Verträge zwischen derartigen Bevollmächtigten und ihren Auftraggebern über ein Honorar sind nichtig und ohne Wirkung.

Eine denselben gegebene Vergütung kann zurückgefordert werden.

Dasselbe findet statt, wenn Nichtberechtigte Rath oder Gutachten in Rechtssachen ertheilen, oder außergerichtliche Rechtsangelegenheiten besorgen.

§. 7.

Die Disciplinargewalt über die Advocaten und Anwälte wird ausschließlich von der Advocatenkammer ausgeübt, jedoch mit Vorbehalt der dem Richter bei den gerichtlichen Verhandlungen zustehenden Polizeigewalt.

Wird in schriftlichen Eingaben der Advocaten oder Anwälte die Würde des Gerichts verletzt, so ist das Gericht befugt, dieselben zurückzugeben und die Staatsanwaltschaft zur Erwirkung der Bestrafung des Exhibenten im Wege des Criminal- oder Disciplinar-Verfahrens aufzufordern.

Der Antrag auf eine der im §. 17 erwähnten Disciplinarstrafen erfolgt bei der Advocatenkammer durch den Oberstaatsanwalt.

Gegen die Entscheidungen der Advocatenkammer steht sowohl dem betheiligten Exhibenten als dem Oberstaatsanwalte der Recurs an das Obergericht als Disciplinar-Behörde zu.

§. 8.

Der Anwalt kann bei der Uebernahme einer Sache einen angemessenen Vorschuß und nach dessen Verbrauch jederzeit einen neuen verlangen; wird dieser nicht rechtzeitig gezahlt, so kann er seine Thätigkeit versagen oder einstellen.

§. 9.

Zahlungsbefehle über die Kostenrechnungen der Advocaten und Anwälte erlassen die Gerichte der Hauptsache. Wenn rücksichtlich der in der Taxe nicht absolut bestimmten Ansätze für gerichtliche Geschäfte, oder rücksichtlich der Ansätze für außergerichtliche Geschäfte Streitigkeiten über deren Betrag zwischen dem Anwalte und Advocaten und dessen eigner Partei entstehen, so hat auf den Antrag des einen oder andern Theils die Advocatenkammer ihr Gutachten über jenen Betrag abzugeben.

§. 10.

In Beziehung auf gerichtliche Geschäfte sind alle, eine Abweichung von der

der Gebührentaxe enthaltenden Verträge zwischen der Partei und dem Anwalte verboten und ohne jede Wirkung.

In Beziehung auf außergerichtliche und Advocatur-Geschäfte sind dagegen Verträge zwischen Anwalt und Partei, Advocaten und Clienten, gültig, insoweit sie schriftlich abgefaßt sind.

§. 11.

Advocaten und Anwälte dürfen zwar Ehrenämter ohne Weiteres, andere Nebengeschäfte und Aemter aber nur nach erfordertem Gutachten der Advocatenkammer und nach Genehmigung der Regierung übernehmen und betreiben.

Advocaten, aber nicht Anwälte, können in denjenigen Fächern, worin dies nach den Vorschriften der Prozeßordnungen zulässig ist, Referendare und Ergänzungsrichter sein, in denselben auch als Protocollführer verwandt werden.

§. 12.

Insofern diese Ordnung keine Abänderungen der für die Verhältnisse der Advocaten und Anwälte zu ihren Klienten, Parteien und den Gerichten jetzt geltenden Bestimmungen enthält, bleiben dieselben bestehen.

IV. Advocatenkammer.

§. 13.

Die Advocaten und Anwälte des Landes werden durch die Advocatenkammer vertreten, in der durch dieses Gesetz (§. 16) bestimmten Weise.

§. 14.

Die Advocatenkammer steht unter der unmittelbaren Oberaufsicht der Regierung, welche solche durch das Organ des Oberstaatsanwaltes ausübt.

§. 15.

Der Oberstaatsanwalt als Regierungs-Commissair ist berechtigt, allen Sitzungen der Advocatenkammer und den Generalversammlungen der Advocaten beizuwohnen. Er ist daher von denselben zeitig zu benachrichtigen und alle Beschlüsse der Kammer und Generalversammlungen sind ihm mitzutheilen.

Legt er Einspruch gegen dieselben ein, so ist deren Ausführung bis dahin, daß die Regierung entschieden hat, auszusetzen.

Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf Disciplinar-Verfügungen (§. 16).

§. 16.

Die Advocatenkammer hat folgenden Geschäftskreis:

1) die Rollen der Anwälte und Advocaten zu führen;
2) die Wahrnehmung der Standesinteressen durch Anträge an die Landesregierung;

3) die Sorge für Erhaltung und Entfaltung eines würdigen Standesgeistes, Aufrechterhaltung der innern Ordnung unter den Advocaten und Anwälten, mit der Befugniß, zur Wahrnehmung dieser Ordnung Disciplinar-Verfügungen zu erlassen und gegen die Mitglieder wegen ordnungswidrigen oder unangemessenen Verhaltens Disciplinarstrafen zu erkennen, den Streitigkeiten, wozu die Amtsführung der Advocaten oder Anwälte Veranlassung geben möchte, sowohl der Partei, als Dritten gegenüber, auf deren Antrag oder mit deren Zustimmung, vorzubeugen oder eine gütliche Beilegung zu versuchen, und auf Antrag eines oder mehrer Betheiligten ein Gutachten über die Begründung der Beschwerde und die daraus entspringende Entschädigungsverbindlichkeit des Advocaten oder Anwaltes abzugeben; Beschwerden der Advocaten und Anwälte gegen einander zu entscheiden;
4) über die Streitigkeiten rücksichtlich der Ansprüche der Advocaten oder Anwälte auf Honorar oder Auslagen Gutachten abzugeben;
5) auf Erfordern der Landesregierung Gutachten abzugeben;
6) die Cassenverwaltung zu führen.

Beschwerden der Advocaten oder Anwälte gegen Behörden oder Beamte können nur durch die Advocatenkammer, wenn diese solche für begründet hält, verfolgt werden und sind daher bei dieser anzubringen.

§. 17.

Die Advocatenkammer ist folgende Disciplinarstrafen nach Anhörung des Betheiligten zu erkennen berechtigt:

1) Warnungen;
2) Geldstrafen bis zu 25 Rthl.;
3) Schriftliche Verweise;
4) Verweise vor versammelter Kammer;
5) Verlust des Stimmrechts und der Wählbarkeit auf ein Jahr;
6) Androhung des Antrags auf Suspension.

Es bleibt dem Ermessen der Advocatenkammer überlassen, unter diesen Strafen zu wählen und mehre derselben zugleich anzuwenden.

Bei Erkennung von Disciplinarstrafen finden gegen die Mitglieder der Advocatenkammer dieselben Ablehnungsgründe statt, wie gegen Richter.

Gegen solche Strafverfügungen findet ein Recurs an das Obergericht als Disciplinarbehörde statt, welcher innerhalb 14 Tagen nach deren Behändigung schriftlich bei der Advocatenkammer einzureichen und von dieser mit Bericht an das Obergericht zu befördern ist.

Die Mitglieder der Advocatenkammer, gegen welche eine der unter 3,

4,

4, 5 und 6 aufgeführten Strafen erkannt, oder ein Antrag auf Suspension gestellt ist, scheiden aus der Kammer aus.

§. 18.

Die Advocatenkammer hat ihren Sitz am Orte des Obergerichts. Sie besteht aus fünf Mitgliedern, von welchen aus den Anwälten des Kreises Detmold drei, aus denen des Kreises Lemgo zwei Mitglieder zu wählen sind.

Außerdem sind zwei Stellvertreter, und zwar einer aus dem Kreise Detmold, der andere aus dem Kreise Lemgo zu wählen. In Behinderungsfällen eines Mitgliedes der Advocatenkammer, oder wenn ein solches ganz ausscheidet, tritt zunächst derjenige Stellvertreter ein, welcher die meisten Stimmen bei der Wahl erhalten hat.

§. 19.

Die Wahl, deren Ergebniß öffentlich bekannt zu machen ist, erfolgt in einer Generalversammlung, in welcher mindestens zwei Drittheile aller Advocaten erschienen sein müssen, nach absoluter Stimmenmehrheit der erschienenen Advocaten und Anwälte. Die durch den Vorsitzenden der Advocatenkammer zu leitenden Wahlen geschehen auf drei Jahre, und die Regierung wird von deren Ergebniß benachrichtigt. Das Ausbleiben der Wahlberechtigten ohne genügende Entschuldigung hat eine Geldstrafe von 10 Rthl. zur Folge. Nur wiedererwählte Mitglieder der Advocatenkammer können die Wahl für das Mal ablehnen, andere nur aus triftigen Gründen, worüber die Advocatenkammer entscheidet.

Hat bei der ersten Abstimmung keiner die vorgeschriebene Stimmenzahl, so sind die drei Personen, welche die meisten Stimmen haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Befinden sich mehr als drei Personen in der relativen Stimmenmehrheit, so sind die auf die engere Wahl zu bringenden Personen durch das Loos zu bestimmen, und zwar findet eine Loosung nur unter den Personen statt, welche gleiche Stimmen haben, und derjenige, welcher eine größere Stimmenzahl für sich hat, wird, ohne zu loosen, mit auf die engere Wahl gebracht. Bei der zweiten Abstimmung entscheidet die relative Stimmenmehrheit und bei Gleichheit der Stimmen das Loos.

§. 20.

Die Advocatenkammer wählt mit absoluter Stimmenmehrheit aus ihren Mitgliedern einen an ihrem Sitze wohnhaften Vorsitzenden, einen Stellvertreter desselben und einen Schriftführer, welcher zugleich das Geschäft des Cassenführers übernimmt.

Die Mitglieder der Kammer werden als beständige Bevollmächtigte für ihren Wahlkreis angesehn, sie können von dem Vorsitzenden mit allen dort vorfallenden Geschäften beauftragt werden, und es ist ihre Obliegenheit, der

Kam-

Kammer von Allem Anzeige zu machen, was zu deren Wirkungskreise gehört. Sie haben außerdem das Recht der Erinnerung den Advocaten und Anwälten ihres Kreises gegenüber.

§. 21.

Die Kammer beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit und ist beschlußfähig, wenn mindestens vier Mitglieder anwesend sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet in Disciplinarstrafsachen die gelindere Meinung, in anderen Fällen giebt der Vorsitzende den Ausschlag.

§. 22.

Die Advocatenkammer versammelt sich, so oft der Vorsitzende dieselbe zusammenruft. Die Mitglieder müssen erscheinen, oder ihre Stellvertreter dazu auffordern, dies der Kammer anzeigen, und zugleich genügende Gründe ihres eigenen Ausbleibens anführen. Wird etwas hiervon versäumt, so verfällt der Ausbleibende in eine Strafe von 5 Rthl., ebenso der ohne genügende Entschuldigung ausbleibende Stellvertreter.

§. 23.

Jährlich findet eine vom Vorsitzenden auszuschreibende allgemeine Versammlung der Advocaten und Anwälte abwechselnd zu Detmold und zu Lemgo statt, worin die versammelte Kammer über ihre Thätigkeit in dem verflossenen Jahre berichtet, die Cassenrechnung vorlegt, die erforderlichen Wahlen vornehmen läßt, und die von Standesgenossen etwa zu machenden Vorschläge zur Verbesserung der Stellung und Abhülfe von Mängeln nach Maßgabe der Geschäftsordnung zur Berathung bringt. Der Druck des Protokolls kann beschlossen werden. Dasselbe ist dem Oberstaatsanwalte mitzutheilen.

§. 24.

Die durch die Geschäftsführung der Advocatenkammer entstehenden Kosten, wozu auch die Reisekosten der Mitglieder zu den Versammlungen gehören, werden von den sämmtlichen Advocaten und Anwälten aufgebracht; ein Advocat-Anwalt trägt doppelt so viel bei als ein Advocat. Die sämmtlichen Strafgelder fließen ebenfalls in die allgemeine Casse. Auch soll jeder neu zugelassene Advocat ein Eintrittsgeld von 4 Rthl. und jeder neu ernannte Anwalt ein solches von 8 Rthl. entrichten.

§. 25.

Die sämmtlichen Advocaten und Anwälte haben den Beschlüssen und Verfügungen der Kammer Folge zu leisten. Diese hat das Recht, den Oberstaatsanwalt zur Vollstreckung derselben zu requiriren, oder nach Befinden gegen den Ungehorsamen wegen der Nichtbefolgung Disciplinarstrafen zu verfügen, und wenn selbst die nach §. 17 zulässige Androhung des Antrags auf Suspension fruchtlos bleiben sollte, bei dem Obergerichte als Disciplinar-

ciplinarbehörde diese oder selbst die Entlassung vom Amte zu beantragen. Die beiden letztgenannten Strafen können jedoch im Disciplinarwege, mit Ausnahme der §. 7 erwähnten Fälle, nur auf Antrag der Advocatenkammer verhängt werden. Die Beantragung derselben hat aber die vorläufige Suspension des Betheiligten unmittelbar zur Folge.

Der Oberstaatsanwalt hat den auf die Ermittelung oder Feststellung von Thatsachen gerichteten Requisitionen der Advocatenkammer Folge zu geben.

§. 26.

Der Kammer steht der Gebrauch eines Dienstsiegels zu. Sie führt den Titel: Advocatenkammer des Fürstenthums Lippe.

V. Uebergangs-Bestimmungen.

§. 27.

Die zur Zeit der Publication der Advocatenordnung bereits zugelassenen Advocaten werden sämmtlich Advocatanwälte, falls sie nicht etwa in den Staatsdienst neu eintreten.

Auch die jetzt bereits im Staatsdienst stehenden und zur Advocatur berechtigten Personen werden Anwälte, falls sie nicht zu einer höhern Dienststelle befördert werden oder eine Gehaltserhöhung annehmen. Fest angestellte Richter können aber keinenfalls künftig noch Advocaten oder Anwälte sein.

Will ein jetziger Advocat, der zugleich Auditor ist, Advocat-Anwalt werden, so kann er nicht länger Auditor bleiben.

§. 28.

In jedem Kreisgerichtsbezirke soll bis dahin, daß die Zahl der darin angestellten Anwälte auf die verordnungsmäßige Normalzahl gesunken sein wird, nur bei jeder dritten, durch endgültiges Ausscheiden oder durch Uebersiedeln in den andern Kreis entstehenden Erledigung ein Anwalt neu aufgenommen werden.

§. 29.

Sofort nach Publication dieser Ordnung wird die Regierung eine General-Versammlung der Advocaten berufen, um die Wahlen der Mitglieder der Advocatenkammer vornehmen zu lassen. Die Wahlen der Kammerbeamten bringt das älteste Kammermitglied zur Ausführung.

§. 30.

Die nächsten Wahlen sollen für die Zeit bis . . . . . gelten.

§. 31.

Alle dieser Ordnung entgegenstehenden Gesetze und Verordnungen, namentlich alle diejenigen, welche die Advocaten von einzelnen gerichtlichen oder außergerichtlichen Geschäften ausschließen, werden hiermit aufgehoben.

Entwurf

eines Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Strafsachen.

(Strafprozeßordnung.)

Erster Theil.

Allgemeine Bestimmungen.

Titel 1.

Leitende Grundsätze.

§. 1.

In Strafsachen soll ein Verfahren nur auf Antrag eines öffentlichen Anklägers eingeleitet werden.

§. 2.

Ausgenommen von den Bestimmungen des §. 1 sind Beleidigungen (Crim.-G.-B. §. 198), Verläumdungen (das. §. 199) und Verbreitung falscher Nachrichten über eine Person (das. §. 202), hinsichtlich deren der Gekränkte selbst als Ankläger auftritt, sobald nicht dieserhalb nach den Gesetzen von Amtswegen einzuschreiten ist. Auch bleiben die den Gerichten in §. 32 eingeräumten Befugnisse vorbehalten.

§. 3.

Nach ihrem gemeinsamen Berufe haben sowohl die Gerichte, wie die bei denselben angestellten Staatsanwälte und sonstigen öffentlichen Ankläger darüber zu wachen, daß bei dem Strafverfahren die gesetzlichen Vorschriften beobachtet, Schuldlose nicht verfolgt und Schuldige der verdienten Strafe nicht entzogen werden.

Ins-

Insbesondere ist es die Aufgabe der Untersuchungsrichter und Gerichtsbehörden, die gewissenhafteste Sorge dafür zu tragen, daß der Angeklagte nicht ohne genügenden gesetzlichen Grund an der freien Verfügung über seine Person oder über sein Vermögen verkümmert und daß bei Ermittelung der Vergehen jede dem Angeklagten nachtheilige Einseitigkeit, Ungenauigkeit und Unvollständigkeit vermieden werde.

§. 4.

Die Staatsanwälte handeln auch als öffentliche Ankläger den Gerichten gegenüber selbstständig, und haben nur die Weisungen des bei der höheren Instanz angestellten Staatsanwaltes zu befolgen.

Wird ihnen von ihrem Vorgesetzten die Einleitung einer Untersuchung oder eines Hauptverfahrens gegen eine nach ihrer Ueberzeugung unschuldige Person aufgetragen, so haben sie ungesäumt ihrem Vorgesetzten Anzeige zu machen, welcher in diesem Falle die Angelegenheit an sich ziehen oder durch ein anderes Mitglied der Staatsanwaltschaft betreiben lassen wird.

Der Cassationshof kann jedoch dem Ober-Staatsanwalte, nachdem derselbe zuvor gehört worden, die Einleitung oder Fortsetzung der Untersuchung und des ferneren Verfahrens anbefehlen. Erklärt der Ober-Staatsanwalt, daß er die Befolgung des Befehls mit seiner rechtlichen Ueberzeugung nicht vereinigen könne, so ist der Cassationshof befugt und verpflichtet, einen Vertreter des Ober-Staatsanwaltes für den Fragefall zu ernennen.

§. 5.

Die Ausführung der gerichtlichen Verfügungen und die erforderliche Benachrichtigung von denselben, sowie die Erledigung gerichtlicher Requisitionen, liegt den Staatsanwälten ob. Sie haben namentlich Vorladungen, Behändigungen, Vollziehung von Verhaftsbefehlen, Aufnahme in die Gefängnisse, sowie die Vollziehung der erkannten Strafen zu besorgen und die erforderlichen Vollziehungs-Bescheinigungen zu den gerichtlichen Acten zu bringen.

Die Gerichtsunterbedienten, Polizeibehörden und die bewaffnete Macht haben den an sie zu diesem Zwecke ergehenden Aufforderungen der Staatsanwälte Folge zu leisten.

Die Amts- und Stadtgerichte bedürfen in den obigen Beziehungen der Mitwirkung der Staatsanwaltschaft nicht.

§. 6.

Zwangsmittel, durch welche der Angeklagte zu irgend einer Erklärung genöthigt werden soll, sind unzulässig.

§. 7.

Der Angeklagte kann sich in allen Strafsachen des Beistandes eines Vertheidigers aus der Zahl der Advokaten auf seine Kosten bedienen, in jedem

dem Verhöre mit ihm erscheinen und sich in jeder Lage der Untersuchung mit ihm ohne Zeugen besprechen. Bei Strafsachen, welche vor das Geschwornen-Gericht gehören, wird dem Angeklagten erforderlichen Falls, und zwar, wenn er arm und die Competenz jenes Gerichts durch die Schwere der angedrohten Strafe begründet ist, auf Kosten des Staats, ein Vertheidiger beigeordnet.

§. 8.

Dem Vertheidiger ist die Einsicht der Acten im Gerichtslokale selbst während der Voruntersuchung zu gestatten, sobald der Angeklagte verhaftet, ein Verhör mit demselben erfolgt, oder eine Haussuchung oder Beschlagnahme gegen denselben verfügt ist. Eine Aushändigung der Acten an den Vertheidiger findet nicht statt.

§. 9.

In jeder Lage des Verfahrens entscheidet über die Verhaftung des Angeschuldigten und deren Fortdauer das Gericht, und zwar in den vor die Kreisgerichte oder das Geschwornengericht gehörigen Fällen nach Anhörung des Staatsanwalts.

§. 10.

Der durch eine strafbare Handlung Beschädigte kann nach Maßgabe der Bestimmungen des gemeinen Rechts seine Ansprüche persönlich oder durch einen bevollmächtigten Rechtsbeistand im Strafverfahren geltend machen.

Steht er im Laufe der Untersuchung von der Verfolgung seiner Ansprüche ab, so ist dies zwar ohne Einfluß auf ein späteres Verfahren im Civil-Prozesse, indeß ist er in diesem Falle zum Ersatze der durch seine Anträge verursachten Kosten verpflichtet.

Da, wo in der Hauptverhandlung den öffentlichen Anklägern gestattet ist Anträge zu machen, ist auch der Beschädigte zu hören.

Titel 2.

Von der Zuständigkeit der Gerichte.

§. 11.

Die Zuständigkeit der Gerichte in Strafsachen, soweit solche durch das zu erkennende Strafmaß bedingt wird, bestimmt die Gerichtsordnung.

Die Zuständigkeit richtet sich nach der höchsten durch das Gesetz angedroheten Strafe.

§. 12.

Bei Verbrechen, welche im Fürstenthume begangen sind, ist sowohl das Gericht des Orts des begangenen Verbrechens (forum delicti commissi), als auch

auch das Gericht des Wohnorts des Thäters (forum domicilii) zuständig; unter beiden hat dasjenige, welches am früheſten eingeſchritten, den Vorzug.

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit kann jedoch, ſelbſt wenn ſich bereits eines der Gerichte mit der Unterſuchung befaßt hat, die Leitung derſelben von der Anklagekammer des Obergerichts dem andern Gerichte übertragen werden.

Bei Verbrechen, welche außerhalb des Fürſtenthums begangen ſind, iſt das Gericht des Wohnorts des Thäters zuſtändig. Iſt der Thäter ein Fremder, ſo iſt das Gericht des Aufenthaltsorts oder der Ergreifung (forum deprehensionis) zuſtändig.

§. 13.

Das wegen des ſchwerſten begangenen Verbrechens zuſtändige Gericht iſt auch wegen aller anderen, von derſelben Perſon verübten, durch das Criminalgeſetzbuch mit Strafe bedroheten ſtrafbaren Handlungen, ſowie wegen aller Mitſchuldigen (Cr.-G.-B. §. 41 bis 54) zuſtändig.

§. 14.

Unter mehren einander untergeordneten Gerichten hat dasjenige zu erkennen, welches zuſtändig iſt, wenn die wegen der einzelnen Verbrechen derſelben Perſon zu erkennenden Strafen zuſammengerechnet werden.

§. 15.

Sind von demſelben Thäter in verſchiedenen Gerichtsbezirken Verbrechen begangen, oder iſt die Unterſuchung gegen mehre Genoſſen gerichtet, ſo beſtimmt die Anklagekammer des Obergerichts dasjenige Gericht, welches die Unterſuchung zu leiten hat.

Titel 3.

Von Ablehnung (Recuſation) der Gerichtsperſonen.

§. 16.

Anträge auf Ablehnung der Richter und Secretaire auf Grund der geſetzlichen Beſtimmungen kann der Angeſchuldigte, der öffentliche Ankläger und der Beſchädigte ſtellen.

§. 17.

Sie ſind bei dem Gerichte anzubringen, bei welchem der Abzulehnende angeſtellt iſt, und über dieſelben entſcheidet, wenn ſie gegen Angeſtellte bei Stadt-, Amts- und Kreisgerichten gehen, das Obergericht, und wenn ſie gegen ein Mitglied des Obergerichts gerichtet ſind, der Caſſationshof.

Die Ablehnung eines collegialiſchen Gerichts im Ganzen iſt unzuläſſig.

§. 18.

§. 18.

Alle Verhandlungen und Entscheidungen über Recusationsanträge erfolgen in öffentlicher Sitzung. Vor der Entscheidung ist der Abgelehnte und die andere Partei zu hören.

§. 19.

Jeder Richter oder Secretair ist verpflichtet, ihm bekannte Ablehnungsgründe anzuzeigen, über welche das zuständige Gericht nach Anhörung des öffentlichen Anklägers ohne weitere Verhandlung entscheidet.

§. 20.

Bestehen zwischen dem Richter oder Secretair und dem Angeklagten ungeeignete Verhältnisse, so sind jene berechtigt, unter Versicherung auf ihren Diensteid, daß derartige Verhältnisse obwalten, sich selbst zu recusiren.

§. 21.

Der Angeklagte, welcher aus einem bestimmten gesetzlich genügenden Grunde den Richter oder Secretair recusirt, wird in allen Fällen zur Bewahrheitung des Recusationsgrundes durch den Perhorreszenzeid zugelassen.

Gesetzliche Ablehnungsgründe gegen Richter und Secretaire sind solche Umstände, welche nach §. 109 einen Geschworenen unzulässig machen, desgleichen der Umstand, daß Richter oder Secretair mit dem Angeklagten einen Proceß führen.

§. 22.

Ablehnung der öffentlichen Ankläger ist nicht zulässig. Bestehen zwischen ihnen und dem Angeklagten ungeeignete Verhältnisse, so haben sie ihre Vertretung durch andere zu erwirken.

Unter der gleichen Voraussetzung hat der Angeklagte das Recht, auf die Ersetzung des zuständigen öffentlichen Anklägers bei dessen Vorgesetztem anzutragen.

Bei der desfallsigen Entscheidung des Letztern hat es sein Bewenden.

Titel 4.

Von der Verfolgung der Vergehen, den dabei thätigen Beamten und deren gegenseitigem Verhältnisse.

§. 23.

Die Erforschung der Vergehen, die Ermittelung des Thatbestandes und der Thäter liegt zunächst den öffentlichen Anklägern und unter deren Leitung und Anweisung den sämmtlichen Beamten der gerichtlichen Polizei ob.

Vergehen, deren Bestrafung gesetzlich von dem Antrage einer Behörde

oder einer Privatperson abhängig ist, darf der öffentliche Ankläger nur verfolgen, wenn ein solcher Antrag schriftlich in glaubhafter Form oder mündlich bei ihm angebracht wird. Die von ihm über derartige Anträge aufgenommenen Protokolle haben öffentlichen Glauben. Er ist befugt, die gerichtliche Verfolgung zu verweigern, wenn er sie gesetzlich nicht für begründet hält.

Ueber Beschwerden wegen solcher Verweigerungen entscheidet der vorgesetzte Staatsanwalt und in letzter Instanz der Cassationshof.

§. 24.

Die öffentlichen Ankläger sind

bei den Stadt- und Amtsgerichten die Beamten der gerichtlichen Polizei, nach Maßgabe des Gesetzes;

bei den Kreisgerichten die Staatsanwälte und deren Gehülfen;

bei dem Obergerichte der Ober-Staatsanwalt und dessen Gehülfe.

Es handeln jedoch außerdem bei allen Gerichten des Landes als öffentliche Ankläger:

in Forst- und Jagdwrugen, so wie

in Zoll- und Steuercontraventionsfällen die zu deren Verfolgung gesetzlich ernannten Beamten.

Die Staatsanwälte haben auch in diesen Sachen die Beobachtung der Gesetze zu überwachen, und sind berechtigt, desfallsige Anträge bei den Gerichten zu stellen.

§. 25.

In den zur Competenz der Kreisgerichte und des Geschwornen-Gerichtes gehörigen Sachen haben die Staatsanwälte alle Wahrnehmungen, Anzeigen und Mittheilungen, die ihnen von Privatpersonen oder öffentlichen Beamten und Behörden über Vergehungen gemacht werden, zu sammeln.

Die sämmtlichen Beamten der gerichtlichen Polizei sind verpflichtet, alle Spuren von Vergehungen zu erkunden, die That und den Thäter zu erforschen, den betreffenden Staatsanwalt von allen erheblichen Umständen unter Anschluß der bezüglichen Actenstücke sofort in Kenntniß zu setzen und dessen Befehlen und Anweisungen in dieser Hinsicht ungesäumt Folge zu leisten.

Die Gerichtsbehörden setzen von allen Vergehungen, die zu ihrer amtlichen Kunde gelangen, den Staatsanwalt gleichfalls ungesäumt in Kenntniß.

§. 26.

Die in §. 25 enthaltenen Bestimmungen gelten in den zur Competenz der Amts- und Stadtgerichte gehörigen Sachen auch für die bei denselben angestellten öffentlichen Ankläger.

§. 27.

§. 27.

Weder die Staatsanwälte noch die sonstigen Beamten der gerichtlichen Polizei sind befugt, Zeugen, Sachverständige oder Angeklagte durch einen Befehl vor sich zu laden, und von ihnen über derartige Vernehmungen aufgenommene Protocolle haben keinen öffentlichen Glauben.

§. 28.

Das Recht, in Strafsachen Vorladungsbefehle zu erlassen und über die Vernehmung von Zeugen, Sachverständigen oder Angeklagten glaubhafte Protokolle aufzunehmen, steht ausschließlich den Gerichtsbehörden zu.

Dasselbe gilt von Haussuchungen und Beschlagnahmen von Papieren oder sonstigen Gegenständen.

§. 29.

Bei der Verfolgung eines Verbrechers auf frischer That haben ausnahmsweise die Staatsanwälte, sowie die sonstigen Oberbeamten der gerichtlichen Polizei das Recht, Verhaftungen und Haussuchungen zu verfügen, so wie Papiere oder andere Gegenstände mit Beschlag zu belegen; sie sind jedoch in diesem Falle verpflichtet, die Vornahme der Verhaftung, sowie das Ergebniß ihrer Nachforschung und die mit Beschlag belegten Gegenstände binnen 24 Stunden dem betreffenden Gerichte zum Zwecke weiterer Verfügungen mitzutheilen.

§. 30.

Die Polizei-, Steuer- und Forstbeamten, welche als öffentliche Ankläger auftreten oder Geschäfte der gerichtlichen Polizei zu verrichten haben, werden dadurch in der Ausübung der ihnen sonst vermöge ihrer amtlichen Stellung zustehenden Befugnisse nicht beschränkt.

§. 31.

Die Gerichte wirken neben dem öffentlichen oder Privatankläger auf deren Antrag mit zum Zwecke der Feststellung des Thatbestandes, sowie der Ermittelung der Vergehungen und des Thäters durch eine gerichtliche Voruntersuchung, deren Führung in den geeigneten Fällen dem bei jedem Kreisgerichte angestellten Untersuchungsrichter obliegt.

§. 32.

Auch ohne besondere Aufforderung des öffentlichen Anklägers haben die Gerichte, insbesondere die Untersuchungsrichter, sowie die Amts- und Stadtgerichte diejenigen gerichtlichen Handlungen vorzunehmen, welche zur Sicherung der Rechtsverfolgung sofort erforderlich sind; namentlich liegt ihnen die Aufnahme der ersten Protocolle, die Feststellung und Sicherung des Thatbestandes, die Ermittelung der im Laufe der Zeit schwindenden

Anzei-

Anzeigen, endlich aber die Verhaftung des Angeschuldigten ob, wenn diese zulässig und erforderlich ist.

Die desfallsigen Verhandlungen sind ungesäumt dem öffentlichen Ankläger mitzutheilen und dessen weitere Anträge abzuwarten.

§. 33.

Eine gerichtliche Voruntersuchung findet in allen der Entscheidung des Geschwornengerichts zugewiesenen Fällen statt.

In den zur Competenz der Kreisgerichte gehörigen Sachen ist sie zulässig, wenn der Ankläger darauf anträgt. Unstatthaft ist dagegen die Voruntersuchung in allen zur Competenz der Stadt- und Amtsgerichte gehörigen Sachen.

§. 34.

Die gerichtliche Voruntersuchung beschränkt sich zwar lediglich auf die verbrecherische That, hinsichtlich derer sie beantragt ist, umfaßt diese jedoch, ohne daß es eines neuen Antrags bedarf, in allen wesentlichen Beziehungen und rücksichtlich aller Theilnehmer.

§. 35.

Der Zweck der gerichtlichen Voruntersuchung ist allein der: das Dasein und die Art des Verbrechens, die Person des Thäters oder die für oder gegen den Verdächtigen sprechenden Anzeigen so weit zu erforschen und festzustellen, als dies zur Begründung der Anklage und Vorbereitung des Hauptverfahrens erforderlich ist.

§. 36.

Die Untersuchungsrichter handeln selbstständig, sie verfahren nach den bestehenden Regeln des Untersuchungs-Processes, sie sind der Aufsicht der Kreisgerichte unterworfen und verbunden, deren Weisungen Folge zu leisten.

Ueber Beschwerden gegen Verfügungen der Untersuchungsrichter, sowie über Differenzen zwischen letzteren und den öffentlichen Anklägern entscheiden die Kreisgerichte und in letzter Instanz die Anklage-Cammer des Obergerichts.

§. 37.

Verhaftungen, Haussuchungen und Beschlagnahmen dürfen die Untersuchungsrichter, wenn Gefahr im Verzuge liegt, selbstständig verfügen; sie haben davon jedoch zum Zwecke der Erwirkung eines Collegialbeschlusses den Kreisgerichten binnen 24 Stunden Anzeige zu machen. Dasselbe gilt von Amts- und Stadt-Gerichten in den Fällen, wo dieselben die Geschäfte der Untersuchungsrichter zu versehen haben.

In allen anderen Fällen wird über die Zulässigkeit von Verhaftungen, Haus-

Hausſuchungen und Beſchlagnahmen eine vorgängige Verfügung der Kreisgerichte erfordert, ſobald in der Hauptſache deren Zuſtändigkeit oder die des Geſchwornengerichts begründet iſt.

In den vor die Amts- und Stadtgerichte gehörigen Fällen ſind die bei dieſen angeſtellten Richter befugt, ſelbſtſtändig Verhaftungen, Hausſuchungen und Beſchlagnahmen zu verfügen; von Verhaftungen, wenn ſolche auf länger als 24 Stunden verfügt werden, haben ſie jedoch unter Angabe der Gründe dem Obergerichte binnen 24 Stunden Anzeige zu machen.

§. 38.

Dem Ermeſſen des Unterſuchungsrichters iſt es überlaſſen, ob und welche Zeugen ſchon in der Voruntersuchung zu beeidigen ſind. Die Beeidigung der Zeugen muß erfolgen, falls zu beſorgen iſt, daß deren Zeugniß bis zur Hauptverhandlung verloren gehen könne. Daſſelbe gilt rückſichtlich der Zeugen, deren Vorladung zur Hauptverhandlung nach §. 59 nicht erforderlich iſt.

§. 39.

Zeugen und Sachverſtändige werden vor den Unterſuchungsrichter bei Vermeidung der Vorführung (Realcitation) vorgeladen. Erſcheinen ſie nicht, ſo iſt ein Vorführungs-Befehl zu erlaſſen.

§. 40.

In den Vorladungen ſoll ausdrücklich bemerkt werden, ob Jemand als Zeuge, Sachverſtändiger oder Angeklagter vorgeladen wird.

Alle Vorladungen ſind den Geladenen perſönlich zu behändigen.

Iſt der Geladene abweſend, ſo genügt es, wenn die Vorladung dem betreffenden Gemeindevorſteher zugeſtellt wird; Letzterer iſt alsdann verpflichtet, dem Geladenen bei erſter Gelegenheit Mittheilung davon zu machen.

§. 41.

Der Unterſuchungsrichter iſt befugt, mit Zuſtimmung des Staatsanwaltes einzelne Unterſuchungshandlungen, beſonders Verhöre von Zeugen, welche nicht in dem Bezirke deſſelben Stadt-, Amts- oder Kreisgerichtes wohnen, durch Requiſition des betreffeyden Stadt-, Amts- oder Kreisgerichts vernehmen zu laſſen.

§. 42.

Bei Voruntersuchungen in Straſſachen, welche zur Competenz des Geſchwornengerichts gehören, und wenn der Angeklagte verhaftet iſt, muß derſelbe vernommen oder wenigſtens zu einem Verhöre vorgeladen werden.

§. 43.

In den übrigen Fällen entſcheidet das Ermeſſen des Unterſuchungsrichters; es

es darf jedoch dem Angeklagten ein verlangtes Verhör nicht verweigert werden.

§. 44.

Der öffentliche Ankläger ist berechtigt, gerichtlichen Untersuchungsverhandlungen, welche in seinen Geschäftskreis gehören, beizuwohnen, mit dem Untersuchungsrichter unmittelbar in Verbindung zu treten, Anträge und Mittheilungen zur Beförderung der Untersuchung an ihn zu richten und die zu seinem Geschäftskreise gehörigen Gerichtsacten einzusehen.

§. 45.

Nach beendeter Untersuchung theilt der Untersuchungsrichter dem Staatsanwalte die Acten mit.

Ist dieser

1. der Ansicht, daß das fernere Verfahren einzustellen sei, so macht er
   a. in den Sachen, welche nicht vor das Geschwornengericht gehören, hievon dem Ober-Staatsanwalt unter Reponirung der Acten Anzeige;
   b. in den vor das Geschwornengericht gehörigen Sachen sendet er dagegen die Acten binnen 3 Tagen an den Ober-Staatsanwalt ein.
2. Ist die Sache nach der Ansicht des Staatsanwaltes fortzusetzen, so giebt er,
   a. wenn die Sache an ein Amts- oder Stadtgericht gehört, solche binnen 3 Tagen an den betreffenden öffentlichen Ankläger ab;
   b. wenn das Hauptverfahren bei dem Kreisgerichte einzuleiten ist, so hat er dagegen binnen 3 Tagen, nachdem ihm die Acten vom Untersuchungsrichter vorgelegt sind, die förmliche Anklage einzureichen;
   c. wenn die Sache vor das Geschwornengericht gehört, so hat der Staatsanwalt die Acten gleichfalls binnen 3 Tagen an den Ober-Staatsanwalt einzusenden, welcher, wenn er die Ansicht des Staatsanwaltes theilt, in Gemäßheit des §. 96 verfährt, im entgegengesetzten Falle aber die sachgemäße Weisung an diesen erläßt.
3. Hält der Staatsanwalt dafür, daß zur Vervollständigung der Untersuchung noch bestimmte, anzugebende Handlungen vorgenommen werden sollen, so hat er den erforderlichen Antrag binnen 3 Tagen bei dem Untersuchungsrichter zu stellen und nach vervollständigter Untersuchung den gesetzlichen Bestimmungen gemäß zu verfahren.

§. 46.

In allen Fällen, welche vor das Geschwornengericht gehören, hat der Ober-Staatsanwalt, wenn nach dem Beschlusse desselben das fernere Verfahren gegen den Angeklagten eingestellt werden soll, davon der Anklagekammer

mer des Obergerichts unter Mittheilung der Acten Anzeige zu machen, die Anklagekammer aber, wenn sie gegen den Beschluß des Ober-Staatsanwaltes nichts zu erinnern findet, die Acten spätestens nach Verlauf von 8 Tagen an das betreffende Kreisgericht zurückzusenden.

§. 47.

Findet nach dem Beschlusse der Staatsanwaltschaft, des Kreisgerichts oder der Anklagekammer des Obergerichts ein ferneres Verfahren nicht statt, so kann der Angeklagte, wenn er

1) zum Verhör gezogen, oder
2) verhaftet oder wenn
3) eine Haussuchung oder Beschlagnahme gegen ihn verfügt war,

verlangen, daß der betreffende Beschluß ihm in glaubhafter Form kostenfrei von dem zuständigen Kreisgerichte ausgestellt und in der nächsten öffentlichen Sitzung verlesen werde.

Auch ist der etwa noch verhaftete Angeklagte in diesem Falle sofort frei zu lassen.

§. 48.

Sobald übrigens ein solcher im vorigen §. erwähnter Beschluß dem Angeschuldigten überhaupt eröffnet oder insinuirt ist, kann die Untersuchung nur, wenn neue Beweismittel aufgefunden sind, wieder aufgenommen werden.

Titel 5.

Von dem Hauptverfahren.

§. 49.

Ist die Einleitung des Hauptverfahrens gegen einen Angeklagten verfügt, so kann der Ankläger die Anklage nicht mehr zurücknehmen, sondern es muß das Verfahren durch ein Erkenntniß beendigt werden.

In Bezug auf Privatanklagen bleibt es bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

§. 50.

In allen Strafsachen soll das Hauptverfahren vor dem Endurtheile mündlich und öffentlich sein, und dieses in öffentlicher Sitzung verkündigt werden.

§. 51.

Den öffentlichen Verhandlungen kann jeder Erwachsene, jedoch nur unbedeckten Hauptes, unbewaffnet und mit Beobachtung des gehörigen Anstandes, beiwohnen.

§. 52.

§. 52.

Sollte durch die öffentlichen Verhandlungen Gefahr für die Sitten oder die öffentliche Ordnung entstehen, so kann das Gericht durch ein mit Gründen abzugebendes Erkenntniß für die ganzen Verhandlungen oder einen Theil derselben die Oeffentlichkeit ausschließen, und gegen ein solches Erkenntniß steht keiner Partei eine Beschwerde zu.

Dieses Erkenntniß ist indeß eben so, wie der Spruch der Geschworenen und das Endurtheil, in öffentlicher Sitzung zu verkündigen. Das Endurtheil kann als nichtig angefochten werden, wenn ohne gesetzlichen Grund die Oeffentlichkeit ausgeschlossen ist.

§. 53.

Der Hauptverhandlung in geheimer Sitzung können indeß die Gerichtsangehörigen, die Advocaten und, mit besonderer Erlaubniß des Gerichts, Einzelne beiwohnen; auch kann der Angeklagte Verwandte und Freunde mitbringen.

§. 54.

Der Vorsitzende oder der Richter, welcher die Verhandlungen leitet, hat zugleich das Recht und die Pflicht, die Ordnung und Ruhe im Sitzungssaale und in dessen Nähe zu erhalten.

Er kann zu dem Ende diejenigen, welche durch Beifall oder Mißfallen oder durch andere Ungebühr die Verhandlungen stören, ermahnen, entfernen, selbst den Sitzungssaal zum Theil oder ganz auf einige Zeit räumen und die in dessen Nähe versammelte Menge auseinander treiben lassen.

Er ist befugt, jeden Widerspenstigen bis auf 24 Stunden in Haft führen zu lassen.

Die Polizeibehörden und die bewaffnete Macht haben seinen Aufforderungen zur Ausführungen solcher Anordnungen nachzukommen.

§. 55.

Werden in öffentlicher Sitzung Verbrechen begangen, so kann das Gericht auf Antrag des öffentlichen Anklägers sofort die verwirkten Strafen erkennen, ohne weitere Förmlichkeit, als daß der Thäter vernommen, und der Antrag des öffentlichen Anklägers und die Verantwortung des Angeschuldigten gehört wird, insofern die zu erkennende Strafe die Zuständigkeit des Gerichts nicht übersteigt.

§. 56.

Die Leitung des öffentlichen Verfahrens gebührt dem Richter, bei collegialischen Gerichten dem Vorsitzenden. Dieser bestimmt die Ordnung, in welcher

welcher mehre Angeschuldigte, die Zeugen und Sachverständigen zu hören, ob sie abzutreten und wieder einzutreten haben und gegen einander zu hören sind.

Er kann das Verhör des Angeklagten und der Auskunftspersonen einem der Richter übertragen, auch den Parteien gestatten, an die Auskunftspersonen, sowie den Geschwornen, an den Angeklagten und die Auskunftspersonen directe Fragen zu stellen.

Ohne seine Genehmigung darf Niemand das Wort nehmen.

§. 57.

In dem dem Enderkenntnisse vorhergehenden mündlichen Verfahren ist der öffentliche Ankläger und der Angeschuldigte zu hören, die Beweisaufnahme vorzunehmen und die Vertheidigung des Angeklagten mündlich zu führen.

§. 58.

Es bleibt bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Zulässigkeit der Beweismittel in Strafsachen.

Der Reinigungseid ist abgeschafft.

Eidesmündigkeit tritt mit dem vollendeten 18ten Lebensjahre ein; die Vernehmung jüngerer Personen wird indeß hierdurch nicht ausgeschlossen.

§. 59.

Zeugen, welche ihren Wohnsitz innerhalb des Fürstenthums haben, imgleichen Zeugen, welche nicht über 5 Meilen vom Sitze des Gerichts entfernt wohnen, vor welchem die Hauptverhandlung vor sich geht, müssen zu derselben vorgeladen werden. In den vor die Amts- und Stadtgerichte gehörigen Sachen muß die Vorladung der Zeugen erfolgen, wenn diese in demselben Amts- oder Stadtgerichtsbezirke wohnhaft sind.

Die Gerichte sind übrigens befugt, über eine und dieselbe Thatsache, falls zum Beweise derselben eine größere Anzahl von Zeugen in Vorschlag gebracht ist, nach Befinden der Umstände deren Zahl auf fünf zu beschränken.

Gleichmäßig werden Zeugen, welche erweislich nur über unerhebliche Thatsachen aussagen sollen, nicht auf Kosten des Staates vorgeladen.

§. 60.

Die Beeidigung der Zeugen, Sachverständigen und Schätzer erfolgt vor deren Vernehmung nach Maßgabe des Gesetzes über die Eidesleistungen v. 5. März 1850, und zwar die der Zeugen nach folgender Eidesformel:

„Ich N. N. schwöre, daß ich in der gegenwärtigen Untersuchungssache gegen N. N. nach meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit aussagen und daß ich nichts, was zur Aufklärung

der

der Sache gehört und mir bekannt ist, verschweigen will, so wahr mir Gott helfe!" —

§. 61.

Der Eid der Sachverständigen soll lauten:

„Ich schwöre, daß ich das in der gegenwärtigen Untersuchungssache von mir geforderte Gutachten nach meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung abgeben will, so wahr mir Gott helfe!"

§. 62.

Der Eid der Schätzer soll lauten:

„Ich schwöre, daß ich die von mir in der gegenwärtigen Untersuchungssache geforderte Abschätzung nach meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung dem wahren Werthe der von mir abzuschätzenden Gegenstände gemäß abgeben will, so wahr mir Gott helfe!"

§. 63.

Der Beeidigung der Auskunftspersonen ist die gesetzliche Warnung vor dem Meineide voranzuschicken.

§. 64.

Bei allen collegialischen Gerichten sollen, mit Ausnahme des Kassationshofs, nicht mehr und nicht weniger als drei Richter Beschluß fassen und es entscheidet Stimmmehrheit, vorbehältlich jedoch der Bestimmungen in §. 92.

§. 65.

Das Erkenntniß soll den Angeklagten für schuldig oder nicht schuldig erklären und mit Entscheidungsgründen abgegeben, namentlich das angewendete Strafgesetz angeführt werden. Die zu entrichtenden, bereits liquiden Kosten sind in demselben zu verzeichnen.

§. 66.

Die Gerichte sind bei der Abgabe des Erkenntnisses zwar an den thatsächlichen Inhalt der Anklage, nicht aber an die Rechtsausführungen und Strafanträge des Anklägers gebunden.

Ergeben sich im Laufe der Verhandlung neue, den Thatbestand ändernde Umstände, so kann zwar das Verfahren auf Antrag des Anklägers sistirt werden, es bedarf indeß, sofern das weitere Verfahren auf die neu ermittelten Thatsachen erstreckt werden soll, einer neuen Anklage.

§. 67.

Der Schuldige ist auch in die Kosten des Verfahrens zu verurtheilen. Mehre haften und dabei einer für den andern (solidarisch.)

Die

Die Kosten eines ohne Erfolg eingelegten Rechtsmittels trägt der, welcher dasselbe eingewandt hat. Ist dies der öffentliche Ankläger, so werden die Kosten niedergeschlagen.

Wird ein Privatankläger abgewiesen oder läßt er seine Anklage fallen, so hat er die Kosten des ganzen Verfahrens zu erstatten.

§. 68.

Einer Belehrung über die dem Angeschuldigten zustehenden Rechtsmittel bedarf es nicht.

§. 69.

Ist der Angeklagte zu der Hauptverhandlung vorgeladen, jedoch nicht erschienen, so wird das Erkenntniß, als ob er anwesend wäre, in der öffentlichen Sitzung mit Erfolg gegen ihn verkündigt.

Zweiter Theil.

Verfahren vor den Stadt- und Amtsgerichten.

§. 70.

Die Stadt- und Amtsgerichte werden vor Anfang jeden Jahrs die Tage der Woche, an welchen sie öffentliche Gerichtssitzungen zur Aburtheilung von Strafsachen halten, öffentlich bekannt machen, und zwar in Beziehung auf die Forst- und Jagdwrugen thunlichst im Einvernehmen mit den Oberforstbeamten.

§. 71.

Wird ein Beschuldigter an einem Gerichtstage gestellt und ist er geständig, oder sind die Beweismittel zur Hand, so giebt das Gericht nach Anhörung des öffentlichen oder Privatanklägers und Beschuldigten, erforderlichen Falls nach erfolgter Beweisaufnahme, sogleich das Erkenntniß ab.

§. 72.

Die Strafanträge können sowohl zu Protocoll als schriftlich gemacht werden.

§. 73.

Gegen einen die Eröffnung der Untersuchung verweigernden Beschluß der Amts- und Stadtgerichte steht dem Ankläger eine Beschwerde an das Obergericht zu.

Bei der Entscheidung des letzten hat es sein Bewenden.

§. 74.

Bei allen mit Geldstrafen bedroheten Vergehen erfolgt die Verurtheilung

lung des Beschuldigten, ohne daß derselbe zuvor gehört wird, sofort auf den Strafantrag.

In dem Erkenntnisse, welches dem Verurtheilten zu behändigen ist, wird jedoch zugleich ein Termin, nicht über 8 Tage hinaus, angesetzt, in welchem der erstere etwaige Einwendungen gegen die erkannte Strafe geltend machen und auf Zurücknahme oder Abänderung des Erkenntnisses antragen kann.

Erscheint der Verurtheilte in diesem Termine, so tritt das in den §§. 75 und 76 vorgeschriebene Verfahren ein; erscheint er dagegen nicht, so wird das Erkenntniß mit dem Ablaufe des Termins sofort vollziehbar.

§. 75.

In allen, nicht unter §. 74 gehörigen Fällen wird der Beschuldigte zu dem nächsten öffentlichen Gerichtstage vorgeladen. Zwischen der Ladung und dem Verhörstermine muß, ausgenommen in Fällen dringender Eile, ein Zeitraum von mindestens 24 Stunden liegen; die Ladung selbst aber soll enthalten eine Angabe des Vergehens, sowie des zur Anwendung kommenden Strafgesetzes und der darin angedroheten Strafe und die Verwarnung, daß, wenn der Beschuldigte nicht erscheine, dennoch gegen ihn werde verfahren und erkannt werden. Zugleich erfolgt die Benachrichtigung des Anklägers, sowie die Ladung der Auskunftspersonen und zwar dieser bei einer Strafe von 1 Thaler und bei Vermeidung der Vorführung. Dem Beschuldigten und dem Ankläger steht das Recht zu, nicht nur Zeugen am Gerichtstage mitzubringen, sondern auch die Vorladung gerichtsangesessener Auskunftspersonen zeitig vorher bei dem Gerichte zu beantragen.

Alle vor die Amts- und Stadtgerichte gehörigen Strafsachen müssen spätestens in der zweiten öffentlichen Sitzung erledigt werden. Nur besondere Umstände können eine Ausnahme zulassen.

§. 76.

Der Vorgeladene kann in dem Verhörstermine selbst erscheinen oder sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen.

Das Gericht kann jedoch das persönliche Erscheinen des Beschuldigten in allen Fällen vorschreiben, in denen ausschließlich auf Gefängniß zu erkennen ist.

§. 77.

Erscheint der Beschuldigte, so wird er nach Vorlesung der etwa aufgenommenen Protocolle durch den Secretair und nach Anhörung des öffentlichen oder Privatanklägers vernommen und, wenn er geständig ist, zur Abgabe des Erkenntnisses, falls er läugnet, oder eine Erklärung verweigert, zur Beweisaufnahme geschritten, worauf sogleich das Urtheil erfolgt.

Eine

Eine Beeidigung der Auskunftspersonen ist nur erforderlich, wenn solche der Beschuldigte, der Ankläger oder der Beschädigte verlangen.

§. 78.

Erscheint der Beschuldigte nicht, so wird mit der Beweisaufnahme und dem Erkenntnisse im Ungehorsame gegen ihn verfahren und das Erkenntniß in öffentlicher Sitzung verkündigt.

§. 79.

Erscheint der öffentliche oder Privatankläger nicht, so erfolgt die Freisprechung des Angeklagten.

In Bezug auf den Beschädigten tritt in diesem Falle, sofern derselbe wegen seiner Entschädigungsansprüche adhärirt hat, das Civilverfahren ein.

§. 80.

Aus besondern Gründen, welche dem Richter darzulegen sind und worüber dieser entscheidet, können der öffentliche oder Privatankläger auch nach der Abgabe eines Contumacialerkenntnisses (§. 79) die nochmalige Ansetzung eines Termins, jedoch spätestens bis zur nächsten öffentlichen Sitzung, beantragen.

§. 81.

Ueber die ganze Verhandlung wird von dem Secretair ein Protocoll aufgenommen, welches enthält die Namen der anwesenden Gerichtspersonen, des Anklägers, Namen, Vornamen, Alter, Stand und Wohnort des Beschuldigten und der Auskunftspersonen, eine gedrängte Beschreibung des Laufes der Verhandlung und den wesentlichen Inhalt der Anträge des Anklägers, der Anträge des Beschuldigten, den Vermerk, daß die Auskunftspersonen vernommen worden, das Erkenntniß und dessen Verkündigung.

Das Erkenntniß hat sich über That- und Rechtsfrage gesondert und zwar zuerst über die Thatfrage, worüber der Richter nach gewissenhafter Ueberzeugung erkennt, dann aber über den Rechtspunkt auszusprechen, und ist vom Richter zu unterschreiben.

Ist der Secretair behindert, so kann der Richter selbst das Protocoll aufnehmen.

Dritter Theil.

Verfahren vor den Kreisgerichten.

Titel 1.

Einleitung des Hauptverfahrens.

§. 82.

Ein Hauptverfahren vor dem Kreisgerichte findet nur statt, wenn von dem

dem öffentlichen und in den geeigneten Fällen von einem Privatankläger eine schriftliche Anklage überreicht ist.

§. 83.

Die Anklage muß enthalten:

die genaue Bezeichnung der Person des Angeklagten, eine Darstellung der ihm zur Last gelegten That, sowie der erheblichen Nebenumstände, mit Bezugnahme auf das zur Anwendung zu bringende Strafgesetz, die Angabe der Beweismittel, insbesondere Namen, Stand und Wohnort der Zeugen.

§. 84.

Nach Eingang der Anklage setzt das Gericht sofort einen Tag zum mündlichen Hauptverfahren an.

Findet es jedoch

1) daß seine Zuständigkeit nicht begründet ist; oder
2) daß die angeschuldigte Handlung gegen kein Strafgesetz verstößt, oder daß gar keine oder lediglich rechtlich unzulässige Beweismittel angegeben sind; oder endlich
3) daß die Sache in einzelnen Punkten noch einer weitern Erklärung bedarf;

so spricht es:

zu 1. seine Unzuständigkeit durch ein Erkenntniß aus;
zu 2. erkennt es, daß kein Grund zur Anklage vorliege, resp. verwirft es die Anklage in angebrachter Maße;
zu 3. verweiset es endlich die Sache behuf Beschaffung der erforderlichen Vervollständigung an den Staatsanwalt zurück.

Eine Beseitigung und Abänderung der in den Fällen unter 1 und 2 abgegebenen Erkenntnisse steht nur dem Cassationshofe zu; in dem Falle unter 3 dagegen findet gegen die Entscheidung des Kreisgerichts eine Beschwerde an die Anklagekammer des Obergerichts statt.

§. 85.

Eine Abschrift des die Untersuchung eröffnenden Beschlusses und der Anklageschrift ist dem Angeklagten und, falls derselbe verhaftet ist, auch dessen Vertheidiger zuzustellen.

Dem Verhafteten werden diese Schriften durch den Secretair des Gerichts vorgelesen und er wird darüber vernommen:

welche Beweismittel zu seiner Vertheidigung er herbeigeschafft, besonders welche Zeugen er vorgeladen zu sehen verlange.

Es kann ihm hiezu auch eine angemessene Frist verstattet werden.

Der nicht Verhaftete wird zugleich schriftlich mit der Aufforderung vorge-

geladen, zur festgesetzten Stunde zu erscheinen, die zu seiner Vertheidigung dienenden Beweismittel mit zur Stelle zu bringen, oder solche dem Gerichte so zeitig vor dem Gerichtstage anzuzeigen, daß sie noch herbeigeschafft werden können, mit der Warnung:

daß im Falle seines Ausbleibens nach gerichtlichem Ermessen mit der Untersuchung und Entscheidung in seinem Ungehorsame verfahren, oder seine Vorführung oder Verhaftung verfügt werde.

Die Vorladung an den Angeklagten muß mindestens 8 Tage vor der öffentlichen Sitzung erfolgen.

§. 86.

Die Auskunftspersonen, (Zeugen, Sachverständige, Schätzer) deren Abhörung der Angeklagte, oder der Staatsanwalt, oder der als Partei auftretende Beschädigte beantragt, oder das Gericht für erforderlich erachtet hat, werden vorgeladen, und eine Liste derselben ist dem Staatsanwalte und dem Angeklagten, letzterem mit dem Beschlusse über Eröffnung der Untersuchung zu behändigen.

§. 87.

Gehörig vorgeladene Auskunftspersonen, welche ohne erhebliche Entschuldigung nicht erscheinen, oder erschienene, welche die Auskunft verweigern, sind auf den Antrag des Staatsanwaltes in eine Strafe von 20 Thaler oder 14tägiges Gefängniß, und bei fortgesetztem Ungehorsame in eine Strafe von 50 Thalern oder sechswöchigem Gefängniß zu verurtheilen.

Diese Strafen treten auch ein, wenn gegen ungehorsame Auskunftspersonen mit Erfolg ein Vorführungsbefehl erlassen ist.

Hat ihr Ungehorsam die Aussetzung des Termins zur Folge, so sind sie auch in die dadurch veranlaßten Kosten zu verurtheilen.

Wird ein erheblicher Verhinderungsgrund oder die nicht gehörig erfolgte Ladung nachgewiesen, so hebt das Kreisgericht die erkannte Strafe nach Anhörung des Staatsanwaltes wieder auf.

Der Angeklagte und Beschädigte haben übrigens in allen Fällen das Recht, die Vorführung ungehorsamer Auskunftspersonen zu fordern.

§. 88.

Auf den Grund bescheinigter erheblicher Hindernisse kann dem Antrage des Angeklagten auf Ansetzung eines andern Gerichtstages statt gegeben, es darf dieser jedoch ohne Zustimmung des Staatsanwaltes nicht über 4 Wochen hinausgesetzt werden.

§. 89.

Die Kreisgerichte werden am Anfange jeden Jahrs bestimmte Tage nach Bedürfniß in jeder Woche oder in jedem Monate festsetzen und öffentlich bekannt

kannt machen, an welchen die öffentlichen Verhandlungen in Strafsachen stattfinden.

Titel 2.

Von dem öffentlichen und mündlichen Hauptverfahren.

§. 90.

Nach eröffneter Sitzung läßt der Vorsitzende durch den Secretair die Anklage und den Beschluß über die Eröffnung der Untersuchung verlesen, vernimmt den Beschuldigten und schreitet sodann zur Beweisaufnahme. Die Zeugen, Schätzer und Sachverständigen werden abgehört, nachdem sie zuvor beeidigt, oder falls sie in der Voruntersuchung beeidigt worden, auf den geleisteten Eid verwiesen sind. In der Nähe befindliche Zeugen, deren Vernehmung durch die Verhandlungen erheblich erscheint, oder die vorgeladen und nicht erschienen sind, kann der Vorsitzende sofort durch den Gerichtsdiener herbeiholen lassen. Ist der Angeklagte geständig, so hängt es von dem Ermessen des Gerichts ab, ob und in wie weit eine Beweisaufnahme stattfinden solle. Auch kann dasselbe es für genügend erklären, daß die Angaben der Schätzer und Sachverständigen, jedoch nur, wenn diese lediglich den objectiven Thatbestand betreffen, verlesen werden. Dieses letzte findet auch hinsichtlich der Aussagen der Zeugen statt, die wegen unabwendbarer Hindernisse im Gerichte nicht erscheinen können, oder deren Vorladung zur Hauptverhandlung nach §. 59. nicht erforderlich ist.

Die über einen eingenommenen Augenschein aufgenommenen Protocolle, Leumundszeugnisse, gerichtliche Attestate und dergleichen, sind zu verlesen.

Das Gericht kann sich aber mit Zuziehung des Staatsanwaltes, des Angeklagten und dessen Vertheidigers auch an Ort und Stelle begeben.

§. 91.

Nach erfolgter Beweisaufnahme stellt der Staatsanwalt seine Anträge über die That- und Rechtsfrage und die Strafe.

Der Angeklagte und dessen Vertheidiger antworten.

Der Staatsanwalt hat das Recht der Erwiderung.

Der Angeklagte und dessen Vertheidiger haben das letzte Wort.

§. 92.

Das Gericht erkennt nach geheimer Berathung.

Es entscheidet nach seiner gewissenhaften Ueberzeugung über That- und Rechtsfrage gesondert und zwar zunächst darüber, ob der Angeklagte schuldig sei. Es ist dabei berechtigt, den Thatbestand des in Frage stehenden Vergehens in dessen einzelne Bestandtheile aufzulösen und über die hiernach gebildete

Reihe

Reihe von Einzelnfragen specielle Wahrsprüche abzugeben. Das Urtheil hierüber erfolgt nach Stimmenmehrheit.

Sodann erfolgt, nachdem der Staatsanwalt, so wie der Angeklagte und dessen Vertheidiger auf besondern Antrag mit ihren etwaigen Bemerkungen über den Rechtspunkt nochmals gehört sind, die Entscheidung über die Rechtsfrage und die Strafe. Der Vorsitzende verkündet das Urtheil.

Die Entscheidung wird vom Secretair sogleich in das, nach Vorschrift des § 81. aufzunehmende Sitzungsprotokoll eingetragen und von den Mitgliedern des Gerichts unterschrieben.

Das Gericht kann aus erheblichen Gründen den Spruch vertagen, der dann spätestens in der nächsten öffentlichen Sitzung erfolgen muß.

§. 93.

Findet das Gericht im Laufe der Verhandlung, daß die That des Angeklagten nicht zu seiner Zuständigkeit gehört, so hat dasselbe, falls die Zuständigkeit eines Amts- oder Stadtgerichts begründet ist, dennoch zu erkennen, im entgegengesetzten Falle aber sich für incompetent zu erklären.

§. 94.

Ist der Angeklagte nicht erschienen, oder verweigert er jede Auskunft, oder stört er durch ungebührliches Verhalten die Verhandlungen, so wird (im letzten Falle nach dessen Abführung) gegen den Ungehorsamen mit Aufnahme des Beweises, Anhörung des Staatsanwalts, Fällung und Eröffnung des Urtheils, auch Protocollirung der ganzen Verhandlung verfahren.

Das Gericht kann aber auch im Falle des Nichterscheinens des Angeklagten denselben sofort vorführen lassen oder bis zur nächsten öffentlichen Sitzung die Sache vertagen und zu dieser die Vorführung oder Verhaftung des Angeklagten verfügen.

Vierter Theil.

Verfahren in den dem Geschwornengerichte überwiesenen Sachen.

Titel 1.

Von der Einleitung des Hauptverfahrens und der Versetzung in den Anklagestand.

§. 95.

In den zu der Competenz des Geschwornengerichts gehörigen Strafsachen findet ein Hauptverfahren nur statt, auf den Grund

1) eines

1) eines Erkenntnisses, welches den Angeschuldigten in Anklagestand versetzt,
2) einer schriftlichen Anklage.

§. 96.

Hält der Oberstaatsanwalt die Einleitung eines Hauptverfahrens für erforderlich, so hat derselbe binnen 8 Tagen, nachdem die Untersuchungsacte bei ihm eingegangen ist, bei der Anklagekammer des Obergerichts seine Anträge schriftlich zu stellen und die Ansetzung einer Sitzung zu beantragen. Während dieser Frist können der Angeschuldigte und der Beschädigte gleichfalls die ihnen zweckdienlich scheinenden Anträge machen.

§. 97.

Die Anträge des Oberstaatsanwaltes können nur dahin gehen:
1) daß in der Untersuchung vorgenommene, ungültige Handlungen oder Unvollständigkeiten durch Fortsetzung der Untersuchung ergänzt werden.
2) daß der Angeschuldigte in Anklagestand versetzt werde.

§. 98.

Der Vorsitzende der Anklagekammer setzt innerhalb 8 Tagen, oder, wenn die Beschaffenheit des in Frage stehenden Falles dies nothwendig macht, nach Anhörung des Oberstaatsanwaltes, spätestens innerhalb 14 Tagen eine Sitzung an, in welcher durch einen von ihm zu ernennenden Referenten der wesentliche Inhalt der Acten vorgetragen, der Oberstaatsanwalt gehört und noch in derselben Sitzung, jedoch ohne Beisein des Oberstaatsanwalts, nach vorheriger Berathung ein Beschluß gefaßt wird.

Dieser Beschluß kann nur auf einen der im vorigen §. aufgeführten Punkte, oder darauf gehen:

daß die Sache an ein Kreis- oder Stadt- oder Amtsgericht, als zu dessen Zuständigkeit gehörend, verwiesen werde; oder

daß, weil ein Strafverfahren unzulässig, weil kein Verbrechen begangen, oder der Angeschuldigte dessen nicht verdächtig, das strafrechtliche Verfahren einzustellen sei.

Wird die Fortsetzung der Untersuchung beschlossen, so ist mit derselben der Untersuchungsrichter zu beauftragen und die Vervollständigung der Untersuchung thunlichst zu beschleunigen.

Beschließt die Anklagekammer die Einstellung des Verfahrens, so ist der Angeklagte zu entlassen.

Um den Angeschuldigten in den Anklagestand zu versetzen, ist nicht erforderlich, daß das Gericht die Ueberzeugung von der Schuld desselben habe, sondern nur, daß dringende Verdachtsgründe gegen ihn vorliegen.

Die Anklagekammer entscheidet im Uebrigen nicht darüber, ob Gründe vor-

vorhanden sind, welche im vorliegenden Falle die Strafbarkeit einer an sich mit Strafe bedroheten Handlung ausschließen, (vergl. Cr.-G.-B. § 30. bis 34. und § 166.) vielmehr steht das Urtheil hierüber lediglich dem in der Sache selbst zur endlichen Entscheidung zuständigen Gerichtshofe zu.

§. 99.

Ueber die Versetzung in den Anklagestand ist ein Erkenntniß mit Entscheidungsgründen abzugeben und von sämmtlichen Richtern zu unterzeichnen. Hält die Anklagekammer die Verhaftung des Angeklagten für erforderlich, so ist solche gleichzeitig zu verfügen.

Der öffentliche Ankläger kann seinen Antrag nicht mehr fallen lassen, sobald der Angeschuldigte in Anklagestand versetzt ist, sondern es muß ein Enderkenntniß erfolgen.

§. 100.

Der Oberstaatsanwalt muß die Anklage spätestens binnen 8 Tagen dem Angeklagten behändigen. Das Erkenntniß über die Versetzung in Anklagestand und die Anklage sind dem Angeschuldigten zu eröffnen oder zu behändigen und ihm Abschriften davon mit der Auflage zuzustellen, sich einen Vertheidiger aus der Zahl der Advocaten zu wählen.

Der Oberstaatsanwalt reicht sodann die Anklageschrift mit der unter dieselbe zu setzenden Behändigungsurkunde und das Erkenntniß über die Versetzung in Anklagestand, sammt den Acten, binnen 24 Stunden nach Eingang der Behändigungsurkunde bei dem Director des Obergerichtes ein.

§. 101.

Nachdem die Acten eingegangen, beauftragt der Director des Obergerichts, falls er dies nicht selbst zu thun vorzieht, den Director oder ein andres Mitglied des zuständigen (§. 12) Kreisgerichts, unter Mittheilung der Acten, mit der Vernehmung des Angeklagten, sowohl über den Inhalt der Anklage, als über die von ihm vorzuschlagenden Ankunftspersonen, und bezeichnet zugleich die zu der künftigen Sitzung zu deputirenden Richter.

Die eben erwähnte Vernehmung muß bei Verhafteten binnen 24 Stunden, bei Nichtverhafteten binnen acht Tagen nach Eingang der Acten oder des Auftrages dazu erfolgen. Bei dieser Vernehmung, über welche der Secretair des betreffenden Kreisgerichts ein Protokoll aufzunehmen hat, das dem Oberstaatsanwalte mitzutheilen ist, sind dem Angeklagten die Namen der künftigen Richter mit der Aufforderung anzugeben, etwaige Recusationsgründe gegen dieselben binnen 8 Tagen, bei Verlust des Recusationsrechts, geltend zu machen.

Hat der Angeklagte noch keinen Vertheidiger gewählt, so bestellt der Director des Obergerichts ihm denselben nöthigenfalls von Amtswegen aus der Zahl der Advocaten.

Zu-

Zugleich eröffnet er dem Angeklagten, daß er binnen 8 Tagen seine Einwendungen wegen Unzuständigkeit des Geschwornengerichts oder wegen Nichtigkeit des bisherigen Verfahrens vorbringen könne, später aber damit nicht mehr gehört werden werde.

§. 102.

Ueber solche Einwendungen entscheidet der Cassationshof, nach Anhörung des Oberstaatsanwalts, binnen 8 Tagen, nachdem sie vorgebracht sind.

§. 103.

Nach Erlaß einer dieser Einwendungen verwerfenden Verfügung oder nach Ablauf der 8tägigen Frist (§ 102.), fordert der Director des Obergerichts den Angeklagten, den Oberstaatsanwalt oder dessen Vertreter und den Beschädigten auf, binnen 3 Tagen ein Verzeichniß der Zeugen einzureichen, welche sie in den Verhandlungen der öffentlichen Sitzung abhören lassen wollen.

Diese Verzeichnisse müssen Namen, Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort der Zeugen enthalten, und der Angeklagte, der Oberstaatsanwalt und der Beschädigte haben sie sich gegenseitig mittheilen zu lassen.

§. 104.

Der Director des Obergerichts verweist hierauf die Sache in die nächste Sitzung des Geschwornengerichts, zu welcher die Vorladung des nicht verhafteten Angeklagten unter den im § 85., und der Auskunftspersonen unter den in den §§ 39. und 87. vorgeschriebenen Rechtsnachtheilen erfolgt.

§. 105.

Der nicht verhaftete Angeklagte hat sich spätestens 24 Stunden vor der Sitzung bei dem Director des Obergerichts einzufinden und zu melden, widrigenfalls dessen Vorführung und Verhaftung ohne weiteres verfügt wird.

Titel 2.

Von der Zusammensetzung des Gerichts der Geschwornen.

§. 106.

Um das Gericht der Geschwornen zu bilden, soll für das ganze Land eine Liste von Geschworenen aufgestellt werden.

§. 107.

In diese Liste werden mit Ausnahme der in §§. 108. 110. bezeichneten Personen diejenigen 30jährigen männlichen Landeseinwohner eingetragen, welche

1) nach Universitätsstudien oder nach dem Besuche einer höhern wissenschaft-

schaftlichen Lehranstalt eine Staatsprüfung bestanden oder den Doctorgrad erlangt haben,

2) in den Städten die Mitglieder des Magistrats und des Collegiums der Stadtverordneten, auf dem Lande die Amtsgemeinderäthe, jedoch alle diese Personen nur während der Dauer des ihnen übertragenen Amtes;

3) die Eigenthümer und Pächter von Landgütern, welche einen Umfang von mehr als 450 Scheffelsaat haben, so lange dieselben in diesem Verhältnisse stehen.

Diejenige Zahl von Geschwornen, welche nach Eintragung der vorbezeichneten Personen an einem halben Procent der Bevölkerung eines Stadt- oder Amtsbezirks noch fehlt, wird in den Städten durch Magistrat und Stadtverordnete, auf dem Lande durch die Amtsgemeinderäthe nach relativer Stimmenmehrheit aus den übrigen 30jährigen männlichen Landeseinwohnern, welche nach §§. 108. 110. als Geschworne zulässig sind, gewählt.

§. 108.

Unzulässig als Geschworne sind geistig oder körperlich Unfähige und solche Personen, welche

1) durch ein Straferkenntniß der politischen Rechte verlustig geworden oder wegen Meineides, Diebstahls, Hehlerei, Betrugs, Fälschung, betrüglichen Bankerottes oder anderer Verbrechen aus Gewinnsucht rechtskräftig verurtheilt oder noch in Untersuchung sind;

2) wegen ihres Vermögens oder ihrer Person unter Curatel stehen.

§. 109.

Unzulässig für einzelne Sachen sind:

1) Angehörige des Angeklagten, insbesondere Blutsverwandte, in auf- und absteigender Linie und in der Seitenlinie bis zum 4. Grade (civilrechtlicher Berechnung) einschließlich, Stief- und Schwiegereltern und Kinder, Ehegatten, Schwäger, Verlobte, angenommene Eltern und Kinder, Vormund und Mündel; (Cr.-G.-B. §. 73.);

2) diejenigen, welche für sich oder ihre Angehörigen ein Privatinteresse aus der angeschuldigten Handlung herleiten können;

3) diejenigen, welche in der Sache als Denuncianten, Rechtsbeistände, Zeugen oder Sachverständige aufgetreten sind oder auftreten sollen.

§. 110.

Behindert sind, so lange ihre Anstellung dauert, Mitglieder der Landesregierung, alle bei den Gerichten Angestellte, auch die Staatsanwälte, alle Beamte der Landesverwaltung, Geistliche aller Glaubensbekenntnisse und Militairpersonen im activen Dienste.

§. 111.

Im October jeden Jahrs stellen in den Städten die Magistrate, auf dem Lande die Aemter, eine Liste der Geschwornen ihres Bezirks auf, machen solche öffentlich bekannt, und fordern diejenigen auf, welche ein Recht zu haben glauben, noch in selbige eingetragen zu werden, oder welche Einwendungen gegen dieselben haben, binnen 8 Tagen ihre Beschwerden einzureichen, über welche diese Behörden entscheiden.

Ueber Berufungen gegen derartige Entscheidungen, welche binnen 8 Tagen bei dem Obergerichte einzureichen sind, entscheidet dieses in letzter Instanz.

§. 112.

Acht Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung senden die Magistrate und Aemter die Listen an das Obergericht ein. Dasselbe bildet daraus eine allgemeine Liste für das ganze Land, welche auf 1 Jahr vom 1. Januar an giltig ist.

§. 113.

Vierzehn Tage vor den einzelnen Sitzungen läßt der Director des Obergerichts 40 aus den auf der allgemeinen Liste der Geschwornen stehenden Personen in öffentlicher Sitzung durch das Loos ziehen und in eine erste Liste aufnehmen.

Darauf werden 12 Personen aus der Liste der Geschwornen der Stadt, in welcher die öffentlichen Sitzungen gehalten werden sollen, nöthigenfalls auch aus der Zahl der in der Umgegend der Stadt wohnenden Geschwornen, durch das Loos gezogen und in eine zweite Liste, die der Ergänzungsgeschwornen, aufgenommen.

Beide Listen sind 3 Tage vor dem öffentlichen Gerichtstage dem Oberstaatsanwalte oder dessen Vertreter und jedem Angeklagten, welcher in der Sitzung gerichtet werden soll, vorzulegen.

§. 114.

Der Director des Obergerichts ladet die 40 Geschwornen der ersten Liste zu der nächsten öffentlichen Sitzung vor. Die Ladung ist ihnen 6 Tage vor der Eröffnung der Sitzung zu behändigen.

Die Ergänzungsgeschwornen sind ebenfalls 6 Tage vor der Sitzung zu benachrichtigen und es ist ihnen aufzugeben, sich am Gerichtstage zum Erscheinen bereit zu halten.

§. 115.

Hat der Geladene gesetzliche Entschuldigungsgründe, so sind solche sofort unter der Ladung zu bemerken.

Solche Gründe sind: siebenzigjähriges Alter, Abwesenheit außerhalb

der

der Gränzen des Fürstenthums, Theilnahme an den Sitzungen der Landesversammlung, ärztlich bescheinigte Krankheit, ärztliche und wundärztliche Praxis, eine öffentliche Cassenführung außerhalb des Orts des Gerichts und endlich die Verrichtung des Amts eines Geschwornen während des laufenden Jahrs. Die letzte Entschuldigung gilt aber nicht hinsichtlich der Ergänzungsgeschworenen (§. 113.), wenn sonst die erforderliche Zahl derselben nicht mehr vorhanden sein würde.

Die gesetzlich Entschuldigten sind durch den Director des Obergerichts durch das Loos aus der Liste der Ergänzungsgeschwornen zu ersetzen und diese sofort vorzuladen.

§. 116.

Wer, als Geschworner vorgeladen, ohne gesetzliche Entschuldigung nicht erscheint, wird auf den Antrag des Staatsanwaltes das erste Mal in eine Strafe von 20 Rthl., das zweite Mal in eine Strafe von 50 Rthl., das dritte Mal in eine Strafe von 100 Rthl. verurtheilt, und das Erkenntniß wird öffentlich bekannt gemacht. Macht sich ein Geschworner zum vierten Male durch sein Nichterscheinen straffällig, so wird er neben einer Geldstrafe von 100 Rthl., seiner politischen Rechte verlustig erklärt und das Erkenntniß ebenfalls öffentlich bekannt gemacht.

Nur der Beweis, daß es dem Geladenen unmöglich war, an dem bestimmten Tage zu erscheinen, befreiet von dieser Strafe; es entscheidet darüber der nach §. 121 zu bildende Gerichtshof, oder, wenn dieser nicht mehr versammelt ist, das Obergericht.

§. 117.

Die im §. 116 erwähnten Strafen finden auch Anwendung, wenn ein Geschworner fälschlich sich eines gesetzlichen Entschuldigungsgrundes bedient hat, und es gebührt die Entscheidung darüber gleichfalls dem in §. 121. bezeichneten Gerichtshofe oder dem Obergerichte.

§. 118.

Erscheinen die Geladenen am Tage des Gerichts nicht in gehöriger Zahl, so sind die Fehlenden aus der Liste der Ergänzungsgeschwornen durch das Loos zu ersetzen und sofort vorzuladen.

§. 119.

In allen Fällen hat der Präsident des Geschwornengerichts die Befugniß, ungehorsame Geschworne vorführen zu lassen.

§. 120.

Zum Zwecke der Aburtheilung der zur Zuständigkeit des Geschwornengerichts gehörigen Strafsachen finden viertel- oder halbjährlich, oder nöthi-

gen-

genfalls nach dem Ermessen des Obergerichts öfter, unter dessen Leitung öffentliche Sitzungen mit Zuziehung von Geschwornen statt.

Das Obergericht hat solche mit dem Beginne eines jeden Jahrs öffentlich bekannt zu machen.

§. 121.

Zu diesen Sitzungen deputirt der Director des Obergerichts jedesmal zwei Mitglieder desselben, welche nicht an dem Erkenntnisse der Anklagekammer Theil genommen haben. Ist der Director nicht selbst unter diesen Mitgliedern, so bestimmt er zugleich, welches der beiden Mitglieder die Leitung des Hauptverfahrens zu übernehmen habe. Ihnen wird ein Mitglied des betreffenden Kreisgerichts und zwar derjenige Richter, welcher mit der im §. 101 vorgeschriebenen Vernehmung des Angeklagten beauftragt gewesen ist, als dritter Richter beigegeben.

Der Präsident des Gerichtshofs selbst ist ermächtigt, nach Befinden der Umstände ein zweites Mitglied des betreffenden Kreisgerichts zu bezeichnen, welches den Verhandlungen als Ersatzrichter beizuwohnen hat.

Die Protocollführung in den öffentlichen Sitzungen liegt einem Secretair des Obergerichts ob.

§. 122.

Die Aburtheilung der Verbrechen erfolgt in der Regel am Sitze des Obergerichts, wenn besonderer Umstände wegen das Obergericht für die einzelne Sitzung nicht einen andern Ort wählt.

In allen Fällen, wo Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu besorgen steht, kann das Obergericht entweder den Ort des Geschwornengerichts verlegen, oder die betreffenden Straffälle vor die nächsten Schwurgerichts-Sitzungen verweisen. Letzteres gilt auch, wenn die Aburtheilung eines Straffalles aus besondern Gründen hat vertagt werden müssen.

Titel 3.

Oeffentliches mündliches Hauptverfahren.

§. 123.

Sind zu der bestimmten Stunde des Gerichtstages, bei gehörig besetztem Gerichte, der Oberstaatsanwalt oder dessen Substitut, wenigstens 36, und falls Ersatzgeschworne erforderlich sind, 40 Geschworne und der Vertheidiger des Angeklagten erschienen, so läßt der Präsident des Gerichtshofes den Angeklagten fesselfrei, jedoch bewacht, vorführen, erklärt die Sitzung für eröffnet, fordert die Anwesenden auf, die Achtung vor den Gesetzen und dem Gerichte nicht zu verletzen und den Gang der Verhandlungen nicht

nicht zu stören, und befragt sodann den Angeklagten um seine persönlichen Verhältnisse.

§. 124.

Es wird zuvörderst ermittelt, durch Anhörung des öffentlichen Anklägers, Vernehmung des Angeklagten und Befragung der Geschwornen, ob unter ihnen sich solche befinden, die für diese Sache unzulässig sind. Diese werden durch Beschluß des Gerichts ausgeschieden und aus der Liste der Ergänzungsgeschwornen ersetzt.

Sodann ruft der Secretair nach der Liste die Namen der Geschwornen auf, und legt bei der Antwort des Geschwornen dessen Namenszettel in eine Urne. Der Präsident, oder ein von demselben hiermit zu beauftragender Richter zieht daraus durch das Loos zwölf Geschworne. Diese bilden das Geschwornengericht für die betreffende Sache. Außerdem können nach dem Ermessen des Präsidenten des Gerichtshofs noch zwei Geschworne durch das Loos auf dieselbe Weise bestimmt werden, um als Ersatzmänner zu dienen. Sie nehmen an der Berathung und dem Spruche der Geschwornen nur Theil, wenn im Laufe der Verhandlungen, bis zum Spruche, einem der Geschwornen der Dienst unmöglich wird, und zwar in der Reihe, in der sie aus der Urne hervorgegangen sind.

§. 125.

Der öffentliche Ankläger und der Angeklagte können nach Ziehung eines Namens den Geschwornen ablehnen, jedoch, bei Verlust dieses Rechts, sofort nach der Ziehung. Der öffentliche Ankläger erklärt sich zuerst und sodann der Angeklagte. Beide können, ein jeder zwölf, und falls Ersatzgeschworne zu wählen sind, dreizehn Ablehnungen vornehmen.

Sind mehre Straffälle in einer Sitzung abzuurtheilen, so erfolgt die Bildung der Geschwornenliste für alle diese Fälle, jedoch für jeden Fall in einem gesonderten Acte, vor dem Beginne sonstiger Verhandlungen.

§. 126.

Mehre Mitangeklagte können das Ablehnungsrecht nur gemeinschaftlich ausüben. Können sie sich nicht einigen, so entscheidet Mehrheit der Stimmen und bei deren Gleichheit das Loos.

§. 127.

Ueber die Bildung des Geschwornengerichts ist ein besonderes Protocoll aufzunehmen und vom Präsidenten und Secretair zu unterschreiben.

§. 128.

Nachdem die Bildung des Geschwornengerichts für alle zur Verhandlung kommenden Straffälle erfolgt ist, entläßt der Präsident die bei den fernern Verhandlungen nicht weiter erforderlichen Personen und eröffnet die Ver-

Verhandlung eines jeden einzelnen Falles dadurch, daß er den betreffenden Geschwornen stehend folgenden Eid abnimmt:

Sie sollen schwören, daß sie in der Anklagesache wider N. N. wegen ꝛc. die vorkommenden Anschuldigungs- und Entschuldigungsbeweise mit Ihren Mitgeschwornen gewissenhaft und sorgsam prüfen, und Niemandem zu Liebe oder zu Leide, einen gemeinsamen Spruch nach freier und gewissenhafter Ueberzeugung fällen wollen, so wahr Ihnen Gott helfe!

Jeder Einzelne wird vom Präsidenten aufgerufen und erwiedert stehend mit aufgehobener Rechten:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

§. 129.

Der Präsident des Gerichts fordert hierauf den Angeklagten zur Aufmerksamkeit auf die folgenden Verhandlungen auf, läßt durch den Secretair das Anklageerkenntniß und die Anklage laut verlesen und wiederholt den Inhalt dem Angeklagten in der Kürze.

§. 130.

Der öffentliche Ankläger setzt die Anklage näher auseinander und übergiebt das Verzeichniß aller zu vernehmenden Zeugen und Sachverständigen, nach welchem der Secretair solche laut aufruft.

Das Verzeichniß der Zeugen und Sachverständigen muß mit dem, dem Angeklagten und dem öffentlichen Ankläger mitgetheilten (§. 103) übereinstimmen. Andere von dem öffentlichen Ankläger oder von dem Angeklagten gestellten Zeugen werden nur unter Voraussetzung eines begründeten Antrages, nach dem Ermessen des Gerichts, durch einen Beschluß desselben zugelassen. Das Gericht kann auch von Amtswegen die Vorführung von Zeugen verfügen, deren Vorhandensein sich im Laufe der Verhandlungen ergiebt.

§. 131.

Sind vorgeladene Zeugen nicht erschienen, so kann das Gericht, sofern der öffentliche Ankläger und der Angeklagte damit einverstanden sind, die Verlesung der Zeugenprotocolle verfügen, im andern Falle ist die Sitzung, wenn die ausgebliebenen Zeugen im Lande wohnhaft sind, bis auf den nächsten Tag auszusetzen, gegen die ungehorsamen Zeugen ein Vorführungsbefehl zu erlassen und diese selbst sind, neben der verwirkten Strafe, in die Kosten der vereitelten Sitzung zu verurtheilen. Sind die ungehorsamen Zeugen dagegen nicht herbeizuschaffen, so steht es im Ermessen des Gerichtes, entweder die Verlesung der Zeugenprotocolle zu verfügen, oder den Fall in die nächste Sitzung zu verweisen. Die Aussagen der Zeugen,

deren

deren persönliches Erscheinen in der Hauptverhandlung nach §. 59 nicht erforderlich ist, werden verlesen.

§. 132.

Nach erfolgtem Aufruf läßt der Präsident die erschienenen Zeugen abtreten. Sie dürfen das für sie bestimmte Zimmer vor ihrer Vernehmung nicht verlassen, auch sind erforderlichen Falls Vorkehrungen zu treffen, daß sie sich über ihre Aussage nicht besprechen.

§. 133.

Hierauf vernimmt der Präsident den Angeklagten über den Inhalt der Anklage.

Der öffentliche Ankläger ist befugt, nach dieser Vernehmung durch den Präsidenten Fragen an den Angeklagten richten zu lassen.

§. 134.

Der Präsident fordert nunmehr den öffentlichen Ankläger und den Angeklagten auf, Einwendungen, die sie gegen die Zulässigkeit oder die Glaubwürdigkeit der Zeugen oder Sachverständigen zu haben glauben, vorzutragen, und das Gericht entscheidet über die deren Zulässigkeit betreffenden Einwendungen, worauf zur Aufnahme der Beweise selbst geschritten wird. Diese erfolgt nach den im §. 90 gegebenen Vorschriften, muß indeß stattfinden, auch wenn der Angeklagte eingestanden hat.

Die den Zeugen, Sachverständigen, oder den Angeklagten zur Anerkennung oder Erklärung vorgelegten Gegenstände, Urkunden, Handrisse u. s. w. sind auch den Geschworenen vorzuzeigen.

§. 135.

Nach jeder Aussage fragt der Präsident den Zeugen ausdrücklich, ob der Angeklagte derjenige sei, von welchen er geredet habe? und fordert den Angeklagten und dessen Vertheidiger auf, sich über die Aussage der Zeugen und Sachverständigen zu erklären.

§. 136.

Nach erfolgter Beweisaufnahme macht der öffentliche Ankläger mit Bezug auf deren Ergebnisse seine Anträge, schließt mit der Aufstellung bestimmter, dem Geschworenengerichte vorzulegender Fragen über die Thatumstände, welche das Verbrechen mit seinen Straferhöhungs- und Herabsetzungsgründen bilden, und übergiebt dieselben schriftlich dem Präsidenten, welcher solche verlies't.

§. 137.

Hierauf erfolgt die Vertheidigung des Angeklagten, die sich auf die aufgestellten oder aufzustellenden Fragen erstreckt. Gegen dieselben kann der öffent-

öffentliche Ankläger Gegenbemerkungen machen, nach welchen der Vertheidiger nochmals zu hören ist.

§. 138.

Der Präsident fordert nunmehr den Angeklagten auf, zu erklären, ob er noch etwas vorzubringen habe? und erklärt sodann die Sache für geschlossen.

§. 139.

Nach vorgängiger geheimer Berathung entwirft das Gericht die den Geschworenen vorzulegenden Fragen, welche von dem Präsidenten zu unterschreiben und laut vorzulesen sind.

§. 140.

Die Hauptfrage soll dahin gehen:
ob der Angeklagte schuldig sei?

Dabei ist das Verbrechen nach seinen gesetzlichen Merkmalen anzugeben mit Hinzufügung des Orts und der Zeit der Begehung.

Können sich die Geschworenen über diese Frage nicht einigen, so sind sie berechtigt, den Thatbestand des in Frage stehenden Vergehens in dessen einzelne Bestandtheile von dem Gerichtshofe auflösen zu lassen und über die hiernach gebildete Reihe von Einzelfragen specielle Wahrsprüche abzugeben.

Verschiedene von einander unabhängige Thatumstände sind in getrennte Fragen zu fassen. Auch dürfen eventuelle Fragen gestellt werden.

Die Fragen sind so zu stellen, daß sie mit ja oder nein zu beantworten sind.

Ueber das Vorhandensein der Gründe, welche nach gesetzlicher Vorschrift eine Erhöhung oder Herabsetzung der angedroheten Strafe zur Folge haben, (Criminalgesetzbuch §. 55 — 61) gebührt die Entscheidung den Geschworenen und es sind ihnen daher zu dem Ende die erforderlichen Fragen vorzulegen.

Dagegen haben lediglich die 3 Richter darüber zu urtheilen und zu entscheiden, ob der §. 62 des Criminalgesetzbuches Anwendung finde oder nicht.

§. 141.

Den Geschworenen werden die Fragen schriftlich zugestellt, weitere Actenstücke dagegen nicht ausgehändigt. Sie sind indeß berechtigt, die nochmalige Verlesung aller den objectiven Thatbestand betreffenden Actenstücke und der in der Sitzung vorgelesenen Zeugenaussagen durch den Secretair, sowie Aufklärung vom Gerichte und zwar diese in öffentlicher Sitzung, zu fordern.

Der Angeklagte wird nach erfolgter Zustellung der Fragen an die Geschworenen abgeführt.

§. 142.

Die Geschworenen wählen mit einfacher Stimmenmehrheit einen Vorsitzenden. Bei gleichen Stimmen entscheidet das höchste Lebensalter.

Der

Der Vorsitzende leitet die Berathungen und die Abstimmung.

Die Entscheidung einer jeden, den Geschwornen vorgelegten Frage fällt für den Angeklagten aus, wenn fünf von den zwölf Geschwornen zu seinem Vortheile, hingegen wider den Angeklagten, wenn acht derselben zu seinem Nachtheile in ihrer Erklärung mit einander übereinstimmen.

Der Vorsitzende der Geschwornen zählt die Stimmen, welche sich für und gegen die Bejahung jeder Frage ergeben und schreibt danach neben jede Frage „Ja" oder „Nein", mit Angabe zugleich des jedesmal zu Grunde liegenden Stimmenverhältnisses.

Tritt Bejahung oder Verneinung nur theilweise ein, so ist dieses genau auszudrücken.

Das Ganze wird von dem Vorsitzenden und zwei andern Geschwornen unterschrieben.

§. 143.

Wenn die Geschworenen in das Berathungszimmer abgetreten sind, werden dessen Eingänge auf schriftlichen Befehl des Präsidenten von dem Polizeimilitair besetzt. Niemandem, außer mit Erlaubniß des Präsidenten, wird der Ein- und Ausgang gestattet und die Geschworenen selbst werden nicht eher aus dem Berathungszimmer entlassen, als bis sie einen Beschluß gefaßt haben.

§. 144.

Sobald die Geschworenen in den Sitzungssaal zurückgekehrt sind, kann eine neue Berathung derselben, abgesehen von dem im §. 147 gedachten Falle, nicht mehr stattfinden.

§. 145.

Haben die Geschworenen ihre Plätze in dem Sitzungssaale eingenommen, so fragt sie der Präsident über das Ergebniß ihrer Berathung.

Der Vorsitzende derselben erhebt sich, legt die rechte Hand auf das Herz und spricht:

Auf unsern Eid versichern wir, daß die freie und gewissenhafte Ueberzeugung der Geschworenen dahin geht ꝛc.

verlies't darauf die aufgestellten Fragen und die schriftlich abgefaßten Beschlüsse der Geschworenen und überreicht sie dem Präsidenten, welcher sie mit dem Secretair unterschreibt.

§. 146.

Ist das Gericht einstimmig der Ansicht, daß die Geschworenen einen Nichtschuldigen für schuldig erklärt haben, so muß es deren Spruch von

Amtswegen verwerfen, die Sache vor die nächste öffentliche Sitzung verweisen und dieses dem Angeklagten eröffnen.

Keiner der jetzigen Geschworenen kann bei diesem zweiten Spruche mitwirken.

Ein Antrag auf eine solche Verwerfung steht weder dem Angeklagten noch dem öffentlichen Ankläger zu.

Der zweite in derselben Sache von den Geschworenen erfolgende Spruch kann nicht wieder verworfen werden.

§. 147.

Findet das Gericht den Spruch der Geschworenen formwidrig, dunkel oder widersprechend, so macht es die Geschworenen auf diese Fehler aufmerksam und dieselben ziehen sich in das Berathungszimmer zurück, um sie zu berichtigen.

Die Berathung beschränkt sich, was den Geschworenen zu eröffnen ist, auf die bemerklich gemachten Punkte.

§. 148.

Treten diese Fälle (§§. 146, 147) nicht ein, so läßt der Präsident den Angeklagten vorführen und der Secretair eröffnet ihm den Spruch der Geschworenen.

§. 149.

Der öffentliche Ankläger stellt seine Anträge eintretenden Falls auch in Beziehung auf eine bestimmte Strafe, gegen welche der Angeklagte zu hören ist.

§. 150.

Haben die Geschworenen den Angeklagten für nicht schuldig erklärt, so spricht der Präsident ihn sofort ohne weitere Berathung frei.

Dem Angeklagten ist auf Verlangen eine Ausfertigung des freisprechenden Erkenntnisses kostenfrei zuzustellen.

§. 151.

Andernfalls hat das Gericht, nach vorgängiger Berathung, das Straferkenntniß sofort abzufassen und zu verkündigen. Aussetzung desselben, es sei denn bis zum folgenden Tage in öffentlicher Sitzung, ist unzulässig.

§. 152.

Hat sich durch die Verhandlungen ergeben, daß auf ein geringeres Strafmaß, als das die Zuständigkeit des Geschworenen-Gerichts bedingende, zu erkennen sei, so ist dennoch von diesem das Erkenntniß abzugeben.

§. 153.

Muß eine Sache ausgesetzt oder in einem anderen Termine fortgesetzt werden, so ist dieselbe womöglich noch in dieser Sitzung von denselben Geschworenen zu erledigen.

Ist dies nicht thunlich, so bedarf es demnächst einer Wiederholung sämmtlicher Verhandlungen.

§. 154.

Ist der Angeklagte nicht erschienen, verweigert er jede Auskunft, oder muß er wegen Störung der Verhandlungen entfernt werden, so ist dies kein Hinderniß, mit Bildung des Geschworenen-Gerichtes, der Hauptverhandlung und Fällung und Eröffnung des Urtheils zu verfahren.

Das Gericht kann aber den nicht erschienenen Angeklagten, wenn es nicht vorzieht, die Sache auszusetzen, auch vorführen und verhaften lassen.

§. 155.

Der Secretair muß über die ganzen Verhandlungen ein Sitzungsprotocoll führen, um zu beurkunden, daß die vorgeschriebenen Förmlichkeiten beobachtet sind. (§. 81.)

In dem Protocolle werden die Antworten des Angeklagten und die Aussagen der Zeugen nicht aufgeführt, ausgenommen Veränderungen, Abweichungen und Widersprüche mit ihren Aussagen in der Voruntersuchung.

Das Protocoll wird von dem Präsidenten und Secretair unterzeichnet.

Fünfter Theil.

Von den Rechtsmitteln.

Titel 1.

§. 156.

Allgemeine Bestimmung.

Enderkenntnisse in Strafsachen entscheiden über die That, die ihren Gegenstand bilden, rechtsgültig für alle Zukunft, wenn sie nicht entweder durch die Nichtigkeitsbeschwerde oder durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beseitigt werden.

Titel 2.

Von der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse in Strafsachen.

§. 157.

Die Nichtigkeitsbeschwerde ist nur zulässig gegen das Enderkenntniß.

§. 158.

Ueber die Nichtigkeitsbeschwerde erkennt der Cassationshof.

Die Nichtigkeitsbeschwerde ist begründet:

1) wenn wesentliche Mängel in Bezug auf die Personen der Parteien oder die Zusammensetzung des Gerichts oder dessen Competenz vorliegen;

2) wenn wesentliche Vorschriften über das Verfahren nicht beobachtet sind, und

3) wenn bei der Urtheilsfällung ein Strafgesetz verletzt ist; die unrichtige Ausmessung der Strafe innerhalb der gesetzlichen Schranken enthält jedoch keinen Nichtigkeitsgrund.

Ueber die Legalität des öffentlichen Hauptverfahrens entscheidet lediglich das Sitzungsprotocoll, und etwaige Verstöße, welche die Parteien nicht gerügt und deren Beurkundung durch die erforderliche Bemerkung im Protocolle sie nicht beantragt haben, finden keine Berücksichtigung.

§. 159.

Die Nichtigkeitsbeschwerde kann von dem Angeklagten, dem Beschädigten, dem Privatankläger sowie dem öffentlichen Ankläger, von dem letzten jedoch nur in den unter Nr. 1 und 2 in §. 158. hervorgehobenen Fällen verfolgt werden.

§. 160.

Die Nichtigkeitsbeschwerde ist innerhalb einer Nothfrist von 3 Tagen nach Verkündigung oder Behändigung des Erkenntnisses im Secretariate des erkennenden Gerichts schriftlich oder zu Protocoll anzumelden. Binnen einer ferneren Nothfrist von 8 Tagen hat der Beschwerdeführer sodann, und zwar wenn der Angeklagte, der Beschädigte oder Privatankläger als solcher auftreten, durch einen Bevollmächtigten aus der Zahl der Advokaten seine gedrängt motivirten Beschwerdepunkte schriftlich ebenfalls im Secretariate des erkennenden Gerichts, bei den zur Competenz des Geschworenen-Gerichts gehörigen Sachen in dem Secretariate des Obergerichtes, in zweifacher, falls der Beschädigte mitbetheiligt ist, in dreifacher Ausfertigung einzureichen.

Diese Schrift wird den Gegnern des Beschwerdeführers mitgetheilt. Ist der Angeklagte der Beschwerdeführer, so hat derselbe in allen Fällen, wo auf Geldstrafen erkannt ist, innerhalb der letzterwähnten Nothfrist solche entweder bei dem Gerichte, welches das Erkenntniß abgegeben hat, zu deponiren oder bei demselben ein glaubhaftes Armuthszeugniß einzureichen.

In den Sachen, welche zur Competenz des Geschworenengerichts gehören, erfolgt die Deposition der Geldstrafen bei dem Obergerichte.

Werden die vorhin gedachten Nothfristen und Förmlichkeiten versäumt, so erklärt das zur Abgabe des Erkenntnisses zuständig gewesene Gericht, und in den, zur Competenz des Geschworenengerichts gehörigen Sachen das Obergericht, solches ohne weiteres für vollstreckbar.

So lange die Nothfristen laufen, ist das angefochtene Erkenntniß nicht vollziehbar, indeß wird hierdurch die Anordnung etwa erforderlicher Sicherungsmaßregeln nicht ausgeschlossen.

§. 161.

§. 161.

Geht die Anmeldung und die Darstellung der Beschwerdepunkte zeitig ein, so stellt der Secretair des betreffenden Gerichts solche sammt den Acten dem öffentlichen Ankläger zu; dieser übergiebt beides dem Oberstaatsanwalte und der letzte trägt bei dem Cassationshofe auf Ansetzung einer öffentlichen Sitzung und Entscheidung an.

§. 162.

Die Anmeldung und Darstellung der Beschwerdepunkte wird den Parteien gegenseitig mitgetheilt, zugleich ernennt der Präsident des Cassationshofes einen Referenten für die Sache und setzt einen Tag zur öffentlichen mündlichen Verhandlung nicht über 3 Wochen hinaus an, wozu die Parteien vorgeladen werden.

§. 163.

An dem Gerichtstage trägt der Referent über den Stand der Sache vor; sodann werden zuvörderst der Beschwerdeführer und nach diesem die übrigen Parteien gehört, jedoch hat der Angeklagte immer das letzte Wort.

§. 164.

Ist eine der Parteien ungehorsam, so geht die Verhandlung dennoch vor sich und es hat der Referent für den Ausgebliebenen die etwa nöthigen Mittheilungen aus den Acten zu machen.

§. 165.

Der Cassationshof giebt hierauf das Erkenntniß entweder sofort oder in der nächsten öffentlichen Sitzung, spätestens innerhalb 8 Tagen, ab.

§. 166.

Findet das Gericht die Beschwerde nicht begründet, so verwirft es dieselbe und verurtheilt den Beschwerdeführer in die Kosten; auch ist dasselbe befugt, dem Advocaten des letzten nach Befinden der Umstände im Fall einer leichtfertigen Beschwerdeführung eine Geldstrafe von 1 bis 5 Rthl. zuzuerkennen.

§. 167.

Hat der öffentliche Ankläger die Nichtigkeitsbeschwerde verfolgt und ist dieselbe begründet, so erklärt der Cassationshof das ganze Hauptverfahren für nichtig und dasselbe ist zu wiederholen.

§. 168.

Ist die Nichtigkeitsbeschwerde von dem Angeklagten verfolgt und begründet, so wird

1) wenn die Nichtigkeit in der Unzuständigkeit oder mangelhaften Besetzung des erkennenden Gerichtes oder in wesentlichen Mängeln rücksichtlich der Personen der Parteien ihren Grund hat, das Verfahren

als

als nichtig aufgehoben, die weiter erforderliche Verfügung erlassen, insbesondere was die Unzuständigkeit des Gerichts betrifft, die Sache an das zuständige Gericht zur Wiederholung des Verfahrens verwiesen:

2) wenn die Nichtigkeit in formellen Verstößen im Vor- oder Hauptverfahren ihren Grund hat, auf die Vervollständigung des Vorverfahrens und resp. die Wiederholung des Hauptverfahrens erkannt;

3) wenn die Nichtigkeit in einer Verletzung der Strafgesetze ihren Grund hat, weil entweder:

a. kein Vergehen im strafrechtlichen Sinne vorliegt, oder

b. das Strafgesetz unrichtig angewandt ist;

zu a. das ganze Verfahren ohne weitere Anordnung eines neuen als nichtig,

zu b. dagegen lediglich das ergangene Straferkenntniß als nichtig aufgehoben und in der Sache selbst endgiltig von dem Cassationshofe auf die gesetzliche Strafe erkannt.

§. 169.

Ist die Nichtigkeitsbeschwerde von dem Beschädigten verfolgt und begründet, so wird das ergangene Erkenntniß in Bezug auf diesen als nichtig aufgehoben und dessen Anspruch in das Civilverfahren verwiesen.

Das Urtheil des Cassationshofes ist für den Angeklagten als solchen in diesem Falle ohne Präjudiz.

§. 170.

Der Oberstaatsanwalt kann in seiner Eigenschaft als Wächter der Strafgesetze auch in allen im §. 158 hervorgehobenen Fällen die Nichtigkeitsbeschwerde gegen ergangene Erkenntnisse verfolgen. Die Entscheidungen, welche der Cassationshof auf solche Beschwerden abgiebt, bleiben jedoch ohne Einfluß auf die abgeurtheilte Sache.

§. 171.

Wenn zwei mit einander unvereinbare, dasselbe Verbrechen betreffende Straferkenntnisse vorliegen, so sollen die ergangenen Entscheidungen als nichtig aufgehoben und das Verfahren soll wieder aufgenommen werden.

§. 172.

Der desfallsige Antrag ist bei dem Cassationshofe einzubringen und kann sowohl von den Verurtheilten, als von dem Oberstaatsanwalte gestellt werden.

Auch ist der Cassationshof in diesen Fällen befugt und verpflichtet, von Amtswegen, jedoch nach Anhörung des Oberstaatsanwaltes, einzuschreiten.

Der Cassationshof hat die unvereinbaren Entscheidungen aufzuheben.

Titel 3.

Von der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

§. 173.

Jeder Verurtheilte hat das Recht, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu verlangen, wenn er nachweisen kann,

entweder

1) daß ein falsches Zeugniß, wegen dessen der Zeuge durch ein Straferkenntniß verurtheilt ist, oder
2) daß eine falsche Urkunde, wegen deren Fälschung der Thäter durch ein Straferkenntniß verurtheilt ist, in der gegen ihn anhängig gewesenen Untersuchung als Beweismittel gedient hat, sowie
3) wenn er seine gänzliche Unschuld durch directe neue Beweismittel nachweisen kann und das Gericht von der Wahrscheinlichkeit seiner desfallsigen Angaben überzeugt.

Der öffentliche Ankläger kann dieselbe verlangen, wenn er nachweiset, daß eine Freisprechung auf den Grund eines falschen Zeugnisses oder einer falschen Urkunde erfolgt ist, jedoch unter den unter Nr. 1 und 2 hervorgehobenen Voraussetzungen.

§. 174.

Das Gesuch um Wiedereinsetzung kann von den Verurtheilten, und nach deren Tode von deren Angehörigen, von dem öffentlichen Ankläger aber nur so lange, als das Verbrechen nicht verjährt ist, angebracht werden. Es ist schriftlich bei der Anklagekammer des Obergerichts anzubringen.

Diese erkennt über das Gesuch, nachdem sie die Anträge des öffentlichen Anklägers und den Angeklagten oder Verurtheilten gehört hat.

Verwirft die Anklagekammer das Gesuch, so steht dem Verurtheilten, oder dem öffentlichen Ankläger, je nachdem dieser oder jener die Restitution beantragt haben, die Nichtigkeitsbeschwerde an den Cassationshof zu.

Läßt die Anklagekammer dasselbe zu, so wird das Verfahren wieder aufgenommen und in gesetzlicher Weise bis zum Enderkenntnisse fortgeführt.

Sechster Theil.

Verschiedene sonstige Bestimmungen.

Titel 1.

Von dem Verfahren gegen flüchtige Verbrecher.

§. 175.

Wenn eine Person, gegen welche die Einleitung des Hauptverfahrens

vor

vor den Kreisgerichten oder dem Geschwornengericht verfügt ist, sich der Insinuation gerichtlicher Verfügungen, der Verhaftung oder Strafvollstreckung entzieht, so wird auf Antrag des Staatsanwalts bei dem zur Abgabe des Straferkenntnisses zuständigen Gerichte die sofortige vorläufige Beschlagnahme des Vermögens und die öffentliche Vorladung des Flüchtigen verfügt, mit Bekanntmachung des gerichtlichen Beschlusses über die Einleitung des Hauptverfahrens, und unter der Verwarnung, daß, wenn sich der Geladene binnen 3 Monaten nicht stelle, dessen Vermögen mit Beschlag belegt und die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ihm werde untersagt werden.

Die Veröffentlichung der erkannten Vorladung und Ausführung der vorläufigen Beschlagnahme besorgt der Staatsanwalt.

§. 176.

Stellt sich der Geladene nicht innerhalb dreier Monate seit Bekanntmachung der Ladung, so erkennt auf Antrag des Staatsanwaltes das Gericht, daß dessen Vermögen mit Beschlag zu belegen und ihm jede Geltendmachung seiner Rechte im Wege der Klage und jede Ausübung staatsbürgerlicher Rechte untersagt sei. Ueber das mit Beschlag belegte Vermögen wird ein Curator bestellt, die Nutzungen aber werden, nach Abzug der Kosten des Verfahrens und der etwa für die Unterhaltung der Angehörigen des Entwichenen erforderlichen, von dem zuständigen Gerichte festzusetzenden Summen, im gerichtlichen Depositum aufbewahrt.

§. 177.

Stellt sich der Beschuldigte, oder wird er ergriffen, so wird das gewöhnliche Verfahren eingeleitet oder fortgesetzt und die Beschlagnahme, nöthigenfalls nach Bestellung genügender, vom Gerichte zu bestimmender Sicherheit, aufgehoben.

§. 178.

Stirbt der Beschuldigte, oder wird er für todt erklärt, so wird das in Beschlag genommene Vermögen, sammt den etwa angesammelten Nutzungen, dessen Erben ausgeantwortet.

Titel 2.

Von der Anerkennung der Identität Verurtheilter.

§. 179.

Die Anerkennung, daß jemand mit einem Verurtheilten eine und dieselbe Person sei, geschieht durch das Gericht, von welchem er verurtheilt worden ist.

§. 180.

Das Gericht erkennt nach Abhörung der von einem öffentlichen Ankläger oder dem Beschuldigten vorgeschlagenen Zeugen, jedoch ohne Geschworne.

Das

Das Erkenntniß soll in Gegenwart des Beschuldigten abgegeben werden.

§. 181.

Gegen dieses Erkenntniß steht dem Beschuldigten und dem öffentlichen Ankläger die Nichtigkeitsbeschwerde zu.

Titel 3.

Von der Vollstreckbarkeit der Straferkenntnisse und deren Vollziehung.

§. 182.

Freisprechende Urtheile sind mit deren Verkündigung vollstreckbar.

Der Verhaftete ist sofort zu entlassen, insofern er nicht zugleich wegen anderer Verbrechen in Haft ist, oder seine Verhaftung auf den Grund neuer, während der Verhandlungen vorgekommener Verdachtsgründe von dem öffentlichen Ankläger beantragt und vom Gerichte beschlossen ist.

§. 183.

Verurtheilende Erkenntnisse sind vollstreckbar, drei Tage nach deren Verkündigung oder Behändigung. Ist die Nichtigkeitsbeschwerde dagegen angemeldet, so tritt die Vollstreckbarkeit drei Tage nach Verkündigung oder Behändigung des verwerfenden Erkenntnisses und, wenn das Rechtsmittel nicht in vorschriftsmäßiger Weise verfolgt wird, sogleich mit Ablauf der Nothfrist ein. Die Anordnung von Sicherungsmaßregeln auf Antrag des Staatsanwaltes oder von Gerichtswegen wird hierdurch nicht ausgeschlossen.

Gesuche um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand haben keine aufschiebende Wirkung, doch kann die Anklagekammer des Obergerichts aus besonders dringenden Gründen die Vollziehung des Urtheils einstweilen sistiren.

§. 184.

Das erkennende Gericht und, in den zur Competenz des Geschwornengerichts gehörigen Sachen, das Obergericht, hat das Urtheil, auf den ungesäumten Antrag des Anklägers, für vollstreckbar zu erklären.

Landesfürstliche Genehmigung ist zur Vollziehung der Erkenntnisse nicht erforderlich.

§. 185.

Die für vollstreckbar erklärten Erkenntnisse sind innerhalb 3 Tagen zu vollziehen. Begnadigungsgesuche hemmen die Vollziehung nur dann, wenn dieselben innerhalb der Vollstreckungsfrist entweder bei dem Staatsanwalte resp. dem erkennenden Amts- oder Stadtgerichte zur weitern Beförderung

eingereicht sind, oder deren anderweit erfolgte Einreichung innerhalb derselben Frist bescheinigt wird.

§. 186.

Die Vollziehung der Straferkenntnisse liegt den Staatsanwälten ob. Nur die von den Amts- und Stadtgerichten abgegebenen Straferkenntnisse werden von diesen selbst ohne weitern Antrag eines öffentlichen Anklägers zur Vollstreckung gebracht.

In Bezug auf Steuer- und Zollcontraventionen bleibt es bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

§. 187.

Können die berechneten Kosten von dem Verurtheilten wegen Unvermögens nicht beigetrieben werden, so sind dieselben auf den Antrag des Staatsanwaltes, und bei Amts- oder Stadtgerichten von Amtswegen, vom Gerichte niederzuschlagen.

Titel 4.

Von der Wiedereinsetzung Verurtheilter in politische und bürgerliche Rechte.

§. 188.

Die Wiederherstellung politischer und bürgerlicher Rechte, welche in Folge einer Verurtheilung verloren gegangen sind, kann im Wege der einfachen Begnadigung nicht erfolgen, vielmehr findet zu diesem Behufe folgendes Verfahren statt.

§. 189.

Jeder Antrag auf Wiedereinsetzung in politische und bürgerliche Rechte ist erst nach Ablauf von 5 Jahren, von der vollendeten Strafvollziehung oder Begnadigung oder ausdrücklichen Aberkennung dieser Rechte an gerechnet, zulässig.

Demselben sind Zeugnisse der Gemeindebehörden des Wohnorts oder Aufenthaltsorts des Bittstellers über das sittliche Verhalten des Bittstellers beizufügen, das Gesuch selbst aber ist mit diesen Zeugnissen bei dem Oberstaatsanwalte einzureichen.

§. 190.

Der Oberstaatsanwalt hat dasselbe zuvörderst an die Landesregierung einzusenden, sodann aber, falls er von dieser zur weitern Verfolgung der Sache ermächtigt wird, mit gutachtlichem Berichte und unter Anschluß der betreffenden Autorisation der Regierung an das Obergericht zu befördern, welches, wenn es das Gesuch für begründet erkennt, die Wieder-

Wiedereinsetzung des Antragstellers in seine politischen und bürgerlichen Rechte durch ein in öffentlicher Sitzung zu verkündendes Erkenntniß ausspricht, im entgegengesetzten Falle abschlägig verfügt und diese Verfügung dem Antragsteller durch den Oberstaatsanwalt mittheilen läßt.

§. 191.

Wird der Bittsteller abschlägig beschieden, so kann ein gleichartiges Gesuch erst nach Ablauf einer abermaligen 5jährigen Frist, von Behändigung der Entscheidung an gerechnet, eingebracht werden.

Titel 5.

Von den Kosten.

§. 192.

Die Stempel- und Gerichtsgebühren in Strafsachen werden nach der diesem Gesetze angehängten Spertel- und Taxordnung erhoben.

In derselben sind auch die Gebühren der Vertheidiger und die Entschädigungen für die Auskunftspersonen bestimmt.

Die Entschädigungen für die letzten werden nur denn sofort aus der Gerichtscasse entrichtet, und demnächst von dem vermögenden Schuldigen wieder eingezogen, wenn die Auskunftspersonen seitens des Gerichts vorgeladen waren.

Sportel- und Gebühren-Ordnung
in Strafsachen.
A. Taxen der Gerichte.
I. Gerichts-Sporteln.

	₰	Sgr
1) Bei den Amts- und Stadtgerichten.		
Für die ganze Untersuchung, wenn erkannt ist:		
A. Bis auf 1 ₰ oder 24 Stunden Gefängniß . . .	—	10
B. Ueber 1 ₰ bis 5 ₰, über 24 Stunden bis 7 Tage .	—	20
C. Ueber 5 ₰, über 7 Tage	1	10
Anmerkungen. a. In Forst- und Jagdwrugensachen werden, wenn die erkannten Strafen über 14 Tage Gefängniß oder verhältnißmäßige Geldstrafe hinausgehen, die bei den Kreisgerichten geltenden Sätze erhoben.		
b. Für die nach § 74. der St. P. O. in Wrugesachen abzugebenden Erkenntnisse soll, falls der Angeschuldigte die Abänderung oder Zurücknahme derselben nicht beantragt, nur die Hälfte der unter A. B. C. ausgeworfenen Sätze erhoben werden.		
2) Bei den Kreisgerichten.		
Für die ganze Untersuchung, wenn erkannt ist:		
A. Bis zu 20 ₰, oder 4 Wochen Freiheitsstrafe . . .	4	—
B. Ueber 20 ₰ bis zu 300 ₰, und über 4 Wochen bis zu einjähriger Freiheitsstrafe	8	—
C. Ueber 300 ₰ und über einjährige Freiheitsstrafe . .	16	—
Anmerkung. Erkennt das Kreisgericht eine Strafe unter seiner Zuständigkeit, so bestimmt sich der Sportelsatz nach den Ansätzen unter № 1.		

3) Bei

3) Bei dem Obergerichte.

	Thlr.	Sgr.
Für die ganze Untersuchung, wenn erkannt ist:		
A. Bis zu dreijährigem Gefängniß oder zweijähriger Zwangsarbeit	20	—
B. Ueber diese Strafen bis zu fünfjähriger Freiheitsstrafe, oder Dienstentsetzung oder Dienstentlassung	30	—
C. Auf härtere Strafen	40	—

Anmerkung. Erkennt das Obergericht eine Strafe unter seiner Zuständigkeit, so bestimmt sich der Sportelsatz nach den Ansätzen unter 1 oder 2.

Anmerkung zu 1. 2. 3. Außer den hier bestimmten Sporteln wird ein gleich hoher Betrag als Stempelabgabe erhoben.

4) Bei dem Cassationshofe.

Für das Verfahren und das Erkenntniß, durch welches eine Nichtigkeitsbeschwerde abgewiesen wird	10	—

Außer den vorstehenden Pauschsätzen und den Gebühren der Auskunftspersonen werden von dem Verurtheilten keinerlei Nebengebühren, so wenig an Reisekosten oder Diäten für Richter, Secretaire oder Ankläger, noch auch an Wege-, Insinuations- und Aufwartungsgebühren erhoben.

Werden Abschriften von Actenstücken oder Beglaubigungen außer den Fällen gefordert, wo solche vom Gerichte kostenfrei zu verabfolgen sind, so gelten die bei den Kreisgerichten in Civilsachen üblichen Sätze von $2\frac{1}{2}$ Sgr. für den Bogen.

II. Gerichts-Nebengebühren:

1) Der Richter und Secretaire.

An Diäten ausschließlich der Fuhrkosten:		
A. Bei den Amts-, Stadt- und Kreisgerichten:		
den Richtern	1	10
den Secretairen	—	20
B. Bei dem Obergerichte:		
den Präsidenten	3	—
den Richtern	2	—
den Secretairen	1	—

2) Der Staatsanwälte.

Für den Ober-Staatsanwalt und dessen Substituten gelten die für die Richter beim Obergerichte, für die übrigen Staatsanwälte dagegen gelten die für die Richter bei den Amts-, Stadt- und Kreisgerichten ausgeworfenen Sätze.

Anmerkung. Sind die betreffenden Gerichtsbeamten und Staatsanwälte in ihrem Berufe während einer oder mehrerer Nächte von Haus abwesend, so erhalten dieselben für jede außerhalb ihres Wohnorts zugebrachte Nacht eine Zulage von 1 Thlr.

III. Ge-

	Kr	Hr
III. Gebühren der Auskunftspersonen.		
1) An Gebühren der Zeugen werden berechnet:		
a. für Weg und Versäumniß täglich eine Entschädigung bis zu	1	—
b. an Zehrungskosten ebenfalls täglich bis zu	1	—
2) An Gebühren der Sachverständigen werden berechnet:		
a. für jeden Tag des Geschäfts . . . . . 20 Kr. bis	1	—
b. an Zehrungskosten täglich bis zu	1	—
c. für den Weg bis zu	1	—
d. für die Abfassung des Gutachtens, wenn solches nicht füglich zu Protokoll genommen werden kann . . . . . 15 Kr. bis	1	—
Für außerordentliche Fälle bleibt den Gerichten die angemessene Erhöhung dieses Satzes vorbehalten.		
Können Sachverständige oder Zeugen ihrem Stande nach, oder wegen Schwachheit auf Transportmittel Anspruch machen, so erhalten sie die dieserhalb aufgewandten Kosten nach Billigkeit ersetzt.		
B. Taxen für die Advocaten.		
I. Gebühren-Taxe in Strafsachen.		
1) Für die Einsicht der Acten und den Auszug:		
a. bei den Stadt- Amtsgerichten	½—1	—
b. bei den Kreisgerichten und dem Obergerichte . . 20 Kr. bis	5	—
Bei besonders umfangreichen Acten, oder wenn andere unmittelbar in die Sache eingreifende Hülfs- oder Neben-Acten damit verbunden sind, kann diese Gebühr angemessen erhöhet werden.		
2) Für die mündliche Verhandlung und Vertheidigung:		
a. bei den Amts- und Stadtgerichten	1—2	—
b. bei den Kreisgerichten	2—20	—
c. bei dem Obergerichte	3—50	—
d. bei dem Cassationshofe:		
α. wenn die Nichtigkeitsbeschwerde gegen ein Erkenntniß der Amts- oder Stadtgerichte verfolgt ist	2—5	—
β. in den übrigen Fällen	5—20	—
3) Für Denkschriften und schriftliche Anträge:		
a. bei den Kreisgerichten für den Bogen	1	—
b. bei dem Obergerichte für den Bogen	1	15
4) Für Termine, nach deren Dauer und Wichtigkeit . . 20 Kr. bis	2	—
5) Für eine Unterredung mit dem zu Vertheidigenden, nach deren Dauer und Wichtigkeit . . . . . 20 Kr. bis	2	—
6) Für nothwendige Briefe und Nebenanträge, für den Bogen .	—	20

Allgemeine Bemerkungen.

a. Die Gebühren für jede Schrift sind unmittelbar unter derselben zu liquidiren, und die Gerichte sind befugt und verpflichtet, die obigen Ansätze zu ermäßigen, wenn in den Schriften Ungehöriges oder ungebührliche Weitschweifigkeiten enthalten sind.

Jedoch muß der Grund, so wie der Betrag des Absatzes an der regelmäßigen Gebühr angegeben werden. Geschieht dies nicht, so kommen die obigen Ansätze unbedingt zur Anwendung.

Gegen solche Ermäßigungen findet ein kostenfreier Recurs an das Obergericht, bei dem Obergerichte an den Cassationshof, statt.

b. Die vorstehenden Ansätze sind zunächst maßgebend für das Verhältniß zwischen dem Angeklagten und Vertheidiger. Aus der Staatscasse werden Vertheidigungsgebühren nur im Falle des Unvermögens des Angeklagten und alsdann auch nur diejenigen Kosten ersetzt, welche der Vertheidiger für die öffentliche Hauptverhandlung in den den Geschwornen-Gerichten überwiesenen Sachen (Str.-P.-O. §. 7) zu berechnen befugt ist.

c. Ist gegen ein Straferkenntniß mit Erfolg die Nichtigkeitsbeschwerde verfolgt, so ersetzt die Staatscasse sowohl die Kosten der Einwendung und Anmeldung, als auch die Kosten der öffentlichen Verhandlung vor dem Cassationshofe; für unbegründete Cassations-Gesuche und die darauf folgenden öffentlichen Verhandlungen leistet dagegen die Staats-Casse in keinem Falle einen Kosten-Ersatz.

d. Für die, im Falle der Verfolgung der Nichtigkeitsbeschwerde, einzubringende motivirte Darstellung der Beschwerdepunkte, (St.-P.-O. §. 160), wird in allen Fällen nur ein Deservit von einem Bogen höchstens zugebilligt.

II. Auslagen.

1) Unmittelbare Auslagen aller Art, z. B. für Stempel- und Gerichtsgebühren, Porto, Botenlohn u. s. w. werden nach ihrem vollen Betrage ersetzt.

2) Copialien für den Bogen, wobei auch der nur theilweise beschriebene für voll gerechnet wird . . . . . 2½ Sgr.

3) Reisen zu Terminen, wenn solche nothwendig, oder von der Partei verlangt, oder von ihr genehmigt sind:

a. für den Transport, wenn solchen der Anwalt selbst besorgt hat, für jede, sowohl auf der Hin- als der Rückreise zurückgelegte Postmeile 22½ Sgr.

α. für eine volle Meile darf auch dann berechnet werden, wenn die wirkliche Entfernung weniger beträgt;

β. bei größeren Entfernungen wird, wenn außer den vollen Meilen noch ein Bruchtheil übrig ist, dieser bis zu ½ Meile einschließlich für ½ Meile, wenn er aber ½ Meile übersteigt, für eine volle Meile gerechnet;

γ. wird die Reise von einem Stationsorte der Post oder der Eisenbahn nach einem andern solchen Stationsorte gemacht, so ist nur die Posttaxe oder die Eisenbahntaxe zweiter Classe zu berechnen. Hat nach der Versicherung des Anwaltes dieser die Eisenbahn nicht benutzen können, so kommt die vorstehende Meilentaxe zur Anwendung;

b. für Versäumniß und Diäten wird vergütet, wenn die Hin- und Her-

Herreise, und zwar bei einer Reise auf der Eisenbahn mit Einschluß des Aufenthalts auf den Bahnhöfen, dauerte:

α. bis zu 3 Stunden, à Stunde . . . . . 20 Sgr

β. bis zu 6 Stunden oder einen ganzen Tag . . . . . 3 Rtl

1) Ist die Reise nicht auf der Eisenbahn gemacht, so wird dabei für jede Postmeile, sowohl der Hin- als Her-Reise, eine Stunde gerechnet.
2) War die Reise mehrtägig, was bei der Entfernung von 3 Postmeilen präsumirt wird, so darf außer vorstehender Meilentaxe noch für jede außerhalb des Wohnorts zugebrachte Nacht berechnet werden . . . . . 1 Rtl
3) Bei mehreren, an demselben Tage abgehaltenen Terminen werden die Transportkosten und Diäten nur einmal erhoben und bei verschiedenen Parteien auf diese repartirt. Die Gebühren für die Abhaltung der Termine selbst werden sämmtlich taxmäßig berechnet.

Entwurf

eines Gesetzes, die gerichtliche Polizei und die mit deren Ausübung beauftragten Beamten betreffend.

---

§. 1.

Die Aufgabe der gerichtlichen Polizei ist, bei der Entdeckung der Vergehen und Verbrechen, bei der Verfolgung und Ergreifung der Thäter, bei der Erforschung, Sammlung und Sicherstellung der Beweise und Verdachtsgründe, sowie bei der Vollziehung der erkannten Strafen, nach Maßgabe der Gesetze mitzuwirken.

§. 2.

Als Beamte der gerichtlichen Polizei besorgen unter Aufsicht und Leitung der Staatsanwaltschaft die dahin gehörigen Geschäfte:

1) die Magistrate in den Städten;
2) die Verwaltungsbeamten;
3) die Gendarmerie;
4) die Vorsteher der Landgemeinden;
5) die Stadt- und Amtspolizei-Diener;
6) die Bauerrichter.

§. 3.

Außerdem sind Beamte der gerichtlichen Polizei:

rücksichtlich der Uebertretungen der Steuer-, Forst- und Jagdgesetze,

setze, sowie rücksichtlich der Felderceſſe die mit deren Verfolgung beauftragten Beamten.

§. 4.

Die in §§. 2. und 3 bezeichneten Beamten haben bei ihren Geſchäften die beſtehenden Geſetze und Verordnungen, sowie die in deren Gemäßheit von der Regierung ertheilten oder noch zu ertheilenden Inſtructionen zu befolgen. Sie ſind unbeſchadet ihrer ſonſtigen dienſtlichen Stellung verpflichtet, den ihnen von dem Ober-Staatsanwalte oder Staatsanwalte des betreffenden Kreiſes in Bezug auf die Ausübung der gerichtlichen Polizei ertheilten Anweiſungen Folge zu leiſten.

Gegen die Magiſträte, die Verwaltungs-Aemter, das Commando der Gendarmerie, sowie gegen die Ober-Steuer- und Forſtbeamten hat der betreffende Staatsanwalt die Form der Requiſition zu beobachten, dagegen kann er an Landgemeinde-Vorſteher, Polizei-Diener, Gendarmen und Bauerrichter directe Anweiſungen ergehen laſſen.

Der Ober-Staatsanwalt erläßt die erforderlichen Verfügungen an die in §§. 2. 3. genannten Beamten entweder unmittelbar oder durch den Staatsanwalt des betreffenden Kreiſes.

§. 5.

Außer den richterlichen Behörden und den Staatsanwälten ſind bei Betretungen auf friſcher That zu Verhaftungen, Hausſuchungen, Beſchlagnahme von Papieren und Effecten berechtigt und verpflichtet:

1) die Magiſträte, Verwaltungsbeamten und Vorſteher der Landgemeinden;
2) der Chef der Gendarmerie;
3) die übrigen Beamten der gerichtlichen Polizei (§. 2.) nur, inſofern ihnen zugleich das Amt eines öffentlichen Anklägers bei den Amts- und Stadtgerichten (§. 11) übertragen iſt.

Der §. 2 des Geſetzes vom 4. Sept. 1849 über Verhaftungen und Hausſuchungen wird inſoweit abgeändert.

Die unter §. 1. 2. 3. genannten Beamten haben den Verhafteten oder die in Beſchlag genommenen Papiere und Effecten binnen 24 Stunden bei der zuſtändigen richterlichen Behörde zur weitern Verfügung zu übergeben.

Wird von ihnen ſelbſt die Verhaft- oder Beſchlagnahme ſchon früher wieder aufgehoben, ſo iſt auch in dieſem Falle innerhalb 24 Stunden eine Anzeige bei der zuſtändigen richterlichen Behörde zu machen.

Was als Betretung „auf friſcher That" anzuſehen, beſagt der §. 1 der Verord. v. 4. Sept. 1849. (Geſ. Samml. v. 1849. p. 173.)

„Eine

„Eine Ergreifung und Verfolgung „auf frischer That" im Sinne der §. §. 8. 10. der deutschen Grundrechte ist anzunehmen, wenn der Thäter bei Ausführung der strafbaren Handlung oder sogleich nach derselben betroffen wird; wenn ihn alsbald die öffentliche Stimme als Thäter bezeichnet; wenn er kurz nach der That auf der Flucht ist oder im Besitze von Waffen, Geräthschaften, Schriften oder anderer Gegenstände betroffen wird, welche ihn als Urheber oder Theilnehmer besonders verdächtig machen."

§. 6.

Es bleibt unverändert bestehn:

a) das Recht zu Verhaftungen auf frischer That, welches den mit der Wahrnehmung der Zoll- und Steuer-Interessen beauftragten Beamten in den in den Gesetzen bestimmten Fällen (Zollordnung §. 106., Zollstrafgesetz §. 28. — L. V. VIII. S. 691. ff. u. 764).

b) das Recht zur Haussuchung bei Verfolgung auf frischer That, welches bei Zoll- und Steuer-Contraventionen im Grenzgebiete den Steuerofficianten (Zollgesetz §. §. 37. 38. — L. V. VIII. S. 638) u. bei Forst- und Jagdfreveln den Forst- und Jagdbeamten zusteht;

c) das Recht der Beschlagnahme, zu dessen Ausübung bei Zoll- und Steuer-Contraventionen die Steuerofficianten, bei Forst- und Jagdvergehn die Forst- und Jagdbeamten befugt sind;

d) das Recht der Feldhüter zu Pfändungen.

§. 7.

Ferner sind ausnahmsweise zu Haussuchungen in Gemäßheit des §. 4. des Gesetzes über Verhaftungen und Haussuchungen befugt:

1) die Forstofficianten, Polizei-Beamten, Ortsvorsteher und Gendarmen zur Entdeckung von Holzentwendungen; nach den Bestimmungen der Anmerkung 9. zum „Revidirten Forst- Straf-Regulativ v. 1806." (L. V. V. S. 190.)

2) die Steuerofficianten in den Fällen und nach den Vorschriften der §. §. 37. 38. des Zollgesetzes vom J. 1841 (L. V. VIII. S. 638) des Art. 5. des Zollcartells von 1842 (L. V. VIII. S. 964. 965) und des §. 47 der Verordnung, die Besteuerung des Branntweins und Biers betreffend, v. 1841 (L. V. VIII. S. 799. 800.)

3) die Polizei-Behörden im Falle des §. 22 des Criminalges.-Buchs von 1843. (L. V. VIII. S. 118. 119.)

4) Die Feueraufseher bei Feuer-Visitationen, sowohl in den Städten

ten als auf dem Lande, nach Maßgabe der bestehenden feuerpolizeilichen Vorschriften.

5) Die Polizei-Beamten und Gendarmen in den Fällen und nach den Vorschriften der Verordnung, „die Gelage in den Wirthshäusern betr." von 1808 (L. B. V. S. 239) und der §. §. 3. 4. 5. der Bekanntmachung, die Gendarmerie und deren Instruction betr. (L. B. IX. S. 544. 545.)

§. 8.

Abgesehen von den in §. §. 5. 6. 7. bezeichneten Fällen ist die Verhaftung, Haussuchung und Beschlagnahme von Papieren und Effecten nur in Kraft eines richterlichen mit Gründen versehenen Befehls zulässig, der auf Verlangen sofort vorgewiesen werden muß.

§. 9.

Bei vorhandenem Verdachte eines begangenen Verbrechens oder Vergehens, desgleichen bei dem Verdachte, daß sich Jemand der erkannten Strafe durch die Flucht zu entziehen suche, sind in eiligen Fällen behuf Sicherung der Rechtsverfolgung:

a) die Staatsanwälte und

b) die in §. 5 aufgeführten Beamten

befugt und verpflichtet, den Verdächtigen dem nächsten zuständigen Gerichte vorführen und bis zu dessen sofort abzugebender Verfügung anhalten zu lassen. Dieselben sind, um diese Vorführung zu bewirken, sowie um den Thatbestand und die Beweismittel zu sichern, berechtigt, unter der obigen Voraussetzung Wohnungen und sonstige Gebäude zu betreten, einem Jeden den Ein- und Austritt, sowie die Fortschaffung oder sonstige Beseitigung von Papieren und Effecten zu untersagen und zur Aufrechthaltung ihrer Anordnungen die geeigneten Maßregeln zu ergreifen.

Es ist jedoch ein solches Verbot nicht länger statthaft, als bis die nächste zuständige richterliche Behörde benachrichtigt und deren weitere Verfügung erwirkt werden kann.

§. 10.

Die in §. 9 erwähnten Befugnisse stehen auch den sämmtlichen übrigen Polizei-Beamten, den Gerichts- und Polizei-Unterbedienten, sowie der Gendarmerie und den Wachmannschaften zu, wenn

a) ein Verbrecher von ihnen auf frischer That ergriffen oder verfolgt wird;

b) der Verdacht vorhanden ist, daß Jemand ein Vergehen begangen habe oder sich der erkannten Strafe zu entziehen beabsichtige und Gefahr im Verzuge ist.

Die

Die obigen Officianten haben jedoch in solchem Falle sofort einem der §. 5 bezeichneten Beamten und zwar dem zunächst wohnenden, Anzeige zu machen und ihre Anordnungen sind nur so lange zulässig und wirksam, bis einer der bezeichneten Beamten herbeigeholt oder dessen weitere Verfügung erwirkt ist.

Dieser Beamte hat eintretenden Falls wegen der erforderlichen richterlichen Verfügung die in §. §. 5 und 9 getroffenen Bestimmungen zu beachten.

§. 11.

Bei jedem Amts- und Stadtgerichte werden aus den §. 2 Nr. 1 — 6 aufgeführten Personen ein oder mehrere öffentliche Ankläger ernannt, die, mit Ausnahme der Zoll- und Steuerdefraudationen, sowie der Forst- Jagd- und Feldwrugen, in allen übrigen zur Competenz der Amts- und Stadtgerichte gehörigen Strafsachen die gerichtliche Verfolgung zu besorgen haben.

§. 12.

Die Ernennung erfolgt durch die Regierung.

In Behinderungsfällen hat der Staatsanwalt und, wenn dieser nicht zeitig mehr benachrichtigt werden kann, das Amts- oder Stadtgericht zur einstweiligen Aushülfe eine andere geeignete Person mit den Geschäften zu beauftragen.

§. 13.

Die Magistratspersonen, Verwaltungsbeamten und Vorsteher der Landgemeinden sind gleich den übrigen in §. 2 aufgeführten Personen verpflichtet, das Amt des öffentlichen Anklägers für ihren Bezirk zu übernehmen, auch können sie die Aushülfe in Behinderungsfällen nicht verweigern.

§. 14.

Ist den Ortspolizei-Beamten das Amt des öffentlichen Anklägers nicht übertragen, so haben sie nichtsdestoweniger die Vergehen, welche lediglich gegen die ortspolizeilichen Gesetze, Statuten, Reglements verstoßen, dem öffentlichen Ankläger ungesäumt anzuzeigen.

Die gerichtliche Verfolgung dieser Vergehen wird von dem öffentlichen Ankläger nur auf solche Anzeigen vorgenommen.

Die über dergleichen Anzeigen der Polizei-Beamten von dem öffentlichen Ankläger aufgenommene Protocolle haben öffentlichen Glauben.

§. 15.

Die sämtlichen Beamten der gerichtlichen Polizei haben sich bei der Erfüllung ihrer Dienstpflichten gegenseitig promte Hülfe zu leisten, die Unterbeamten der Gerichte, der Polizeibehörden, die Gendarmen, sowie eintretenden Falls die bewaffnete Macht sind gehalten, auf ergangene Aufforderung jener Beamten, sowie die richterlichen Behörden unweigerlich zu unterstützen und ihre Weisungen zu befolgen.

§. 16.

§. 16.

In wiefern auch sonstige Landeseinwohner verpflichtet sind, die Beamten der gerichtlichen Polizei in ihrer Dienstausübung zu unterstützen, bestimmt §. 2 der Verordnung von 4. Sept. 1849, so lautend:

„Jeder Landeseinwohner ist, wenn er von einem der obigen Beamten (der gerichtlichen Polizei) dazu aufgefordert wird, verpflichtet, demselben bei Ausübung seiner Dienstobligenheit Beistand zu leisten. Nicht dazu verpflichtet sind jedoch die Angehörigen (§. 73 des Crim. Ges. B.) des zu Verhaftenden."

Wer die Erfüllung dieser Pflicht ohne genügenden Grund verweigert, wird mit einer Geldstrafe bis von 50 Rthlr. oder im Unvermögensfalle mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe belegt.

§. 17.

Glaubt der Oberstaats-Anwalt, daß ein Beamter wegen seines Verfahrens bei Ausübung der gerichtlichen Polizei eine Ordnungs- oder Disciplinarstrafe verwirkt habe, so ist derselbe verpflichtet, die zuständige Disciplinar-Behörde von einem solchen Falle in Kenntniß zu setzen.

§. 18.

Wenn ein Beamter der gerichtlichen Polizei oder ein sonstiger gerichtlicher oder Polizei-Beamter bei Ausübung der gerichtlichen Polizei ein Dienstvergehen verübt hat, so wird das gerichtliche Verfahren auf Antrag des Verletzten von dem betreffenden Staatsanwalte eingeleitet.

§. 19.

Liegt ein solcher im vorigen §. erwähnter Antrag nicht vor, so erfolgt die Einleitung der Untersuchung wegen der fraglichen Dienstvergehen auf Anweisung oder nach erfolgter Genehmigung des Oberstaats-Anwalts.

§. 20.

Der Cassationshof ist befugt, gegen den Oberstaats-Anwalt, die Staatsanwälte und gegen alle richterlichen und polizeilichen Beamten, welche bei Ausübung gerichtspolizeilicher Functionen ein strafbares Dienstvergehen begangen haben, auch von Amtswegen die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung zu verfügen, dem Oberstaats-Anwalte zu dem Zwecke die entsprechende Auflage zu ertheilen, nöthigenfalls die anderweit erforderlichen Maßregeln zu ergreifen.

Entwurf

eines Gesetzes über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

(Civil-Proceß-Ordnung. *)

Erster Theil.

Allgemeine Bestimmungen.

Tit. 1.

Leitende Grundsätze.

§. 1.

Umfang des Gesetzes.

Gegenstand dieser Proceß-Ordnung ist das Verfahren in Civil-Processen.

Das Proceßrecht bleibt bestehen, insoweit es nicht durch die nachfolgenden Bestimmungen abgeändert ist.

§. 2.

Verhandlungsmaxime.

Die Gerichte handeln in Civil-Proceßsachen nur auf Anrufen der Parteien.

---

*) Die in ( ) beigesetzten Paragraphenzahlen sind die des braunschweigschen Gesetzes über den Civilproceß vom 19. März 1850.

Verfügungen von Amtswegen können sie nur erlassen, wo diese Proceß-Ordnung solche für zulässig erklärt.

§. 3.

Eventualmaxime.

Dir Parteien sind gehalten, die nach Lage der Verhandlungen zulässigen Angriffs- und Vertheidigungs-Mittel, von denen sie in dem gegenwärtigen Rechtsstreite Gebrauch machen wollen, sämmtlich gleichzeitig vorzutragen.

Tit. 2.

Parteien, Anwälte, Sachführer.

§. 4.

Bei den Amts- und Stadtgerichten kann jeder zum Auftreten vor Gericht Berechtigte seinen Rechtsstreit selbst führen, oder einen gehörig Bevollmächtigten für sich auftreten lassen.

Personen, welche nicht im Stande sind, ihre Sache verständlich und gehörig mündlich vorzutragen, oder welche durch Leidenschaftlichkeit und ungehöriges Benehmen den Lauf der Verhandlungen dauernd stören, hat das Gericht aufzugeben, einen Bevollmächtigten für sich auftreten zu lassen.

Die Parteien sind befugt, ihren Bevollmächtigten auch aus der Zahl der recipirten Advocaten und Anwälte zu nehmen; ebenso können sie einen recipirten Advocaten lediglich als Rechtsbeistand zuziehen. Proceßschriften, wo solche zulässig sind, müssen jedenfalls von der Partei selbst oder von einem Advocaten oder Anwalte ausgearbeitet sein.

§. 5. (5. 6. 7. 8. 9.)

Bei den Kreisgerichten, dem Obergerichte und dem Cassationshofe müssen die Parteien von einem am Sitze des betreffenden Gerichts wohnhaften Anwalte vertreten werden. Dieser gilt dem Gerichte und dem Proceßgegner gegenüber, auch wenn die Anfertigung der Proceßschriften einem auswärtigen Anwalte übertragen ist, als der Anwalt der Partei, und ist befugt und verpflichtet, alle zur Regelmäßigkeit des Verfahrens erforderlichen Handlungen und Anträge vorzunehmen, die Hauptverhandlung vorzubereiten und insbesondere die zu dem Ende erforderlichen Proceßschriften anzufertigen. Er hat sich bei dem Kreisgerichte durch eine, auf ihn ausgestellte, öffentlich beglaubigte und in duplo einzureichende Vollmacht, nach dem in Anl. A. dieser Proceß-Ordnung beigefügten Formulare, zu legitimiren.

Den-

Denjenigen Parteien, welche bei Bestellung eines Anwaltes Schwierigkeiten finden, haben die Gerichte einen solchen beizugeben.

Der Anwalt kann den ihm ertheilten Auftrag aus besondern Gründen, über deren Erheblichkeit nöthigenfalls das Gericht entscheidet, ablehnen oder niederlegen.

Im Fall einer solchen Kündigung hat der Anwalt davon gleichzeitig dem Gerichte Anzeige zu machen, dieses aber dem Gegner die Anzeige mitzutheilen und der gekündigten Partei aufzugeben, binnen 8 Tagen einen andern Anwalt zu bestellen, unter dem Rechtsnachtheile, daß ihr sonst ein solcher von Amtswegen beigeordnet werde. Der Gegenpartei gegenüber wird die Zurückgabe der Vollmacht durch den Anwalt oder die Zurücknahme derselben durch die Partei erst durch die Bestellung eines andern Anwaltes und deren Mittheilung wirksam.

Für seine Partei kann der Anwalt vom Tage der Kündigung an nicht mehr handeln.

§. 6. (10.)

Die recipirten Sachführer (Rechtsbeistände, Advocaten) halten für ihre Clienten die mündlichen Vorträge in den öffentlichen Sitzungen. Es ist jeder dazu befähigten Partei unbenommen, ihre Sache selbst mündlich vorzutragen. Nur bei dem Cassationshofe muß sie sich des Beistandes eines Advocaten bedienen.

§. 7. (11.)

Die Sachführer können zur Uebernahme einer Sache nicht gezwungen werden, mit Ausnahme derer der armen Parteien.

Tit. 3.

Thätigkeit des Staatsanwalts.

§. 8. (12.)

Die Staatsanwälte sind berechtigt, allen öffentlichen Gerichtssitzungen in Civil-Processen beizuwohnen und die Einsicht der Acten zu verlangen, um die Vollziehung der Gesetze und Verordnungen, besonders derjenigen, welche die Regelmäßigkeit des Verfahrens und die Zuständigkeit der Gerichte betreffen, zu überwachen.

Sämmtliche Gerichte sind befugt, dem Staatsanwalte von Amtswegen die Acten mitzutheilen, wenn sie seine Thätigkeit in einem Processe für nützlich halten.

 §. 9.

§. 9. (14.)

Die Staatsanwälte können nach dem Schlusse der mündlichen Verhandlung sich gutachtlich über die zu erlassende Entscheidung äußern, Anträge stellen und ihre sonstigen Bemerkungen machen. Nachdem sie gesprochen, können weder die Parteien noch ihre Rechtsbeistände ferner das Wort nehmen. Glaubt eine Partei, daß in dem Vortrage des Staatsanwalts thatsächliche Irrthümer oder neue Thatsachen enthalten sind, so kann sie auf diese durch eine dem Gericht sofort zu übergebende schriftliche Notiz aufmerksam machen. Das Gericht kann diese Notiz dem Gegner mittheilen und nöthigenfalls die Parteien darüber hören.

§. 10. (15.)

Finden die Bemerkungen und Ansichten des Staatsanwalts (§. 9) keine Berücksichtigung, so kann er sich an den Oberstaatsanwalt und dieser kann sich an die Regierung wenden, falls das Geeignete im Oberaufsichtswege zu erlassen ist, oder er kann dem Oberstaatsanwalte Anzeige machen, damit dieser bei solchen Entscheidungen, welche gegen die Bestimmung der Gesetze verstoßen und welche von den Parteien nicht angefochten werden, zur Aufrechthaltung der Gesetze die Aufhebung nichtiger Erkenntnisse bei dem Cassationshofe beantrage. — Diese ist indeß ohne Einfluß auf die Rechte der Parteien.

§. 11. (13.)

Die Kreisgerichte und das Obergericht haben in folgenden Sachen spätestens 3 Tage vor der öffentlichen Schlußverhandlung den Staatsanwalt von derselben in Kenntniß zu setzen, nämlich:

1) in denen, welche die öffentliche Ordnung, die Staats- oder Cameral-Verwaltung, fromme oder geistliche Stiftungen, die Gemeinden, öffentliche Anstalten oder Corporationen betreffen;
2) in denen, wo die Zuständigkeit streitig ist;
3) bei Syndicatsklagen (Entschädigungsklagen gegen das Gericht oder gegen Mitglieder desselben, §. 39);
4) bei Ablehnungen der Gerichtspersonen (Tit. 6 §. 42—51);
5) wenn über den Stand der Person gestritten, oder wenn von dritten Personen darauf angetragen wird, daß Jemand für einen Verschwender, für wahnsinnig, geistesschwach, taubstumm, taubblind erklärt und unter Curatel gestellt werde (Interdiction);
6) wenn eine der Parteien unter Vormundschaft oder Curatel steht;
7) bei Ehescheidungsklagen und Klagen auf Trennung von Tisch und Bett;
8) wenn eine Urkunde als unächt angefochten wird;

9) bei

9) bei Concursen;
10) bei Nichtigkeits- und Restitutionsklagen (§. 326—335);
11) in Sachen, wo es auf die Wahrung des Interesse einer im Dienst des Staats abwesenden Civil- oder Militair-Person ankommt.
12) wenn auf Ertheilung des Armenrechts angetragen wird (§. 134.)

Der Staatsanwalt kann in diesen Sachen als Nebenpartei auftreten (§. 45.)

§. 12. (16.)

Die Staatsanwälte treten in folgenden Fällen von Amtswegen als Hauptpartei auf (§. 45.)

1) zur Vertretung eines Abwesenden, in dringenden Fällen und so lange für denselben ein Curator nicht bestellt ist;
2) wenn eine wegen öffentlicher Ehehindernisse gesetzlich verbotene Ehe als nichtig anzufechten ist;
3) wenn es erforderlich wird, auf die Interdiction eines Geistesschwachen, Wahnsinnigen, Taubstummen, Taubblinden oder Verschwenders anzutragen und die nächsten Angehörigen solcher Personen keine Anträge darauf stellen, endlich
4) in allen Fällen, wo gesetzlich verbotene Handlungen im öffentlichen Interesse anzufechten und wieder aufzuheben sind.

Für den Proceßgegner werden in allen Fällen die Sporteln und Stempel angeschrieben und nur bei Verlust der Sache von ihm nachgezahlt.

§. 13. (17.)

Der Staatsanwalt hat unbeschadet der den Gerichten im §. 55. beigelegten Befugniß darüber zu wachen, daß in den öffentlichen Sitzungen keine Störungen vorkommen, und wegen derselben die erforderlichen Strafanträge zu stellen.

§. 14. (18.)

Den Berathungen des Gerichts wohnt der Staatsanwalt nicht bei.

Tit. 4.

Zuständigkeit der Gerichte.

§. 15. (19.)

Die Zuständigkeit der verschiedenen Gerichtsbehörden in bürgerlichen Rechtsstreiten bestimmt das Gesetz über die Gerichtsverfassung vom

§. 16. (20.)

Die Richter und Secretaire der Amts- und Stadtgerichte nebst ihren Ange-

Angehörigen haben jedoch in den vor diese Behörden gehörenden Sachen folgenden besondern Gerichtsstand:

die

1) des Stadtgerichtes Detmold vor dem Stadtgerichte Lemgo,
2) des Amtsgerichtes Detmold vor dem Stadtgerichte Detmold,
3) des Stadt- und Amtgerichtes Lage vor dem Stadt- und Amtsgerichte Uflen,
4) des Stadt- und Amtsgerichtes Horn vor dem Amtsgerichte Detmold
5) des Stadt- und Amtsgerichtes Blomberg vor dem Stadt- und Amtsgerichte Horn,
6) des Amtsgerichtes Schwalenberg vor dem Stadt- und Amtsgerichte Blomberg,
7) des Amtsgerichtes Lipperode vor dem Stadtgerichte Detmold,
8) des Stadtgerichtes Lemgo vor dem Amtsgerichte Brake,
9) des Amtsgerichtes Brake vor dem Amtsgerichte Hohenhausen,
10) des Amtsgerichtes Oerlinghausen vor dem Stadt- und Amtsgerichte Lage,
11) des Stadt- und Amtsgerichtes Uflen vor dem Amtsgerichte Oerlinghausen,
12) des Stadt- und Amtsgerichtes Alverdissen vor dem Stadt- und Amtsgerichte Blomberg, und
13) des Amtsgerichtes Hohnhausen vor dem Stadt- und Amtsgerichte Alverdissen.

Als Angehörige im Sinne dieses Paragraphen sind anzusehen: Blutsverwandte in auf- und absteigender Linie, in der Seitenlinie bis zum 4. Grade civilrechtlicher Berechnung einschließlich, Stief- und Schwiegereltern und Kinder, Ehegatten, Schwäger, Verlobte, angenommene (Adoptiv-) Eltern und Kinder, Vormund und Mündel.

§. 17. (21.)

In allen Fällen, wo sich die Competenz (Zuständigkeit) in Civilsachen nach dem Geldwerthe des Gegenstandes richtet, soll nach folgenden Regeln verfahren werden.

1) Sowohl die Kreisgerichte als die Amts- und Stadtgerichte, bei denen eine Sache angebracht wird, haben sich nur dann von Amtswegen für incompetent zu erklären, wenn ohne Weiteres klar vorliegt, daß der Werth des Streitgegenstandes ihre Competenz beziehungsweise nicht erreicht oder übersteigt.
2) Das Kreisgericht, welches sich von Amtswegen für incompetent erklärt,

klärt, verweist den Kläger an das betreffende Amts- oder Sadtgericht und giebt die Acten dahin ab.

Erklärt sich ein Amts- oder Stadtgericht von Amtswegen für incompetent, so steht dem Kläger dagegen eine Vorstellung an das Obergericht zu, welches darüber ohne weiteres Verfahren entscheidet.

3) Wird in einer bei einem Kreisgerichte anhängigen Sache von dem Beklagten die Einrede der Incompetenz vorgeschützt, so ist dieser Präjudicialpunkt von dem Gerichte zuvörderst zu erledigen.

Erklärt sich dasselbe für competent, so wird das weitere Verfahren von ihm eingeleitet, im entgegengesetzten Falle verweist dasselbe die Sache an das betreffende Amts- oder Stadtgericht.

4) Schützt der Beklagte in einer bei einem Amts- oder Stadtgerichte anhängigen Sache die Einrede der Incompetenz vor, so werden die Acten zur Erledigung dieses Präjudicial-Punktes sofort an das Obergericht eingesandt und die Parteien eben dahin verwiesen.

5) Bei den Entscheidungen über die Competenz sind folgende Grundsätze zu beobachten:

a. Kein Streit-Gegenstand, insbesondere keine Gerechtsame, welche überhaupt einer Werthschätzung nach Gelde fähig ist, soll als unschätzbar angesehen werden;

b. es kommt nur der gemeine Werth, nicht aber die nur auf persönlichen Ansichten der Partei beruhende Werthsbestimmung in Betracht, wodurch indeß nicht ausgeschlossen wird, daß, insofern der Streitgegenstand in einer gewissen Vereinigung einen höheren Werth hat, auf diesen gesehen wird. Jährliche Renten, Gefälle und dergleichen Gerechtsame sollen so angesehen werden, als ob sie der Ertrag eines vier vom Hundert tragenden Capitals wären;

c. der Zeitpunkt nach welchem sich der Werth des Gegenstandes bestimmt, ist lediglich die Zeit der Anbringung der Klage, so daß also eine spätere Verminderung oder Vermehrung der Größe des Streitgegenstandes ohne allen Einfluß auf die Begründung der Competenz bleibt;

d. bei der subjectiven und objectiven Klagenhäufung richtet sich die Competenz, bei jener nach dem ungetheilten Werthe des Streitgegenstandes, bei dieser nach dem zusammengerechneten Werthe der Streitgegenstände;

6) Das Verfahren ist das summarische und möglichst zu beschleunigen. Die Parteien haben an dem Gerichtstage ihre sämmtlichen Beweis-

mit-

mittel vorzulegen, widrigenfalls dieselben nicht berücksichtigt werden. Dem Gerichte bleibt es unbenommen, auch von Amtswegen Sachverständige zuzuziehen. Ist dasselbe nicht im Stande, eine bestimmte Ueberzeugung zu gewinnen, so ist im Zweifel die kreisgerichtliche Competenz für begründet zu erklären.

7) Gegen die Entscheidungen des Obergerichts über die Competenz (Nr. 2, 3 und 4) haben die Parteien nur das Rechtsmittel der Cassation.

Die betreffenden Amts- und Stadtgerichte sind verpflichtet, diesen Entscheidungen gemäß weiter zu verfahren.

8) Die gerichtlichen Verfügungen in Competenzstreitigkeiten, welche von Amtswegen angeregt werden, sind gebührenfrei.

9) Hat in den Fällen, wo der Werth des Streitgegenstandes zweifelhaft ist, ein Gericht eine Klage angenommen und die Gegenpartei die Einrede des incompetenten Gerichts nicht vorgeschützt, so können weder die Parteien späterhin die Competenz des Gerichts anfechten, noch kann dieses sich von Amtswegen für incompetent erklären.

§. 18. (44.)

Die Gerichte haben ihre Zuständigkeit selbst zu prüfen und können sich in jeder Lage der Sache, wenn ihre Nichtzuständigkeit klar vorliegt, für incompetent erklären, vorbehältlich der Bestimmungen im §. 19.

§. 19. (45.)

Competenzstreitigkeiten verschiedner Gerichte entscheidet, abgesehn von den im §. 17. enthaltenen Bestimmungen, der Cassationshof.

Tit. 5.

Von den Gerichtsständen.

§. 20. (22.)

Der Kläger folgt dem Gerichtsstande des Beklagten.

§. 21. (23.)

Das hinsichtlich der Klage zuständige Gericht ist auch für die Wiederklage zuständig.

Wird eine, in demselben Verfahren zulässige Wiederklage bei einem Amts- oder Stadtgerichte angebracht, welche die Zuständigkeit desselben übersteigt, so sind die Acten sofort an das betreffende Kreisgericht abzugeben und die Parteien eben dahin zu verweisen.

§. 22.

§. 22. (24.)

Provocationsklagen (§. 247—252) sind vor dem allgemeinen persönlichen Gerichtsstande des Provocanten anzubringen.

§. 23. (25.)

Der allgemeine persönliche Gerichtsstand eines Jeden ist da, wo er sein Wohnortsrecht, und da, wo er seinen bleibenden Aufenthalt hat.

Diejenigen, welche sich an einem Orte, ohne wohnortsberechtigt zu sein, oder ohne einen bleibenden Aufenthalt daselbst zu haben, behuf eines längeren, vorübergehenden Aufenthalts befinden, (z. B. Zeitpächter, Hauslehrer, Schauspieler, Studirende, Zöglinge und Schüler, Gutsverwalter, Handwerksgesellen und Lehrlinge, Handlungsdiener, Kunstgehülfen, Fabrikarbeiter, Soldaten und Dienstboten) haben auch vor dem Gerichte dieses Aufenthalts-Orts ihren allgemeinen persönlichen Gerichtsstand. — Begründen das Wohnortsrecht und der bleibende oder vorübergehende längere Aufenthalt den Gerichtsstand vor verschiedenen Gerichten, so steht dem Kläger die Wahl des Gerichts zu. Dasselbe gilt, wenn Jemand das Wohnortsrecht oder den bleibenden Aufenthalt in mehreren Gerichtskreisen hat.

§. 24. (26.)

Personen, welche kein anerkanntes Wohnortsrecht oder keinen bleibenden oder vorübergehenden längeren Aufenthalt haben (§. 23), können vor jedem Gerichte, in dessen Bezirke sie sich treffen lassen, belangt werden.

§. 25. (27.)

Diejenigen, welche in einem Gerichtskreise eine gesonderte Handlung, Fabrik oder ein anderes Etablissement besitzen, oder einen unbeweglichen Gegenstand gepachtet haben, können wegen persönlicher Verbindlichkeiten, welche sich auf die erwähnten Etablissements beziehen, entweder vor dem Gerichte des Bezirks, in welchem dieselben liegen, oder vor dem allgemeinen persönlichen Gerichtsstande (§. 23) belangt werden.

§. 26. (28.)

Dasjenige Gericht, vor welchem der Schuldner seinen allgemeinen persönlichen Gerichtsstand hat (§. 23), ist das zuständige allgemeine Concursgericht und ebenfalls competent für einen erbschaftlichen Liquidationsproceß.

Im Falle eines mehrfachen allgemeinen persönlichen Gerichtsstandes entscheidet hier die Prävention (§. 36).

Sämmtliches Vermögen des Gemeinschuldners muß auf Verlangen dieses zuständigen Gerichts von demjenigen Gerichte, wo sich solches befindet,

sichergestellt, inventirt und entweder in seinem Bestande oder nach vorheriger Versilberung an dasselbe ausgeliefert werden.

Bei dem allgemeinen Concursgerichte sind alle Forderungen an den Gemeinschuldner einzuklagen. Die bei anderen Gerichten bereits anhängigen Processe gegen ihn, mit Ausnahme der dinglichen Klagen wegen unbeweglicher Sachen (vergl. §. 28), gehen in der Lage, in welcher sie sich befinden, an das Concursgericht über, es sei denn, daß dieses deren Fortsetzung und Entscheidung bei dem proceßleitenden Gerichte ausdrücklich genehmigt oder verlangt.

§. 27. (29.)

Die Amts- und Stadtgerichte erlassen in den zu ihrer Zuständigkeit gehörigen Sachen die nothwendig werdenden Edictalladungen. — Wird in Folge der von einem Amts- oder Stadtgerichte ergangenen Edictalladung ein dessen Zuständigkeit übersteigender Anspruch angemeldet und streitig, so wird die Sache an das Kreisgericht abgegeben.

In Concursen sind die Amts- und Stadtgerichte zuständig, insofern kein einzelner, von dem Schuldner angegebener, oder von einem Gläubiger angemeldeter Schuldposten die Summe von 50 Rthl. übersteigt.

Die Kreisgerichte erlassen die Edictalladungen in den zu ihrer Zuständigkeit gehörenden Sachen.

§. 28. (30.)

Alle dinglichen, Theilungs-, Grenzregulirungs- und Besitzklagen, sowie alle gegen den Inhaber als solchen gerichtete Klage (actiones in rem scriptae) müssen, wenn sie eine unbewegliche Sache betreffen, vor dem Gerichte der belegenen Sache, können aber, wenn der Gegenstand beweglich ist, auch vor dem persönlichen Gerichtsstande des Beklagten verhandelt werden, verbehältlich der über den Concurs gegebenen Bestimmungen.

Als Wiederklagen können die oben bezeichneten Klagen nicht angebracht werden, wenn sie eine dem Gerichte der Vorklage nicht unterworfene unbewegliche Sache betreffen.

§. 29. (31.)

In dem Gerichtsstande der Sache können rein persönliche Klagen nicht angebracht werden, ausgenommen gegen den Besitzer unbeweglicher Güter, Klagen

1) wegen der mit seinem Pächter oder Verwalter oder Gesinde eingegangenen Verbindlichkeiten,
2) wegen zum Besten des Grundstücks geleisteter Vorschüsse, gelieferter Arbeit oder Materialien,

3) der

3) der Nachbaren wegen Störung im Besitz,
4) wegen Nichterfüllung eines Contracts über gänzliche oder theilweise Veräußerung eines Grundstückes oder Verweigerung der schuldigen Gewährleistung.

§. 30. (32.)

Der Gerichtsstand einer Erbschaft ist da, wo der Erblasser zur Zeit seines Ablebens seinen persönlichen Gerichtsstand hatte, und in demselben können, so lange als im Gerichtsstande der Erbschaft der Nachlaß noch ganz oder theilweise vorhanden ist, alle Klagen, durch welche Erbschaften oder Vermächtnisse in Anspruch genommen werden, die Klagen der Erben als solche gegen einander, die der Erbschaftsgläubiger, sowie die auf Erfüllung oder Aufhebung letztwilliger Verfügungen gerichteten angebracht werden.

§. 31. (33.)

Ein gültig angelegter Arrest begründet den Gerichtsstand für dte Hauptklage (§. 219), giebt aber dem Arrestkläger kein Vorzugsrecht im Concurse.

§. 32. (34.)

Der Gerichtsstand des Vertrags, vor welchem eben sowohl auf Erfüllung als auf Aufhebung des Contracts geklagt werden kann, findet nur dann Anwendung, wenn der Contrahent zur Zeit der Ladung in dem Fürstenthume anzutreffen ist oder Vermögen besitzt.

§. 33. (35.)

Die Parteien können beim Abschluß von Verträgen den Ort festsetzen, dessen Gerichtsstande sie sich für die aus dem Vertrage entspringenden Klagen unterwerfen wollen.

§. 34. (36.)

Bei dem Gerichtsstande, unter welchem Jemand fremdes Vermögen bewirthschaftet oder verwaltet, muß er auf die aus einer solchen Verwaltung entspringende Klage sich einlassen, so lange jene nicht völlig beendigt und über die abgelegte Rechnung quittirt ist.

§. 35. (37.)

Bürgerliche Klagen aus unerlaubten Handlungen können auch bei dem Gerichte angebracht werden, in dessen Bezirke die Handlung begangen ist.

§. 36. (38.)

Sind mehre Gerichte competent, so schließt dasjenige das andere aus, bei dem von einer der Parteien oder bei Vermögensmassen von einem der Interessenten die Sache zuerst abhängig gemacht ist.

§. 37.

§. 37. (39.)

In den Fällen, in welchen mehre unter verschiedenen Amts-, Stadt- oder Kreisgerichten wohnende Beklagte, vermöge eines und desselben Klaggrundes, in Anspruch zu nehmen sind, bestimmt auf Anrufen des Klägers das Obergericht dasjenige Gericht, vor welchem die sämmtlichen Beklagten in einem und demselben Processe Recht zu geben und zu nehmen haben.

§. 38. (40.)

Dasselbe Verfahren soll stattfinden, wenn der Beklagte wegen mehrer in verschiedenen Gerichtsbezirken belegener unbeweglicher Sachen mit einer dinglichen Klage in Anspruch genommen wird.

§. 39. (41.)

Das zuständige Gericht für Syndicatsklagen ist

1) wenn gegen ein Stadt- oder Amtsgericht oder gegen ein Mitglied desselben geklagt wird, dasjenige Stadt- oder Amtsgericht, welches nach §. 16. für die Richter und Secretaire des betreffenden Gerichtes competent ist;
2) wenn gegen ein Kreisgericht oder dessen Mitglieder geklagt wird, das andere Kreisgericht;
3) wenn gegen das Obergericht oder dessen Mitglieder geklagt wird, eins der beiden Kreisgerichte nach Wahl des Klägers (s. auch §. 310.)

§. 40. (42.)

Nichtigkeitsklagen (§. 326 und ff.) sind bei demjenigen Gerichte in erster Instanz anzubringen, welches die Nichtigkeit begangen haben soll.

§. 41. (43.)

Die Restitutionsklage (§. 326. und ff.) gehört vor das Gericht, bei welchem Rechtsstreit in erster Instanz anhängig war.

Tit. 6.

Von Ablehnung der Gerichtspersonen.

§. 42. (46.)

Ein Richter oder Secretair darf nicht eigenmächtig der Theilnahme an den Geschäften in einer Sache sich enthalten, vielmehr muß er, wenn er hierzu Grund zu haben glaubt, solchen dem Gerichte anzeigen, welches darüber zu entscheiden hat.

Die Amts- und Stadt-Richter machen eine solche Anzeige bei dem Obergerichte.

Wenn

Wenn jedoch ein Richter oder Secretair auf seinen Diensteid versichert, daß er sich aus einem gesetzlich zulässigen Recusationsgrunde der Theilnahme an einem Geschäfte enthalten müsse, so soll ihnen gestattet sein, auch ohne Angabe dieses Grundes zurückzutreten.

§. 43. (48.)

Jeder Richter oder Secretair muß übrigens der Theilnahme sich jedenfalls enthalten in den Fällen Nr. 5 und 6 des §. 47.; ferner in Sachen, bei welchen er selbst betheiligt ist, und in Sachen seiner Angehörigen, (§. 16. a. E.)

§. 44. (49.)

Abgesehen von dem §. 42 a. E. erwähnten Falle ist jeder Richter oder Secretair verpflichtet, ihn betreffende und ihm bekannte Ablehnungsgründe anzuzeigen, über welche das zuständige Gericht nach Anhörung der Parteien ohne weitere Verhandlung entscheidet.

§. 45. (50.)

Die auf die Richter sich beziehenden Ablehnungsgründe (§. 47.) sind auch auf die Staatsanwälte dann anwendbar, wenn sie neben einer Partei auftreten (§. 11.), nicht aber, wenn sie die Rolle der Hauptpartei übernehmen (§. 12.).

§. 46. (51.)

Der Vorsitzende des Gerichts registrirt das Wesentliche der Verhandlungen über eine ohne Antrag der Parteien geschehene Ausschließung eines Mitgliedes des Gerichts von der Theilnahme an einer Sache zu den Acten und die Parteien werden davon in Kenntniß gesetzt.

§. 47. (52.)

Jede Partei kann Anträge auf Ablehnung der Richter oder Secretaire in den nachfolgenden Fällen, und nur in diesen, stellen:

1) wenn der Richter selbst oder einer seiner Angehörigen (§. 16. a. E.) bei dem Ausgange des Rechtsstreites ein auch nur mittelbares Interesse hat;
2) wenn der Richter mit dem Rechtsbeistande oder Anwalte einer der Parteien in auf- oder absteigender Linie verwandt oder verschwägert, oder als Bruder verwandt ist;
3) wenn er oder einer seiner Angehörigen (§. 16. a. E.) einen Rechtsstreit hat, in welchem eine der Parteien Richter seyn wird;
4) wenn er oder einer seiner Angehörigen (16. a. E.) mit einer der Parteien in einem Rechtsstreit sich befindet;
5) wenn er in der betreffenden Sache als Zeuge oder Sachverständiger vorgeschlagen oder vernommen ist; die bloße Erklärung, ihn demnächst vorschlagen zu wollen, genügt nicht;

6) wenn er in der Sache als Staatsanwalt Anträge gestellt, als Schiedsrichter ein Erkenntniß abgegeben, als Anwalt, Advocat, Rathgeber oder Geschäftsführer einer Partei gehandelt oder als Administrationsbeamter in Beziehung auf den streitigen Gegenstand die Rechte einer Partei gegen ihren jetzigen oder demnächstigen Proceßgegner außergerichtlich wahrgenommen hat;
7) in der Instanz eines an ein höheres Gericht gehenden Rechtsmittels, wenn er zu der Erlassung des angefochtenen Erkenntnisses als Richter mitgewirkt hat;
8) wenn der Richter in Beziehung auf die Streitsache das Interesse einer der Parteien als Obervormund wahrgenommen hat;
9) wenn es sich um Anfechtung oder Auslegung der vom Richter aufgenommenen Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit handelt.

§. 48. (53.)

Anträge auf Ablehnung sind schriftlich oder zu Protokoll bei dem Secretariate des Gerichts, bei welchem der Abzulehnende angestellt ist, anzubringen, unter bestimmter Anführung des Ablehnungsgrundes und dessen Bescheinigung. Als Bescheinigung gilt auch das Erbieten zur eidlichen Erhärtung des Ablehnungsgrundes und das Gericht kann eine solche eidliche Erhärtung auch ohne diese Voraussetzung vom Antragsteller fordern. Ueber Ablehnungen entscheiden, wenn sie gegen Angestellte bei den Amts- und Stadtgerichten gehen, dasjenige Amt- und Stadtgericht, welches nach §. 16. für den Richter und Secretair des betreffenden Gerichts das competente Forum ist, — wenn gegen Angestellte bei einem Kreisgerichte: das andere Kreisgericht, und wenn sie gegen Angestellte des Obergerichts gehen: die vereinigten Kreisgerichte (s. §. 310.). Die Entscheidung erfolgt durch einen Bescheid.

Die Ablehnung eines collegialischen Gerichtes im Ganzen ist unzulässig.

§. 49. (54.)

Vor der Entscheidung ist der Abzulehnende und die Gegenpartei zu hören. Gegen die Entscheidung selbst findet eine Beschwerde an das Obergericht statt.

§. 50. (55.)

Wird durch Ablehnungen die Besetzung des Gerichtes unvollständig, so tritt bei Stadt- oder Amtsgerichten das im §. 16. bezeichnete Stadt- oder Amtsgericht ein; die Kreisgerichte und das Obergericht werden durch Ergänzungsrichter (§§. 6. 7. der Gerichts-Ordnung) vervollständigt.

§. 51. (56.)

Für das Verfahren über begründete Ablehnungsgesuche werden von den Gerichten überall keine Gebühren erhoben.

Tit. 7.

Von dem Verfahren im Allgemeinen.

§. 52. (57.)

Klagen und sonstige Anträge werden unmittelbar bei dem Gerichte eingereicht, welches das Verfahren einleitet.

Das Schlußverfahren vor dem Erkenntnisse ist mündlich und öffentlich. Das Erkenntniß wird in öffentlicher Sitzung verkündigt.

§. 53. (58.)

Den öffentlichen Sitzungen kann jeder Erwachsene unbewaffnet und unbedeckten Hauptes und mit Beobachtung des gebührenden Anstandes beiwohnen.

§. 54. (59.)

Sollte durch die öffentliche Verhandlung Gefahr für die Sitten oder die öffentliche Ordnung entstehen, so kann das Gericht durch einen mit Gründen in öffentlicher Sitzung abzugebenden Bescheid für die ganzen Verhandlungen oder für einen Theil desselben die Oeffentlichkeit ausschließen, und gegen einen solchen Bescheid steht keiner Partei eine Beschwerde zu.

Der Hauptverhandlung in geheimer Sitzung können indeß die Gerichts-Angehörigen, die Advocaten und Anwälte, und, mit besonderer Erlaubniß des Gerichts, Einzelne beiwohnen.

§. 55. (60.)

Der Vorsitzende oder Richter, welcher die Verhandlungen leitet, hat zugleich das Recht und die Pflicht, die Ordnung und Ruhe im Sitzungssaale und in dessen Nähe zu erhalten.

Er kann zu dem Ende diejenigen, welche durch Beifall oder Mißfallen oder durch andere Ungebühr die Verhandlungen stören, ermahnen, entfernen, selbst den Sitzungssaal zum Theil oder ganz auf einige Zeit räumen und die in dessen Nähe befindliche Menge auseinandertreiben lassen.

Er ist befugt, jeden Widerspenstigen bis auf 24 Stunden in Haft führen zu lassen.

Die Polizeibehörden und die bewaffnete Macht haben seinen Aufforderungen zur Ausführung solcher Anordnungen nachzukommen.

Diese Bestimmungen finden auch dann Anwendung, wenn außerhalb des Gerichtslocals richterliche Handlungen vorgenommen werden.

§. 56. (61.)

Verfahren bis zum ersten Erkenntnisse.

Mit der Klage ist die Angabe der Beweismittel zu verbinden, welche zur

zur Nachweisung der Thatsachen, auf welche sich die Klage stützt, dienen sollen, mögen sie nun die Legitimation zum Processe, die Legitimation zur Sache, oder diese selbst betreffen.

Ein Gleiches gilt für Einreden, Repliken und Dupliken.

§. 57. (62.)

Die Parteien haben sich über die erheblichen Behauptungen und Beweismittel des Gegners in der folgenden Schrift bestimmt zu erklären und damit die Angabe der Beweismittel zu verbinden.

§. 58. (63.)

Werden Thatsachen, welche durch Urkunden bewiesen werden sollen, vom Gegner geleugnet, so sind die Urkunden mit der Replik, beziehungsweise Duplik, im Originale dem Gerichte zu überreichen und dem Gegner in Abschrift mitzutheilen.

§. 59. (64.)

Thatsachen, über welche der Eid zugeschoben wird, müssen speciell angegeben werden. Der Gegner ist verpflichtet, sich eben so speciell über den zugeschobenen Eid zu erklären.

§. 60. (65.)

Das schriftliche Verfahren ist in der Regel mit der Replik zu schließen, jedoch kann der Instructionsrichter ausnahmsweise dem Beklagten die schriftliche Verhandlung einer Duplik, in welcher alsdann auch die Erklärung über die vom Gegner vorgeschlagenen Beweismittel erfolgen muß, nachlassen.

§. 61. (66.)

Sind nach der Replik oder Duplik noch Erklärungen der Parteien erforderlich, so ist zu diesem Zwecke ein Termin vor der Hauptverhandlung anzusetzen.

§. 62. (67.)

Die Verhandlung einer Wiederklage hat in demselben Verfahren nur statt, wenn sie bei der Einlassung auf die Klage vorgebracht wird. Doch muß auch in diesem Falle, wenn eine Verwirrung des Verfahrens zu besorgen ist, das Gericht sie zum besonderen Verfahren verweisen.

Später in erster Instanz angebrachte Wiederklagen begründen zwar den Gerichtsstand, werden aber abgesondert verhandelt.

§. 63. (68.)

Haupt-Interventionen sind eben so anzubringen und behandeln, wie Klagen. Sie dürfen spruchreife Sachen nicht aufhalten.

§. 64. (69.)

Jede Partei kann einen Dritten, bei dem Gegenstande des Rechtsstreites Betheiligten beiladen lassen, wenn sie ein Interesse dabei hat, daß

das

das zu erlassende Erkenntniß ihre Rechtsverhältnisse auch diesem Dritten gegenüber feststelle.

Ein solcher Antrag ist eben so anzubringen wie eine Klage.

§. 65.(70.)

Wer einen Gewährsmann zur Sache beiladen läßt, kann dazu bei dem Gerichte die erforderliche Frist nachsuchen.

§. 66. (71.)

Alle, behuf des Angriffs oder der Vertheidigung bestimmt behaupteten und deutlich vorgetragenen Thatsachen, die von der Gegenpartei nicht ausdrücklich in Abrede gestellt werden, sind als zugestanden anzunehmen.

§. 67. (72.)

Dies gilt auch für den Fall des Ungehorsams.

§. 68. (73.)

Das Gericht, und in den geeigneten Fällen der Instructionsrichter, können von Amtswegen jeder Partei auf die für den Rechtsstreit erheblichen Thatsachen sich beziehende Fragen zur Beantwortung vorlegen und zwar bei der mündlichen Verhandlung der Sache. Die Parteien haben gleichfalls das Recht, hiebei solche Fragen durch den Richter an den Gegner zu stellen. Unterbleiben die Erklärungen oder sind sie ungenügend, so werden die Thatsachen für eingestanden angenommen.

§. 69. (74.)

An dem Gerichtstage zur Verhandlung der Sache vor Abgabe des ersten Erkenntnisses hat das Gericht einen Versuch der Güte zu machen.

Es kann zu demselben das Erscheinen der Parteien in Person anordnen.

Im Falle des Ungehorsams gilt die Güte als abgelehnt.

Der Ungehorsam hat die Verpflichtung zum Ersatze der dadurch verursachten Kosten zur Folge.

In Familienstreitigkeiten, namentlich in Ehescheidungssachen kann das Gericht das Erscheinen der Parteien in Person selbst bei Geldstrafe, nöthigenfalls unter Androhung der Vorführung, vorladen.

§. 70. (75.)

Von den Beweisen.

Der Inhalt öffentlicher Urkunden kann nur durch die Nachweisung der Unächtheit oder Verfälschung derselben entkräftet werden.

§. 71. (76.)

Ein Gleiches gilt von den Urkunden, die eine Partei anzuerkennen oder eidlich abzuleugnen rechtlich gehalten ist. Die Nachweisung der Unächtheit und Verfälschung einer Privat-Urkunde kann auch durch den Beweis er-

bracht werden, daß der Inhalt derselben wissentlich gegen oder ohne den Willen des Unterzeichners niedergeschrieben sei.

§. 72. (77.)

Das Gericht kann von Amtswegen die Einnahme des Augenscheins und die Vernehmung der Sachverständigen und Zeugen an Ort und Stelle verfügen.

§. 73. (78.)

Gegen Sachverständige, welche der Richter von Amtswegen als seine Gehülfen zuzieht, steht den Parteien das Recht der Ablehnung wie gegen richterliche Beamten zu.

§. 74.

Die Zeugen werden in Gegenwart der Parteien vernommen, und es steht den letztern frei, nach Beendigung des Verhörs durch Vermittlung des Richters zulässige Fragen an die Zeugen zu richten. Die Antworten werden in das Protocoll aufgenommen.

§. 75. (79.)

Die Beeidigung der Zeugen geschieht nach erfolgter Vernehmung und Vorlesung der Aussagen nach folgender Formel:

„daß die mir vorgelesene Aussage in allen Stücken, nach meinem besten Wissen und Gewissen, die reine Wahrheit ist, und daß ich nichts, was zur Aufklärung der Sache gehört und mir bekannt ist, verschwiegen habe,"

§. 76. (80.)

Der Eid der Sachverständigen soll lauten:

„daß das von mir in der Sache N. N. wider N. N. abgegebene Gutachten meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung entspricht,"

§. 77. (81.)

Der Eid der Schätzer soll lauten:

„daß die von mir in der Sache N. N. wider N. N. abgegeben Abschätzung nach meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung dem wahren Werthe der von mir abgeschätzten Gegenstände entspricht."

§. 78. (82.)

Der Eid der Feldmesser soll lauten:

„daß die von mir vorgenommenen und vorgelegten Vermessungen mit Genauigkeit nach den Vorschriften meiner Kunst vorgenommen sind und daß sie nach meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung der Wahrheit entsprechen."

Wer-

§. 79. (83.)

Werden Sachverständige, Schätzer oder Feldmesser vor Ausrichtung der ihnen übertragenen Geschäften beeidigt, so sind die Eidesformeln danach zu ändern.

§. 80. (84.)

Wer zum Beweise einer und derselben Thatsache mehr als fünf Zeugen vorschlägt, hat die Kosten der mehren Zeugen stets zu tragen.

§. 81. (85.)

Muß zum Zwecke der Vernehmung von Auskunftspersonen ein anderes Gericht beauftragt oder requirirt werden, so ist nach Eingang der Anträge des Beweisführers dem Gegner desselben durch einen Bescheid aufzugeben, binnen 14 Tagen bei Strafe des Ausschlusses dem Gerichte die Punkte anzugeben, auf welche er die Vernehmung der Auskunftspersonen erstreckt zu sehen wünscht.

Nach Eingang der Beweisfragen oder nach Eingang eines Contumacialantrages des Beweisführers setzt das Gericht spätestens innerhalb 8 Tagen die Parteien von der erfolgten Beauftragung oder Requisition des auswärtigen Gerichts durch einen Bescheid in Kenntniß, in welchem zugleich unzulässige Beweisfragen der Parteien abzuweisen sind.

§. 82. (86.)

Ueber den Erfolg der Beweisführung erkennt das Gericht nach den allgemeinen Beweisregeln, die Abwägung der Gründe für Auflegung des Reinigungseides oder des Ergänzungseides wird jedoch lediglich dem richterlichen Ermessen überlassen.

§. 83. (87.)

Das Gericht ist befugt, bei Zeugen- oder künstlichem Beweise einer der Parteien die eidliche Erhärtung oder Ableugnung derjenigen zu beweisenden Thatsachen aufzuerlegen, die in eigener Wissenschaft derselben beruhen.

Verweigerung dieser Eidesleistung macht sachfällig.

Stirbt derjenige, welchem ein nothwendiger Eid auferlegt ist, vor dessen Ableistung, so gilt der Eid, wenn der Rechtsnachfolger des Ersteren von der zu beschwörenden Thatsache aus eigner Wissenschaft keine Kunde hat und dies auf Erfordern eidlich erhärtet, für geleistet.

§. 84. (88.)

Jede Partei kann der andern den Eid über zu beweisende Thatsachen zuschieben und den zugeschobenen Eid zurückschieben. Auch eine eventuelle Eideszuschiebung ist zulässig.

Eine Zurückschiebung ist jedoch unzulässig, wenn der, welcher den Eid zugeschoben hat, eigene Wissenschaft von der zu beweisenden Thatsache nicht

 hat

hat, vorausgesetzt daß der Eid dem Gegner nicht selbst als Glaubenseid zugeschoben ist.

Ein angenommener Eid kann nicht mehr zurückgeschoben werden. Wenn derjenige, welcher einen ihm zugeschobenen Eid angenommen hat, vor der Ableistung desselben stirbt, so ist dessen Nachfolger, bei Strafe der Eidesweigerung denselben, unter Umständen jedoch nur als Glaubenseid, auszuschwören verpflichtet.

Verweigerung des Eides macht sachfällig.

Gewissensvertretung ist zulässig, und es kann die Partei, welche sich derselben bedient, im Falle des Mißlingens noch auf den ihr zugeschobenen Eid zurückgreifen.

§. 85. (89.)

Wo der Schätzungseid (juramentum in litem, iur. Zezonian. und iur. quantitatis) zulässig ist, muß das Gericht den höchsten Satz, bis zu welchem der Schwörende gehen kann, feststellen.

§. 86. (90.)

Die Parteieneide sind in Person und in öffentlicher Sitzung zu leisten, und der Gegner ist zu dem Schwörungstermine vorzuladen.

§. 87. (91.)

Haupteide werden von den Parteien erst dann geleistet, wenn das Gericht dieselben genau festgestellt und unter der Voraussetzung der Ableistung derselben, in der Sache selbst erkannt hat.

§. 88. (92.)

Das Gericht wird der Ableistung von Eiden die gesetzliche Warnung vor dem Meineide vorangehn lassen.

§. 89. (93.)

Alle in dieser Proceßordnung nicht erwähnten processualischen Eide sind abgeschafft.

§. 90. (94.)

In den Schriften der Parteien enthaltene Geständnisse werden den Parteien sofort erworben, in den mündlichen Verhandlungen gemachte erst durch Aufnahme derselben in das Sitzungsprotokoll.

§. 91. (95.)

Der Widerruf eines gerichtlichen Geständnisses, mag es von den Parteien selbst oder von deren Vertretern abgelegt sein, ist nur zulässig im Falle eines thatsächlichen, dasselbe veranlassenden, entschuldbaren Irrthums.

§. 92. (96.)

Zwischenverhandlungen.

Neben- und Zwischenanträge können zu Protocoll oder durch schriftliche Ein-

Eingaben gemacht werden, und die Entscheidung darüber erfolgt durch einen Bescheid, nachdem der Gegner gehört ist, ohne weitere Verhandlung.

§. 93. (97.)

Von gerichtlichen Verfügungen.

Die gerichtlichen Verfügungen zerfallen in Erkenntnisse (Urtheile) und Bescheide.

Erkenntnisse sind diejenigen Verfügungen, in denen entschieden wird:

1) über die Competenz,
2) über die Beweislast und die Beweissätze,
3) über das endliche Ergebniß des Rechtsstreites.

Bescheide sind alle übrigen gerichtlichen Verfügungen.

§. 94. (98.)

Bescheide sind einseitige oder zweiseitige, je nachdem vorher nur eine Partei gehört ist oder beide Parteien gehört sind.

Gegen einseitige Bescheide steht es der vorher nicht gehörten Partei frei, binnen acht Tagen nach Behändigung oder Eröffnung des Bescheides eine Vorstellung bei dem Richter, welcher den Bescheid erlassen hat, anzubringen.

§. 95. (99.)

Bescheide können, mit Ausnahme des in §. 94 erwähnten Falles, und Erkenntnisse überhaupt nur, durch Rechtsmittel, abgeändert werden.

§. 96. (100.)

Das Erkenntniß kann selbstständig durch Rechtsmittel angefochten werden, der Bescheid nur mittelst des gegen das nächste Erkenntniß zuständige Rechtsmittels.

Bescheide, durch welche selbstständige Anträge abgewiesen werden, können jedoch, wenn auf dieselben im Verfahren kein Erkenntniß mehr folgt, ebenfalls sofort von Seiten des Antragstellers innerhalb der für Einlegung und Einführung von Rechtsmitteln gegen Erkenntnisse geltenden Fristen durch Rechtsmittel angefochten werden.

§. 97. (101.)

Soll wegen eines Bescheides ein Rechtsmittel verfolgt werden, so muß die Beschwerde spätestens innerhalb einer Frist von acht Tagen nach Behändigung oder Verkündigung des Bescheides vor oder jedenfalls bei dessen Befolgung, und zwar mit Anführung der Punkte, auf welche sich dieselbe gründet, vorläufig angemeldet werden.

Hat die Anmeldung stattgehabt, so ist selbst die Befolgung des Bescheides den Parteien unnachtheilig.

§. 98. (102.)

Jede Entscheidung ist mit Gründen abzugeben.

§. 99. (103.)

Die Richter müssen Rechtsgründe selbst dann berücksichtigen, wenn sie von den Parteien nicht geltend gemacht sind.

Thatsachen, welche die Parteien zur Verfolgung oder Vertheidigung ihrer Rechte vorgegracht haben, sind von den Gerichten insoweit zu beachten, als es der in den gestellten Anträgen unzweifelhaft liegenden Absicht der Parteien entspricht.

Sie sind nicht befugt, einer Partei mehr zuzuerkennen, als sie verlangt, und auf Ersatz der vor Anstellung der Klage erwachsenen Früchte, Zinsen, Schäden und Kosten erkennen sie nur, wenn solche wenigstens im Allgemeinen gefordert sind.

§. 100. (104.)

Das Durchgreifen nach richterlichem Ermessen ist unzulässig.

§. 101. (105.)

Ist die Entscheidung von einem Vorverfahren abhängig, so ist das Gericht befugt, dieses zuvörderst anzuordnen und erst nach dessen Beendigung endlich zuerkennen.

§. 102. (106.)

Die Gerichte erster Instanz können auf Antrag einer Partei ungeachtet der zulässigen Rechtsmittel, ihre Erkenntniße sofern sie nicht schon durch dies Gesetz für sofort vollstreckbar erklärt sind, in nachfolgenden Fällen für sofort vollstreckbar erklären:

1) wenn die gesetzliche Berufungsfrist abgelaufen ist,
2) wenn auf die Berufung verzichtet oder das Erkenntniß anerkannt ist.
3) wenn auf Eröffnung eines Testaments erkannt ist,
4) wenn ein rechtskräftiges Erkenntniß vollzogen werden soll,
5) in allen eiligen Sachen, nöthigenfalls gegen Caution.

Gegen die Zulassung oder Abweisung eines solchen Antrages findet das in der Sache selbst zulässige Rechtsmittel, jedoch ohne Suspensivkraft statt; indeß kann das Obergericht sofort beim Eingehn der Einführung des Rechtsmittels die erkannte Vollstreckbarkeit des Erkenntnisses erster Instanz wieder aufheben.

§. 103. (107.)

Das Erkenntniß muß sich auch über die Proceßkosten aussprechen.

Die unterliegende Partei ist in die Kosten zu verurtheilen; es kann jedoch aus Gründen, welche in der Beschaffenheit des Falles liegen auf

gänz-

gänzliche oder theilweise Vergleichung der Kosten oder auf Theilung derselben erkannt werden.

Wenn in einem Vergleiche keine Verabredung über den Kostenpunkt enthalten ist, so tritt Compensation der Kosten ein.

§. 104. (108.)

Hat die obsiegende Partei das Armenrecht, so hat der unterliegende vermögende Theil auch die einstweilen angeschriebenen Sporteln, Stempel und Gebühren zu zahlen.

§. 105. (109.)

Vormünder, Curatoren und sonstige Verwalter, welche das Interesse ihrer Verwaltung in einem Rechtsstreite verletzt haben, oder Anwälte und Gerichtsunterbediente, welche die Grenze ihres Amtes überschritten oder dessen Pflichten gröblich verletzt haben, können persönlich in die Kosten verurtheilt werden.

§. 106. (110.)

Die Ausfertigungen der Erkenntnisse müssen enthalten: Namen, Stand und Wohnort der Parteien, die Namen ihrer Anwälte, die Gründe der Entscheidung und die letztere selbst, imgleichen eine endliche Frist, innerhalb welcher der Verurtheilte derselben Folge zu leisten hat.

Die Frist wird nach Ermessen des Gerichts bestimmt, darf aber 6 Wochen nicht übersteigen.

§. 107. (111.)

Sobald ein Erkenntniß rechtskräftig geworden ist oder in erster Instanz vollstreckbar wird, hat das Gericht erster Instanz (§. 342) dasselbe auf den Antrag des obsiegenden Theils für vollstreckbar zu erklären und diese Erklärung unter das Erkenntniß zu setzen.

Contumacial-Verfahren.

§. 108 (112.)

Erscheint der Kläger am Gerichtstage nicht, so wird er auf Antrag des Beklagten mit der angebrachten Klage abgewiesen.

§. 109. (113.)

Erscheint der Beklagte nicht, so nimmt auf Antrag und nach Anhörung des Klägers das Gericht dessen thatsächliche Behauptungen, soweit ein Verzicht der Parteien über den Gegenstand des Processes gesetzlich zulässig ist, als richtig an und erkennt danach was Rechtens.

§. 110. (114.)

Eine Restitution gegen Contumacial-Erkenntnisse hat statt, unter den §. 119 aufgeführten Bedingungen.

§. 111.

§. 111. (115.)

Nach ertheilter Restitution wird das Verfahren da wieder aufgenommen, wo es bei Erlaß des Contumacial-Erkenntnisses stehen blieb.

§. 112. (116.)

Erscheinen beide Parteien nicht, so ruht der Rechtsstreit (§. 131).

§. 113. (117.)

Von Fristen und Gerichtstagen.

Die Gerichte können die Fristen nicht erstrecken.

Ausnahmsweise ist eine Erstreckung zulässig, wenn die Partei oder vorzuladende Auskunftspersonen sich außerhalb des Gerichtsbezirks aufhalten.

§. 114. (118.)

Angesetzte Gerichtstage können die Gerichte auf Antrag einer rechtlich behinderten Partei verlegen.

§. 115. (119.)

Die Partei, welche über eine Stunde nach der ihr zum Erscheinen vor Gericht bestimmten Zeit ausbleibt, ist als ungehorsam anzusehen.

§. 116. (120.)

Die mit dem unbenutzten Ablaufe einer Frist oder eines Gerichtstages verbundenen Rechtsnachtheile treten ohne besondere Androhung ein. Die Versäumniß der zur Vornahme einer bestimmten Handlung bestimmten Fristen oder Gerichtstage hat ohne Weiteres den Verlust des Rechts zur Vornahme der Handlung zur Folge. Die Parteien können durch Uebereinkunft alle Fristen erstrecken, jedoch hat eine solche Uebereinkunft nur dann rechtliche Wirksamkeit, wenn dem Gerichte davon vor Ablauf der Frist Anzeige gemacht ist.

§. 117. (121.)

Wo Gefahr im Verzuge ist, kann der Richter die vorgeschriebene Frist abkürzen und nach den Bestimmungen über den summarischen Proceß verfahren.

§. 118. (122.)

Achttägige und vierzehntägige Fristen laufen von Wochentag zu Wochentag.

Vierwöchige Fristen laufen von Monatstag zu Monatstag.

Beginnt eine solche Frist mit dem letzten Monatstage und hat der nächste Monat weniger Tage als der vorige, so läuft dennoch die Frist mit dem letzten Monatstage ab.

§. 119. (123.)

Restitution.

Restitution gegen versäumte Fristen und Gerichtstage wird durch einen Be-

Bescheid und ohne vorgängige Verhandlung ertheilt, jedoch unter folgenden Voraussetzungen: wenn

1) die Versäumniß nach richterlichem Ermessen von der Partei nicht gröblich oder wenn sie von dem Anwalte oder Bevollmächtigten verschuldet war,
2) durch dieselbe ein Angriffs- oder Vertheidigungsmittel, also nicht allein das Recht zu einer rechtlichen Ausführung und Verhandlung, verloren ist,
3) die Lage des Rechtsstreites die Restitution noch gestattet, also keinesfalls dann noch, wenn schon in der Sache selbst eine Endentscheidung letzter Instanz vorliegt oder das Erkenntniß erster Instanz bereits für vollstreckbar erklärt ist,
4) mit dem Gesuche um Restitution zugleich die versäumte Handlung nachgeholt wird, sofern dies ohne gerichtliche Mitwirkung möglich.

Ueber den Grund der Versäumniß kann nach richterlichem Ermessen Bescheinigung, nöthigenfalls durch einen Eid, gefordert werden.

Die Kosten der Restitution und des verzögerten Processes hat der zu tragen, der die Restitution sucht.

Nach Ablauf von sechs Monaten, von der Zeit der eingetretenen Versäumniß an, hat keine Restitution mehr statt, auch nicht gegen den Ablauf dieser Frist.

Tritt die Möglichkeit der Geltendmachung des Restitutionsgesuches erst nach dem Zeitpunkte der eingetretenen Versäumniß ein, so wird die Frist von diesem spätern zu bescheinigenden Zeitpunkte berechnet. Als ein die Möglichkeit der Anbringung des Restitutionsgesuches hindernder Umstand ist es indeß nicht anzusehen, wenn die Partei keine Nachricht von dem Stande der Sache, insbesondere von dem eingetretenen Rechtsnachtheile erhalten hat.

§. 120. (124.)

Eine zweite Restitution wegen derselben Proceßhandlung hat nicht statt, insofern die Partei oder den Anwalt irgend ein Verschulden trifft.

§. 121. (125. 126.)

Von den Rechtsmitteln.

Die einzig zulässigen Rechtsmittel sind die Berufung (Appellation, Recurs) als ordentliches und die Nichtigkeitsbeschwerde als außerordentliches Rechtsmittel.

Beide sind Devolutiv-Rechtsmittel.

§. 122. (127.)

Die Berufung kann nur gegen Entscheidungen erster Instanz, die Nich-

 tigkeits-

tigkeitsbeschwerden nur gegen Entscheidunge zweiter Instanz verfolgt werden (vergl. §§. 93 — 97.)

§. 123. (128.)

Ueber das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde entscheidet in allen Fällen der Cassationshof.

§. 124. (129.)

Das Rechtsmittel der Berufung hat Suspensivkraft, außer in den Fällen, wo die Erkenntnisse erster Instanz für sofort vollstreckbar erklärt sind. §. (102.)

Das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde hat solche nur dann, wenn der Cassationshof, nach Ermessen gegen Caution, auf den motivirten Antrag des Beschwerdeführers dieselbe gestattet.

§. 125. (130.)

Die Nichtigkeitsbeschwerde ist begründet:

1) wenn wesentliche Vorschriften des Processes verletzt sind; oder
2) wenn gegen die Bestimmungen der Gesetze erkannt und in Folge dessen unrichtig entschieden ist.

§. 126. (131.)

Die Berufung ist begründet, wenn Nichtigkeiten begangen (§. 125.) oder wenn Proceßvorschriften unrichtig angewendet oder unrichtige Entscheidungen abgegeben sind.

§. 127. (132.)

Neue Thatsachen, Beweismittel oder wesentliche Anträge, welche in die erste Instanz gehören, können in der zweiten Instanz nicht vorgebracht werden; sie sind an die erste Instanz zurückzuweisen und nur zulässig im Wege der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

§. 128. (133 — 37.)

Beide im §. 121. genannte Rechtsmittel sind bei dem Gerichte, dessen Entscheidung angefochten wird, anzumelden und einzuführen.

Kommt die Schrift zeitig ein, so sendet das Gericht solche sammt den Acten binnen drei Tagen an das Gericht zweiter Instanz resp. den Cassationshof ein, weiset dagegen verspätete Anmeldungen und Einführungen als verfallen zurück.

Ist indeß bei verspäteten Anmeldungen und Einführungen zugleich um Restitution gebeten, so sendet es die Acten an das zuständige höhere Gericht ein.

§. 129. (137.)

Verzicht der Parteien.

Erklärt der Kläger mündlich oder schriftlich vor Gericht, auf die Fort-

Fortsetzung des Verfahrens verzichten zu wollen, so wird er auf den Antrag des Beklagten mit der vorgebrachten Klage abgewiesen und hat die Kosten zu erstatten.

§. 130. (138.)

Erklärt der Beklagte mündlich oder schriftlich vor Gericht, den Anspruch des Klägers anerkennen zu wollen, so ist er auf den Antrag des Klägers als Sachfälliger zu verurtheilen.

§. 131. (139 u. 40.)

Erlöschen des Processes.

Ruht ein Rechtsstreit drei Jahre hindurch, so werden alle Handlungen des Hauptverfahrens, auch die in demselben gemachten Geständnisse, ohne weiteres wirkungslos.

§. 132. (141.)

Vom Armenrechte.

Denjenigen, deren Vermögen oder Erwerb nicht ausreicht, um ohne Beschränkung des nothwendigen Lebensunterhalts für sich oder ihre Familie, die Kosten eines Processes zu bestreiten, ist das Armenrecht zu ertheilen.

§. 133. (142.)

Solche Personen haben sich von der Ortsbehörde ihres Wohnortes oder Aufenthaltsortes ein Zeugniß über ihre Dürftigkeit ertheilen zu lassen, welches in denjenigen Bezirken, wo über der Ortsbehörde noch eine locale Oberbehörde für Verwaltung der Armenmittel besteht, von dieser zu genehmigen ist.

Dasselbe soll eine möglichst genaue Auskunft über folgende Punkte enthalten:

1) ob der Bittsteller Immobiliar-, Capital- oder sonstiges Vermögen besitzt,
2) ob und in wie weit das fragliche Vermögen mit Schulden belastet ist.
3) wie hoch sich der Verdienst oder die sonstige Einnahme des Bittstellers beläuft, und
4) in welchen Familienverhältnissen derselbe lebt, namentlich wie groß die von ihm zu erhaltende Familie ist.

§. 134. (143.)

Auf Grund des im §. 142. erwähnten Zeugnisses ist bei dem Gerichte, vor welchem der Rechtsstreit zu führen ist, um Ertheilung des Armenrechtes nachzusuchen.

Das Gericht hat sich zuvörderst die Thatsachen und Beweismittel, auf welche sich die Ansprüche oder die Vertheidigung des Bittstellers gründen,

 vorle-

vorlegen zu lassen und nur, wenn die Sache des Bittstellers eine offenbar unbegründete ist, das Armenrecht zu verweigern.

Das ertheilte Armenrecht wirkt für alle Instanzen.

Zeigt sich im Laufe des Rechtsstreites der Anspruch oder die Vertheidigung der Partei als unbegründet, so kann das Gericht von Amtswegen oder auf Anregung des Gegners das Armenrecht der betreffenden Partei wieder entziehen.

§. 135. (144.)

Der Gegner kann verlangen, daß die arme Partei ihr Unvermögen eidlich erhärte. Der Eid wird unter Zuziehung der Partei vom Richter festgestellt, und zwar nach Maßgabe der in dem Armuthszeugniße angeführten Thatsachen, nachdem sich die arme Partei über deren Richtigkeit nochmal erklärt hat.

Verweigerung des Eides hat die Entziehung des Armenrechts zur Folge.

§. 136. (145.)

Der armen Partei ist nöthigenfalls von Amtswegen ein Sachführer oder Anwalt zu bestellen.

Die Gerichte werden hierbei eine bestimmte Reihefolge unter sämmtlichen Sachführern und Anwälten beobachten und dabei diesen auch diejenigen von ihnen freiwillig übernommenen Armensachen anrechnen, von deren Uebernahme sie bei derselben den Gerichten Anzeige gemacht haben.

Alle Gerichtsgebühren werden für die arme Partei angeschrieben, sind aber von ihr, falls sie zu Vermögen kommt, zu erstatten.

Auch diejenigen Kosten und Auslagen, welche zur Fortsetzung des Rechtsstreites nothwendig sind, wie Kosten von Edictallungen oder Zeugenverhören, trägt die Staats-Casse.

Für den vermögenden Gegner einer armen Partei sind die Sporteln und Stempel anzuschreiben und nur bei Verlust der Sache oder bei Abschließung eines Vergleichs oder wenn auf Kostencompensation erkannt wird, nachzuzahlen. Alle übrigen Gebühren und Auslagen hat die Partei zu tragen.

§. 137. (146.)

Zahlungen auf den Streitgegenstand, die der Gegner der armen Partei dieser in Folge des ergehenden Erkenntnisses oder eines Vergleichs zu leisten hat, kann er mit der Wirkung der Befreiung nur in das gerichtliche Depositum machen.

Von der eingezahlten Summe hat das Gericht zuvörderst die Rechtsbeistände der armen Partei und den Fiscus wegen der Gerichtsgebühren

zu

zu befriedigen. Würde die hiernach für die arme Partei übrig bleibende Summe nicht 50 Rthl. betragen, so wird das Ganze unter die arme Partei und deren Rechtsbeistände nach Verhältniß vertheilt und der Fiscus bleibt wegen der Gerichtsgebühren unbefriedigt.

§. 138. (147.)

Hinsichtlich der in Folge einer Entscheidung oder eines Vergleiches von dem Gegner der armen Partei ganz oder theilweise zu zahlenden Kosten steht den Rechtsbeiständen derselben ein selbstständiges Recht gegen Gegner zu, gegen welches Einreden aus der Person ihrer Partei nicht zulässig sind und Compensationen nur hinsichtlich der in diesem selben Processe dem Gegner zuerkannten Kosten stattfinden.

§. 139. (148.)

Die Rechtsbeistände der armen Partei und der Fiscus können von beiden Parteien die Manifestation des geschlossenen Vergleiches durch Edition der darüber aufgenommenen Urkunde, so wie durch Eid verlangen.

Zweiter Theil.

Verfahren vor den Amts- und Stadtgerichten.

Tit. 1.

Ordentliches Verfahren.

§. 140. (149.)

Die Stadt- und Amtsgerichte werden ein für alle Mal nach dem Bedürfnisse die Wochentage festsetzen, an welchen sie in bürgerlichen Rechtsstreiten Recht sprechen.

§. 141. (151.)

Die Gerichtsboten haben die Verfügungen der Amts- und Stadtgerichte spätestens in 6 Tagen nachdem sie ihnen zugestellt sind, zu insinuiren und dann die Behändigungsurkunde zeitig zu den Acten zu übergeben.

§. 142. (152.)

Die Ladungen der Stadt- und Amtsgerichte sind den Parteien und Auskunftspersonen mindestens drei Tage vor dem angesetzten Gerichtstage zu behändigen.

Ist Gefahr beim Verzuge, so kann das Gericht diese Frist abkürzen und ist dies alsdann in der Ladung auszudrücken.

§. 143 (150.)

Die Parteien können, wenn nur die Höhe des Streitobjectes die Zuständigkeit des Amts- oder Stadtgerichts übersteigt, sich diesem unter-

unterwerfen, (§. 11 Nr. 3 der Gerichts-Ordnung) nicht aber in andern Fällen materieller Unzuständigkeit. Dies ist vor der Verhandlung der Sache ausdrücklich zu Protocoll zu nehmen.

Auf diese Weise an die Amts- und Stadtgerichte gelangte Sachen stehen auch hinsichtlich der Rechtsmittel den diesen Gerichten durch das Gesetz überwiesenen Sachen gleich.

§. 144.

Die Parteien können entweder 1. an den vom Gerichte ein für alle Mal bestimmten Gerichtstagen erscheinen und ihre Sache vortragen, oder 2. es läßt der Kläger den Beklagten zur Verhandlung der Sache durch den Gerichtsdiener vorladen, oder 3. es bringt derselbe an einem solchen Tage seine Klage mündlich zu Protocoll vor, oder endlich 4. er reicht sie schriftlich dem Gerichte ein.

§. 145.

Im erstern Falle ist das Gericht jedoch nur dann, wenn nach Erledigung der von ihm auf den bezüglichen Gerichtstag angesetzten Geschäfte noch hinreichende Zeit erübrigt, zur Verhandlung der Sache verpflichtet.

Wenn in dem Falle unter 2. der Beklagte nicht erscheint, so wird die Klage entgegengenommen und, gleichwie in den Fällen 3. und 4., wenn sie nicht wegen offenbar ermangelnder Begründung sofort abzuweisen ist, zu ihrer Verhandlung ein Termin, nicht über 14 Tage hinaus, angesetzt.

§. 146. (154.)

Die Richter haben sich zu bemühen, die Parteien von unbegründeten Klagen abzuhalten, den begründet scheinenden dagegen die gehörige Richtung zu geben.

§. 147. (156.)

Die am Gerichtstage erschienenen Parteien werden gegen einander gehört.

Sie haben ihre Vor- und Anträge mündlich zu machen; die Ueberreichung derselben in Schriften ist unzulässig.

§. 148. (157.)

Sind Einreden vorgebracht, so kann der Kläger die Ansetzung eines anderen Gerichtstages beantragen. Dieser ist nicht über 14 Tage hinauszusetzen und der Bescheid, durch welchen er bestimmt wird, sogleich den Parteien zu eröffnen. In diesem Termine wird die Sache zum Schlusse verhandelt.

§. 149. (158.)

In der Verhandlung haben sich die Parteien zugleich über die von dem Gegner angegebenen Beweismittel zu erklären.

§. 150.

§. 150. (159.)

Das Gericht verkündigt entweder sogleich nach geschlossener Verhandlung oder in der nächsten Gerichtssitzung das Erkenntniß. Wird letzteres vorgezogen, so sind die Parteien unmittelbar nach dem Schluß der Verhandlung zur Eröffnung des Erkenntnisses zu laden.

§. 151. (160.)

Sind Beweise erforderlich, so bestimmt das Gericht einen Tag zur Aufnahme derselben und ladet dazu die Parteien und Auskunftspersonen vor.

Haben die Parteien außer den bereits benannten noch Zeugen vorzuschlagen, so können sie deren Ladung zeitig vor dem Gerichtstage noch beantragen.

§. 152. (161.)

An dem Gerichtstage schreitet das Gericht zur Beweisaufnahme, hört nach deren Beendigung die Parteien und verkündet ihnen das Erkenntniß (s. §. 150).

§. 153. (162.)

In schwierigen Sachen bleibt es dem Ermessen des Gerichts überlassen, die Beweislast und die Beweissätze durch ein Erkenntniß festzustellen.

Das Gericht setzt in diesem Falle, nach eingetretener Rechtskraft des Beweiserkenntnisses, einen Termin an, ladet die Parteien und Auskunftspersonen zu demselben vor, schreitet zur Beweisaufnahme, hört die Parteien und verkündet ihnen das Erkenntniß (s. §. 150).

§. 154. (163.)

Gerichtstage und Fristen sind nicht über 14 Tage hinauszusetzen.

Tit. 2.

Verfahren bei unstreitigen Schuldforderungen.

§. 155.

Wenn bei einfachen Schuldforderungen der Kläger annimmt, daß der Beklagte Einreden nicht vorbringen werde, so hat das Gericht, sofern keine Bedenken entgegenstehn, auf Antrag des Klägers die von demselben in doppelter Ausfertigung einzureichende Rechnung dem Beklagten mit dem darunter gesetzten Befehle, binnen 14 Tagen Zahlung zu leisten oder rechtlichen Einwand anzuzeigen, zufertigen zu lassen. Das zweite Exemplar der Rechnung wird, mit dem Befehle und der Behändigungsurkunde versehen, dem Kläger wieder zugestellt.

§. 156.

§. 156.

Wird Einrede angezeigt, so verweist das Gericht die Sache zum rechtlichen Verfahren, andernfalls erkennt es auf weitern Antrag des Klägers sofort die Execution.

§. 157.

Nach erkannter Execution wird der Beklagte nur mit solchen Einreden gehört, welche gesetzlich in der Executionsinstanz zulässig sind, es wäre denn, daß er Wiedereinsetzung in den vorigen Stand auswirkte oder für die Forderung alsbald zureichende Sicherheit bestellte.

§. 158.

Ein solcher Antrag (§. 155) kann auch bei Forderungen angebracht werden, deren Summe die Zuständigkeit der Stadt- und Amtsgerichte übersteigt; indeß wird hier, wenn Einrede (§. 156) erfolgt, oder es nach §. 157 zum weitern Verfahren kommt, die Sache an das zuständige Kreisgericht verweisen. Die Berufung darauf, daß dieselbe zur Competenz des Kreisgerichts gehöre, ist für sich allein keine Einrede im Sinne der §§. 155. 156.

Tit. 3.

Verfahren bei Streitigkeiten über Besitzstörungen.

§. 159. (165.)

Die gesetzlichen Bestimmungen über den jüngsten Besitz sind aufgehoben.

§. 160. (166.)

Sind Gewaltthätigkeiten zu befürchten, so kann das Gericht von Amtswegen oder auf Antrag des Klägers einen einstweiligen Besitzstand feststellen und dessen Störung mit Strafe bedrohen, oder eine Sequestration anordnen und vollziehen lassen.

§. 161. (167.)

An dem Gerichtstage werden die Parteien zuvörderst gegen einander gehört, auch über die vorgeschlagenen Beweismittel.

Der Kläger kann eine Verlegung des Gerichtstages nicht verlangen.

Sind die erheblichen Thatsachen klar, so erfolgt sofort das Erkenntniß.

§. 162. (168.)

Sind Beweise erforderlich, so verfährt das Gericht nach den für das ordentliche Verfahren vor den Amts- und Stadtgerichten gegebenen Bestimmungen (§§. 140 ff.).

Tit. 4.

Von der Aufnahme der Verhandlung.

§. 163. (169.)

Ueber die Verhandlung hat der Secretair ein Protocoll aufzunehmen. Dasselbe muß enthalten:

1) die Namen der anwesenden Gerichtspersonen;
2) genaue Bezeichnung der Parteien;
3) den wesentlichen Inhalt ihrer Vorträge und ihre Anträge;
4) genaue Bezeichnung der Auskunftspersonen;
5) die Angabe, daß den Parteien und Auskunftspersonen die Protocolle vorgelesen, von ihnen genehmigt und unterschrieben sind;
6) deren Unterschrift oder falls sie Schreibens unkundig sind, deren Handzeichen, oder falls sie die Unterschrift verweigern, dieser Umstand und dessen Gründe;
7) die von dem Gerichte erlassenen Bescheide und Erkenntnisse, von dem Richter gezeichnet;
8) die Verkündigung derselben an die Parteien.

Im Fall der Behinderung des Secretairs kann der Richter selbst das Protocoll führen.

Dritter Theil.

Verfahren vor den Kreisgerichten.

Tit. 1.

Ordentliches Verfahren.

§. 164. (170.)

Die Kreisgerichte werden ein für alle Mal die Tage der Woche, an welchen sie in bürgerlichen Rechtsstreiten Recht sprechen, nach Bedürfniß festsetzen und bekannt machen.

§. 165. (171.)

Bei den Kreisgerichten sollen in bürgerlichen Rechtsstreiten nicht mehr und nicht weniger als drei Richter das Urtheil sprechen.

§. 166. (172.)

Der bestellte Anwalt hat die Klage schriftlich in doppelter Ausfertigung in dem Secretariate des Gerichts zu übergeben. Hat der Director wegen

der Zuständigkeit des Gerichts Bedenken, so veranlaßt er eine Berathung desselben und das Gericht hat, wenn es sich für incompetent hält, dieses ohne vorgängige Verhandlung durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid auszusprechen.

Hat der Director wegen der Zuständigkeit des Gerichts dagegen kein Bedenken, so erläßt er einen Bescheid, in welchem er

1) einen Referenten für die Sache bestellt, und
2) dem Beklagten aufgiebt, einen Anwalt zu bestellen und sich vernehmen zu lassen, und zwar bei Strafe der gerichtlichen Beiordnung eines Anwaltes zur Empfangnahme der gerichtlichen Verfügungen.

Er läßt diesen Bescheid sammt einer Ausfertigung der Klage dem Beklagten behändigen und dem Anwalte des Klägers mit einer Empfangbescheinigung des Beklagten zustellen.

§. 167. (173.)

Der bestellte Referent erläßt alle Bescheide sowohl in dem ersten als in dem Beweisverfahren allein.

Alle Entscheidungen über Nebenpunkte sind, wenn sie nicht die Fortsetzung des Verfahrens bedingen, in der Regel bis zum nächsten Erkenntnisse hinauszuschieben.

Auf den Antrag des Klägers oder des Beklagten kann der Referent auch den Güteversuch vornehmen und dazu einen Tag anberaumen.

§. 168. (174.)

Innerhalb vier Wochen von Behändigung der Klage an hat der Beklagte einen Anwalt zu bestellen, durch denselben die Vernehmlassung in einer Ausfertigung dem Anwalte des Klägers gegen einfache Empfangsbescheinigung zustellen und in zweiter Ausfertigung bei dem Secretariate einreichen zu lassen.

§. 169. (175.)

Verhandelt der Beklagte die Vernehmlassung, so kann der Kläger die Replik innerhalb 14 Tagen verhandeln, wobei ganz ebenso verfahren wird, wie bei der Vernehmlassung.

§. 170. (176.)

Bringt die eine oder die andere Partei die im Vorhergehenden erwähnten Schriftsätze nicht ein, so kann der Gegner unter Einreichung der Behändigungsurkunde auf Ansetzung eines Termins zur mündlichen Hauptverhandlung antragen.

§. 171. (177.)

Die Wechselschriften sollen nur die Darstellung der erheblichen Thatsachen

sachen, Angabe der Beweismittel und eine genaue Fassung der Anträge der Parteien enthalten.

Alle Rechtsausführungen gehören in die mündliche Verhandlung.

§. 172. (178.)

Die Originale der Anlagen der Wechselschriften sind dem Gerichte, deren Abschriften dem Gegner zu übergeben.

Den Anwälten steht die Einsicht der Originale im Secretariate frei.

§. 173. (179.)

Die Parteien können das Vorverfahren auch außergerichtlich instruiren und, entweder unter Einreichung der gewechselten Schriften oder einer gemeinschaftlichen Darstellung des Sachverhältnisses und Hinzufügung ihrer Anträge durch ihre Anwälte, auf Ansetzung eines Tages zur mündlichen Verhandlung antragen.

§. 174. (180.)

Bedarf es weiterer Erklärungen der Parteien auf die eingegangenen Wechselschriften nicht, so hat der Referent, selbst vor Eingang der noch zulässigen Schriften, die Acten dem Director zur Ansetzung der mündlichen Hauptverhandlung zuzustellen und der Actenschluß ist in jedem Falle in dem Bescheide auszusprechen, durch welchen der Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird.

Dieser Termin darf nicht über 14 Tage hinausgesetzt werden.

§. 175. (181.)

Bei der öffentlichen mündlichen Verhandlung werden die Parteien zuvörderst gegen einander gehört.

Verlangt der Kläger nochmals das Wort nach dem Vortrage des Beklagten, so kann das Gericht ihm solches gestatten, muß aber dann den Beklagten auf dessen Antrag noch zum Schlusse hören.

§. 176. (182.)

Wird über Thatsachen gestritten, so steht es jeder Partei frei, in dem Termine zur mündlichen Verhandlung einen schriftlichen Antrag darüber zu überreichen, wie sie die Beweissätze gefaßt und die Beweislast vertheilt zu sehen verlangt.

Das Gericht kann den Parteien die Einreichung derartiger Anträge auch aufgeben und bis zum Eingange eines solchen von Seiten der einen oder der andern Partei das Verfahren einstellen.

Eine Abschrift dieser Anträge muß dem Gegner sofort zugestellt werden. Auch wenn über Rechtspunkte gestritten wird, können die Parteien solche Anträge als eventuelle überreichen.

§. 177. (183.)

Das Gericht ist an diese Anträge, selbst wenn beide Theile in denselben übereinstimmen, nicht gebunden; es hat vielmehr die Beweislast und die Beweissätze nach seiner rechtlichen Ueberzeugung festzustellen.

§. 178. (184.)

Bei der mündlichen Verhandlung ist eine Abänderung der thatsächlichen Grundlagen der Vorträge der Parteien unzulässig, sie können dieselben aber ebenso wie ihre Anträge erläutern, vervollständigen und verbessern.

Der Referent hat die mündlichen Vorträge der Parteien zu überwachen und Unrichtigkeiten in denselben zu verbessern.

§. 179. (185.)

Nach geschlossener Verhandlung verkündigt das Gericht nach in geheimer Berathung mit Stimmenmehrheit gefaßtem Beschlusse das Erkenntniß.

§. 180. (186.)

Aus in der Sache liegenden Gründen kann das Gericht die Verkündigung des Erkenntnisses durch einen, den Parteien sogleich zu eröffnenden Bescheid hinausschieben, jedoch nicht über 8 Tage.

§. 181. (187.)

An dem zur Verkündigung des Erkenntnisses angesetzten Tage kann jede erscheinende Partei mit Erfolg gegen den Gegner die Verkündigung beantragen.

Erscheint keine der Parteien, so wird auf Anrufen einer derselben ein neuer Tag angesetzt.

§. 182. (188.)

Erkennt das Gericht auf Beweis, so hat nach rechtskräftig gewordenem Beweiserkenntnisse der Hauptbeweisführer binnen 14 Tagen in einer auf dem Secretariate niederzulegenden Schrift die Beweismittel, deren er sich bedienen und die Thatsachen, welche er dadurch nachweisen will, genau anzugeben.

Diese Schrift ist in einer zweiten Ausfertigung dem Gegner gegen Empfangsbescheinigung mitzutheilen.

§. 183. (189.)

Auf gleiche Weise hat der Gegner in Betreff der ihm zur Last fallenden Beweise und Gegenbeweise innerhalb 14 Tagen nach Behändigung der Schrift des Hauptbeweisführers zu verfahren und eine zweite Ausfertigung seiner Schrift dem letzten gegen Empfangsbescheinigung zu behändigen.

§. 184. (190.)

Die Parteien sind bei der Wahl der Beweismittel auf die bis zum Beweis-

Beweiserkenntnisse angegebenen beschränkt; neue Beweismittel werden nicht zugelassen.

§. 185. (191.)

Wenn die eine oder die andere Partei die Fristen versäumt, so werden die Thatsachen, welche sie zu beweisen haben würde, als nicht bewiesen angesehen.

Versäumniß in Betreff der Gegenbeweisschrift hat den Verlust des Gegenbeweises zur Folge.

§. 186. (192.)

Sind keine Beweisschriften übergeben, so setzt der Director des Gerichts auf den Antrag einer Partei einen Tag zur mündlichen Verhandlung und zur Eröffnung des Erkenntnisses an.

§. 187. (193.)

Sind Beweisschriften übergeben, so setzt der Referent einen Tag, nicht über 14 Tage hinaus, zur Beweisaufnahme an und verfährt dabei nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

§. 188. (194.)

Einreden gegen die Auskunftspersonen und deren Aussagen, sowie die zur Begründung solcher Einreden dienenden Beweismittel können noch während der Beweisaufnahme zur Hand genommen werden.

Der Instructionsrichter hat in solchen Fällen die angefochtenen Auskunftspersonen zu vernehmen und die Entscheidung über alle ebenerwähnte Nebenpunkte dem Erkenntnisse über die Beweisführung vorzubehalten.

§. 189. (195.)

Nach vollendetem Beweisverfahren und zwar innerhalb 8 Tagen setzt das Gericht einen Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung über den Beweis und zur Verkündigung des Erkenntnisses an, nicht über 14 Tage hinaus.

§. 190. (196.)

An dem Gerichtstage trägt zuvörderst der Referent kurz über den Stand der Sache vor und es werden durch den Secretair die vorhandenen schriftlichen Beweismittel, Zeugenaussagen, Gutachten der Sachverständigen, Protocolle über den Augenschein und Urkunden verlesen.

Die Parteien werden gegen einander gehört.

Das Gericht erkennt über die Beweise und in der Sache selbst und verkündigt das Erkenntniß und zwar, falls noch Eide zu leisten sind, mit deren genauen Festsetzung und unter der Voraussetzung ihrer Ableistung. Sollten erhebliche Zweifel über die Beweisführung durch Zeugen oder Sachverständige entstehen, so kann das Gericht auf Antrag einer Partei oder

selbst

selbst von Amtswegen zuvörderst eine nochmalige Vernehmung der Zeugen oder Sachverständigen in öffentlicher Sitzung anordnen und darauf nach nochmaliger Anhörung der Parteien erkennen.

Tit. 2.

Abgekürztes (summarisches) Verfahren.

§. 191. (198.)

Das abgekürzte Verfahren findet außer den Fällen, wo dasselbe in diesem Gesetze besonders angeordnet ist, noch statt:

1) bei persönlichen Forderungen aus Rechtsgeschäften, deren Gegenstand die Summe von 100 Rthl. nicht übersteigt;
2) in Sachen, in denen wenigstens der Klaggrund im Wesentlichen durch öffentliche oder Privaturkunden nachgewiesen wird;
3) bei Wandlungsklagen über verkaufte oder vertauschte Thiere oder Waaren;
4) bei Klagen auf Wiedererlangung des Besitzes.

§. 192. (199.)

Mit der Klage sind zugleich die Beweisurkunden wenigstens abschriftlich zu überreichen und die sonstigen Beweismittel anzugeben.

§. 193. (200.)

Der Director setzt, vorbehältlich jedoch der Bestimmungen in §. 166. auf die Klage sofort einen Termin an, zu welchem beide Theile vorgeladen werden.

§. 194. (201.)

In dem Termine hat der Kläger, wenn solches noch nicht geschehen, die Beweisurkunden im Originale vorzulegen.

Beide Theile werden gegen einander gehört.

Der Beklagte hat sich über die vom Kläger vorgeschlagenen Beweismittel zu erklären, und, falls er Einreden vorschützt, die Beweismittel zu benennen, die Urkunden aber, deren er sich zum Zwecke der Beweis- und Gegenbeweisführung bedienen will, im Originale vorzulegen.

Der Kläger hat sich über die Beweismittel des Beklagten zu erklären.

§. 195. (202.)

Kann der Kläger oder der Beklagte bescheinigen, daß er die von ihm als Beweismittel bezeichneten Urkunden nicht sogleich herbeizuschaffen vermochte, so ist er befugt, auf Ansetzung eines andern Termines anzutragen.

§. 196. (203.)

Sind die erheblichen Thatsachen klar, so erfolgt sofort das Erkenntniß.

Sind

Sind noch Beweise erforderlich, so bestimmt das Gericht einen Tag zur Aufnahme derselben und ladet dazu die Parteien und die Auskunftspersonen vor.

Haben die Parteien außer den bereits früher angegebenen noch Zeugen vorzuschlagen, so können sie deren Ladung zeitig vor dem Gerichtstage noch beantragen.

§. 197. (204.)

An dem Gerichtstage schreitet das Gericht zur Beweisaufnahme, hört nach deren Beendigung die Parteien und verkündet ihnen das Erkenntniß. (s. §. 186.)

§. 198. (205.)

In schwierigen Sachen bleibt es dem Ermessen des Gerichts überlassen, die Beweislast und die Beweissätze durch ein Erkenntniß festzustellen. — Das Gericht setzt in diesem Falle einen Termin an, schreitet nach eingetretener Rechtskraft des Beweiserkenntnisses zur Beweisaufnahme, ladet die Parteien und Auskunftspersonen dazu vor und verkündet ihnen das Erkenntniß. (s. §. 186.)

§. 199. (206.)

Ausnahmsweise ist das Gericht bei weitläufigen Beweisführungen befugt, einen Instructionsrichter mit der Beweisaufnahme zu beauftragen.

Dasselbe gilt, wenn Zwischenanträge eingehen und Verfügungen darauf erforderlich sind.

§. 200. (208.)

Gerichtstage und Fristen sind nicht über 14 Tage hinauszusetzen.

Tit. 3.

Verfahren in erster Instanz bei Anordnung von Curatelen über Großjährige.

§. 201. (209.)

Die Anordnung einer Curatel über einen Großjährigen ist nur zulässig, wenn derselbe:

1) für wahnsinnig oder blödsinnig, oder
2) für einen solchen Taubstummen oder Taubblinden, der sich nicht allgemein verständlich machen kann, oder
3) für einen Verschwender

gerichtlich erklärt ist.

§. 202. (210.)

Jeder Blutsverwandte einer solchen Person, deren Ehegatte und der Staats-

Staatsanwalt ist berechtigt, darauf anzutragen, daß über dieselbe eine Curatel angeordnet werde.

§. 203. (211.)

Der Antrag ist bei dem Kreisgerichte anzubringen wie eine Klage und muß bestimmte Thatsachen, welche denselben begründen sollen, und die Beweismittel angeben.

§. 204. (212—15.)

Geht der Antrag auf Wahnsinnigkeits- oder Blödsinnigkeitserklärung, so bestellt der Vorsitzende einen Referenten. Dieser stellt zuvörderst unter Zuziehung des Staatsanwaltes eine vorläufige Sachuntersuchung an, vernimmt den Beklagten und bestellt und vernimmt zwei Familienfreunde. Ist nach dieser Untersuchung der Antrag nicht sofort zu verwerfen, so bestellt das Gericht einen einstweiligen Curator zur Führung des Rechtsstreits und setzt einen Termin zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung an.

Der Curator hat zugleich vorläufig für die Person und das Vermögen des Beklagten zu sorgen.

Wird auf Beweis erkannt, so kommen die für das ordentliche Verfahren gegebenen Vorschriften zur Anwendung.

Gegen das Erkenntniß steht dem Kläger, dem Beklagten und dem Curator die Berufung zu.

§. 205. (216.)

Gründet sich der Antrag darauf, daß ein Taubstummer oder Taubblinder sich nicht allgemein verständlich machen könne, so setzt der Vorsitzende einen Tag zu dessen Vernehmung in nicht öffentlicher Sitzung an, unter Zuziehung des Staatsanwalts, und läßt zu derselben einen Sachverständigen vorladen und durch diesen den Zustand des Beklagten ermitteln.

Bestreitet der Beklagte den Antrag, so bestellt das Gericht sofort einen Curator zur Führung des Rechtsstreits und ordnet das in §. 204 vorgeschriebene Verfahren an.

§. 206. (217.)

Gründet sich die Klage darauf, daß der Beklagte ein Verschwender sei, so findet das ordentliche Verfahren statt.

Das Gericht kann auf Antrag des Klägers und gehörige Bescheinigung der erheblichen Thatsachen vorläufig Sicherungsmaßregeln gegen die Verschleuderung des Vermögens treffen.

§. 207. (218.)

Sobald ein Erkenntniß, durch welches ein Wahnsinniger, Blödsinniger, Taubstummer, Taubblinder oder Verschwender gerichtlich für dispositionsunfähig erklärt worden, rechtskräftig geworden ist, hat der Staatsanwalt

walt dafür zu sorgen, daß von dem zuständigen Amts- oder Stadtgerichte die Curatel förmlich angeordnet werde.

Dem Proceß-Curator darf diese Curatel nicht übertragen werden.

§. 208. (219.)

Kann der unter Curatel Gesetzte nachweisen, daß der Grund der Anordnung derselben aufgehört habe, so wird dieselbe auf dessen Antrag wieder aufgehoben.

Der Antrag ist gegen den Curator zu richten und dem oder den nächsten Blutsverwandten sowie den Ehegatten mitzutheilen, das Verfahren aber dasselbe, wie bei Anordnung der Curatel.

Tit. 4.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 209. (229.)

Die Kreisgerichte können die Vernehmung einer Partei über Thatsachen, Eidesabnahmen, die Vernehmung von Auskunftspersonen und ähnliche einzelne processualische Handlungen, auf Antrag der Parteien oder von Amtswegen aus in der Sache liegenden Gründen auch durch Requisition des betreffenden Amts- oder Stadtgerichts vornehmen lassen.

§. 210. (231.)

Ueber die Verhandlungen der Kreisgerichte in öffentlicher Sitzung hat der Secretair ein Sitzungsprotocoll aufzunehmen, nach den §. 163 gegebenen Vorschriften.

In den Erkenntnissen der Kreisgerichte sind die Namen der erkennenden Richter anzuführen und sie sind von diesen zu unterzeichnen.

Vierter Theil.

Gemeinschaftliche Bestimmungen über außerordentliche Arten des Verfahrens vor den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten.

Tit. 1.

Arrestproceß und Inhibitionen.

§. 211. (232.)

Der Arrest auf Sachen oder deren Sequestration kann beantragt werden bei wahrscheinlich gemachter dringender Gefahr des Verlustes eines entweder

weder bereits fälligen oder zu Forderung einer Caution berechtigenden Klageanspruchs, namentlich in folgenden Fällen:

1) wenn der Schuldner sein Vermögen verschwendet oder auf verdächtige Weise veräußert, oder bei Seite schafft;
2) wenn der Schuldner auf der Flucht oder der Flucht verdächtig oder im Begriff ist auszuwandern und kein im Fürstenthume belegenes sicherstellendes unbewegliches Vermögen besitzt;
3) wenn der Anspruch an einen Verstorbenen gegen dessen Erben geltend gemacht wird, die im Begriffe stehen, die Erbschaft zu theilen und unter verschiedene Gerichte zu bringen;
4) wenn zu fürchten ist, daß ein streitiger Gegenstand (res litigiosa) von dem Inhaber wesentlich verändert, veräußert, zerstört oder aus dem Fürstenthume gebracht werden möchte;
5) wenn der Miether oder Pächter ohne den Zins bezahlt zu haben, wegzieht, rücksichtlich der in dem gemietheten oder erpachteten Grundstücke befindlichen Sachen;
6) wenn Ansprüche gegen einen Ausländer, gegen welchen ein Gerichtsstand im hiesigen Lande begründet ist, gesichert werden sollen;
7) wenn Deutschen gegen Ausländer die Rechtspflege von dem zuständigen ausländischen Gerichte verweigert oder nicht gewährt wird.

§. 212. (233.)

Personalarrest ist nur zulässig in den Fällen 1, 2, 6 und 7 des §. 211. Er findet nicht statt gegen Personen, die nicht in Wechselarrest genommen werden können.

§. 213. (234.)

Das Arrestgesuch kann als Nebenantrag in einem anhängigen Rechtsstreite oder als selbstständiger Antrag und in diesem Falle auch bei dem Gerichte angebracht werden, in welchem die Sache oder die Person betroffen wird.

Es ist anzubringen und zu behandeln wie eine Klage, und der Rechtsanspruch, auf welchen sich dasselbe bezieht, muß bescheinigt sein. Die Stellung angemessener Caution ist nöthigenfalls der Bescheinigung gleichzuachten.

§. 214. (235.)

Findet das Gericht das Gesuch unbegründet, so weiset es dasselbe ohne weiteres Verfahren und ohne öffentliche Verhandlung durch einen Bescheid zurück. Ist das Gesuch bei dem, nach dem Werthe des Gegenstandes zuständigen Gerichte angebracht, und findet das Gericht dasselbe begründet, so verfügt es den Arrest auf Gefahr und Kosten des Klägers und setzt zugleich einen Gerichtstag, bei Realarrest nicht über 8 Tage, bei Per-

Personalarrest nicht über 24 Stunden hinaus, zur Rechtfertigung des Arrestes in öffentlicher und mündlicher Verhandlung durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid an.

Ist das nach dem Werthe des Gegenstandes vor ein Kreisgericht gehörige Gesuch bei einem Amts- oder Stadtgerichte angebracht, so hat dieses, falls es das Gesuch für begründet hält, den Arrest gleichfalls vorläufig auf Gefahr und Kosten des Klägers zu verfügen und die Acten sofort an das zuständige Kreisgericht einzusenden, dieses aber mit Ansetzung eines Gerichtstages nach den obigen Bestimmungen zu verfahren.

§. 215. (226.)

An dem Gerichtstage, der nicht verlegt werden darf, erkennt das Gericht, nach Anhörung der Parteien, ohne weiteres Verfahren den Arrest entweder für gerechtfertigt oder hebt denselben auf und verurtheilt in diesem Falle den Kläger zugleich auf Antrag des Beklagten in Schaden und Kosten.

§. 216. (237.)

Das Erkenntniß ist sogleich vollstreckbar.

§. 217. (238.)

Zur Vollstreckung des erkannten Realarrestes sind bewegliche Sachen, welche dem Verderben ausgesetzt sind oder unverhältnißmäßige Unterhaltungskosten machen, bei fehlender Vereinbarung, zu verkaufen und die Kaufgelder zu deponiren, andere Sachen, auch Schuld- oder andere Urkunden und Werthpapiere, sind in gerichtlichen Verwahrsam zu nehmen, zu versiegeln oder dem Gewahrsam eines Dritten anzuvertrauen, ausstehende Forderungen sind dadurch zu sichern, daß deren Innebehalten dem Schuldner bei Strafe doppelter Zahlung aufgegeben und dem Gläubiger deren Einziehung und Veräußerung bei Strafe der Nichtigkeit und des Betruges untersagt, auch daß solches geschehen, öffentlich bekannt gemacht wird. Im letzten Falle sind zugleich auf den Antrag des Arrestklägers Maßregeln wegen Erhebung und Einzahlung solcher Forderungen ins gerichtliche Depositum anzuordnen und wenn die ausstehenden Forderungen aus eingetragenen Hypothekencapitalien bestehen, so ist der erforderliche Vermerk in das Hypothekenbuch einzutragen.

Bei unbeweglichen Sachen wird dem Beklagten deren Veräußerung untersagt, solches öffentlich bekannt gemacht und im Hypothekenbuche vermerkt, auch kann eine Sequestration angeordnet werden.

§. 218. (239.)

Personalarrest wird in der Wohnung des Beklagten durch Einlegung einer Wache, nöthigenfalls durch Abführung in ein Arrestlocal, auf Kosten des Klägers vollzogen.

§. 219.

§. 219. (240.)

Der angelegte Arrest hat die Wirkung, daß für den Hauptanspruch, falls dieser nicht bereits bei dem sonst zuständigen Gerichte anhängig ist, nach Wahl des Klägers auch das Arrestgericht zuständig wird, sofern nur die Summe des Streitgegenstandes dessen Competenz nicht übersteigt.

§. 220. (241.)

Der Arrest wird aufgehoben

1) sobald der Beklagte wegen des Anspruchs, auf welchen er sich bezieht, Sicherheit leistet oder gegen Sicherheitsbestellung des Klägers zahlt;
2) wenn der Arrestkläger in der Hauptsache unterliegt;
3) wenn er einen bereits fälligen Anspruch nicht innerhalb 14 Tagen nach erkanntem Arreste klagbar macht, falls dies nicht schon früher geschehen;
4) der Personalarrest außerdem, wenn die Kosten desselben nicht vorgeschossen werden und spätestens nach Ablauf eines Arrestjahres.

Die Anwendung der Bestimmung unter Nr. 1 auf den Fall einer Sequestration bleibt dem richterlichen Ermessen überlassen.

§. 221. (242.)

Bei Anträgen auf Inhibitionen (Einhaltsbefehle) anderer Art gelten die in diesem Titel enthaltenen Bestimmungen ebenfalls.

Tit. 2.

Executiv-Proceß.

§. 222. (243.)

Der Executiv-Proceß ist zulässig, wenn:

1) Geldforderungen aus solchen Rechtsgeschäften in Frage stehn, aus denen nur für den einen Theil eine Klage möglich ist (obligationes unilaterales) und zugleich
2) mit Ausnahme der Passiv-Legitimation (s. §. 224) alle Punkte des Klaganspruchs durch, der Klage beigefügte, den Beklagten verbindende öffentliche oder Privat-Urkunden nachgewiesen werden.

Der Kläger hat in diesem Falle zu beantragen, daß der Beklagte die Urkunden anerkenne, oder, falls Privat-Urkunden in Frage stehen, solche anerkenne oder eidlich ableugne, und daß ein Gerichtstag nicht über 14 Tage hinaus zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung der Sache angesetzt und der Beklagte bei Strafe der Anerkennung zu demselben vorgeladen werde.

§. 233. (244.)

Der Beklagte wird nur mit solchen Einreden zugelassen, welche die Zuständigkeit des Gerichts oder die Zulässigkeit der beantragten Art des Verfahrens betreffen oder gleichfalls durch den Kläger verbindende Privaturkunden oder öffentliche Urkunden nachgewiesen sind.

Dasselbe gilt von Repliken und Dupliken.

Eideszuschiebung ist als Beweismittel nicht zulässig.

Editionsgesuche finden nicht statt.

§. 224. (245.)

Leugnet der Beklagte die Passiv-Legitimation, so kann der Kläger dieselbe durch die gewöhnlichen Beweismittel berichtigen.

Der Proceß ruht während der Dauer des hierdurch entstehenden Zwischenverfahrens.

§. 225. (246.)

Die Parteien werden am Gerichtstage zuvörderst gegen einander gehört.

Erbietet sich der Beklagte zur eidlichen Ableugnung der Privaturkunden, so steht dem Kläger frei, den Beweis der Aechtheit durch die gewöhnlichen Beweismittel mit Ausschluß der Eideszuschiebung zu unternehmen.

Der Proceß wird für die Dauer dieses Zwischen-Verfahrens suspendirt.

Gelingt dem Kläger die Beweisführung nicht, so kann derselbe noch die Ableistung des Diffessionseides verlangen.

Zieht derselbe es vor, den Diffessionseid von dem Beklagten schwören zu lassen, so wird sofort zur Abnahme des Eides geschritten und das Gericht erkennt in der Sache selbst.

§. 226. (247.)

Verweigert der Beklagte den Eid, so wird auf Grund der als anerkannt anzunehmenden Urkunden sofort erkannt, was Rechtens.

§. 227. (248.)

Hinsichtlich der zulässigen Einreden findet ein gleiches Verfahren wie bei der Klage statt.

§. 228. (249.)

Illiquide Einreden sind dem Beklagten nicht abzuerkennen, sondern zum besondern Verfahren zu verweisen.

§. 229. (250.)

Das Verfahren über die Repliken ist dem über die Einreden gleich.

Der Kläger kann auf Ansetzung eines anderen Gerichtstages zur Verhandlung der Repliken oder zur eidlichen Ableugnung der von dem Beklagten beigebrachten Urkunden antragen. Derselbe ist sofort durch einen Protokollarbescheid, nicht über 14 Tage hinaus, anzusetzen.

§. 230.

§. 230. (251.)

Das Erkenntniß ist sogleich vollstreckbar.

§. 231. (252.)

Der Beklagte, welcher es wahrscheinlich macht, daß ihm im Falle des Obsiegens bei etwa verfolgten Rechtsmitteln oder im Separatprocesse die Vollstreckung werde gefährdet werden, kann verlangen, daß die Zahlung in das gerichtliche Depositum genommen und dem Kläger nur gegen Sicherheitsleistung ausgeliefert werde.

Wird in Beziehung auf die Verfolgung zum Separatverfahren verwiesener Einreden die Deponirung der gezahlten Summe oder eines Theils derselben vom Beklagten gefordert, so hat derselbe gleichzeitig den Grund seiner Ansprüche, wie bei Arrestanträgen, wahrscheinlich zu machen und binnen vier Wochen, von der Verkündigung des Erkenntnisses an, bei Verlust seiner Rechte auf das Depositum oder die bestellte Sicherheit, das Prozeßverfahren selbst einzuleiten.

Die Erkenntnisse über die oben erwähnten Antrage sind sofort vollstreckbar.

Tit. 3.

Wechsel-Prozeß.

§. 232. (253.)

Der Kläger muß mit der schriftlich einzureichenden oder zu Protokoll zu gebenden Klage den Wechsel und die etwa außerdem zur Geltendmachung seines Anspruchs dienenden Urkunden wenigstens in Abschrift einreichen und um Einleitung des Wechselverfahrens bitten.

Alle zur Begründung der Klage erforderlichen Umstände (mit Ausschluß der Passivlegitimation) müssen durch öffentliche Urkunden oder den Beklagten verbindende Privaturkunden nachgewiesen werden.

§. 233. (254.)

Das Gericht setzt einen Tag zur öffentlichen Verhandlung der Sache nicht über 8 Tage hinaus an und ladet dazu den Beklagten unter Mittheilung der Klage bei Strafe des Anerkenntnisses des Wechsels und der sonstigen Urkunden vor.

§. 234. (255).

Der Beklagte hat im Termine die ihn verbindende Unterschrift anzuerkennen oder eidlich abzuleugnen. Leugnet derselbe bei einer in seinem Auftrage (per procura) geschehenen Unterschrift die Ertheilung der Procura, so kann der Kläger die Ausdehnung des Diffessionseides auf diesen Umstand fordern.

Bei Protesten, welche in Deutschland aufgenommen sind, und bei Urkun-

kunden (§. 232.), deren Aufnahme oder Beglaubigung in Deutschland durch einen Notar oder Gerichtsbeamten erfolgt ist, bedarf es einer weiteren Legalisation nicht.

Der Einwand der Fälschung bleibt vorbehalten, und ist in einem besonderen Verfahren auszuführen.

Die Quittungen über bezahlte Provision, Spesen, Kosten u. s. w. der Nachmänner haben die Vermuthung der Richtigkeit für sich und bedürfen keiner Recognition. Der Einwand der Fälschung oder des Betruges bleibt vorbehalten und ist, wenn er nicht sofort liquide gemacht wird, in einem besonderen Verfahren auszuführen.

§. 235. (256.)

Leugnet der Beklagte die Passivlegitimation, so kann der Kläger dieselbe durch die gewöhnlichen Beweismittel berichtigen.

Der Wechselprozeß ruht während der Dauer dieses Zwischenverfahrens.

§. 236. (257.)

Erbietet sich der Beklagte zum Diffessionseide, so kann der Kläger den Beweis der Aechtheit und, bei einer Unterschrift per procura, den Beweis der Procuraertheilung durch die gewöhnlichen Beweismittel, mit Ausschluß der Eideszuschiebung, unternehmen.

Der Wechselprozeß ruht während der Dauer dieses Zwischenverfahrens.

Nach dem Mißlingen des unternommenen Beweises darf der Kläger noch den Diffessionseid fordern.

Will der Beklagte die Procuraertheilung eidlich ableugnen (diffitiren), oder wird die Ueberschreitung der Befugnisse behauptet (Art. 95 der Wechselordnung), so hat der Kläger das Recht, den Procuristen, Vormund oder sonstigen Vertreter des Beklagten zu einem anderweiten Termine mitvorladen (adcitiren) zu lassen. Wenn in diesem Termine der Adcitat

1) nicht erscheint oder

2) nicht erklärt, daß er den Kläger wechselmäßig befriedigen wolle,

so hat der Kläger den Proceß gegen den Beklagten nach seinem Ermessen zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen.

Wird der Kläger aus einem der angeführten Gründe abgewiesen (Art. 95 der Wechselordnung), so kann er bei demselben Gerichte den Wechselproceß gegen den Adcitaten fortsetzen, und es ist dieser, wenn die Aechtheit seiner Unterschrift feststeht, wechselmäßig auch in die Kosten des ersten Processes zu verurtheilen.

So lange der erste Proceß schwebt, hat der Adcitat das Recht, nach vollständiger Befriedigung des Klägers, denselben auf seine Gefahr fortzusetzen.

§. 237.

§. 237. (258.)

Im Wechselverfahren werden nur solche Einreden berücksichtigt, welche, insofern den Beklagten die Beweislast trifft, durch öffentliche oder den Kläger verbindende Privaturkunden erweislich sind.

Dilatorische Einreden sind nur zulässig, sofern sie den Mangel einer Voraussetzung der Rechtsbeständigkeit des Verfahrens betreffen.

Editionsgesuche sind überhaupt unstatthaft. Bei Wiederklagen findet gleichzeitiges Verfahren mit der Vorklage nicht statt, doch können sie zur Begründung des Forum's bei dem Gerichte der Vorklage in einem gesonderten Processe angebracht werden.

§. 238. (259.)

Illiquide peremtorische Einreden sind dem Beklagten nicht abzuerkennen, sondern zum besondern Verfahren zu verweisen.

§. 239. (260.)

Der Kläger kann zur Verhandlung seiner Repliken, sowie zur Anerkennung oder eidlichen Ablegnung der von dem Beklagten vorgelegten Urkunden die Ansetzung eines anderen, jedoch ohne des Klägers Zustimmung nicht über drei Tage hinauszurückenden Termins beantragen. Die Ansetzung dieses Termins soll bei collegialisch besetzten Gerichten sofort durch einen Protocollarbescheid geschehen.

Illiquide und nicht im Sinne des §. 237 sofort erweisliche Repliken sind im Wechselprocesse nicht zu berücksichtigen, vielmehr für ein besonderes Verfahren vorzubehalten.

§. 240. (261.)

Das Erkenntniß wird sofort oder doch spätestens in drei Tagen eröffnet.

Wird der Beklagte verurtheilt, so ist demselben zugleich die binnen 24 Stunden bei Vermeidung der wechselmäßigen oder gleichzeitig in das Vermögen des Schuldners zu vollstreckenden Execution zu beschaffende Befriedigung des Klägers wegen seiner Haupt- und Nebenforderungen, imgleichen der Kosten, aufzugeben.

§. 241. (262.)

Das Erkenntniß ist sofort vollstreckbar.

§. 242. (263.)

Gegen die Erkenntnisse finden die überhaupt zulässigen Rechtsmittel statt, jedoch ohne Suspensiveffect.

Die Einlegung muß binnen drei Tagen erfolgen.

Die Frist zur Einreichung der Beschwerdeschrift beträgt drei Tage, vom Ende der dreitägigen Einlegungsfrist an gerechnet.

Die Gerichte in der Instanz der Rechtsmittel haben einen Termin zur münd-

mündlichen Verhandlung, nicht über 8 Tage hinaus, anzusetzen, alle Verfügungen und Erkenntnisse jedesmal binnen 8 Tagen abzugeben und die letzteren in öffentlicher Sitzung zu verkünden.

§. 243. (264.)

Die Bestimmungen des §. 231. gelten auch für den Wechselproceß.

§. 244. (265.)

Der Kläger hat neben dem Antrage auf Vollziehung des Personal-Arrestes die Atzungskosten für die erste Woche mit $7\frac{1}{2}$ Sgr für den Tag einzuzahlen und die ferneren Atzungskosten von Woche zu Woche zum Voraus zu entrichten. Unterbleibt die Vorausentrichtung, so wird der bereits verhaftete Schuldner entlassen und kann wegen derselben Schuld nicht wieder verhaftet werden.

§. 245. (266.)

Der Wechselarrest kann, außer den im §. 2 der Wechselordnung genannten Ausnahmen, nicht nachgesucht werden:

1) gegen den Ehegatten;
2) gegen Verwandte und Verschwägerte in gerader Linie und im ersten Grade der Seitenlinie;
3) gegen beide Ehegatten zugleich;
4) gegen einen Schuldner, der seine Insolvenz gerichtlich erklärt hat.

§. 246. (267.)

Der verhaftete Schuldner wird entlassen:

1) wenn der Gläubiger wegen seiner Hauptforderung sammt Nebenforderungen und Kosten befriedigt oder dafür, daß die Kosten binnen 4 Wochen gezahlt werden, Sicherheit gestellt wird;
2) wenn er gerichtlich seine Insolvenz erklärt hat;
3) wenn und solange der Staat seine Militairdienste in Anspruch nimmt;
4) nach einjähriger Haft, wenn die Hauptforderung des Gläubigers 100 Rthl. nicht übersteigt, nach zweijähriger Haft, wenn dieselbe zwischen 100 Rthl. und 500 Rthl. beträgt, und jedenfalls nach 3 Jahren;
5) in dem §. 244 erwähnten Falle.

Tit. 4.

Provocations-Proceß.

§. 247. (268.)

Die Aufforderung zur Klagerhebung gegen einen bestimmten Gegner ist nur zulässig,

1) wenn derselbe sich eines klagbaren und fälligen Anspruchs an den Provocanten berühmt, den dieser nicht anerkennt;
2) wenn dem Provocanten Einreden zustehen, deren Verlust oder Gefährdung bei längerer Verzögerung der Anstellung der Klage zu befürchten ist.

Die Provocation ist unzulässig, wenn den Provocanten eine Klage zusteht.

Sie ist nicht statthaft wegen des zu befürchtenden Verlustes von Beweismitteln.

§. 248. (269.)

Der Provocant hat seinen Antrag anzubringen wie eine Klage und dahin zu richten, daß das Gericht dem Provocaten eine Frist zur Anstellung der Klage setze, unter den Rechtsnachtheilen, daß im Falle 1 §. 247. das Klagrecht als erloschen angenommen werde, im Falle 2 die Einrede des Provocanten aufrecht erhalten bleibe.

§. 249. (270.)

Das Gericht setzt unter Mittheilung der Provocation an den Gegner einen Termin zur mündlichen Verhandlung, nicht über 14 Tage hinaus, an.

§. 250. (271.)

Findet das Gericht die Provocation unbegründet, so verwirft es dieselbe durch ein beiden Theilen zu eröffnendes Erkenntniß.

Ist sie begründet, so giebt es dem Provocanten durch ein beiden Theilen zu eröffnendes Erkenntniß die Anstellung der Klage binnen einer Frist von nicht über 8 Wochen unter den beantragten Rechtsnachtheilen auf.

§. 251. (272.)

Wer einen Bau beabsichtigt, hat das Recht, diejenigen bestimmten Personen, gegen deren etwaige privatrechtliche An- oder Widersprüche er sich sichern will, unter Vorlegung eines Risses, durch das Gericht der belegenen Sache auffordern zu lassen, binnen einer durch das Gericht zu bestimmenden Frist ihre Widersprüche gegen den Bau oder die Art desselben geltend zu machen oder zu gewärtigen, daß sie ihrer Widerspruchsrechte werden verlustigt erklärt und die Ausführung des Baues nach dem Risse werde ausgeführt werden.

§. 252. (273.)

Werden keine Widersprüche vorgebracht, so wird unter Ausschließung derselben der Bau gestattet; andernfalls bestimmt das Gericht sofort eine angemessene Frist zur Anbringung der Klage.

Tit. 5.

Edictal-Proceß.

§. 253. (274.)

Die öffentliche Vorladung des Beklagten kann beantragt werden:

1) wenn ein Ehegatte wegen böslicher Verlassung klagt, unter dem Rechtsnachtheile, daß wenn der Beklagte nicht erscheint, die Ehe geschieden wird;
2) wenn ein Abwesender für todt erklärt werden soll, unter dem Rechtsnachtheile, daß bei dem Ausbleiben des Beklagten die Todeserklärung erfolgt und sein Vermögen als Erbschaft behandelt wird;
3) wenn der Aufenthaltsort eines Proceßgegners unbekannt ist, unter dem Rechtsnachtheile, daß nach dem Ablaufe einer zu bestimmenden Frist die Insinuation als geschehen angenommen und die künftig abzugebenden gerichtlichen Verfügungen nur an der Gerichtsstelle angeheftet werden sollen.

§. 254. (275.)

Eine öffentliche gerichtliche Aufforderuug der Betheiligten kann in den nachstehenden Fällen unter den festgesetzten Rechtsnachtheilen beantragt werden:

1) von dem Veräußerer oder Erwerber unbeweglicher Sachen hinsichtlich aller, welche daran Eigenthum oder dingliche Rechte zu haben vermeinen, unter dem Rechtsnachtheile, daß für die sich Nichtmeldenden ihr Recht gegen den neuen Erwerber verloren gehe; die Rechtsverhältnisse des Veräußerers zu den Berechtigten werden hierdurch nicht verändert;
2) von dem Berechtigten, bei Verlassenschaften, für welche sich kein Erbe findet, hinsichtlich der Erbberechtigten unter dem Rechtsnachtheile, daß der Nachlaß wenn sich kein Erbe findet, für erbloses Gut erklärt, bei erfolgender Anmeldung aber den sich Legitimirenden ausgeantwortet werde, daß der nach dem Ausschlusse sich Meldende und Legitimirende alle bis dahin über den Nachlaß getroffenen Verfügungen anzuerkennen schuldig, auch weder Rechnungsablage, noch Ersatz der erhobenen Nutzungen zu fordern, sondern seine Ansprüche auf das zu beschränken habe, was von der Erbschaft noch vorhanden;
3) von den Erbberechtigten, hinsichtlich aller die ein näheres oder gleich nahes Erbrecht zu haben vermeinen, unter dem Rechtsnachtheile, daß die Provocanten als die wahren Erben angenommen werden sollen mit den unter 2 aufgeführten Wirkungen;

4)

4) von denen, welche eine Erbschaft mit der Wohlthat des Inventars angetreten haben, hinsichtlich aller, welche Anspruch auf Befriedigung aus derselben zu haben vermeinen, unter dem Rechtsnachtheile, daß nicht angemeldete Ansprüche später nur insoweit noch berücksichtigt werden sollen, als der Erbe zur Herausgabe des aus der Erbschaft Empfangenen nach allgemeiner Rechtsvorschrift überhaupt noch verpflichtet ist;
5) von dem Gläubiger, dem eine auf den Namen oder auf den Inhaber lautende Schuldurkunde abhanden gekommen ist, hinsichtlich der unbekannten Inhaber derselben, unter dem Rechtsnachtheile, daß solche dem Schuldner oder dessen Rechtsnachfolgern gegenüber für ungültig und wirkungslos erklärt (mortificirt) werden solle, wogegen die Rechte dritter Inhaber gegen einander unverändert bleiben;
6) von dem Inhaber eines Grundstücks oder einer Grundberechtigung wegen Löschung einer eingetragenen aber erloschenen Hypothek, hinsichtlich aller, welche solche in Anspruch nehmen, unter dem Rechtsnachtheile, daß im Nichtanmeldungsfalle die Hypothek für erloschen erklärt werden solle;
7) wenn Ungewißheit über Person oder Aufenthaltsort der Berechtigten hinsichtlich gerichtlicher Werthdepositen oder deponirter Testamente entstanden ist, gegen die etwa Berechtigten oder die Interessenten unter dem Rechtsnachtheile, daß die sich nicht Meldenden ausgeschlossen und über die Werthdepositen verfügt werde, die deponirten Testamente aber von Gerichtswegen eröffnet werden.

§. 255. (276.)

In allen den in §. 253 und §. 254 aufgeführten Fällen muß der Grund des Antrages gehörig bescheinigt werden und bei dem Mangel anderer Beweismittel kann das Gericht den Antragsteller auf dessen Ansuchen zur eidlichen Erhärtung der erheblichen Thatsachen, falls es die Umstände dazu geeignet hält, zulassen.

In dem §. 254 unter 7 aufgeführten Falle kann der Staatsanwalt den erforderlichen Antrag stellen.

§. 256. (257.)

Findet das Gericht den Antrag nicht begründet, so verwirft es denselben durch ein Erkenntniß.

§. 257. (278.)

Ist der Antrag begründet, so erläßt es die öffentliche Ladung, wobei seinem Ermessen die Bestimmung der Geräumigkeit des anzusetzenden Termins

mins oder der zu setzenden Frist, sowie die Bestimmung darüber, ob, neben der Anheftung der Ladung an der Gerichtsstelle, und dem Abdruck der Ladung in dem hiesigen Regierungs- und Anzeigeblatte auch noch der Abdruck in auswärtigen Blättern, und ob sie ein oder zwei Mal bekannt gemacht werden soll, überlassen bleibt.

§. 258. (279.)

Die im Hypothekenbuche verzeichneten Berechtigten sind besonders vorzuladen. Dem Antrage auf Edictalladung ist ein Auszug aus demselben beizufügen.

§. 259. (280.)

Erfolgen Anmeldungen, so wird das nach Lage der Sache erforderliche Verfahren fortgesetzt.

§. 260. (281.)

Werden keine Ansprüche angemeldet, so giebt das Gericht ein die angedroheten Rechtsnachtheile aussprechendes Erkenntniß ab und macht dasselbe auf die nämliche Weise bekannt, wie die Ladung.

Rechtsmittel gegen ein solches Erkenntniß sind unstatthaft.

Tit. 6.

Herausgabe von Urkunden.

§. 261. (283.)

Das Gesuch um Herausgabe einer Urkunde zu dem Zwecke, um sie, unbeschadet des Eigenthums, als Beweismittel zu benutzen, muß enthalten:

1) entweder eine Abschrift oder eine möglichst genaue Bezeichnung derselben;
2) die Behauptung, daß derjenige, gegen welchen der Antrag gerichtet ist, solche besitze;
3) die Angabe der Gründe, aus denen die Verbindlichkeit zur Herausgabe abgeleitet wird;
4) die Darlegung eines rechtlichen Interesse's bei der Herausgabe.

§. 262. (284.)

Das Gesuch wird entweder gegen den Proceßgegner (als Zwischenverhandlung in einem Rechtsstreite), oder gegen einen Dritten angebracht.

In beiden Fällen ist ein besonderes Verfahren anzuordnen, und im ersten Falle ruht der Hauptproceß während der Dauer der Zwischenverhandlung.

§. 263.

§. 263. (285.)

Der Antrag kann

1) gegen Jedermann gerichtet werden, wenn der Antragsteller Eigenthümer oder Miteigenthümer der Urkunde ist, oder wenn dieselbe zu dem Zwecke gefertigt worden, um als Beweismittel unter den Betheiligten über ihre Rechtsverhältnisse zu dienen, und der Antragsteller einer dieser Betheiligten ist, oder wenn die Urkunde ein Theil der auf dieses Verhältniß sich beziehenden Privatcorrespondenz zwischen dem Antragsteller und dem Andern ist;

2) außerdem kann jede Partei von der Gegenpartei verlangen:

a) deren Manualacten zur Ergänzung oder Herstellung der gerichtlichen Acten;

b) Alle Urkunden, welche gebraucht werden sollen, um sich gegen selbstständige Angriffe oder Behauptungen der Gegenpartei zu vertheidigen;

c) die Vorlegung von Geschäfts- und Handelsbüchern, wenn Forderungen streitig sind, auf welche sich diese Bücher beziehen.

§. 264. (286.)

Das Gericht setzt einen Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung, nicht über 14 Tage hinaus, an.

An diesem hört es die Parteien gegen einander und giebt sofort ein Erkenntniß ab.

Ist das Gesuch begründet und leugnet der Beklagte den Besitz der Urkunde, so ist er zu deren Herausgabe zu verurtheilen, insofern er nicht eidlich erhärtet: daß er solche nicht besitze, dieselbe nicht böslicher Weise abhanden gebracht habe, auch nicht wisse, wo sich dieselbe befinde. Zur Ableistung dieses Eides ist in dem Erkenntnisse sofort ein Termin, nicht über 8 Tage hinaus, anzusetzen.

§. 265. (287.)

Wird dieser Eid geschworen, so wird der Antragsteller abgewiesen. Wird er nicht geleistet, so wird, wenn das Gesuch gegen den Proceßgegner gerichtet war (§. 262.), der angegebene Inhalt der Urkunde als erwiesen angenommen, wenn es aber gegen einen Dritten gerichtet war, dieser in den durch den Mangel der Urkunde entstehenden Schaden verurtheilt.

Tit. 7.

Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtnisse.

§. 266. (288.)

Der Antrag auf Aufnahme eines Beweises zum ewigen Gedächtnisse ist in den gesetzlich zulässigen Fällen bei dem nach Maßgabe des Streitgegenstandes zuständigen Gerichte anzubringen und zu behandeln wie eine Klage.

§. 267. (289.)

Der Beweisführer hat in seinem Antrage, neben dessen Begründung und neben Benennung der Zeugen, diejenigen unmittelbar oder mittelbar auf den Beweissatz gerichteten Thatumstände, über welche die Zeugen zu vernehmen sind, kurz, bestimmt und deutlich anzugeben.

§. 268. (290.)

Hält das Gericht den Antrag für unbegründet, so weis't es denselben ohne weiteres Verfahren und ohne öffentliche mündliche Verhandlung durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid zurück; andern Falls erläßt es einen, den Parteien zu behändigenden Bescheid, in welchem es einen Termin zur Beweisaufnahme, nicht über 14 Tage hinaus, ansetzt und zu demselben die Parteien, den Producten unter der Verwarnung, daß im Falle seines Ausbleibens mit der Vernehmung der Zeugen verfahren werde, vorladet.

Ist der Antrag bei einem Kreisgerichte angebracht, so ernennt dasselbe zum Zwecke der Beweisaufnahme in dem eben erwähnten Bescheide gleichzeitig einen Instructionsrichter.

§. 269. (291.)

Dem Producten steht es frei, vor oder in dem Beweisaufnahmetermine seine Einwendungen gegen die Zulässigkeit des Antrages, imgleichen die Punkte, auf welche er seinerseits die Vernehmung der Zeugen erstreckt wissen will, bei dem Gerichte schriftlich einzubringen.

Werden Einreden gegen die Zulässigkeit der Beweisaufnahme vorgebracht, so erfolgt zwar die Vernehmung der Zeugen demohngeachtet; das Gericht hat indeß unter Mittheilung derselben an den Beweisführer spätestens 8 Tage nach dem Beweisaufnahmetermine durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid einen Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung nicht über 14 Tage hinaus anzusetzen und nach Anhörung der Parteien über die Einreden des Producten sofort zu erkennen.

§. 270. (292.)

Die Gegenwart der Parteien oder deren Bevollmächtigten in dem Beweisaufnahmetermine ist nur bei der Beeidigung der Zeugen zulässig.

§. 271.

§. 271. (293.)

Die Beeidigung der Zeugen erfolgt vor deren Vernehmung dahin:
„daß ich in der Sache N. N. gegen N. N. nach meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit aussagen und nichts verschweigen will, was zur Aufklärung der Sache gehört und mir bekannt ist."

§. 272. (294.)

Der die Beweisaufnahme leitende Richter hat unzulässige Fragen der Parteien vor Vernehmung der Zeugen durch einen im Vernehmungstermine abzugebenden Bescheid zu verwerfen. Er ist übrigens berechtigt, den Zeugen auch über solche Punkte, deren Aufklärung er selbst für nothwendig hält, Fragen vorzulegen.

§. 273. (295.)

Muß zum Zwecke der Vernehmung der vorgeschlagenen Zeugen ein anderes Gericht requirirt werden, so ist unter Mittheilung des Antrags des Beweisführers dem Producten durch einen Bescheid die Auflage zu stellen, binnen 8 Tagen, bei Strafe des Ausschlusses, seine etwaigen Einwendungen gegen die Zulässigkeit des Antrags, so wie diejenigen Punkte, auf welche er die Vernehmung der Zeugen erstreckt zu sehen wünscht, schriftlich einzubringen.

Nach Eingang der Beweisfragen des Producten oder nach Eingang eines Contumacialantrages des Beweisführers ist das auswärtige Gericht spätestens binnen 8 Tagen zu requiriren, gleichzeitig aber sind durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid diese von der erfolgten Requisiton in Kenntniß zu setzen und etwa unzulässige Fragen zurückzuweisen.

Die Entscheidung über Einreden, welche die Zulässigkeit des Antrags selbst betreffen, hindert auch in diesem Falle die Beweisaufnahme nicht.

§. 274. (296.)

Das über die Vernehmung der Zeugen aufgenommene Protocoll wird verschlossen zu den Acten genommen. Es verliert seinen Glauben, wenn der Beweisführer als Kläger würde auftreten müssen und nicht binnen einem Jahre von dem Zeitpunkte an, wo die Klage angestellt werden konnte, klagbar wird.

§. 275. (297.)

Gegen die in diesem Verfahren erfolgenden Erkenntnisse und Bescheide finden die überhaupt zulässigen Rechtsmittel, jedoch ohne Suspensiveffect in Bezug auf die Beweisaufnahme selbst, statt.

§. 276.

§. 276. (298.)

Liegt Gefahr im Verzuge, so kann der Beweisaufnahmetermin bis auf 3 Tage verengt werden.

Tit. 8.

Manifestationseid.

§. 277. (299.)

Der Antrag auf Ableistung eines Manifestationseides ist anzubringen wie eine Klage. Das rechtliche Interesse des Antragstellers muß dargelegt sein.

§. 278. (300.)

Das Gericht setzt einen Tag zur mündlichen und öffentlichen Verhandlung der Sache an und schreitet, falls der Gegner dazu bereit ist, zur Abnahme des Eides. Andernfalls hört es die Parteien gegen einander und verkündet sofort das Erkenntniß.

§. 279. (301.)

Wird auf Ableistung des Eides erkannt, so ist dazu ein anderer Tag nicht über 8 Tage hinaus anzusetzen und den Parteien sofort bekannt zu machen.

§. 280. (302.)

Der Eid wird, nachdem über das etwa vorhandene Vermögen ein Güterverzeichniß aufgestellt oder vorgelegt ist, dahin geschworen:

daß der Schwörende Alles getreulich und vollständig angegeben und wissentlich nichts verheimlicht habe, auch das, was er als zur Vermögensmasse gehörig künftig noch entdecken werde, angeben wolle.

§. 281. (303.)

Handelt es sich um die Herausgabe einer speciellen Sache, so ist der Manifestationseid von dem Gerichte den Verhältnissen entsprechend festzustellen.

Tit. 9.

Concursverfahren.

§. 282. (304.)

Gegenstand des Concursverfahrens ist die ordnungsmäßige Vertheilung eines unzureichenden Vermögens unter mehrere Gläubiger.

§. 283. (305.)

Der Concurs erstreckt sich, mit Ausnahme der Fälle, wo die Gesetze eine abgesonderte Befriedigung aus einem erbschaftlichen oder sonstigen Ver-

mögens-

mögenscomplexe gestatten, auf das gesammte Vermögen des Gemeinschuldners.

Entsteht über das Vermögen und die Erbschaft einer Person hier und im Auslande Concurs, so ist, insofern nicht Staatsverträge ein anderes bestimmen, über diese Vermögensmassen auf Antrag der betheiligten Gläubiger, ein Particular-Concurs zu eröffnen. Nur der nach dessen Beendigung sich ergebende Ueberschuß wird dem ausländischen Gerichte ausgeliefert.

§. 284. (306.)

Entsteht auf Antrag der Hypothekgläubiger ein besonderer Concurs über ein Grundstück, weil die Liquidität und Priorität der angemeldeten Forderungen streitig ist, so kommen die nachfolgenden Bestimmungen, soweit erforderlich, gleichfalls zur Anwendung.

§. 285. (307.)

Das Concursverfahren wird eingeleitet:

1) wenn der Schuldner selbst die Unzulänglichkeit seines Vermögens dem Gerichte anzeigt;
2) wenn das Gericht von der Unzulänglichkeit einer Erbschaft, zu welcher kein Erbe sich findet, oder des Vermögens einer Person, die ohne Zurücklassung eines Bevollmächtigten sich entfernt hat, amtliche Kenntniß erhält;
3) bei Erbschaften, welche mit der Rechtswohlthat des Inventars angetreten sind, auf den Antrag eines Gläubigers, welcher die Unzulänglichkeit der Erbschaft wahrscheinlich macht;
4) wenn das Gericht unmittelbar oder durch ein anderes Gericht Wissenschaft erhält, daß bei einem gegen den Schuldner eingeleiteten Vollstreckungsverfahren eine Unzulänglichkeit des Vermögens sich gezeigt hat;
5) wenn ein oder mehre Gläubiger unter Bescheinigung ihrer Forderung und solcher Thatumstände, welche eine Vermögensunzulänglichkeit ihres Schuldners wahrscheinlich machen, auf Concurseröffnung antragen.

Macht nur ein Gläubiger diesen Antrag, so muß er das Vorhandensein mindestens noch eines Gläubigers wahrscheinlich machen.

§. 286. (308.)

In dem Falle §. 285 Nr. 1 giebt das Gericht nach vorgängiger Sachuntersuchung, in dem Falle §. 285 Nr. 2 dagegen sofort das Concurseröffnungs-Erkenntniß ab.

In den Fällen §. 285 Nr. 3, 4 und 5 hört es an einem nicht über 14 Ta-

14 Tage hinauszusetzenden Gerichtstage die Betheiligten gegen einander und ladet zu diesem Tage den Schuldner vor unter dem Rechtsnachtheile, daß die Concurseröffnung erfolgen werde, falls er nicht die Zulänglichkeit seiner eigenen, resp. der erbschaftlichen Zahlungsmittel, unter Vorlegung eines glaubhaften Vermögensverzeichnisses nachweise.

Das Gericht spricht darauf durch ein Erkenntniß die Concurseröffnung aus, oder läßt sie nicht zu.

§. 287. (309.)

Trägt der Schuldner bei Anzeige seines Vermögensverfalls zugleich auf Zusammenberufung seiner Gläubiger zum Versuche der Erreichung eines Stundungs- oder Nachlaßvertrages an, so hat er ein Güterverzeichniß einzureichen und sich zum Manifestationseide zu erbieten.

Das Gericht hat hiernach die §. 288 zugelassenen provisorischen Maßregeln zu ergreifen und die sämmtlichen Gläubiger öffentlich vorzuladen, mit der erforderlichen Eröffnung wegen der beantragten gütlichen Vereinbarung, unter dem Rechtsnachtheile, daß

1) wenn am Anmeldungstage durch die Mehrheit der Erschienenen eine gütliche Vereinbarung erreicht werde, die ausbleibenden einfachen chirographarischen Gläubiger (die Gläubiger der 5. Klasse, Conc. O. v. 1799 §. 14.) als derselben zustimmend angenommen,
2) daß, wenn solche nicht erreicht werde, der Concurs eröffnet und alle Nichterschienenen von der Concursmasse ausgeschlossen werden sollen.

Ein Zwang der Minderheit der nicht privilegirten Gläubiger (der Gläubiger der 5. Klasse) durch die Mehrheit, sowohl zu Stundungs- als zu Nachlaßverträgen findet statt, wenn mehr als die Hälfte der einzelnen Betheiligten, nicht Privilegirten, ohne Rücksicht auf den Betrag ihrer Forderungen zustimmen oder als zustimmend anzunehmen sind und der Betrag der Forderung der Zustimmenden zum mindesten zwei Drittheile der ganzen in Betracht kommenden Schuldenmasse ausmacht. Der Schuldner kann, sobald er wieder zu Vermögen kommt, auf den Rest der Forderungen, in Anspruch genommen werden, sofern nicht auf denselben verzichtet ist.

§. 288. (310.)

Ist bei der Einleitung eines Concursverfahrens eine Gefährdung der Gläubiger zu besorgen, so hat das Gericht schon vor Abgabe des Concurseröffnungs-Erkenntnisses dem Schuldner das Verfügungsrecht über sein Vermögen einstweilen durch einen Bescheid zu entziehen, Sicherheitsmaßregeln anzuordnen, Vollstreckungen nöthigenfalls zu sistiren und einen einstweiligen Güterpfleger zu bestellen.

§. 289.

§. 289. (311.)

Mit Verkündigung des Concurseröffnungs-Erkenntnisses verliert der Gemeinschuldner definitiv das Verfügungsrecht über sein Vermögen.

Das Erkenntniß ist durch Anschlag und durch ein oder mehre öffentliche Blätter bekannt zu machen.

Rechtsmittel gegen dasselbe haben keine Suspensivkraft.

§. 290. (312.)

Bei Eröffnung des Concurses ordnet das Gericht jedenfalls die erforderlichen Sicherungsmaßregeln an. (§. 288.)

In Bezug auf bereits verfügte Vollstreckungen gelten die in §. 374 gegebenen Vorschriften.

§. 291. (313.)

Bei den Kreisgerichten soll in den wichtigern Concursen folgendes Verfahren stattfinden:

§. 292. (314.)

In dem Concurseröffnungserkenntnisse so wie bei einem Antrage auf Zusammenberufung der Gläubiger zum Versuche der Erreichung eines Stundungs- oder Nachlaßvertrages ernennt das Gericht eines seiner Mitglieder zum Commissarius für den Concurs.

Dessen Thätigkeit erstreckt sich sowohl auf die Regulirung der Activ- als der Passivmasse.

Dessen Verfügungen haben die Natur der Bescheide.

Derselbe hat

1) die Versiegelung und die Aufnahme eines Güterverzeichnisses anzuordnen;
2) den Umständen nach durch einen zu bestellenden Aufseher oder einen oder mehre Güterpfleger, wenn thunlich aus der Zahl der Gläubiger, die Concursmasse verwalten und sammeln zu lassen;
3) die Mobilien baldthunlichst versteigern zu lassen und die Subhastation der unbeweglichen Güter zu verfügen;
4) eine Edictalladung, sofern diese nicht bereits erfolgt ist, an sämmtliche Gläubiger zu erlassen, andernfalls diese zu dem zur mündlichen Verhandlung der Sache anzusetzenden Tage öffentlich vorzuladen. (§. 295.)
5) einen Concursanwalt aus der Zahl der Anwälte des Kreises zu bestellen. In dem Falle Nr. 4 sind die im Hypothekenbuche verzeichneten Berechtigten besonders vorzuladen.

§. 293. (315.)

Als Güterpfleger ist ein geschäftskundiger Mann zu bestellen. Bei klei-

kleineren Gütermassen kann dem Concursanwalte die Güterpflege übertragen werden. Jedenfalls ist demselben die Führung der anzustellenden Processe zu übertragen.

Bei größeren Gütermassen wird zugleich ein Gläubiger-Ausschuß von drei, womöglich am Orte des Concursgerichts wohnenden Mitgläubigern bestellt, mit welchen der Güterpfleger sich zu berathen hat und an deren Zustimmung er bei wichtigen Verwaltungsmaßregeln sowie der Concursanwalt bei Anstellung von Processen gebunden ist.

Die Gläubiger haben in dem Anmeldungstermine den Gläubiger-Ausschuß sowie den oder die Güterpfleger zu wählen. Können sie sich in der letzten Beziehung in der Mehrheit nicht einigen, so ist der provisorisch angestellte als gewählt anzusehen.

§. 294. (316.)

Die hauptsächlichste Sorge der Massenverwaltung muß die sein, neben deren vollständiger Herbeischaffung, solche thunlichst bald und gut zu versilbern.

Sowohl die Güterpfleger als jeder einzelne Gläubiger können die Ableistung des Manifestationseides beantragen.

§. 295. (317.)

In der an sämmtliche Gläubiger zu erlassenden Edictalladung (§. 257)

1) bestimmt der Commissar einen Tag, bis zu welchem die Gläubiger ihre Ansprüche schriftlich anzubringen oder an welchem sie solche zu Protocoll anzumelden haben; Versäumniß hat den Rechtsnachtheil des Ausschlusses von der Masse zur Folge;
2) setzt er zugleich einen zweiten Tag, vier Wochen nach dem ersten, zur weitern Verhandlung der Sache an;
3) eröffnet er den Gläubigern die Art der angeordneten Güterverwaltung und fordert sie auf, sich bei Einreichung ihrer Liquidationen zugleich über selbige zu erklären, widrigenfalls ihre Zustimmung zu dem Beschlusse der Erschienenen angenommen werden solle;
4) macht er ihnen bekannt, wer zum Concursanwalt bestellt worden und
5) benachrichtigt er sie, wenn oder so weit sich dies übersehen läßt, wie groß die Vermögensmasse sei und wie weit dieselbe zur Deckung bereits bekannter und liquider Ansprüche an den Gemeinschuldner wahrscheinlich ausreichen werde.

§. 296. (318.)

Bei Forderungen unter 50 Rthl. bedarf die Partei, auch wenn der Concurs vor einem Kreisgerichte anhängig ist, zur Vertretung vor demselben

keines

keines Anwalts. Parteien, welche nicht am Sitze des Concursgerichts wohnen, haben jedoch in allen Fällen einen daselbst wohnhaften Bevollmächtigten zu bestellen.

§. 297. (319.)

Die einzureichenden Anmeldungen haben die Erfordernisse einer Klage. Alle zum Beweise der Liquidität und Priorität der gemachten Ansprüche zu gebrauchenden Mittel sind in denselben anzugeben und beziehungsweise mit denselben zu überreichen.

§. 298. (320.)

Die Anmeldungen werden dem Concursanwalte sofort mitgetheilt, und er hat sie nach der Reihenfolge, in welcher sie eingegangen, schriftlich spätestens 8 Tage vor dem zweiten Gerichtstage zu beantworten.

Hierbei hat er den Gemeinschuldner zuzuziehen.

§. 299. (321.)

An dem Gerichtstage läßt der Commissar die einzelnen Anmeldungen, soweit dies noch erforderlich ist, namentlich durch Berichtigung der Legitimationen, Angabe von Beweismitteln u. s. w. vervollständigen und versucht sodann unter Darlegung der Lage der Sache und Erörterung der Liquiditäts- und Prioritätsgründe eine gütliche Vereinbarung sämmtlicher Interessenten über Liquidität und Priorität aller Ansprüche und die sonst zu ergreifenden Maßregeln herbeizuführen.

Ist eine gütliche Vereinbarung nicht zu erreichen, so werden die Parteien durch eine öffentliche Bekanntmachung zu einer öffentlichen, nicht über vier Wochen hinauszusetzenden Sitzung vorgeladen. In dieser macht der Commissar Vortrag über die Sache, die erschienenen Gläubiger werden gegen einander gehört und das Gericht giebt entweder sofort oder an einem, nicht über 14 Tage hinauszusetzenden, den Parteien sogleich bekannt zu machenden Tage das Erkenntniß ab.

§. 300. (322.)

In dem Erkenntnisse wird der Ausschluß der nicht angemeldeten Ansprüche ausgesprochen und über die Zulässigkeit der Forderungen, deren Liquidität und die erforderlichen Beweise erkannt, und zugleich die Priorität der Ansprüche festgestellt.

Ist gewiß oder wahrscheinlich, daß angemeldete Forderungen aus der vorhandenen Masse nicht befriedigt werden können, so wird das Verfahren über dieselben einstweilen ausgesetzt.

§. 301. (323.)

Das in Folge des Prioritätserkenntnisses erforderliche Beweisverfahren leitet

leitet der Commissar, und nach dessen Beendigung erkennt in den einzelnen Sachen nach vorgängiger öffentlicher und mündlicher Verhandlung das Gericht.

§. 302. (324.)

In den bei den Amts- und Stadtgerichten anhängigen Concursen ist weder ein Concursanwalt noch ein Güterpfleger zu bestellen, wenn nicht im einzelnen Falle die Ernennung des einen oder des andern zweckmäßig erscheinen sollte. In den vor die Kreisgerichte gehörenden Concursen ist, wenn sie unwichtig und einfach sind, kein Concursanwalt, sondern nur ein geschäftskundiger Mann als Güterpfleger zu bestellen, der Gemeinschuldner selbst über die erfolgten Anmeldungen zu Protocoll zu hören und die Verwaltung, Versilberung und Vertheilung der Masse dem Güterpfleger zu übertragen.

§. 303. (325.)

Gegen die im Concursverfahren erlassenen Erkenntnisse haben die überhaupt zulässigen Rechtsmittel statt.

§. 304. (326.)

Der Concursanwalt hat nur Rechtsmittel hinsichtlich der Verität und Liquidität der Ansprüche, die Gläubiger wegen dieser und wegen der Priorität.

§. 305. (327.)

Die Wirkung der in zweiter Instanz über die Priorität ergangenen Erkenntnisse erstreckt sich nur auf die daselbst in Streit befangenen Parteien.

§. 306. (328.)

Alle Einlegungen von Rechtsmitteln gegen die Prioritätserkenntnisse sind direct und speciell gegen die Gläubiger zu richten, rücksichtlich welcher das Prioritätserkenntniß angefochten werden soll.

Der Concurscommissar hat die bei der Einlegung betheiligten Gläubiger zu einem, nicht über 14 Tage hinauszusetzenden Termine vorzuladen, der Einlegende aber in diesem Termine spätestens die Einführung seiner Beschwerde schriftlich zu überreichen.

Für die Gläubiger, gegen welche die Einlegung gerichtet ist, läuft die Einlegungsfrist andern Gläubiger gegenüber von dem eben gedachten Termine an.

Gehen nach diesem Termine weitere Einlegungen ein, so wird abermals, wie oben bemerkt, verfahren, so daß die Acten erst nach dem einen oder dem andern Termine an das Obergericht eingesandt werden.

§. 307. (329.)

Aus der vorhandenen Masse ist vorläufig denjenigen Gläubigern, deren Forderungen liquide und hinsichtlich der Erstigkeit unbestritten sind, falls sie

gewiß

gewiß zur Zahlung gelangen, sofort, wenn deren Befriedigung wahrscheinlich ist, nur gegen Caution Zahlung zu leisten.

§. 308. (330.)

Ist das Prioritätserkenntniß in Rechtskraft getreten und Alles in demselben Angeordnete erledigt, auch der Bestand der Masse zusammengebracht, so läßt der Commissar von dem Güterpfleger einen Theilungsplan nebst Rechnung vorlegen, hört die Einwendungen der Betheiligten und verfährt nach deren Erledigung mit Vertheilung der Masse an die Einzelnen. Ausstehende Forderungen können einzelnen Gläubigern mit deren Zustimmung zur Einklagung auf eigene Rechnung überwiesen werden.

Werden wegen derartiger Forderungen zum Besten der Masse Processe geführt, so haben in Ermangelung baarer Masse nicht die nach §. 307 vorläufig ausgeschiedenen, sondern lediglich die übrigen Gläubiger dazu die Kosten nach Verhältniß ihrer Forderungen aufzubringen.

Fünfter Theil.

Verfahren vor dem Obergerichte und dem Cassationshofe.

Tit. 1.

Allgemeine Bestimmung.

§. 309. (331.)

In allen Sachen, welche vor das Obergericht gelangen, sollen nicht mehr und nicht weniger als fünf Richter, und in allen Sachen, welche an den Cassationshof gelangen, nicht mehr und nicht weniger als sieben Richter Beschluß fassen.

Tit. 2.

Verfahren bei Berufungen gegen Erkenntnisse erster Instanz.

§. 310. (332.)

Gegen Erkenntnisse erster Instanz findet das ordentliche Rechtsmittel der Berufung (Appellation, Recurs) bei dem Obergerichte statt. (s. §. 121.)

Bei Syndicatsklagen im Falle des §. 39 Nr. 3 entscheidet als Gericht zweiter Instanz ein aus den Mitgliedern der Kreisgerichte zu bildendes Plenum, bei welchem der Director desjenigen Kreisgerichtes den Vorsitz führt, welches nicht in erster Instanz erkannte.

§. 311.

§. 311. (333.)

Das Rechtsmittel der Berufung ist innerhalb einer Frist von 10 Tagen nach Verkündigung des Erkenntnisses bei dem Gerichte erster Instanz anzumelden.

§. 312. (334.)

Die Anmeldung geschieht schriftlich; bei den Stadt- und Amtsgerichten auch mündlich zu Protocoll.

Das Gericht theilt sie dem Gegner zur Nachricht mit.

§. 313. (336.)

Die Einführung der Beschwerde ist innerhalb einer vom Ende der 10tägigen Einlegungsfrist an zu rechnenden 14tägigen Frist schriftlich bei dem Gerichte erster Instanz einzureichen. Die Einführungsschrift muß neben dem Nachweis der Beobachtung der Fristen die Aufstellung der Beschwerden und bestimmte Schlußanträge enthalten. (vgl. im Uebrigen §. 128.)

§. 314. (338.)

Sind die Formalien nicht in Ordnung, so veranlaßt der Director einen Beschluß des Gerichts, welches in diesem Falle das Rechtsmittel ohne vorgängiges Verfahren und ohne öffentliche und mündliche Verhandlung durch einen Bescheid abweiset.

Andernfalls ernennt der Director einen Referenten, theilt die Einführungsschrift dem Gegner mit, mit der Auflage an denselben, einen Anwalt zu bestellen, falls solches noch nicht geschehen ist, und setzt einen Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung der Sache, sowie zur Eröffnung des Erkenntnisses, nicht über 4 Wochen hinaus an.

§. 315. (339.)

An dem Gerichtstage werden die Parteien gegen einander gehört und das Gericht läßt ihnen nach vorhergehender geheimer Berathung und Beschlußfassung das Erkenntniß eröffnen und verordnet zugleich die Rücksendung der Acten.

Der Referent hat die Vorträge der Parteien bei der öffentlichen Verhandlung zu überwachen und Unrichtigkeiten in denselben zu verbessern.

§. 316. (340.)

Der Appellat kann auf die Verlegung seines Vortrages in eine andere nicht über 14 Tage hinaus zu setzende Sitzung antragen.

Hält jedoch das Gericht die Beschwerden des Appellanten für nicht begründet, so kann dasselbe diese Verlegung versagen und sofort das Erkenntniß abgeben.

§. 317. (341.)

In schwierigen und besonders verwickelten Sachen ist das Gericht be-

 fugt,

fugt, die Abgabe des Erkenntnisses bis zu einer der nächsten Sitzungen hinauszusetzen und von den Parteien die schriftliche Einreichung ihrer Vorträge zu fordern.

Tit. 3.

Verfahren bei Berufungen gegen Erkenntnisse erster Instanz des Obergerichts.

§. 318. (342.)

Das Rechtsmittel der Berufung (Appellation, Recurs) hat gegen Erkenntnisse des Obergerichtes statt, wenn dasselbe in erster Instanz über Nichtigkeitsklagen (§. 40 u. 326 ff.) erkannt hat.

§. 319. (343.)

Das Rechtsmittel ist bei dem Obergerichte anzumelden und einzuführen. Für die Anmeldung und Einführung gelten die obigen Bestimmungen. (§. 311 u. ff.)

§. 320. (344.)

Das Gericht zweiter Instanz wird durch Zusammentreten der beiden Kreisgerichte gebildet. Den Vorsitz führt der im Dienst älteste der beiden Kreisgerichtsdirectoren. Rücksichtlich des Verfahrens kommen die Vorschriften zur Anwendung, welche über Berufungen gegen Erkenntnisse der Untergerichte gelten.

Tit. 4.

Verfahren vor dem Cassationshofe.

§. 321. (345.)

Ueber das außerordentliche Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde erkennt in allen Fällen der Cassationshof.

§. 322. (346.)

Es findet nur Statt in den §. 125 aufgeführten Fällen und unter den in §. 123 angegebenen Voraussetzungen.

§. 323. (347.)

Es sind 20 Rthl. Succumbenzgelder der Einführung beizufügen, welche bei Verwerfung des Rechtsmittels eingezogen werden. Bei der Verfolgung frivoler Beschwerden kann nach dem Ermessen des Gerichts der Sachführer des Querulanten ganz oder theilweise zur Erlegung der Succumbenzgelder verurtheilt werden.

In Bezug auf Anmeldung und Einführung, sowie in Bezug auf das Verfahren überhaupt, gelten die obengegebenen Bestimmungen (§§. 311 ff.).

§. 324. (348.)

Wird die Beschwerde des Querulanten für begründet erkannt, so ist die angefochtene Entscheidung unter Bezeichnung der begangenen Nichtigkeiten zu cassiren, in dem Falle §. 125 Nr. 2 aber an die Stelle der cassirten Entscheidung vom Cassationshofe zugleich eine andere zu setzen.

§. 325. (349.)

Die Acten sind mit der abgegebenen Entscheidung an das betreffende Gericht zurückzusenden.

Sechster Theil.

Wiederaufnahme des Verfahrens.

§. 326. (350.)

Ein durch rechtskräftige Entscheidung und selbst durch deren Vollstreckung gänzlich beendeter Rechtsstreit kann wieder aufgenommen werden:

1) durch die Nichtigkeitsklage, (§. 40)
2) durch die Restitutionsklage (§. 41).

§. 327. (351.)

Beide Klagen haben keine Suspensivkraft, doch kann das Gericht auf Antrag des Klägers solche ihnen ertheilen, wenn demselben ein unersetzlicher Nachtheil droht und er Caution macht.

§. 328. (352.)

Die Nichtigkeitsklage ist begründet:

1) wenn das erkennende Gericht nicht zuständig war; (vergl. jedoch §. 17),
2) wenn eine Person bei Abgabe eines Erkenntnisses mitgewirkt hat in der Eigenschaft als Richter, welche als solcher bei dem Gerichte nicht angestellt oder gültig zugezogen war;
3) wenn ein Richter bei der Entscheidung mitgewirkt hat, der nach den gesetzlichen Vorschriften sich von Amtswegen jeder richterlichen Mitwirkung hätte enthalten sollen (§. 43);
4) wenn gegen eine Person ein Erkenntniß ergangen ist, welche an dem verhandelten Rechtsstreite nicht Theil genommen und die für sie vorgenommenen Handlungen später nicht genehmigt hat;
5) wenn und soweit der Nichtigkeitskläger zu den von ihm in dem vorigen Processe vorgenommenen Handlungen rechtlich nicht fähig war

 und

und solche nach erlangter Dispositionsbefugniß später nicht genehmigt hat.

§. 329. (353.)

Die Nichtigkeitsklage ist ebenso anzubringen wie andere Klagen und es findet das gewöhnliche Verfahren statt (s. indeß §. 318. 319).

§. 330. (354.)

Wird sie bei dem Obergerichte in erster Instanz angebracht, so ist nach den für das Verfahren bei den Kreisgerichten in erster Instanz gegebenen Vorschriften zu verfahren.

§. 331. (355.)

Die Restitutionsklage ist statthaft:

1) wenn der frühere Rechtsstreit auf den Grund eines vom Gegner geleisteten Eides entschieden und dieser später als Meineidiger wegen dieses Eides rechtskräftig verurtheilt ist oder, falls die Einleitung einer Criminalunterſuchung den Umständen nach unmöglich ist, dessen Meineid erwiesen wird;
2) wenn der Kläger in dem früheren Rechtsstreite auf Grund einer Urkunde verurtheilt ist, deren Verfälschung nachgewiesen wird;
3) wenn gegen ihn auf Grund eines wissentlich falschen Zeugnisses oder Gutachtens erkannt ist und die Zeugen oder Sachverständigen dieserhalb im Criminalverfahren verurtheilt sind, oder, falls die Einleitung einer Criminal-Untersuchung den Umständen nach unmöglich ist, die wissentliche Falschheit nachgewiesen wird;
4) wenn das Erkenntniß durch betrügliche Handlungen des Gegners oder seines Anwaltes oder Sachführers oder des eigenen Sachführers oder Anwalts im Einverständnisse mit einer der gedachten Personen dem Gegner zu Gunsten und dem Kläger zum Nachtheil erwirkt ist;
5) wenn der Kläger Thatsachen (Einreden, Repliken) erst später entdeckt, die zur Zeit des früheren Rechtsstreites schon vorhanden gewesen sind und, wenn sie in demselben hätten benutzt werden können, eine günstige Entscheidung herbeigeführt haben würden;
6) wenn der Kläger neu entdeckte Urkunden oder
7) solche Urkunden beibringt, deren Dasein zwar bekannt und angezeigt, deren Herbeischaffung aber früher unmöglich war.

§. 332. (356.)

Die §. 331 unter den Nummern 1 bis 4 erwähnten Beweise können nicht durch Eideszuschiebung, die unter 5 erwähnten neu entdeckten Thatsachen aber durch alle zulässigen Beweismittel nachgewiesen werden.

§. 333.

§. 333. (357.)

In den Fällen 1 bis 6 §. 331 muß die Entdeckung der Restitutionsgründe erst nach rechtskräftig beendeter Sache stattgefunden haben. Die Klage ist innerhalb dreier Monate nach dieser Entdeckung, im Falle Nr. 7 §. 331 dagegen innerhalb dreier Monate nach Herbeischaffung der Urkunden, anzustellen.

Gegen Versäumniß dieser Fristen hat eine Restitution nicht statt.

§. 334. (358.)

Bei Anbringung der Restitutionsklage muß der Kläger deren Rechtzeitigkeit nachweisen, die Restitutionsgründe genau angeben, schriftliche Urkunden beilegen und die sonstigen Beweismittel bezeichnen und bestimmt beantragen, in wie weit die frühere Entscheidung zu beseitigen sei.

Der Nachweis der Rechtzeitigkeit kann durch Urkunden und durch das Erbieten zum Eide geführt werden.

§. 335. (359.)

Nach Ablauf von dreißig Jahren seit der Rechtskraft des Erkenntnisses findet weder die Nichtigkeitsklage noch die Restitutionsklage statt.

Siebenter Theil.

Vollstreckungs-Verfahren.

Tit. 1.

Allgemeine Vorschriften.

§. 336. (360.)

Das Vollstreckungsverfahren gehört vor die Amts- und Stadtgerichte.

§. 337. (361.)

Es kann bei denselben beantragt werden:

1) auf den Grund vollstreckbarer Erkenntnisse in allen Sachen, in denen die Amts- und Stadtgerichte das Urtheil erster Instanz gesprochen haben;
2) auf den Grund vollstreckbarer Erkenntnisse in den Sachen, welche in erster Instanz zur Competenz der Kreisgerichte gehören, insofern jene Erkenntnisse auf baares Geld gerichtet sind;
3) auf den Grund vollstreckbarer öffentlicher Urkunden.

§. 338. (362.)

Sind Erkenntnisse in den §. 337 Nr. 2 gedachten Sachen nicht auf baa-

baares Geld gerichtet, so wird deren Vollstreckung bei den Kreisgerichten selbst beantragt und unter deren Leitung durch die Amts- und Stadtgerichte commissarisch besorgt.

Ist die Vollstreckung in einem anderen kreisgerichtlichen Bezirke vorzunehmen, so wird das betreffende Kreisgericht requirirt.

§. 339. (363.)

Oeffentliche Urkunden sind nur dann vollstreckbar, wenn die Contrahenten denselben ausdrücklich executorische Wirkung beigelegt und dieses in der Urkunde erklärt haben, die Forderung aus einem solchen Geschäfte, aus welchem nur dem einen Theile eine Klage zustehn kann (obligatio unilateralis) entspringt und auf Geld geht.

Rückständige Zinsen und Gefälle können auf den Grund solcher Urkunden in diesem Verfahren nur aus den letzten drei Jahren gefordert werden.

§. 340. (364.)

Erkenntnisse und Urkunden aus anderen deutschen Staaten sind unter der Voraussetzung der Reciprocität und der vorgeschriebenen Formen sofort, Erkenntnisse und öffentliche Urkunden aus auswärtigen Staaten aber erst vollstreckbar, wenn sie durch das nach Maßgabe des Gegenstandes zuständige Gericht für vollstreckbar erklärt sind.

§. 341. (365.)

Das zuständige Gericht, an welches die Parteien sich zu wenden, bezüglich die Kreisgerichte ihre Aufträge zu richten haben, ist dasjenige, dem die Person, oder bei dinglichen Ansprüchen die Sache, auf welche sich die Vollstreckung bezieht, unterworfen ist.

Liegt ein und dasselbe Grundstück oder das Hauptgut und dessen Zubehörungen unter verschiedenen Gerichten, so treten die Bestimmungen §. 38 ein.

Einzelne Vollstreckungshandlungen können durch Requisition eines andern Gerichts erledigt werden.

§. 342. (366.)

Stützt sich der Vollstreckungs-Antrag auf ein Erkenntniß, so ist dasselbe in gerichtlicher Ausfertigung mit der Bescheinigung des Gerichts erster Instanz, daß dasselbe vollstreckbar sei, versehen, dem Gesuche beizufügen.

Aus demselben müssen die Punkte, hinsichtlich deren die Vollstreckung verlangt wird, klar hervorgehen und, werden zugleich Früchte, Schäden, Zinsen und Prozeßkosten verlangt, so muß deren Betrag durch gerichtliche für vollstreckbar erklärte Entscheidungen feststehen, und diese sind mit beizufügen.

§. 343. (367.)

In gleicher Weise müssen die Aufträge klar und bestimmt sein, welche von den Kreisgerichten in den Fällen des §. 338 behuf der Vollstreckung ertheilt werden.

Die Kreisgerichte können auf Ansuchen des Antragstellers oder von Amtswegen die Uebersendung der Proceßacten an das vollstreckende Gericht verfügen.

§. 344. (368.)

Stützt sich der Antrag auf vollstreckbare öffentliche Urkunden, so sind dieselben in der Originalausfertigung beizubringen und es muß die Fälligkeit des Anspruches durch öffentliche Urkunden nachgewiesen sein.

§. 345. (369.)

Findet das Gericht den Antrag unbegründet, so weiset es denselben unter dessen Mittheilung an den Gegner durch einen Bescheid zurück.

Gegen eine solche Entscheidung hat der Antragsteller das Rechtsmittel der Berufung.

§. 346. (370.)

Auf einen begründeten Antrag verfügt das Gericht unter Mittheilung desselben an den Gegner sofort die Vollstreckung.

Eine gleiche Verfügung erläßt dasselbe, so bald ein Auftrag zur Vollstreckung von einem Kreisgerichte erfolgt.

§. 347. (371.)

Bei Verfügung der Vollstreckung ertheilt das Gericht, insofern die Art der Vollstreckung nicht seine eigene Thätigkeit erfordert, einen Vollstreckungsbefehl an den zugleich mit Behändigung der Verfügung beauftragten Gerichtsunterbedienten, in welchem bestimmt vorgeschrieben wird, was und wie viel er von dem Verurtheilten beitreiben oder wozu er ihn anhalten, welche Vollstreckungsart eintreten, an wen und wohin er das Beizutreibende abzuliefern, binnen welcher Frist er mit der Vollziehung zu beginnen und binnen welcher er die Erledigung seines Auftrages dem Gerichte anzuzeigen habe.

§. 348. (372.)

Der Gerichtsvollzieher hat den ihm ertheilten Befehl, welchen er den Parteien auf Verlangen vorweisen muß, bei eigener Verantwortlichkeit genau zu befolgen, sich streng an die ihm gegebenen Vorschriften zu halten, und ist bei Versäumung der ihm vorgeschriebenen Fristen durch Geldstrafen oder andere angemessene Ahndung zur Erledigung seines Auftrages anzuhalten.

Sogleich nach Ablauf der zur Erledigung des Befehls vorgeschriebenen Frist

Frist muß der Gerichtsunterbediente dem Gerichte die Art der Erledigung oder die Gründe, aus welchen solche nicht möglich gewesen, anzeigen.

Alle Vollstreckungshandlungen sind so einzurichten, wie sie, ohne Nachtheil für den Zweck, dem Schuldner am wenigsten drückend sind.

§. 349. (373.)

Binnen 8 Tagen sind die gegen die Vollstreckung zulässigen rechtlichen Einwendungen bei Verlust derselben beizubringen, vorausgesetzt, daß die Vollstreckung nicht schon ausgeführt ist.

Der Lauf dieser Frist beginnt mit dem Tage, an welchem die vom Amts- oder Stadtgerichte, oder in den Fällen des §. 338 von dem Kreisgerichte verfügte Vollstreckung dem Gegner mitgetheilt ist.

§. 350. (374.)

Zulässige Einreden gegen die Vollstreckung eines Erkenntnisses sind nur solche, welche dessen Vollstreckbarkeit bestreiten oder in der Sache selbst auf Erlaß, Verzicht oder Stundung des Anspruchs nach erfolgtem Erkenntnisse, oder die wirkliche Erfüllung des Urtheils sich gründen.

§. 351. (375.)

Zulässige Einreden gegen vollstreckbare öffentliche Urkunden sind nur die Behauptung der Unächtheit oder der Tilgung, des Erlasses, des Verzichts oder der Stundung des Anspruchs.

§. 352. (376.)

In den Fällen der §§. 350 und 351 müssen die Einreden durch die Acten oder öffentliche sofort vorgelegte Urkunden nachgewiesen sein.

Die wirkliche Erfüllung des Urtheils oder der in einer öffentlichen Urkunde übernommenen Verpflichtung kann auch durch solche Privat-Urkunden nachgewiesen werden, welche der Gegner anerkennen oder eidlich ableugnen muß.

§. 353. (377.)

Die in dem Vollstreckungsverfahren zulässigen Einreden sind bei dem Gerichte, welches nach dem Werthe des Gegenstandes in der Sache selbst zuständig sein würde, in den Fällen des §. 338 bei dem Kreisgerichte, welches den Auftrag zur Vollstreckung ertheilt hat, anzubringen.

Das Gericht kann die Vollstreckung einstweilen sistiren, setzt einen Tag zur öffentlichen Verhandlung an, nicht über 14 Tage hinaus, hört an demselben die Parteien gegen einander und verkündet ihnen das Erkenntniß.

§. 354. (378.)

Gegen das Erkenntniß haben die zulässigen Rechtsmittel statt.

Tit. 2.

Einzelne Arten der Vollstreckung.

1. Herausgabe von Sachen.

§. 355. (379.)

a. Herausgabe beweglicher Sachen.

Bestimmte bewegliche, oder Quantitäten vertretbarer, Sachen sind von den Gerichtsunterbedienten denen, gegen welche die Vollstreckung geht, abzunehmen. Finden sie sich nicht, so kann der Gegner die Ableistung eines den Umständen nach abzufassenden Manifestationseides, und, falls die Sache nicht herbeigeschafft wird, auch sogleich die Beitreibung des Sachwerthes oder seines durch den Schätzungseid zu ermittelnden Interesses verlangen.

§. 356. (380.)

b. Herausgabe unbeweglicher Sachen.

Bei unbeweglichen Sachen wird der Unterliegende aus dem Besitz gesetzt und der Antragsteller eingewiesen. Nöthigenfalls wird jener mit seinem beweglichen Vermögen aus dem Grundstücke geschafft.

Ist er abwesend, so werden die Mobilien verzeichnet, in gerichtlichen Gewahrsam genommen und, nach einer vom Gerichte zu bestimmenden, den Parteien bekannt zu machenden Frist, öffentlich versteigert und das Geld in das Depositum genommen.

Bei ganzen Gütern sind über die Zubehörungen und Inventarien genaue Verzeichnisse aufzunehmen.

§. 357. (381.)

Handelt es sich in den Fällen der §§. 355 und 356 um den Erwerb dinglicher Rechte, so hat das vollstreckende Gericht die Befugniß der Adjudication zum Zwecke der Uebertragung derselben auf den Berechtigten. Auf den Grund dieser Adjudication kann der Letzte bei Immobilien die Eintragung seines Rechts in das Hypothekenbuch verlangen.

§. 358. (382.)

2. Leistung oder Unterlassung einer Handlung.

Zur Erzwingung der Leistung einer Handlung kann, auf Antrag des die Vollstreckung Betreibenden, auf Anordnung des Gerichts, die Handlung durch einen Dritten auf Kosten des Verurtheilten vorgenommen werden.

Kann die Leistung durch einen Dritten nicht erfolgen, so geschieht die Schätzung des Interesse's, durch Sachverständige oder durch den Schätzungseid.

Nur in den Fällen, wo die Leistung auf diese Weise nicht erzwungen

werden kann, (z. B. die Ableistung eines Manifestationseides) können Geldstrafen, eventuell Gefängniß angewandt werden.

Zur Erzwingung der Unterlassung einer Handlung können Geldstrafen, nöthigenfalls Gefängnißstrafen zur Anwendung gebracht werden.

Daneben steht es dem Berechtigten frei, Sicherheitsleistung von dem Verurtheilten, und, wenn ihm durch den letzten ein Nachtheil zugefügt ist, die Beitreibung des Interesses auf den Grund eines Schätzungseides zu verlangen.

Hinsichtlich einer zu vollstreckenden gefänglichen Haft gelten die oben §. 244 bis 246 gegebenen Bestimmungen, jedoch mit der Abänderung, daß die Insolvenzerklärung die wegen verweigerten Manifestationseides zu erkennende oder erkannte Haft nicht ausschließt oder aufhebt, und ferner, daß die Dauer des Gefängnisses nie ein Jahr übersteigen kann.

§. 359. (383.)

3. Beitreibung von Geldforderungen.

Die Beitreibung einer Geldforderung geschieht durch folgende Mittel:

1) Pfändung von Mobilien (§. 360);
2) Beschlag auf Gehalte, Ruhegehalte, Renten und dergleichen (§. 364);
3) Beschlag auf ausstehende Forderungen (§. 365);
4) Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen (§. 366).

In der Regel sind diese Vollstreckungsmittel in der hier aufgeführten Reihefolge zur Anwendung zu bringen. Unter den drei erstgenannten hat der Gläubiger indeß das Wahlrecht.

Der Faustpfandgläubiger und der Gläubiger, welcher eine eingetragene Special-Hypothek hat, können sich stets zunächst an das Pfand halten.

Finden sich keine Vollstreckungsmittel, so kann der Manifestationseid verlangt werden.

§. 360. (384.)

A. Auspfändung von Mobilien.

Von aller Pfändung ausgenommen sind:

Vorräthe an Lebensmitteln für den nothdürftigen Unterhalt auf 4 Wochen;

bei Kranken und Wöchnerinnen die unentbehrliche Wäsche und das sonst für ihren Zustand Nothwendige;

unentbehrliche Kleidungsstücke und Betten des Schuldners und seiner Familie.

Von den übrigen Sachen sind zuvörderst immer die dem Schuldner entbehrlichsten zu nehmen, und nur im äußersten Nothfalle solche Gegenstände, durch welche er und seine Familie den Lebensunterhalt erwerben,

z. B.

z. B. bei Handwerkern das erforderliche Handwerkszeug, bei Künstlern die zur Ausübung ihrer Kunst nothwendigen Dinge, bei Gelehrten die nothwendigen Bücher, bei Landwirthen Ackergeräth, das nothwendige Vieh, das für dieses erforderliche Futter, das Saatkorn u. s. w.

§. 361. (385.)

Die abgepfändeten Sachen werden verzeichnet und in sicheren Gewahrsam gebracht. Ist dies unthunlich, so muß bei dem Schuldner selbst für deren unversehrte Aufbewahrung Sorge getragen werden (C. G. B. §. 238).

§. 362. (386.)

Innerhalb 8 Tagen nach geschehener Abpfändung ist ein Tag zur öffentlichen Versteigerung der Sachen, nicht über 14 Tage hinaus, anzusetzen und bei wichtigen Versteigerungen deren Abhaltung dem Secretair aufzutragen.

Dem Verderben ausgesetzte Gegenstände, auch solche, deren Aufbewahrung oder Erhaltung unverhältnißmäßige Kosten verursachen würden, sind forderſamst nach kurzer Bekanntmachung zu versteigern.

Hinsichtlich dieser Versteigerung selbst bleibt es bei den bestehenden Vorschriften.

§. 363. (387.)

Nicht geerntete Feld-, Baum-, und Gartenfrüchte können ohne Zustimmung des Schuldners nicht versteigert werden, so lange andere Mobilien da sind.

Deren Beschlagnahme geschieht durch das Verbot der Einerntung und Veräußerung.

Die Versteigerung selbst soll nicht früher als etwa 14 Tage vor der Ernte geschehen.

§. 364. (388.)

B. Beschlagnahme von Gehalten, Ruhegehalten u. s. w.

Gehalte, Ruhegehalte, Wittwenpensionen, Renten und dergleichen können nur zu $^1/_3$ des Jahresbetrags mit Beschlag belegt werden. (Verordnung v. 28. Sept. 1847; Staatsdienst-Gesetz v. 15. Jan. 1850 §. 50.)

Die Beschlagnahme erfolgt bei derjenigen Behörde, welche der Casse vorgesetzt ist, aus welcher die Zahlung erfolgen soll. Die Zahlung des mit Beschlag belegten Antheils wird von der betreffenden Casse an das vollstreckende Gericht geleistet.

§. 365. (389.)

C. Beschlagnahme und Forderungen des Schuldners.

Auf den Inhaber lautende Werthpapiere kann der Gläubiger nach dem Tagescourse annehmen oder deren Verkauf verlangen.

Auf den Namen lautende Verbriefungen oder nicht verbriefte Forderungen werden dem Gläubiger auf dessen Antrag überwiesen, und der Schuldner, oder falls dieser sich weigert, das Gericht hat die Cession zu vollziehen.

Bei eingetragenen Hypothekforderungen ist zugleich die vorgenommene Cession im Hypothekenbuche zu vermerken.

Will der Gläubiger sie nicht an Zahlungsstatt übernehmen, so werden sie bei dem Schuldner desjenigen, gegen den die Vollstreckung geht, bei Strafe doppelter Zahlung mit Arrest belegt, gekündigt und eingezogen.

Wird dieserhalb die Erhebung eines Rechtsstreites erforderlich, so kann solchen die Partei, welche die Vollstreckung betreibt, führen.

Auch kann, falls die Umstände dies räthlich machen, deren Verkauf verfügt werden.

Der Partei, gegen welche die Vollstreckung geht, wird jede Verfügung über solche Forderungen untersagt, bei Strafe der Nichtigkeit, und sie hat die darüber sprechenden Urkunden dem Gerichte auszuliefern. Leugnet sie deren Besitz, so kann der Manifestationseid verlangt werden.

§. 366. (390.)

D. Vollstreckung in unbewegliche Güter.

Die Verwaltung oder Sequestration unbeweglicher Güter zum Besten des Gläubigers als Vollstreckungsmittel ist zulässig mit Zustimmung der Betheiligten und in außerordentlichen Fällen nach dem Ermessen des Gerichts.

§. 367. (391.)

Bei solchen unbeweglichen Gütern, deren Veräußerung rechtlich unzulässig oder nach dem Betrage der Forderung im Verhältnisse zu dem Werthe und den Aufkünften des Grundstücks unangemessen ist, erfolgt die Vollstreckung durch öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden, jedoch im letzten Falle nur dann, wenn die Befriedigung des Gläubigers dadurch spätestens innerhalb eines Jahres versichert wird.

Die Pachtbedingungen werden unter Zuziehung der Betheiligten von dem Gerichte festgesetzt, es wird ein Tag zur öffentlichen Verpachtung an den Meistbietenden angesetzt, diesem wird, insofern die Betheiligten nicht gegen dessen Person oder Sicherheit gegründete Einwendungen machen, der Zuschlag ertheilt und er wird angewiesen, die Pachtgelder bis zum Belaufe der Forderung an den Gläubiger abzuliefern.

4. 368. (392.)

Bei unbeweglichen Gütern, deren Veräußerung rechtlich zulässig ist, wird die Vollstreckung durch öffentliche Versteigerung an den Meistbietenden vollzogen.

§. 369.

§. 369. (393.)

Zugleich mit der Verfügung der Vollstreckung setzt das Gericht durch eine an der Gerichtsstelle anzuschlagende und in der im §. 257 vorgeschriebenen Weise bekannt zu machende öffentliche Ladung einen Tag zur öffentlichen Versteigerung an, nach dem Werthe des Gegenstandes und nach sonstigen Umständen auf 6 Wochen bis 6 Monate hinaus.

Diese Fristen laufen vom Tage des Anschlages der öffentlichen Ladung an der Gerichtsstelle.

Der die Versteigerung anordnende Bescheid enthält zugleich eine öffentliche Ladung aller Betheiligten (vergl. §. 257—60). Die in das Hypothekenbuch eingetragenen Berechtigten sind besonders zu benachrichtigen.

Das Gericht trifft die Anordnung, daß die Verkaufsbedingungen sowie die Beschreibung der Sachen zeitig vor dem Versteigerungstage von den Kauflustigen eingesehen, die Grundstücke selbst auch von ihnen besichtigt werden können.

Einwendungen gegen die Verkaufsbedingungen, welche nicht mindestens 8 Tage vor dem Versteigerungstermine eingegangen sind, finden keine Berücksichtigung.

§. 370. (394.)

An dem Gerichtstage sind zuvörderst die Anmeldungen etwaiger Realgläubiger zu Protocoll zu nehmen, und die Realgläubiger, welche sich nicht gemeldet haben, auszuschließen.

Sind die Anmeldungen von der Art, daß sie den Verkauf hindern, so sind sie zuvörderst im Rechtswege zu erledigen. Werden solche Ansprüche nicht gemacht, so werden sämmtliche Kauflustige, mit Ausschluß derjenigen, deren Zahlungsfähigkeit von der die Vollstreckung betreibenden Partei bestritten wird und die sich über ihre Zahlungsfähigkeit nicht ausweisen, zum Gebote gelassen, und der Meistbietende erhält sofort den Zuschlag.

§. 371. (395.)

Nach ertheiltem Zuschlage ist ein zweiter Versteigerungstag nur in dem einzigen Falle anzusetzen, wenn am Gerichtstage selbst, gleich nach ertheiltem Zuschlage, die die Vollstreckung betreibende Partei oder ein Hypothekgläubiger die Ansetzung eines zweiten Versteigerungstages beantragt, sich bereit erklärt, die unbewegliche Sache gegen das erfolgte Meistgebot anzunehmen, falls solches bei der zweiten Versteigerung nicht erreicht wird, und die Kosten des zweiten Termins zu tragen, und für dieses Versprechen Sicherheit leistet.

Der Tag zur zweiten Versteigerung ist nicht über drei Monate hinauszusetzen.

§. 372. (396.)

Erfolgt an dem Versteigerungstage gar kein Gebot, so ist ein anderer Tag anzusetzen, nicht über drei Monate hinaus.

§. 373. (397.)

Nach Bezahlung des Kaufgeldes wird die unbewegliche Sache dem Käufer gerichtlich zugesprochen und der Gläubiger von dem eingegangenen Gelde befriedigt.

§. 374. (398.)

Aufhebung der Vollstreckung.

Die Vollstreckung wird aufgehoben, beziehungsweise sistirt:

1) wenn das obere Gericht einem gegen ein vollstreckbares Erkenntniß eingewandten Rechtsmittel Suspensivkraft zuspricht;
2) mit Einwilligung der die Vollstreckung betreibenden Partei. Ist jedoch bei einem Subhastationsverfahren ein anderer Hypothekgläubiger dem Verfahren beigetreten, so ist dieser befugt, falls der erste Hypothekgläubiger auf die Subhastation verzichtet, das bereits eingeleitete Subhastationsverfahren fortzusetzen:
3) wenn in Folge einer zulässigen Einrede die Vollstreckung inhibirt wird;
4) wenn in Folge der Einsprache Dritter von dem die Execution leitenden Amts- oder Stadtgerichte, oder von dem nach Maßgabe des Werthes des Streitgegenstandes zuständigen Kreisgerichte die Vollstreckung inhibirt wird.

Ist Concurs erkannt oder droht Concurs, so behält das bereits eingeleitete Vollstreckungsverfahren seinen Fortgang; der Erlös aus Versteigerungen wird jedoch zur Concursmasse gezahlt.

§. 375 (399.)

Liegt im Falle des §. 374. Nr. 4 der Grund der Inhibition in einem von einem Dritten behaupteten Vorzugsrechte oder gleich starken Rechte, welche die Veräußerung hindert, so ist ein solcher Anspruch zuvörderst im ordentlichen Verfahren vor dem zuständigen Gerichte zu erledigen und das inhibirende Gericht hat zu dem Ende dem Berechtigten eine peremtorische Frist zu stellen, innerhalb welcher derselbe bei Verlust seiner Widerspruchsrechte seine Ansprüche im ordentlichen Verfahren geltend zu machen hat.

§. 376. (400.)

Treffen mehre vollstreckbare und hinsichtlich ihrer Priorität unstreitige Ansprüche zusammen, so ordnet das die Vollstreckung leitende Gericht die Vertheilung.

Ach-

Achter Theil.

Gebühren der Gerichte, Anwälte und Sachführer.

1. Gerichtsgebühren.

§. 377. (401.)

Die Gerichtssporteln und Nebengebühren sind nach den in der Anlage I. enthaltenen Bestimmungen zu erheben.

In der obern Instanz richtet sich der Sportelsatz nach dem Werthe des Gegenstandes der Beschwerde.

Die für Erkenntnisse bestimmten Sportelsätze werden von jeder Partei zur Hälfte, bei einem Contumacialverfahren dagegen von dem Extrahenten allein erhoben. Alle übrigen Sportel- und Gebührensätze sind von dem Extrahenten zu entrichten.

Bei den im hiesigen Lande bestehenden Gerichten wird neben dem Sportelsatze I. und VI. in Anl. I. ein gleich hoher Betrag als Stempelabgabe erhoben; bei dem Cassationshofe dagegen, wo eine solche Abgabe nicht besteht, werden die Eingaben der Parteien und deren Anlagen mit dem dort üblichen Stempel belegt.

Bei den Gerichts-Nebengebühren, II. in Anl. I. wird nur von den Nr. 24 und 25. neben dem Sportelsatze eine Stempelgebühr, ebenfalls im gleichen Betrage, gehoben.

2. Gebühren der Anwälte und Sachführer.

§. 378. (402.)

Anwälten und Sachführern kommen die in der Taxe Anlage II. bestimmten Gebühren zu.

Verträge zwischen Anwalt und Partei, Advocaten und Clienten über den Gegenstand des Rechtsstreits oder einen Theil desselben, mögen sie vor dem Beginne des Verfahrens oder während desselben bis zu gänzlicher Beendigung der Sache geschlossen sein, sind verboten und nichtig.

Gleichmäßig sind Verträge über eine, die Taxen für gerichtliche Geschäfte überschreitende Vergütung zwischen Anwalt und Partei verboten und ohne alle Wirkung.

Verträge zwischen Advokaten und Clienten über ein Honorar für eigentliche Advocaturgeschäfte sind dagegen in so weit gültig, als sie schriftlich abgefaßt sind.

§. 379. (403.)

Diese Taxen, insofern in der Anlage II. nicht ausdrücklich eine Ausnah-

me

me bestimmt ist, hat die zum Kostenersatz verurtheilte Partei gleichfalls dem Gegner zu erstatten, auch wenn er Anwalt oder Sachführer ist und seine eigene Sache führt.

Mehrkosten für Reisen und Diäten, welche hätten vermieden werden können, wenn die Partei einen am Sitze des zuständigen Gerichts wohnhaften Advocaten oder Anwalt angenommen hätte, sind vom Gegner nicht zu erstatten, und zwar in den kreisgerichtlichen Sachen auch dann nicht, wenn der zugezogene Advocat oder Anwalt in dem Gerichtskreise in welchem das zuständige Kreisgericht liegt, zugelassen ist.

Hat jedoch eine Partei einen nicht am Sitze des zuständigen Gerichtes wohnhaften Advocaten oder Anwalt angenommen, so ist dieselbe berechtigt, die Kosten für eigne Reisen und Versäumniß in der Art zu berechnen, wie solche zu berechnen gewesen sein würden, wenn sie einen am Sitze des zuständigen Gerichtes wohnhaften Advocaten oder Anwalt zugezogen hätte.

§. 380. (404.)

Der Anwalt kann auf Gebühren und Auslagen, der Sachführer auf die zu machenden Auslagen von seiner Partei einen angemessenen Vorschuß und, falls er verbraucht ist, dessen Erneuerung fordern.

§. 381. (405.)

Die Gebühren richten sich zufolge der in der anliegenden Taxe gegebenen näheren Bestimmungen nach dem Werthe des Gegenstandes, in den oberen Instanzen nach dem Werthe der Beschwerde.

Bei Feststellung des Werthes kommen die über die Berechnung der gerichtlichen Competenzsummen gegebenen gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung.

Bei nicht nach Geldeswerth zu schätzenden Streitgegenständen kommen die Gebührensätze der mittlern Classe zur Anwendung.

§. 382. (406.)

Betrifft eine von dem Sachführer oder Anwalt vorgenommene Handlung in erster oder einer folgenden Instanz nicht den ganzen Streitgegenstand, so kommt nur der Werth des Gegenstandes dieser Handlung zur Berechnung.

§. 383. (407.)

Die Feststellung der Gebühren der Anwälte und Sachführer oder eines Vorschusses darauf gehört vor das Gericht, bei welchem der Rechtsstreit oder in fernerer Instanz das Rechtsmittel verhandelt ist.

Das Gericht stellt die Kosten fest und erläßt einen Zahlungsbefehl.

Innerhalb 10 Tagen nach erfolgter Behändigung steht jeder Partei eine einfache Beschwerde wegen der Feststellung der Kosten an das obere Gericht zu. Beschwerden gegen das Obergericht gehen an den Cassationshof.

Bei

Bei der zweiten Entscheidung hat es sein Bewenden.

Die Vollstreckung erfolgt auf Grund des Zahlungsbefehls, welchen das festsetzende Gericht auf Antrag des Extrahenten nach Ablauf der ebenerwähnten 10tägigen Frist, oder, falls eine Beschwerde dagegen verfolgt ist, nach Abgabe der oberrichterlichen Entscheidung für vollstreckbar zu erklären hat.

Alle auf solche Kostenliquidationen sich beziehende Verhandlungen sind stempel- und sportelfrei; die Gebühren der Gerichtsunterbedienten und Copialien sind dagegen zu entrichten.

Anlage A.

Vollmacht.

Ich Endesunterzeichneter ertheile hiermit für mich und meine
dem Herrn
und Jedem, den derselbe an seiner Statt zur Ausführung dieses Auftrags bestellen wird, insbesondere aber für den Fall, daß dieser Auftrag durch seinen Tod oder auf andere Weise erlöschen sollte, dem Herrn
die Vollmacht, in meiner Rechtssache bei dem Kreisgerichte
wider
wegen
als Anwalt mich zu vertreten und alle zur Ausführung und endlichen Erledigung dieses Rechtsstreits erforderlichen Handlungen vorzunehmen; insbesondere Erklärungen jeder Art abzugeben, Behauptungen der Gegenpartei zuzugestehen, abzuläugnen oder sich mit Nichtwissen zu erklären, Urkunden anzuerkennen oder abzuläugnen, Eide zuzuschieben, anzunehmen, zurückzuschieben und zu erlassen; Arreste und Executionen zu beantragen, Litisdenunciationen vorzunehmen, mich gegen anzustellende Interventionen zu vertheidigen, Rechtsmittel jeder Art gegen nachtheilige Bescheide oder Erkenntnisse einzulegen, den Rechtsmitteln oder dem Processe zu entsagen, Vergleiche zu schließen und das durch Erkenntniß oder Vergleich Gewonnene in Empfang zu nehmen und darüber zu quittiren, endlich aber Advocaten für die mündlichen Hauptverhandlungen in allen Instanzen zuzuziehen.

Für den Fall endlich, daß in diesem Rechtsstreite Berufungen oder Cassationsbeschwerden einzulegen und zu verfolgen sein würden und ich eines Anwalts bei dem Obergerichte oder dem Cassationshofe benöthigt wäre, ernenne ich hiermit den Herrn
für das Verfahren am Obergerichte
und den Herrn für das
Verfahren vor dem Cassationshofe und bevollmächtige dieselben, die Rechtsmittel nach ihrem Ermessen einzuführen oder gegen die von der Gegenpartei gegen mich eingewandten Rechtsmittel meine Rechte wahrzunehmen und mich in jeder Hinsicht bei dem Obergerichte oder dem Cassationshofe zu vertreten. Auf den Fall vorübergehender Behinderung oder Abgangs derselben ernenne ich zu ihren Substituten den Herrn
für das Verfahren am Obergerichte und den Herrn
für das Verfahren am Cassationshofe und ermächtige außerdem, falls etwa beide verhindert werden sollten, meinen oben bestellten Herrn Anwalt, bei dem Obergerichte oder Cassationshofe andere Anwälte und Substitute zu ernennen.

Indem ich dasjenige, was meine in dieser Vollmacht bestellten Anwälte und deren Substituten in diesem Rechtsstreite für mich thun und vornehmen, als meine eigenen Handlungen anerkenne, verpflichte ich mich zugleich, sie für ihre Mühwaltung und Auslagen vollständig zu entschädigrn und verpfände dafür mein gesammtes Vermögen, insbesondere dasjenige, was ich von der Gegenpartei in der Hauptsache und Kosten erstreiten werde, welches ich ihnen, soweit es zu ihrer Befriedigung erforderlich ist, zugleich förmlich cedire und abtrete.

Zur Urkunde dessen habe ich diese Vollmacht, nachdem solche vollständig ausgefüllt war, eigenhändig unterzeichnet und meine Unterschrift öffentlich beglaubigen lassen.

So geschehen

An-

Anlage 1.

(Zu §. 377.)

Sporteln- und Gebühren-Taxe

in

Civil-Processen.

I. Sportel-Taxe.

1. Für Erkenntnisse auf Klagen und Haupt-Interventionen.

A. Bei den Amts- und Stadtgerichten.

Für das processualische Verfahren bis zum End-Erkenntnisse und einschließlich desselben erfolgen beim ersten Erkenntnisse:

1)	wenn der Gegenstand des Rechtsstreits 5 ℛ nicht übersteigt	.	.	.	.	.	.	.	.	—	ℛ	10	Sgr
2)	über 5 bis 10 ℛ	.	.	.	.	.	.	.	.	—	"	20	"
3)	über 10 bis 20 ℛ	.	.	.	.	.	.	.	.	1	"	—	"
4)	über 20 bis 35 ℛ	.	.	.	.	.	.	.	.	2	"	—	"
5)	über 35 bis 50 ℛ	.	.	.	.	.	.	.	.	3	"	—	"

Bemerkungen.

a) In Sachen, deren Werth nicht nach Gelde taxirt werden kann, wird der Sportelsatz unter No. 3 erhoben.

b) Wird der Rechtsstreit vor Abgabe des ersten Erkenntnisses durch Vergleich, Zurücknahme der Klage, gerichtliches Anerkenntniß oder durch Contumacial-Erkenntniß erledigt, so wird nur die Hälfte obiger Sportelsätze berechnet.

c) in

c) In denjenigen Streitsachen, deren Gegenstand den Werth von 50 ℔ übersteigt, kommen die nachfolgenden kreisgerichtlichen Taxen und Bestimmungen zur Anwendung.

d) in den Sachen Tit. 2 Theil 2 (§. 155 und ff.) wird für den Zahlungsbefehl und dessen Zufertigung, einschließlich des Stempels nur eine Gebühr von 10 ℊ erhoben.

B. Bei den Kreisgerichten.

Für jedes in Folge der Hauptverhandlung in der Sache selbst abgegebene Erkenntniß (§. 93.)

6)	Wenn der Gegenstand des Rechtsstreites 50 ℔ nicht übersteigt (vergleiche §. 39).	2 ℔
7)	über 50 bis 200 ℔	3 "
8)	über 200 bis 500 ℔	6 "
9)	über 500 bis 2500 ℔	12 "
10)	über 2500 bis 10,000 ℔	20 "
11)	über 10,000 ℔	30 "

Bemerkungen.

a) In Sachen, deren Werth nicht nach Gelde taxirt werden kann, wird der Sportelsatz unter No. 9 erhoben.

b) Für die lediglich auf vorgängige Leistung eines der Partei zugeschobenen oder richterlich auferlegten Eides abgegebenen purificirenden Erkenntnisse wird keine Sportel berechnet.

c) In allen Proceßsachen, deren Werthbetrag 50 ℔ übersteigt, ist die Hälfte der Erkenntniß-Sportel alsdann zu erheben, wenn der Rechtsstreit vor dem ersten sportelpflichten Erkenntnisse

aa. beim schriftlichen Verfahren erst in dem zum Hauptverfahren vor dem Erkenntnisse angesetzten Termine, und

bb. beim mündlichen abgekürzten Verfahren erst in einem spätern, als dem ersten Termine, in welchem die Parteien erschienen sind,

durch Vergleich oder Sachfälligkeitserklärung beendigt wird.

C. Bei dem Obergerichte und Cassationshofe.

12) In Sachen, in welchen das Obergericht in erster Instanz erkennt, kommen die kreisgerichtlichen Taxen und Bestimmungen (vergl. B.) zur Anwendung.

13) Bei Berufungen:

a.	wenn der Gegenstand der Beschwerde 50 ℔ nicht übersteigt	1 ℔
b.	über 50 bis 100 ℔ einschl.	2 "
c.	über 100 bis 200 ℔ "	4 "
d.	über 200 bis 500 ℔	8 "
e.	über 500 bis 2500 ℔	16 "
f.	über 2500 bis 10,000 ℔	24 "
g.	über 10,000 ℔	36 "

14) Bei Nichtigkeitsbeschwerden gegen Erkenntnisse der Kreisgerichte in zweiter Instanz . . . . . 4 "

15) Bei

15) Bei Nichtigkeitsbeschwerden gegen Erkenntnisse des Obergerichts in zweiter Instanz erfolgen die unter № 13 bezeichneten Taxsätze.

Bemerkungen.

A. Für Erkenntnisse auf begründete Nichtigkeitsbeschwerden wird keine Sportel berechnet. Wird durch die Entscheidung des Cassationshofes das frühere Verfahren als nichtig beseitigt und ohne Abgabe eines Erkenntnisses in der Sache selbst die Einleitung eines neuen Verfahrens verfügt, so sind auch für diejenigen Erkenntnisse der untern Instanzen keine Sporteln zu berechnen, welche demnächst an die Stelle der cassirten gesetzt werden.

B. In den Fällen wo die Kreisgerichte zum Gerichte zweiter Instanz zusammentreten, gelten die Sportelnsätze sub C. oben.

2. Für Erkenntnisse auf selbstständige Anträge.

16) Für Erkenntnisse über selbstständige Anträge, welche nach der Proceßordnung wie Klagen zu behandeln sind, (Anträge auf Edition von Urkunden, Arrestanlage, Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtnisse, Ableistung des Manifestationseides und dergl.) wird, auch wenn diese Anträge als Incidentpunkte in einem anhängigen Rechtsstreite angebracht sind, in allen Instanzen nur ein Drittheil der für Erkenntnisse auf Klagen (vergl. 1 A. B. C.) ausgeworfenen Taxen berechnet, dieser Betrag aber auch dann erhoben, wenn das Erkenntniß über derartige Incidentpunkte gleichzeitig mit dem Haupterkenntnisse erfolgt.

Der eben gedachte Satz wird gleichmäßig auch dann berechnet, wenn die vorhin erwähnten Anträge ohne Erkenntniß zu Gunsten des Antragstellers erledigt werden.

Die Bemerkungen bei № 1 A. B. C. finden auch hier Anwendung.

3. Für sofort abweisende Bescheide.

17) Für Bescheide, durch welche ohne vorgängiges Verfahren Klagen, selbstständige wie Klagen zu behandelnde Anträge (vergl. № 16) oder Rechtsmittel sofort abgewiesen werden, erfolgt

a) In Sachen bis 50 ℔ ein Viertheil der Erkenntniß-Taxe unter 1. A.
b) In Sachen von 50 bis 500 ℔ ein Sportelsatz von . 1 ℔
c) In Sachen über 500 ℔ ein Sportelsatz von . . . . 2 ″

4. Vollstreckungs-Instanz.

18) Für den Bescheid, durch welchen die Hülfsvollstreckung verfügt wird.

a) Wenn die beizutreibende Summe 5 ℔ nicht übersteigt . — ℔ 2½ Sgr
b) über 5 bis 10 ℔ . . . . . — ″ 5 ″
c) über 10 bis 20 ℔ . . . . . — ″ 10 ″
d) über 20 bis 35 ℔ . . . . . — ″ 15 ″

e) über

e) über 35 bis 50 ℳ . . . . . — ℳ 20 Sgr
f) über 50 bis 200 ℳ . . . . . 1 „ — „
g) über 200 bis 500 ℳ . . . . . 2 „ — „
h) über 500 bis 2500 ℳ . . . . . 3 „ — „
i) über 2500 bis 10,000 ℳ . . . . . 4 „ — „
k) über 10,000 ℳ . . . . . 5 „ — „

19) Für den Bescheid, durch welchen der Antrag auf Hülfsvollstreckung ohne vorgängiges Verfahren sofort abgewiesen wird, erfolgt ein Viertheil vorstehender Taxe.

20) Für Erkenntnisse im Vollstreckungsverfahren finden in allen Instanzen die unter 1. 2 für Erkenntnisse auf selbstständige Anträge ausgeworfenen Taxen Anwendung.

5. Concursverfahren.

21) Für das Concursverfahren im Allgemeinen, einschließlich der Verfügung, durch welche die Eröffnung des Concurses erkannt wird, und des etwaigen Distributionsbescheides, ist bei Vertheilung der Masse und nach Maßgabe ihres Gesammtbetrages die einfache Sportel für Erkenntnisse erster Instanz zu erheben. (vergl. 1 A. und B.)

Für die sonst im Concursverfahren vorkommenden Erkenntnisse und sofort abweisenden Bescheide erfolgen die Taxen unter № 1. 1, 2 und 3.

6. Adjudicationsschein.

22) Für Adjudicationsscheine bis 50 ℳ einschließlich . . — ℳ 15 Sgr
„ „ 100 „ „ . . — „ 20 „
„ „ 200 „ „ . . . — 1 — „
„ „ 500 „ „ . . . — 2 — „
„ „ 1000 „ „ . . . — 3 — „
„ über 1000 „ „ . ein halbes Procent.

Für die Vollziehung der dabei nöthig gewordenen Umschreibungen im Cataster werden keine Gebühren berechnet.

7. Depositengebühr.

23) Ein halbes Procent vom Werthe des Depositums. Bei Papieren au porteur wird dasselbe, wie bei andern Werthurkunden, vom Nominalwerthe berechnet.

Bei Depositen unter 20 Rthl., so wie bei den von sportelfreien Personen eingezahlten Depositen, wird überall keine Depositengebühr erhoben.

Für den Depositenschein werden nur Schreib- und Siegelgebühren berechnet.

Allgemeine Bemerkung zu Nr. I. 1 bis 7.

Der geringste Sportelsatz ist stets wenigstens 2½ Sgr.; alle höheren Sportelsätze müssen mit dieser Summe theilbar sein; etwaige Bruchtheile werden nicht berechnet.

II. Ge-

II. Gerichts-Nebengebühren, für die Staats-Casse zu berechnen.

24) Versiegelungen und Entsiegelungen
a) bei den Kreisgerichten . . . . . 1 Rthl. 10 Sgr.
b) bei den Amts- und Stadtgerichten in allen zu ihrer Competenz (Gesetz vom) gehörigen Streitsachen . — „ 20 „
Einstweilige Ver- und Entsiegelungen geschehen unentgeltlich.

25) Inventuren, und zwar für das ganze Geschäft, selbst wenn dasselbe mehrere Tage in Anspruch nimmt,
a) bei einer Masse bis zu 200 Rthl. . . . . — „ 20 „
b) über 200 bis 500 Rthl. . . . . 1 „ 10 „
c) über 500 bis 2500 Rthl. . . . . 2 „ 20 „
d) über 2500 bis 10,000 Rthl. . . . . 4 „ — „
e) über 10,000 Rthl. . . . . 6 „ — „

26) Auctionsgebühr und Gebühr für den Verkauf abgepfändeter Sachen, gegen Besorgung aller dem Auctionator obliegenden Geschäfte:
a) bei Pretiosen, Staatspapieren oder sonst mit Leichtigkeit zu verkaufenden Gegenständen, z. B. Holz: 1 Procent,
b) bei anderen Gegenständen 8 Pf. vom Thaler.
Die Auctionsgebühr darf nie unter 15 Sgr. herabsinken.

27) Siegelgebühr für Besiegelung von Erkenntnissen, Urkunden, oder beglaubigten Abschriften:
a) beim Obergerichte . . . . . 5 Sgr.
d) bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten . . . . . 2½ „
Für Beifügung der executorischen Clausel erfolgen, wenn sie nachgetragen wird, nur Schreib- und Siegelgebühren.

28) Beglaubigung bei allen Gerichten für den Bogen . . . . 2½ Sgr.
Beglaubigungen finden nur Statt, wenn die Partei sie verlangt oder das Gericht dieselben in den Fällen, wo solche nothwendig, verfügt.
Beglaubigungen sind stets zu besiegeln.

29) Für die Aufsuchung und Vorlegung alter, d. h. länger als 10 Jahr reponirter Acten:
a) beim Obergerichte . . . . . 1 Rthl. — Sgr.
b) bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten . . . — „ 10 „

30) Für Einsicht der Acten:
a) beim Obergerichte . . . . . 20 Sgr.
b) bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten . . . . . 10 „
Die Gebühren unter № 29 und 30 erfolgen nur einmal für die Aufsuchung resp. Einsicht der Haupt- und aller damit combinirten Acten.

31) Für Einsendung von Acten an ein anderes Gericht, wenn solche auf unmittelbaren Antrag einer Partei oder deren Anwalts behuf deren Einsicht erfolgt:
a) vom Obergerichte . . . . . 1 Rthl. — Sgr.
b) von den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten . . . — „ 15 „
Diese Gebühr findet nicht Statt, wenn die Acten-Einsendung in Folge der Bestimmungen der Proceßordnung (z. B. bei Berufungen) resp. eines Auftrages oder einer Requisition der Gerichte geschieht.

32) Zu-

32) Zufertigungsgebühr und zwar:
a) Für Behändigung einer Verfügung, in so fern damit die Zustellung einer Zufertigungs-Bescheinigung an den Gegner verbunden ist, einschließlich der letztern und ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes oder darauf, ob im Auftrage eines höhern Gerichts gehandelt wird,
α) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . 5 Sgr
β) bei den Kreisgerichten . . . . . 10 "
γ) bei dem Obergerichte . . . . . 15 "
b) für Behändigung einer mit Ertheilung der Zufertigungs-Bescheinigung an den Gegner nicht verbundenen Verfügung, Vorladung von Auskunftspersonen ꝛc., für jede Behändigung oder Ladung:
α) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . 1½ Sgr
β) bei den Kreisgerichten . . . . . 2½ "
γ) bei dem Obergerichte . . . . . 4 "
Ist in dem Falle unter a die Verfügung (z. B. bei subjectiver Klagenhäufung) mehreren Personen zu insinuiren, so wird nur für eine Insinuation die unter a, für jede weitere Insinuation aber die unter b bezeichnete Gebühr berechnet.
33) Für Vollstreckung eines Personalarrestes . . . . 1 Thlr — Sgr
Für die Aufsicht während dessen Dauer täglich . . . — " 7½ "
34) Schreibgebühr bei allen Gerichten für den Bogen zu 24 Zeilen auf der Seite und in jeder Zeile 30 Buchstaben, wobei indeß ein theilweis beschriebener Bogen für voll gilt . . . . . 2½ Sgr

III. Diäten und Reisekosten, welche dem betreffenden Beamten überwiesen werden.

35) Diäten für auswärtige Termine:
a) den Directoren, Richtern und Staatsanwälten bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten täglich . . . . . 1 Thlr 10 Sgr
b) den Secretairen und sonstigen Protocollführern . . . — " 20 "
c) den Gerichtsunterbedienten . . . . . — " 10 "

Anmerkungen.

a) In Streitsachen, deren Gegenstand den Werth von 20 Rthl. nicht übersteigt, sind auswärtige Termine nur von dem Richter, oder, so weit es zulässig, von dem Secretair allein abzuhalten und passirt dafür ein Diätensatz von . . . . . 20 Sgr
b) Für jede Nacht der Abwesenheit wird jedem der unter № 35 a und b bezeichneten Beamten außerdem vergütet . . . . . 1 Thlr
c) Die Gerichtsunterbedienten erhalten Diäten nur alsdann, wenn sie außerhalb ihres Wohnortes selbstständig Auctionen, oder den Verkauf abgepfändeter Sachen, oder Inventuren besorgen, oder bei diesen Geschäften, sowie bei Ver- und Entsiegelungen dem Richter oder Secretair Hülfe zu leisten haben.

36) Rei-

36) Reisekosten des Gerichts zu auswärtigen Terminen: für jede Postmeile auf der Hinreise 22½ Sgr. und die nämliche Gebühr für die Rückreise.

Bemerkungen.

a) Für eine volle Meile darf auch dann berechnet werden, wenn die wirkliche Entfernung weniger beträgt.

b) Bei größeren Entfernungen wird, wenn außer den vollen Meilen noch ein Bruchtheil übrig ist, dieser bis zu einer halben Meile einschließlich für ½ Meile, wenn er aber ½ Meile übersteigt, für eine volle Meile gerechnet.

c) Wird die Reise von einem Stationsorte der Post oder der Eisenbahn nach einem andern solchen Stationsorte gemacht, so ist nur die Posttaxe, oder die Eisenbahntaxe zweiter Classe zu berechnen, vorausgesetzt daß die Reise auf diese Weise gemacht werden konnte.

d) Wird die Reise zu Wagen gemacht, so sind die Reisekosten dem den Termin leitenden Richter, gegen die Verpflichtung, für den angemessenen Transport des übrigen Gerichtspersonals mit zu sorgen, allein zu überweisen, sonst aber zwischen dem betheiligten Richter und Protocollführer resp. Staats-Anwalte gleichmäßig zu theilen.

e) Sind die Transportkosten mit dem unter № 36 ausgeworfenen Betrage nicht zu bestreiten, so passirt, gegen specielle Nachweisung, der wirklich verausgabte höhere Satz.

f) Bei auswärtigen Auctionen sind die Diäten des Secretairs oder Unterbedienten von der gesetzlichen Auctionsgebühr vorweg zu nehmen, die Reisekosten des Secretairs aber von der Partei neben letzter zu zahlen.

Bei Inventuren, Versiegelungen und Entsiegelungen hat die Partei neben der gesetzlichen Gebühr sowohl die Reisekosten als Diäten zu entrichten.

g) Inventuren und Auctionen unter 200 Rthl. sind in der Regel den Unterbedienten zu übertragen.

IV. Gebühren der Auskunftspersonen.

37) An Zeugengebühr:

a) Zur Entscheidung für Versäumniß und Zehrung, wenn die Zeugen solche verlangen, dem Stande derselben gemäß nach dem Ermessen des Gerichts täglich bis zu 1 Rthl.

b) an Reisekosten

α) wenn die Zeugen den Weg zu Fuße machen: bis zu ½ Meile nach dem Ermessen des Gerichts bis zu 5 Sgr., über ½ Meile und für jede ganze Meile nach dem Ermessen des Gerichts bis zu 7½ Sgr. Hierin ist die Vergütung für den Rückweg mitbegriffen;

β) können dieselben ihrem Stande nach, auch Alters und Schwachheitswegen, auf Reiten oder Fahren Anspruch machen, so erhalten sie die deshalb verwandten Kosten nach Billigkeit ersetzt.

38) An Gebühren der Sachverständigen werden berechnet:

a) für jeden Tag des Geschäfts 20 Sgr. bis 1 Rthl.;

b) für Reise- und Zehrungskosten, wie bei den Zeugen;

c) für Abfassung des Gutachtens, wenn solches nicht füglich zu Protocoll genommen werden kann und von ihnen schriftlich eingereicht wird, 15 Sgr. bis 1 Rthl.

Für außerordentliche Fälle bleibt den Gerichten eine höhere Bestimmung der Sätze unter dieser Nummer den Umständen nach überlassen.

V. Baare Auslagen des Gerichts,

39) als Porto, Insertionskosten ꝛc. sind ihrem Betrage nach von der betreffenden Partei zu vergüten.

Anhang.

VI. Sporteln bei Erledigung von Requisitionen nicht Lippischer Gerichte.

Bei Requisitionen nicht Lippischer Gerichte sind für deren Erledigung außer den unter № 1. bis V. verzeichneten Sporteln, Gebühren und Auslagen zu erheben:

40) Für die Vernehmung jedes Zeugen oder Sachverständigen, oder einer Partei:
   a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . 5 Sgr
   b) bei den Kreisgerichten . . . . . 10 "

41) Für Mittheilungen von Acten:
   a) bei den Amts-, Stadt- und Kreisgerichten . . . . . 15 "
   b) bei dem Obergerichte . . . . . 1 Rthlr — "

42) Für jeden Anschlag und dessen Abnahme, einschließlich der Documentirung:
   a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . 5 Sgr
   b) bei den Kreisgerichten . . . . . 10 "
   c) beim Obergerichte . . . . . 15 "

43) Für eine Arrestanlage:
   a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . 7½ "
   b) beim Kreisgerichte . . . . . 15 "

44) Für jeden außerhalb der Gerichtsstelle abzuhaltenden Termin:
   a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . — Rthlr 20 Sgr
   b) bei den Kreisgerichten . . . . . 1 " 10 "

An-

Anlage 2.

(Zu §. 378.)

Gebühren-Taxe

für

die Anwälte und Sachführer.

Erster Abschnitt.

Gebühren.

	1. Abtheilung. Taxe in Civilproceßsachen bei den Amts- und Stadtgerichten.	bis 5 ℔		über 5 ℔ bis 10 ℔		über 10 ℔ bis 20 ℔		über 20 ℔ bis 35 ℔		über 35 ℔ bis 50 ℔	
		℔	Sgr	℔	Sgr	℔	Sgr	℔	Sgr	℔	Sgr
1	Für die Durchführung der ganzen Sache, mit Einschluß der einheimischen Termine, jedoch ausschließlich der Rechtsmittel, auswärtigen Termine und der Executionsinstanz	—	15	1	—	2	—	3	—	4	—
2	Für jede mündliche Hauptverhandlung in der Berufungsinstanz a. wenn der Werth der Beschwerde 20 ℔ nicht übersteigt . . . . . 1 ℔ b. wenn der Werth der Beschwerde 20 ℔, jedoch nicht 50 ℔ übersteigt . 1 ℔ 15 Sgr c. wenn der Werth der Beschwerde 50 ℔ übersteigt . . . . . 2 ℔										
2 a.	Für die Auswirkung des Zahlungsbefehls in dem Verfahren bei unstreitigen Schuldforderungen, §. 155 ff., ohne Unterschied des Objects . 5 Sgr nebst den Copialien und baaren Auslagen.										
3	Wird die Sache vor dem ersten Termine oder in demselben durch Vergleich vor der Verhandlung durch Zugeständniß oder einen Contumacialantrag beendigt	—	15	—	20	1	—	1	15	2	—
4	Hört das Mandat des Sachführers oder Anwalts vor der Beendigung der Sache aus irgend einem										

Er-

Erster Abschnitt.

Gebühren.

	1. Abtheilung. Taxe in Civilproceßsachen bei den Amts- und Stadtgerichten.	bis 5 Rthl.	über 5 Rthl. bis 10 Rthl.	über 10 Rthl. bis 20 Rthl.	über 20 Rthl. bis 35 Rthl.	über 35 Rthl. bis 50 Rthl.
		Rthl. Sgr.	Rthl. Sgr.	Rthl. Sgr.	Rthl. Sgr.	Rthl. Sgr.
	Grunde auf, so hat, in Ermangelung einer gütlichen Vereinbarung, das Gericht nach billigem Ermessen über das Deservit des Anwalts zu entscheiden					
5	Widerklagen und Interventionen werden wie selbstständige Klagen behandelt. Gelangt die Sache, in Folge einer die Competenz des Amts- oder Stadtgerichts übersteigenden, gleichzeitig mit der Hauptklage zu verhandelnden Widerklage, an ein anderes Gericht, so findet für den ganzen Proceß die bei diesem geltende Taxe Statt					
6	Für Contumacialanträge und diesen ähnliche, sowohl wider den Gegner als auch wider die eigne Partei, jedoch mit Ausnahme der Anträge in der Executionsinstanz (vergl. № 8), mögen sie schriftlich oder in einheimischen Terminen angebracht werden, ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes $7\frac{1}{2}$ Sgr.					
	Dieselbe Taxe findet bei denjenigen Proceßhandlungen statt, welche einem ganzen Proceßabschnitte angehören, in dessen Kosten die Gegenpartei verurtheilt ist.					
7	Für auswärtige Termine in allen Sachen über 20 Rthl. bis 50 Rthl., sowie in Sachen puncto stupri, einschließlich der Diäten und Versäumniß. (Reisekosten nach № 27) jedoch vorbehältlich der Bestimmungen in §. 379 der Proceß-Ordnung . 1 Rthl.					
	a. Nur für solche Termine, in denen die Gegenwart der Partei oder des Sachführers resp. Anwalts nothwendig ist, passirt eine Vergütung. Unbedingt als solche gelten: Termine zur Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, zur Einnehmung des Augenscheins, zur Ableistung von Eiden, zum Versuche der Güte, wenn sie im Laufe des Verfahrens ausdrücklich zu diesem Zwecke angesetzt werden, endlich solche Termine, wobei das Gericht die Anwesenheit des Sachführers oder Anwalts ausdrücklich verlangt.					

Er-

Erster Abschnitt.

Gebühren.

	1. Abtheilung. Taxe in Civilproceßsachen bei den Amts- und Stadtgerichten.	bis 5 Rthl.		über 5 Rthl. bis 10 Rthl.		über 10 Rthl. bis 20 Rthl.		über 20 Rthl. bis 35 Rthl.		über 35 Rthl. bis 50 Rthl.	
		Rthl.	Sgr.	Rthl.	Sgr.	Rthl.	Sgr.	Rthl.	Sgr.	Rthl.	Sgr.
	b. In allen andern Fällen hat das Gericht über die Nothwendigkeit der Anwesenheit des Sachführers oder Anwalts zu entscheiden.										
	c. Die eigene Partei, welche die Anwesenheit des Sachführers oder Anwalts in einem Termine ausdrücklich fordert, hat für denselben die Gebühr und die Reisekosten, wie für einen nothwendigen, zu vergüten. Leugnet die Partei die Anforderung, so genügt die desfallsige Versicherung des Sachführers oder Anwalts auf seinen Diensteid.										
	d. Hat derselbe Sachführer oder Anwalt gleichzeitig mehrere Termine vor demselben auswärtigen Gerichte oder an demselben Orte, so passirt die unter 7 berechnete Gebühr für jeden besonders, die Reisekosten werden auf alle vertheilt.										
8	Für die Executionsinstanz die Hälfte des Betrages ad I.										
9	Procuraturgebühren. Wenn die Bestellung eines Ortsprocurators erforderlich ist, so erhält dieser										
	a. wenn er dem Stande der Anwälte oder Advocaten angehört, die Hälfte des Betrages ad I., woneben er für abgewartete Termine oder sonstige Geschäfte nichts weiter berechnet.										
	b. außerdem für jeden Monat, worin etwas geschieht	—	$2\frac{1}{2}$	—	$2\frac{1}{2}$	—	$2\frac{1}{2}$	—	4	—	4
	Der Anwalt oder Sachführer erhält die andere Hälfte ad I. und die besonders zu honorirenden Gebühren (ad 2, 3).										
10	Wenn in den vor die Amts- und Stadtgerichte gehörigen Sachen der Werth des Streitgegenstandes 50 Rthl. übersteigt (Besitzstörungen, Arrestklagen und Anträge, Sachen in puncto stupri und Anträge aus executorischen Erkenntnissen oder Urkunden) so										

Er=

Erster Abschnitt.
Gebühren.

	1. Abtheilung. Taxe in Civilproceßsachen bei den Amts- und Stadtgerichten.	bis 5 ₰	über 5 ₰ bis 10 ₰	über 10 ₰ bis 20 ₰	über 20 ₰ bis 35 ₰	über 35 ₰ bis 40 ₰
		₰ Sgr.	₰ Sgr.	₰ Sgr.	₰ Sgr.	₰ Sgr.
	finden die nach der Höhe des Werths bei den Kreisgerichten geltenden Taxen Anwendung. (vergl. jedoch wegen der Termine № 7.)					
11	Handeln die Amts- und Stadtgerichte in Folge einer von einem höhern Gerichte an sie ergangenen Commission oder Requisition, so findet für den Sachführer oder Anwalt dieselbe Taxe Statt, als wenn er vor dem Kreisgerichte aufträte.					
12	In Sachen, deren Durchführung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, kann nach dem Ermessen des Amts- oder Stadtgerichts, die von den Kreisgerichten in Sachen von 50 bis 100 Rthl. stattfindende Taxe zugelassen werden, welches jedoch auf desfallsigen Antrag sofort in einem Decrete ausdrücklich auszusprechen ist.					
13	Findet in Folge einer Klage, deren Gegenstand zur Competenz des Amts- oder Stadtgerichts gehört, die Subhastation eines Grundstücks statt, so werden, wenn der Werth des Grundstücks die Competenzsumme jener Gerichte übersteigt, nach Maßgabe dieses Werthes, die vorkommenden Handlungen der Sachführer oder Anwälte nach der Taxe der Kreisgerichte taxirt.					
	Bemerkung 1. Die in dieser Abtheilung ausgeworfenen Taxen sind nur recipirte Advocaten und Anwälte den Parteien gegenüber berechtigt zu fordern; anderweite Bevollmächtigte haben nur Anspruch auf den Ersatz der baaren Auslagen und auf die unter № 9 b. aufgeführten Procuraturgebühren.					
	Bemerkung 2. Gegen alle Verfügungen der Amts- und Stadtgerichte, welche die Festsetzung von Kosten und die vorstehenden Taxen überhaupt (vergl. auch № 12) betreffen, findet ein Recurs an das Obergericht statt. Für die Verhandlungen und Anträge in der Recursinstanz sind so wenig Gerichts- als Anwaltsgebühren zu berechnen.					

Er-

Erster Abschnitt.
Gebühren.

	2. Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten. A. Anwaltsgebühren.	bis 200 ℳ einschließlich.		über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.		über 500 ℳ bis 2500 ℳ		über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ		über 10,000 ℳ	
		ℳ	Pfg.	ℳ	Pfg.	ℳ	Pfg.	ℳ	Pfg.	ℳ	Pfg.
14	Für Information:										
	a. bei Uebernahme des Processes	1	—	2	—	3	—	5	—	10	—
	b. hat sich der Anwalt gleichzeitig in Bezug auf einen Beweis oder Gegenbeweis durch Zeugen, Sachverständige, Augenschein oder Urkunden instruiren müssen, so wird außerdem in allen Sachen, mit Ausnahme der Executiv- und Wechselsachen, noch die Hälfte des unter a. ausgeworfenen Satzes zugebilligt.										
	Bemerkungen.										
	A. Diese Posten umfassen alle Bemühungen, die der Anwalt behuf der Information übernimmt, namentlich die Einsicht und Extrahirung gerichtlicher und anderer Vor- und Hülfsacten, Urkunden und Rechnungsbücher, die Conferenzen und Correspondenzen. Ist eine Wiederklage erhoben, so wird diese Gebühr für das ganze Verfahren nur einmal, bei Interventionen aber für eine jede einzelne nach deren Gegenstande berechnet.										
	Die Information hat der Anwalt auf Erfordern dem Gerichte vorzulegen.										
	B. Haben jedoch in weitläufigen, besonders in verwickelten und verdunkelten Sachen die Information und die gewöhnlich damit verbundenen Bemühungen behuf der Aufklärung, Feststellung und Nachweisung des Thatbestandes einen solchen Aufwand von Zeit erfordert, daß in den obigen Ansätzen eine genügende Vergütung nicht gefunden werden kann, so darf der Anwalt außerdem von seiner eigenen Partei ein nach Wichtigkeit, Schwierigkeit und Umfang der verrichteten Arbeiten von ihm zu										

Er-

Erster Abschnitt.
Gebühren.

	2. Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten.	bis 200 ℳ einschließlich.		über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.		über 500 ℳ bis 2500 ℳ		über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ		über 10,000 ℳ	
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
	bestimmendes Honorar fordern. Wird wegen Bestreitung der Höhe desselben von Seiten der Partei die Festsetzung durch den Richter erforderlich, so hat dieser zuvörderst auf Antrag des Anwalts die Güte angelegentlich zu versuchen, wenn solche aber nicht erreicht wird, das Honorar in einer Summe festzusetzen, dabei nach billigem Ermessen zu verfahren und sowohl die Partei gegen übertriebene Ansprüche als den Anwalt gegen die Schmälerung eines anständigen Honorars für seine Bemühungen zu schützen.										
	C. Die Gegenpartei hat immer nur die unter 14 a u. b bezeichneten regelmäßigen Sätze zu erstatten.										
15	Procuraturgebühr. Für Einlösung der Bescheide, Führung der Manualacten, Extrahirung der Deservitenrechnungen, Correspondenzen und solche Conferenzen, welche sich nicht auf die Information, sowie für sonstige Arbeiten und Bemühungen, die sich auf den Proceßbetrieb beziehen, monatlich .	—	5	—	5	—	5	—	7½	—	7½
	Bemerkungen.										
	A. Die Procuraturgebühr beginnt mit der ersten gerichtlichen Handlung und hört mit der letzten auf. Ruht die Sache 6 Monat und länger, so wird für diese ganze Zeit des Stillstandes nur ein dreimonatiger Betrag entrichtet.										
	B. Wenn neben dem, am Sitze des zuständigen Gerichts bestellten Anwalte ein auswärtiger Anwalt mit der Instruirung des Processes und der Anfertigung der Proceßschriften beauftragt ist, so erhält der erstere, in Ermangelung einer gütlichen Vereinbarung, die ganze Procuratur-										

Er-

Erster Abschnitt.
Gebühren.

	2. Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten.	bis 200 ℳ einschließlich		über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.		über 500 ℳ bis 2500 ℳ		über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ		über 10,000 ℳ	
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
	gebühr, von der Gebühr für Information (№ 14 a. b.) aber jedenfalls die Hälfte.										
	C. So lange die Sache ausschließlich in einer Instanz bei einem oberen Gerichte anhängig ist, fällt die Procuraturgebühr bei dem Gerichte der untern Instanz ganz weg.										
	In Ermangelung einer desfallsigen besondern Vereinbarung erhält in diesem Falle der bei dem oberen Gerichte bestellte Anwalt die ganze Procuraturgebühr.										
	Für alle in die Positionen 14 und 15 einschlagenden Bemühungen und Arbeiten darf, mit alleiniger Ausnahme der nach der desfallsigen Taxe zu vergütenden nothwendigen oder von der Partei verlangten oder genehmigten Reisen, nichts weiter besonders berechnet werden.										
16	Termine erster Gattung, das heißt solche, in denen der betreffende Anwalt merita causae zu verhandeln hat und wirklich verhandelt	—	20	1	—	1	15	2	—	3	—
	Wenn ein solcher Termin										
	a. über 2 Stunden dauert, oder										
	b. außerhalb des gewöhnlichen Gerichtslocals abgehalten, oder										
	c. die Güte in demselben oder in Folge desselben erreicht wird,										
	so kann berechnet werden	1	—	1	20	2	10	3	—	4	—
17	Termine zweiter Gattung, nämlich alle nicht zu den Terminen erster Gattung gehörige, so wie für den Anwalt, welcher keine merita causae zu verhandeln hat oder verhandelt	—	15	—	20	—	20	1	—	1	—
	Die Gebühr für diese Termine wird erhöhet auf .	—	20	1	—	1	15	2	—	3	—
	a. wenn dieselben außerhalb des gewöhnlichen Gerichtslocals stattfinden, oder										

Erster Abschnitt.
Gebühren.

2. Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten.	bis 200 ℳ einschließlich.		über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.		über 500 ℳ bis 2500 ℳ		über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ		über 10,000 ℳ	
	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.
b. über 2 Stunden dauern, oder c. die Güte in denselben oder in Folge derselben erreicht wird.										
Allgemeine Bestimmungen rücksichtlich beider Gattungen von Terminen.										
A. Licitations- und Liquidations-Termine werden rücksichtlich des Anwalts des Extrahenten nach den Sätzen unter № 16, rücksichtlich der Anwälte sonstiger Interessenten dagegen nach den Sätzen unter № 17 taxirt. Die Classe wird nach der licitirten oder liquidirten Summe berechnet. B. Der Anwalt, welcher in einem Termine außer Vorträgen, die zur ersten Gattung gehören, auch solche macht, die zur 2. Gattung zu rechnen sind, kann dennoch nur die Gebühr für einen Termin 1. Gattung berechnen. Gleichmäßig darf ein Anwalt, der in einem Termine zugleich als Advocat auftritt, nur die Advocatur-Gebühr und wenn er in demselben neben einem Advocaten auftritt, nur die Gebühr für einen Termin 2. Gattung berechnen.										
18 **Schriften erster Gattung.** Für den Bogen, die Seite zu 24 Zeilen und 30 Buchstaben die Zeile, in allen Instanzen	—	20	1	—	1	—	1	15	2	—
Zu den Schriften 1. Gattung gehören solche, die **merita causae** enthalten, also z. B. Klage, Intervention, Provocation, Litisdenunciation, Arrestantrag, Exceptionsschrift, Replik, Duplik, Beweis- und Gegenbeweisschrift, Einführung der Beschwerden in der Instanz der Rechtsmittel, Beschwerdeschriften, Anträge auf provisorische Verfügungen u. s. w.										

Er-

Erster Abschnitt.
Gebühren.

	2 Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten.	bis 200 ℳ einschließlich.		über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.		über 500 ℳ bis 2500 ℳ		über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ		über 10,000 ℳ	
		ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.	ℳ	Sgr.
19	Schriften zweiter Gattung. Für den Bogen zu 24 Zeilen und 30 Buchstaben die Zeile, in allen Instanzen	—	15	—	20	—	20	1	—	1	—
	Zu den Schriften 2. Gattung gehören z. B. einfache Erklärungen und Gegenerklärungen, Gesuche und Anzeigen, Vollmachten, Verhandlung nur verzögerlicher Einreden, Allegationen der Rechtskraft, Einlegung und Entsagung von Rechtsmitteln, Kostenrechnungen, Verhandlungen in der Liquidationsinstanz, Rechnungsablagen u. s. w.										
	Für die gewöhnliche Proceßvollmacht	—	$7\frac{1}{2}$	—	$7\frac{1}{2}$	—	$7\frac{1}{2}$	—	$7\frac{1}{2}$	—	$7\frac{1}{2}$

Allgemeine Bemerkungen zu dieser Abtheilung.

A. Ist eine Wiederklage angestellt, deren Object höher ist als das der Hauptklage, so wird die Classe der Taxe nach jener, sonst allein nach dieser für den ganzen Proceß bestimmt.

B. Die Gebühren für jede Schrift sind unmittelbar unter derselben zu liquidiren und die Gerichte sind befugt und verpflichtet, die obigen Ansätze zu ermäßigen, wenn in den Schriften ungehörige oder ungebührliche Weitschweifigkeiten oder Rechtsausführungen enthalten sind. Jedoch muß der Grund, so wie der Betrag des Absatzes an der regelmäßigen Gebühr angegeben werden. Geschieht dies nicht, so kommen die obigen Ansätze unbedingt zur Anwendung.

Gegen solche Ermäßigungen findet wie bei № 13 ein kostenfreier Recurs an das Obergericht Statt.

Ist die Ermäßigung vom Obergerichte verfügt, so wird unter Bestellung eines andern Referenten von demselben auch über den Recurs entschieden.

Erster Abschnitt.
Gebühren.

2. Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten.	bis 200 ℳ einschließlich.	über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.	über 500 ℳ bis 2500 ℳ	über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ	über 10,000 ℳ
	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.	ℳ Pf.
Für die Verhandlungen in der Recursinstanz sind weder Gerichts- noch Anwalts-Gebühren zu berechnen. C. Bei Berechnung der Bogenzahl kommt für eine einzelne Seite, auch wenn sie nicht voll geschrieben ist, ein Viertel des Betrages für den Bogen zur Berechnung, auch kann das Honorar für eine Schrift nicht unter die Gebühr für einen halben Bogen sinken. D. Für Einreden-, Replik-, und Duplikschriften darf der Regel nach das Honorar nicht über 2 Bogen hoch berechnet und zugebilligt werden. Eine Ausnahme findet nur statt, wenn die Verwickelung des Rechtsfalles oder der Umfang des Proceßmaterials den größeren Umfang derartiger Schriften rechtfertigt. E. Legt ein Anwalt vor Beendigung des Rechtsstreits sein Mandat nieder, so hat das Gericht, falls Differenzen über die Größe der demselben zukommenden Informationsgebühr zwischen ihm und der eigenen Partei entstehen, diese Gebühr auf Antrag des einen oder andern Theils nach Billigkeit festzusetzen.						

Er-

Erster Abschnitt.

Gebühren.

	2. Abtheilung. Taxe in Civilprocessen bei den höheren Gerichten. B. Advocaturgebühren.	bis 200 ℳ einschließlich.		über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.		über 500 ℳ bis 2500 ℳ		über 2500 ℳ bis 10,000 ℳ		über 10,000 ℳ	
		ℳ	Sgr	ℳ	Sgr	ℳ	Sgr	ℳ	Sgr	ℳ	Sgr
20	Für die mündliche Hauptverhandlung										
	1) bei den Kreisgerichten										
	a. in Executiv- und Wechselsachen	1	10	2	20	4	—	5	—	6	—
	b. in allen übrigen Sachen	2	—	4	—	6	—	8	—	10	—
	c. bei Streitpunkten unter 50 Rthl. ohne Rücksicht auf die Proceßart stets	1	10	—	—	—	—	—	—	—	—
	2) bei dem Obergerichte und dem Cassationshofe										
	in allen Sachen ohne Unterschied der Proceßart .	3	—	6	—	9	—	12	—	15	—
	Hat in weitläufigen, besonders in verwickelten und verdunkelten Sachen die Vorbereitung für die mündliche Hauptverhandlung einen solchen Zeitaufwand erfordert, daß in den vorstehenden Ansätzen eine genügende Vergütung nicht gefunden werden kann, so darf der Advocat, in Ermangelung einer desfallsigen ausdrücklichen Verabredung, seinem Klienten gegenüber ein höheres Honorar berechnen und solches vom Gerichte zugebilligt werden.										
	Entstehen in dieser Beziehung Differenzen, so haben die Gerichte nach der Bemerkung B. unter 14 zu verfahren.										
	(Recurs wie bei № 19.)										
21	Für die schriftliche Redaction der mündlichen Vorträge vor dem Obergerichte und dem Cassationshofe à Bogen (vergl № 19)	—	15	—	20	—	20	1	—	1	—

Er=

Erster Abschnitt.
Gebühren.

	3. Abtheilung. Taxe in Concurs-, insolventen Nachlaßsachen und anderen gerichtlichen Vermögensverwaltungen.	bis 200 ℳ einschließlich	über 200 bis 500 ℳ einschl.	über 500 ℳ
	I. Gebühren für die Verwaltung.			
	Für Information und Verwaltung.			
22	A. Wenn das Activvermögen veräußert werden kann und eine möglichst rasche und vortheilhafte Versilberung desselben den Hauptzweck der Verwaltung bildet, mit Rücksicht auf den Gegenstand und auf die Schwierigkeit der Sache:			
	Bei einem Vermögen bis 500 ℳ 3 bis 4 Procent.			
	Bei einem größeren Vermögen bis 10,000 ℳ einschließlich von dem 500 ℳ übersteigenden Betrage, 1 bis 2 Procent.			
	Von dem diese Summe übersteigenden Betrage ½ Procent.			
	B. Wenn das Activ-Vermögen nicht veräußert werden kann und eine möglichst vortheilhafte Verwaltung desselben der Hauptzweck ist, erhält der Verwalter ein mit den Interessenten zu vereinbarendes, in Ermangelung solchen Vereinbarung nach richterlichem Ermessen unter Berücksichtigung des Umfanges und der Schwierigkeit der Verwaltung festzusetzendes jährliches Honorar.			
	C. Kann die unter A bezeichnete Activmasse wegen rechtlicher, von dem Verwalter nicht zu beseitigender Hindernisse ganz oder theilweise nicht sofort veräußert werden, so gebührt demselben, wenn solche vor der Veräußerung länger als ein Jahr verwaltet werden muß, während der Dauer der Verwaltung ein nach dem Betrage des verwalteten Gegenstandes auf die unter B bezeichnete Art festzustellendes Honorar.			
	D. Hat die Masse theils die unter A, theils die unter B bezeichneten Eigenschaften, so findet für jene die unter A, für diese die unter B bezeichnete Vergütung statt.			

Er-

Erster Abschnitt.

Gebühren.

	3. Abtheilung. Taxe in Concurs-, insolventen Nachlaßsachen und anderen gerichtlichen Vermögensverwaltungen.	bis 200 ℳ einschließlich	über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.	über 500 ℳ
	Unter den Ansatz für Information und Verwaltung gehören: die Ermittelung und Feststellung des Activbestandes, Correspondenzen, Conferenzen, die Führung der Verwaltung und des Rechnungswesens, die Erhebung und Auszahlung von Geldern, die Assistenz bei Inventuren, Auctionen, Verpachtungen, überhaupt alle Geschäfte, die von einem geeigneten Verwalter ohne Rechtsbeistand verrichtet werden können.			
	Bedurfte aber ein solcher bei irgend einer gerichtlichen oder außergerichtlichen Verwaltungshandlung oder Arbeit eines Rechtsbeistandes, so werden solche Bemühungen nach der entsprechenden Taxe besonders vergütet.			
	Baare Auslagen, namentlich auch Diäten und Reisekosten, werden ebenfalls nach der Taxe besonders vergütet.			
	Bemerkung.			
	Tritt der Verwalter von dem ihm übertragenen Amte vor der Beendigung der Sache zurück, so ist das ihm für Information und Verwaltung gebührende Honorar vom Gerichte nach Billigkeit festzusetzen. Gegen die desfallsigen Festsetzungen findet der Recurs an das obere Gericht nach Maßgabe der Bestimmungen unter № 19 statt.			
	II. Gebühren für den Concursanwalt.			
23	Information über den Bestand der Passivmasse so wie über angemeldete Forderungen wird mit Berücksichtigung des Umfangs und der Schwierigkeit des Geschäfts vergütet (Civilproceßtaxe, Bem. B zu № 14.)			
24	Procuraturgebühr (vergl. Civilproceßtaxe № 15) im Ganzen.	—	2 ℳ	3 ℳ

Er=

Erster Abschnitt.
Gebühren.

3. Abtheilung. Taxe in Concurs-, insolventen Nachlaßsachen und anderen gerichtlichen Vermögensverwaltungen.	bis 200 ℳ einschließlich	über 200 ℳ bis 500 ℳ einschl.	über 500 ℳ
Bei einer Passivmasse über 2,500 bis 10,000 ℳ einschließlich . . . . . 5 ℳ Ueber 10,000 ℳ . . . . . 10 „			
Bemerkung. 1) Tritt der Concursanwalt von dem ihm übertragenen Amte vor der Beendigung des Concurses zurück, so ist das ihm nach Maßgabe der vorstehenden Sätze gebührende Honorar vom Gerichte nach Billigkeit festzusetzen. Ueber den Recurs gegen die desfallsigen gerichtlichen Verfügungen gelten die unter № 19 enthaltenen Bestimmungen. 2) Führt der Concursanwalt Processe im Interesse der Masse, so berechnet er dafür die Civilproceßtaxe, wie in jedem andern Processe. Sofern ihm aber die Masse die Kosten zu vergüten hat, fallen die Ansätze für Information und Procuraturgebühr weg.			

Zweiter Abschnitt.
Auslagen.

25	Unmittelbare baare Auslagen aller Art, z. B. für Stempelpapier, Gerichtsgebühren, Porto, Botenlohn u. s. w. werden nach ihrem vollen Betrage ersetzt.	
26	Copialien für den Bogen zu 24 Zeilen auf die Seite und in jeder Zeile 30 Buchstaben, wobei auch der nur theilweise beschriebene für voll gerechnet wird.	2½ Sgr
27	Reisen zu Terminen, wenn solche nothwendig (vergl. № 7) oder von der Partei verlangt, oder von ihr genehmigt sind:	
	a. für den Transport, wenn solchen der Anwalt selbst besorgt hat, für jede sowohl auf der Hin- als auf der Rückreise zurückgelegte Postmeile	22½ Sgr
	α. Für eine volle Meile darf auch dann berechnet werden, wenn die wirkliche Entfernung weniger beträgt.	
	β. Bei größeren Entfernungen wird, wenn außer den vollen Meilen noch ein Bruchtheil übrig ist, dieser bis zu ½ Meile einschließlich für ½ Meile, wenn er aber ½ Meile übersteigt, für eine volle Meile gerechnet.	
	γ. Wird die Reise von einem Stationsorte der Post oder der Eisenbahn nach einem andern solcher Stationsorte gemacht, so ist nur die Posttaxe oder die Eisenbahntaxe 2. Classe zu berechnen. Hat nach der Versicherung des Anwalts dieser die Eisenbahn oder Post nicht benützen können, so kommt die vorstehende Meilentaxe zur Anwendung.	
	b. Für Versäumniß und Diäten wird vergütet, wenn die Hin- und Herreise, und zwar bei einer Reise auf der Eisenbahn mit Einschluß des Aufenthalts auf den Bahnhöfen, dauerte:	
	α. bis zu drei Stunden, à Stunde	20 Sgr
	β. bis zu sechs Stunden oder einen ganzen Tag . .	3 Thlr
	1. Ist die Reise nicht auf der Eisenbahn gemacht, so wird dabei für jede Postmeile, sowohl der Hin- als Herreise eine Stunde gerechnet.	
	2. War die Reise mehrtägig, was bei der Entfernung von drei Postmeilen präsumirt wird, so darf, außer vorstehender Meilentaxe, noch für jede außerhalb des Wohnorts zugebrachte Nacht berechnet werden	1 Thlr

Zweiter Abschnitt.

Auslagen.

3. Bei mehreren an demselben Tage abgehaltenen Terminen werden die Transportkosten und Diäten nur einmal erhoben und bei verschiedenen Parteien auf diese repartirt. Die Gebühren für die Abhaltung der Termine selbst werden sämmtlich tarmäßig berechnet. —

4. Die Parteien selbst können Reisekosten und Versäumniß nur in den Fällen berechnen, wo solche nothwendig waren.

Die gerichtliche Feststellung derartiger Kosten erfolgt nach Analogie der Bestimmungen über die Vergütung dieser Kosten an Zeugen.

An-

Anhang.

Taxe in nicht processualischen Rechtssachen.

1) Consultationen in schwierigen Rechtssachen.
Wie Termine in Civilsachen, in denen merita causae vorgetragen worden. Dahin gehören: Consultationen über streitige Gegenstände überhaupt, über den Abschluß von Contracten, über die Abfassung von Testamenten, Erbtheilungen u. dgl.; ferner Unterhandlungen behuf Erreichung eines Vergleichs, Accords, Moratoriums u. s. w., ohne Einrechnung von schriftlichen, besonders zu vergütenden Arbeiten.

2) Schriften.
A. Ist die Sache rechtlich oder factisch verwickelt, wie Proceßschriften erster Gattung.
B. Ist dieselbe einfach, wie Proceßschriften zweiter Gattung.

Bemerkung.

Ueber den speciell anzuwendenden Gebührensatz (1. bis 5. Columne) entscheidet die größere oder geringere Bedeutung des Gegenstandes und des Zweckes der Schrift.

Bei Gutachten und Testamenten in wichtigen und verwickelten Fällen ist ein Honorar bis zum doppelten Betrage der gewöhnlichen Sätze zulässig.

3) Termine vor anderen, als richterlichen Behörden, analog wie Termine in Civilproceßsachen.

4) Geschäfte, bei denen vorzugsweise nur die Versäumniß zu vergüten ist, z. B. Wege, Erkundigungen, Beistand bei Inventuren, sowie ähnliche Bemühungen, nach der größeren oder geringeren Erheblichkeit des Gegenstandes
a. für die Stunde.

1.	J. S. bis	200	Rbl	. . . . .	10 Kop
2.	" "	500	"	. . . . .	15 "
3.	" "	2500	"	. . . . .	15 "
4.	" "	10000	"	und darüber . . .	20 "

b. für

b. für den Tag

1.	bis	200 ₰	. . . . .	2 ₰
2.	"	500 "	. . . . .	3 "
3.	"	2500 "	. . . . .	3 "
4.	"	10000 "	und darüber	4 "

5) Sonstige außergerichtliche Geschäfte, z. B. Lesen und Excerpiren von Acten, Durchsicht von Urkunden, Aufstellung und Prüfung von Rechnungen, Unterredungen über Rechtsangelegenheiten, Assistenz bei Aufnahme und Vollziehung von Rechtsgeschäften u. dergl.

a. für die Stunde

1.	bis	200 ₰	— 10 Sgr.	à Tag	3 ₰
2.	"	500 "	— 20 "	"	4 "
3.	"	2500 "	— 20 "	"	4 "
4.	"	10000 "	— 1 ₰	"	5 "
5.	über	10000 "	— 1 "	"	5 "

6) Erhebung und Auszahlung von Geldern.

a. bis 24 ₰ vom Thaler 1 Sgr. 3 Pf.,
b. über 24 ₰ bis 100 ₰ im Ganzen 1 ₰,
c. von 100 ₰ bis 200 ₰ 1 pCt.,
d. von dem 200 ₰ überschießenden Betrage bis 500 ₰ einschließlich, ½ pCt.
e. von dem 500 ₰ überschießenden Betrage ⅛ pCt.

Allgemeine Bemerkung.

Haben sich die Parteien über das Honorar geeinigt, so ist bei der gerichtlichen Feststellung diese Einigung, und nur in deren Ermangelung die Taxe zum Grunde zu legen.

Inhaltsverzeichniß.

Erster Theil.

Tit. 1. Leitende Grundsätze. §§. 1—3.
Tit. 2. Parteien, Anwälte, Sachführer. §§. 4—7.
Tit. 3. Thätigkeit des Staatsanwalts. §§. 8—14.
Tit. 4. Zuständigkeit der Gerichte. §§. 15—19.
Tit. 5. Von den Gerichtsständen. §§. 20—41.
Tit. 6. Von Ablehnung der Gerichtspersonen. §§. 42—51.
Tit. 7. Von dem Verfahren im Allgemeinen. §§. 52—139.

Zweiter Theil.

Verfahren vor den Amts- und Stadtgerichten.

Tit. 1. Ordentliches Verfahren. §§. 140—154.
Tit. 2. Verfahren bei unstreitigen Schuldforderungen. §§. 155—158.
Tit. 3. Verfahren bei Streitigkeiten über Besitzstörungen. §§. 159—162.
Tit. 4. Von der Aufnahme der Verhandlung. §. 163.

Dritter Theil.

Verfahren vor den Kreisgerichten.

Tit. 1. Ordentliches Verfahren. §§. 164—191.
Tit. 2. Abgekürztes Verfahren. §§. 191—200.
Tit. 3. Verfahren in erster Instanz bei Anordnung von Curatelen über Großjährige. §§. 201—208.
Tit. 4. Allgemeine Bestimmungen. §§. 209 und 210.

Vierter Theil.

Gemeinschaftliche Bestimmungen über außerordentliche Arten des Verfahrens vor den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten.

Tit. 1. Arrestproceß und Inhibition. §§. 211—221.
Tit. 2. Executiv-Proceß. §§. 222—231.
Tit. 3. Wechsel-Proceß. §§. 232—246.
Tit. 4. Provocations-Proceß. §§. 247—252.
Tit. 5. Edictal-Proceß. §§. 253—260.
Tit. 6. Herausgabe von Urkunden. §§. 261—265.
Tit. 7. Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniß. §§. 266—270.
Tit. 8. Manifestationseid. §§. 271—281.
Tit. 9. Concursverfahren. §§. 282—308.

Fünfter Theil.

Verfahren vor dem Obergerichte und dem Cassations-Hofe.

Tit. 1. Allgemeine Bestimmung. §. 309.
Tit. 2. Verfahren bei Berufungen gegen Erkenntnisse der Stadt-, Amts- und Kreisgerichte. §§. 310—317.
Tit. 3. Verfahren bei Berufungen gegen Erkenntnisse erster Instanz des Obergerichts. §§. 318—320.
Tit. 4. Verfahren vor dem Cassations-Hofe. §§. 321—325.

Sechster Theil.

Wiederaufnahme des Verfahrens. §§. 326—335.

Siebenter Theil.

Vollstreckungs-Verfahren.

Tit. 1. Allgemeine Vorschriften. §. 336—354.
Tit. 2. Einzelne Arten der Vollstreckung. §§. 355—376.

Achter Theil.

Gebühren der Gerichte, Anwälte und Sachführer. §§. 377—383.

Entwurf

eines Gesetzes über die Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, nebst Tax-Ordnung.

---

§. 1.

Die mit der Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit beauftragten Amts- und Stadtgerichte haben die Tage in der Woche, welche zur Vornahme derartiger Handlungen von ihnen bestimmt werden, nach Bedürfniß festzusetzen und öffentlich bekannt zu machen.

§. 2.

Die Gerichte dürfen, wenn sie zu einer, den Gesetzen nicht widerstreitenden Handlung der freiwilligen Gerichtsbarkeit von dispositionsfähigen Personen aufgefordert werden, dieselbe an den dafür bestimmten Gerichtstagen nicht verweigern. Zu einer andern Zeit sind sie zu deren Vornahme nur verpflichtet, wenn Gefahr beim Verzuge ist.

Auf Verlangen der Betheiligten sollen sie zur Vornahme derartiger Handlungen außerhalb des Gerichtslocals, sobald die sonstigen Dienstgeschäfte es gestatten, Termin ansetzen.

§. 3.

Gerichtliche Acte können, mit Ausnahme des Falls im §. 4, von dem Richter nur innerhalb seines Gerichtsbezirks vorgenommen werden.

Wegen Vornahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb des Gerichtsbezirks ist der dort zuständige Richter anzugehen.

§. 4.

§. 4.

Der Richter darf in seinen eignen Angelegenheiten oder in Angelegenheiten seiner Angehörigen (§. 73 des Cr. G. B.) keine Urkunden aufnehmen.

Auf den Antrag der Betheiligten ist von dem Richter in derartigen Fällen der Actuar des Gerichts mit der Vornahme zu beauftragen, oder ein benachbartes Gericht zu requiriren, welches einer desfalsigen Requisition statt zu geben hat.

Den Betheiligten steht es jedoch frei, dem Obergerichte von der eingetretenen Behinderung Anzeige zu machen, und hat dasselbe alsdann durch eine kostenfrei zu erlassende Verfügung zweckdienliche Anordnungen zu treffen.

Ein gleiches Verfahren tritt ein im Falle einer sonstigen Verhinderung des zuständigen Gerichts.

§. 5.

Bei der Aufnahme von Protocollen sind die in der Civil-Proceß-Ordnung enthaltenen Vorschriften über die Einrichtung gerichtlicher Protocolle (§. 163) zu beachten.

Die daselbst dem Richter ertheilte Befugniß, das Protocoll selbst zu führen, findet keine Anwendung, sobald es sich um die Entgegennahme oder um die Errichtung von Testamenten und andern letztwilligen Verfügungen handelt.

Der Unterzeichnung des Protocolls durch die Anwesenden bedarf es nicht, wenn dasselbe über eine gehaltene Auction, oder über den Verkauf von Immobilien im Meistgebot, oder über Verpachtungen im Meistgebot aufgenommen wird.

Zusätze und Veränderungen sind am Rande des Protocolls vorzunehmen und daselbst zu unterzeichnen. Sie können aber auch dort numerirt und am Schlusse des Protocolls, vor der Unterzeichnung, in der Reihenfolge nach ihrem ganzen Inhalte nochmals aufgeführt werden.

§. 6.

Wenn dem Gericht der Namen, Stand und Wohnort einer Partei nicht bekannt ist, so muß ihm solches durch zwei Zeugen zu Protocoll bezeugt werden.

§. 7.

Bei der Beglaubigung von Unterschriften oder bei der Beglaubigung einer Unterzeichnung Schreibens unkundiger oder unfähiger Personen hat das Gericht nur die in seiner Gegenwart vorgenommene oder anerkannte Unterschrift oder Unterzeichnung zu beurkunden.

§. 8.

§. 8.

Von den aufgenommenen Protocollen und sonstigen Verhandlungen ist den Parteien, ihren legitimirten Vertretern oder Rechtsnachfolgern auf Verlangen eine Abschrift oder Ausfertigung zu ertheilen; dritten Personen aber nur mit Bewilligung der Partei oder in Folge einer gerichtlichen Verfügung.

§. 9.

Die nach der Vormundschafts-Ordnung vom 1. Juli 1777 jährlich aufzustellenden Vormundschafts-Tabellen sind zur Revision an das Obergericht einzusenden.

§. 10.

Die Oberaufsicht über die Amts- und Stadtgerichte bei der Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird von dem Obergericht geführt. Bei demselben sind etwaige Beschwerden zur endgültigen Entscheidung anzubringen.

§. 11.

Die Taxen, welche für die Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit anzuwenden sind, enthält die Anlage.

Neben den Sportelsätzen unter Lit. A.—F. einschließlich und unter Lit. G. Nr. 1 wird ein gleicher Betrag als Stempelgebühr erhoben.

Tax-Ordnung

für die Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

A. In Vormundschafts- und Curatel-Sachen.

1) Für Anordnung einer Vormundschaft oder Curatel und das zu ertheilende tutorium oder curatorium:

wenn das Vermögen beträgt:

bis	100	Rthl.	einschließlich	.	nichts.		
„	500	„	„	.	— Rthl.	10	Sgr.
„	1000	„	„	.	— „	20	„
„	5000	„	„	.	1 „	15	„
„	10000	„	„	.	3 „	—	„
über	10000	„	.	.	5 „	—	„

2) Für

2) Für die Abnahme der Vormundschafts- und Curatel-Rechnungen und Ertheilung der Decharge, für jede Jahres-Rechnung:

wenn das Vermögen beträgt:

bis	100	Rthl.	einschließlich	.	nichts.	
"	500	"	"	.	— Rthl.	10 Sgr.
"	1000	"	"	.	— "	15 "
"	5000	"	"	.	1 "	— "
"	10000	"	"	.	3 "	— "
über	10000	"	.	.	5 "	— "

3) Für eine Großjährigkeits-Erklärung,

wenn das Vermögen beträgt:

bis	100	Rthl.	einschließlich	.	— Rthl.	15 Sgr.
"	500	"	"	.	1 "	— "
"	1000	"	"	.	2 "	— "
"	5000	"	"	.	3 "	— "
über	5000	"	.	.	5 "	— "

B. In Depositen-Sachen.

1) Die in der Gebühren-Taxe für Civil-Processe bestimmten Beträge kommen in Anwendung.

2) Für die deposita in Vormundschaftssachen sind, der Vormundschaftsordnung gemäß, keine Gebühren zu berechnen.

3) Für die Verwaltung von Geld-Depositen, welche vom Gericht verzinslich ausgeliehen werden, wenn die jährlich zu erhebenden Zinsen betragen:

bis	5	Rthl.	einschließlich	. .	nichts.	
"	25	"	"	. .	— Rthl.	15 Sgr.
"	50	"	"	. .	1 "	— "
über	50	"	.	. .	2 "	— " von der

jährlich zu verrechnenden Summe.

C. Veräußerungen und Erbtheilungen.

Für die Aufnahme von Kauf- und andern, das Eigenthum übertragenden Contracten, so wie für Erbtheilungen und Brautschatz-Verschreibungen, ausschließlich von Colonaten, wenn der Gegenstand beträgt:

bis	50	Rthl.	einschließlich	. .	— Rthl.	15 Sgr.
"	100	"	"	. .	— "	20 "

bis

bis	200	Rthl.	einschließlich	. .	1	Rthl. —	Sgr.
„	500	„	„	. .	2	„ —	„
„	1000	„	„	. .	3	„ —	„
über	1000	„	.	. .	ein halbes Procent.		

Für die Bestätigung derartiger Verträge und die Vollziehung der dadurch nöthig gewordenen Umschreibungen im Cataster werden keine Gebühren berechnet.

D. Eheverschreibungen und Colonats-Uebertragungen.

1) Für die Aufnahme einer Eheverschreibung, in welcher zugleich ländlicher Grundbesitz übertragen wird, einschließlich der damit verbundenen Leibzuchts-Verschreibung, wenn der Ertrag der Güter zum Cataster tarirt ist:

bis	20	Rthl.	einschließlich	. .	1	Rthl. —	Sgr.
„	50	„	„	. .	1	„ 15	„
„	100	„	„	. .	2	„ —	„
„	200	„	„	. .	3	„ —	„
über	200	„	.	. .	5	„ —	„

2) Für die Aufnahme einer Eheverschreibung, welche zugleich eine Brautschatz-Verschreibung von Colonaten enthält, ebenso für eine Brautschatz-Verschreibung ohne Eheverschreibung wird die Hälfte der obigen Taxen angesetzt.

3) Für eine Eheverschreibung, in welcher eine Colonats-Uebertragung oder Brautschatz-Verschreibung nicht vorkommt . . 1 Rthl.

E. Schuld-Verschreibungen und Ingrossationen.

1) Für die Aufnahme von Schuld- und Pfandverschreibungen, Cautions- und Bürgschafts-Bestellungen und deren Eintragung in das Hypothekenbuch, wenn der Gegenstand beträgt:

bis	50	Rthl.	einschließlich	. .	—	Rthl. 10	Sgr.
„	100	„	„	. .	—	„ 15	„
„	200	„	„	. .	—	„ 20	„
„	500	„	„	. .	1	„ —	„
„	1000	„	„	. .	2	„ —	„
„	5000	„	„	. .	3	„ —	„
über	5000	„	.	. .	5	„ —	„

2) Dieselbe Gebühr wird angesetzt, wenn lediglich die Ingrossation einer Schuldverschreibung u. s. w. zu vollziehen ist.

3) Für

3) Für die Aufnahme einer solchen Verschreibung, deren Ingrossation nicht beantragt ist, wenn sie einen besondern Act der freiwilligen Gerichtsbarkeit bildet, wird die Hälfte der obigen Sätze berechnet.

4) Für die Ingrossation der aus der Leihecasse angeliehenen Capitalien wird die Hälfte der Gebühren sub 1 angesetzt. Die Ingrossation der Unterstützungscasse-Capitalien ist kostenfrei zu vollziehen.

5) Für die Eintragung von Cessionen, Verpfändung ingrossirter Obligationen und derartige Bemerkungen in das Hypothekenbuch, für die Löschungen von Ingrossationen,

wenn der Gegenstand beträgt:

bis 50	Rthl.	einschließlich	.	.	5	Sgr.	—	Pf.
„ 100	„	„	.	.	7	„	6	„
über 100	„	.	.	.	10	„	—	„

F. Testamente.

1) Wenn Testamente und andere letztwillige Verfügungen vor Gericht errichtet werden: $1^1/_2$ bis 3 Rthl.

2) Wenn derartige Verfügungen an das Gericht eingeliefert werden: 1 bis 2 Rthl.

3) Für den Depositionsschein, in beiden Fällen . . 10 Sgr.

4) Für die Zurücknahme eines deponirten Testaments . 20 Sgr.

5) Für die Publication einer letztwilligen Verfügung, wenn das Vermögen nach ohngefährem Anschlage beträgt:

bis 500	Rthl.	einschließlich	.	.	.	1	Rthl.
„ 1000	„	„	.	.	.	2	„
„ 5000	„	„	.	.	.	3	„
„ 10000	„	„	.	.	.	5	„
über 10000	„	.	.	.	.	10	„

G. Allgemeine Bestimmungen.

1) Für die Aufnahme selbstständiger Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, für welche specielle Taxen nicht vorgeschrieben sind, kommen zum Ansatz:

für ein Protocoll . 10 Sgr. bis 1 Rthl.

für eine Verfügung . 5 Sgr. bis 10 Sgr.

Ist der Gegenstand jedoch von besonderer Wichtigkeit und nimmt die Aufnahme der Verhandlung längere Zeit in Anspruch, so kann dafür eine Gebühr bis zu 3 Rthl. in Ansatz gebracht werden.

2) Für

2) Für die Beglaubigung von Unterschriften und dergleichen, für Lebens-Atteste und ähnliche Zeugnisse, für Extracte aus dem Hypothekenbuche und Cataster werden 5 Sgr. bis 15 Sgr. berechnet.

3) Die Schreib- und Zufertigungs-Gebühren sind nach den Bestimmungen, welche die Sportel-Taxe in Civil-Processen enthält, zu berechnen.

4) Wird die Zufügung des Gerichtssiegels begehrt, so ist dafür eine Taxe von $2^1/_2$ Sgr. besonders anzusetzen.

5) Für Versiegelungen, Entsiegelungen, Auctionen und Subhastationen, sind die in der Sportel-Taxe für Civil-Processe vorgeschriebenen Beträge an Sporteln resp. Stempelgebühr in Ansatz zu bringen.

6) Werden Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb des Gerichts-Locals vorgenommen, so sind, außer den dafür zu berechnenden Gebühren, die Diäten und Reisekosten nach der Sportel-Taxe für Civil-Processe zu vergüten.

7) In Ablösungssachen sind die seitherigen Taxen zum Ansatz zu bringen.

Entwurf

eines Gesetzes, die Einführung der neuen Justizorganisations-Gesetze betreffend.

---

§. 1.

Die Gesetze:

1) über die Verfassung der Gerichte und der Staats-Behörde bei denselben (Gerichtsordnung),
2) über die Advokaten und Anwälte (Advokaten-Ordnung),
3) über die juristischen Prüfungen,
4) über das gerichtliche Verfahren in Strafsachen, (Straf-Proceß-Ordnung),
5) über die gerichtliche Polizei und die mit deren Ausübung beauftragten Beamten,
6) über das gerichtliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (Civil-Proceß-Ordnung), und

7) über

7) über das gerichtliche Verfahren in nicht streitigen Rechtssachen, (über die freiwillige Gerichtsbarkeit);

treten unter den in den §§. 2 — 16 einschl. folgenden nähern Bestimmungen mit dem 1. Oktober 1851 in Wirksamkeit.

§. 2.

Die in §. 2 der Gerichtsordnung gesetzlich ausgesprochene Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung tritt bei den Aemtern bis dahin, wo auch in Beziehung auf die Verwaltung die in der obigen Rücksicht nöthigen Veränderungen vorgenommen sein werden, vorläufig nur in soweit ein, wie dies in den einzelnen Aemtern ohne eine wesentliche Vermehrung des Personals und ohne eine Geschäftsüberladung des einen Beamten im Verhältniß zum andern ausführbar ist. Es soll aber schon jetzt vor der völligen Trennung der Rechtspflege und Verwaltung innerhalb beider Dienstzweige jedem Beamten ein bestimmter selbstständiger Geschäftskreis überwiesen werden.

§. 3.

In denjenigen Aemtern, bei denen vor Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung die durch das Gesetz verfügte Verlegung des Gerichtssitzes nicht wohl ausführbar ist, bleibt die letztere bis dahin ausgesetzt.

§. 4.

Die in §§. 107. 111. der Straf-Proceß-Ordnung vorgeschriebene Aufstellung der Geschworenen-Liste soll für das erste Mal im Monat Juli 1851 vorgenommen werden. Dieselbe ist gültig bis zum 1. Januar 1853.

§. 5.

Vor dem 1. October 1851 anhängig gewordene Strafsachen, in welchen noch kein Erkenntniß verkündigt ist, werden:

1) wenn sie vor die Amts-, Stadt- oder Kreisgerichte gehören, an den öffentlichen Ankläger des nach der neuen Gerichtsverfassung zuständigen Gerichts,
2) wenn sie vor das Schwurgericht gehören, falls die Voruntersuchung als beendigt nicht anzusehen ist, an den Untersuchungsrichter, andernfalls an den Staatsanwalt abgegeben, zur Besorgung des Weitern.

§. 6.

Gegen Straferkenntnisse, welche vor dem 1. October 1851 verkündigt, aber noch nicht vollstreckbar sind, sind die frühern Rechtsmittel nach dem bisherigen Verfahren zulässig.

An

An die Stelle des bisherigen Landes-Criminalgerichts, sowie der Criminalgerichte der Stadt Lemgo und des Amts Blomberg tritt dabei die Anklagekammer des künftigen Obergerichts, an die Stelle des bisherigen Plenums des Criminalgerichts das künftige Obergericht.

Das jetzige Obergericht zu Wolfenbüttel bleibt für die obigen Sachen in demselben Umfange zuständig, wie das bisherige Oberappellationsgericht daselbst.

Die Acten-Verschickung findet dabei ebenfalls wie bisher statt.

§. 7.

Straferkenntnisse, welche entweder in Gemäßheit der Bestimmungen des §. 6 nach dem 1. October 1851 in letzter Instanz abgegeben werden, oder welche am 1. October 1851 vollstreckbar sind, können nur durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, (St.-P.-O., §§. 173 und 174) beseitigt werden.

Die Vollstreckung derselben ist von der Behörde zu besorgen, welcher die Strafproceßordnung sie überträgt und an sie sind zu dem Ende die Acten abzugeben.

§. 8.

Alle vor dem 1. October 1851 anhängig gewordenen Civil-Proceß-Sachen, in welchen noch kein Erkenntniß publicirt oder insinuirt ist, werden an die nach der Gerichtsverfassung zuständigen Gerichte abgegeben.

Ist bereits erkannt, so gehört auch das fernere Verfahren vor das bisher competente Gericht.

Unter einstweiliger Berücksichtigung der in §§. 2. 3. enthaltenen Bestimmungen treten aber dabei an die Stelle des Consistoriums, Hofmarschallamts, Militairgerichts als richterlicher Behörden und des Forstgerichts der Exemten die betreffenden Stadt- und Amtsgerichte; an die Stelle der bisherigen Stadtgerichte zu Lage, Horn, Blomberg und Uflen die künftigen Stadt- und Amtsgerichte daselbst; an die Stelle des bisherigen Amts Schieder das Stadt- und Amtsgericht zu Blomberg; an die Stelle des bisherigen Justizmagistrats, so wie des herrschaftlichen und Stadtgerichts zu Lemgo das künftige Stadtgericht daselbst; an die Stelle des bisherigen Amts Schötmar das künftige Stadt- und Amtsgericht zu Uflen; an die Stelle des bisherigen Stadtgerichts zu Barntrup das Amts- und Stadtgericht zu Alverdissen; an die Stelle der bisherigen Aemter Varenholz, Vogtei Langenholzhausen und Vogtei Hohenhausen, das Amtsgericht zu Hohenhausen; an die Stelle der Justizcanzlei und des Hofgerichts, einschließlich des Generalhofgerichts, das künftige Obergericht.

§. 9.

§. 9.

In den Civil-Sachen, in welchen am 1. October 1851 ein Erkenntniß noch nicht erfolgt ist (§. 8.) wird das Verfahren bis zum Erkenntnisse nach den jetzt bestehenden Vorschriften fortgesetzt.

Das bisherige Proceßverfahren wird jedoch sogleich in folgenden Punkten geändert:

1) die Zulassung der Anwälte in den bei den Aemtern anhängigen Sachen ist nicht ferner beschränkt;
2) die Ertheilung von bedingten Zahlungsbefehlen (Mandaten) ist auch den Aemtern gestattet;
3) bei den an das Obergericht und an das Stadtgericht zu Lemgo zu übergebenden Schriften bedarf es nicht mehr der Exhibition eines Procurators;
4) statt der beim Obergerichte und bei dem Gerichte zu Lemgo bisher gebräuchlichen drei Ordnungsfristen wird eine einmalige Frist bestimmt, oder ein Termin angesetzt;
5) die Ansetzung von Submissionsterminen vor Ertheilung des Erkenntnisses hört künftig auf.

Wird auf Beweis erkannt, so ist mit der Antretung der Beweise und Gegenbeweise, sowie mit den Erklärungen der Parteien über die producirten Beweismittel entweder in Terminen oder innerhalb Fristen nach den bisherigen Vorschriften zu verfahren, wobei es dem richterlichen Ermessen überlassen bleibt, ob förmliche Beweisartikel einzureichen sind, oder nicht. Die weitern Proceßhandlungen aber sind nach den Bestimmungen der Civil-Proceß-Ordnung vorzunehmen.

§. 10.

Ist in einer Civil-Sache vor dem 1. October 1851 bereits ein Interlocut erfolgt, so wird das Beweisverfahren nach den jetzt bestehenden Proceß-Vorschriften, vorbehältlich der in §. 9 enthaltenen Veränderungen, beendet und nach diesen darüber erkannt.

§. 11.

Vor dem 1. October 1851 erhobene Interventionen und Incidentstreite werden nach den in §. §. 9 und 10 gegebenen Bestimmungen behandelt.

§. 12.

In Civilsachen, worin das erste Erkenntniß, sei dies nun ein Beweis- oder ein End-Erkenntniß, bereits vor dem 1. October 1851 erfolgt ist,

ist, sind die bisherigen Rechtsmittel zulässig. Dieselben werden, vorbehältlich der in §. 9. Ziff. 3—5. einschließlich enthaltenen und der weiter unten folgenden Veränderungen nach dem bisherigen Verfahren erledigt, und ist dabei sowohl die Actenverschickung, als die Berufung an das bisherige Oberappellationsgericht zu Wolfenbüttel (§. 6.) gestattet.

Das bisherige Verfahren hinsichtlich der Rechtsmittel erleidet jedoch sogleich folgende Veränderungen:

1) Das der Stadt Lemgo in Sachen bis zur Summe von 40 Rthl. in Werth bisher zustehende privilegium de non appellando wird aufgehoben;
2) Die Erlegung von Succumbenzgeldern hört auf;
3) Die bei Berufungen von Amts- und Stadtgerichts-Erkenntnissen bisher gesetzliche dreimonatliche Frist wird um die Hälfte verkürzt;
4) Den gegen amtliche Erkenntnisse ausgeführten Recursen brauchen nicht nothwendig die Amtsacten in Abschrift beigefügt zu werden. Der Recurrent kann vielmehr darauf antragen, daß die amtlichen Acten im Original eingefordert werden.

Gegen Erkenntnisse erster Instanz, die erst nach dem 1. October 1851 erfolgen, finden nur die in der künftigen Civil-Proceß-Ordnung nachgelassenen Rechtsmittel, und zwar nach Maßgabe des durch dieselben vorgeschriebenen Verfahrens statt.

§. 13.

Die Concurse, in welchen bereits das Prioritäts-Erkenntniß abgegeben ist, werden nach dem bisherigen Verfahren beendigt.

Ist das Prioritäts-Erkenntniß noch nicht abgegeben, so sind die weitern Proceduren nach der Civil-Proceß-Ordnung vorzunehmen.

§. 14.

Vor dem 1. October 1851 rechtskräftig entschiedene Sachen können nur in den Fällen, in welchen nach der Civil-Proceß-Ordnung eine Wiederaufnahme des Verfahrens in Folge der Restitutionsklage oder der Nichtigkeitsklage (§§. 326—335. einschließlich) zulässig ist, wieder zur Verhandlung kommen.

§. 15.

Die Vollstreckung aller rechtskräftigen Erkenntnisse geht, insofern sie nicht bereits vor dem 1. October 1851 verfügt oder beantragt ist, mit dem 1. October 1851 auf die Gerichte über, welchen solche die Civil-Proceß-Ordnung überträgt.

§. 16.

In allen vor dem 1. October. 1851. anhängig gewordenen Straf- und Ci-

Civil-Proceß-Sachen sind bis dahin, daß das Verfahren in ein, nach den neuen Gesetzen zu behandelndes Stadium getreten ist, die Gerichts-Gebühren nach der jetzigen Sporteltaxe, die Advocaten- und Anwalts-Gebühren aber nach den bisherigen Grundsätzen zu berechnen.

§. 17.

Sollte der für die Einführung der neuen Justitzeinrichtungen festgesetzte Termin vom 1. October 1851 wegen eintretender Hindernisse, namentlich wegen der nöthigen Versetzung der Beamten und Einrichtung der Lokale, noch um einige Zeit aufgeschoben werden müssen, so wird im Wege der Verordnung von der Regierung ein anderer Termin bestimmt.

Bemerkungen

zu den die Umgestaltung der Rechtspflege betreffenden Gesetzentwürfen.

A.

Allgemeine Bemerkungen, namentlich auch in Bezug auf den Kostenpunkt.

1) Sogleich nach Beendigung des Landtags im März 1850 ernannte die Regierung für die weitern in Bezug auf die Umgestaltung der Rechtspflege nöthigen Arbeiten eine Commission von Sachkundigen. Dieselbe beschäftigte sich zunächst mit der Prüfung einiger vorher noch in Betracht kommenden allgemeinen Fragen und schritt dann, nachdem sich die Regierung mit den dabei gewonnenen Resultaten einverstanden erklärt hatte, zu der Bearbeitung der einzelnen Gesetzesentwürfe selbst. Die letztern sind, mit Zugrundelegung der braunschweigischen Gesetzgebung, von den einzelnen Commissionsgliedern ausgearbeitet, sodann in gemeinschaftlichen Sitzungen berathen und nachdem sie der Regierung überreicht, auch von dieser noch schließlich einer Prüfung unterworfen worden. Unter jenen allgemeinern Fragen waren hauptsächlich noch zwei näher zu untersuchen, nämlich erstens die Frage wegen Competenz der Amts- und Stadtgerichte, sowie die zum Theil damit zusammenhängende Frage, ob die Errichtung mehrerer Kreisgerichte oder eines einzigen Landgerichts zweckmäßiger sey, und zweitens die Frage, in wie weit sich die Trennung der Justiz von der Verwaltung bei den bisherigen Aemtern schon jetzt durchführen lasse.

2) In Bezug auf die Competenzfrage ergaben die Berichte, welche in Veranlassung des vom Landtage gestellten Antrages, daß die Competenz der Amts- und Stadtgerichte von 50 Rthl. auf 100 Rthl. der Werthsumme erweitert werden möge, von den einzelnen Untergerichten eingezogen wurden, daß bei der letztern Summe von den durchschnittlich in den drei letzten Jahren jährlich im Lande verhandelten 7017 Civilprocessen, statt der 1015 Sachen bei einer Competenz von 50 Rthl., nur 591 übrig blieben, deren Gegenstand eine höhere Summe betraf oder, wenn gleich geringer, doch zu Gelde überhaupt nicht veranschlagt war. Berücksichtigt man außer dem letztern Umstande nun noch ferner die Erweiterung der untergerichtlichen Zuständigkeit in mehreren andern Beziehungen, namentlich in der, daß nach einem weitern Antrage des Landtages auch alle s. g. unstreitigen Forderungen, ohne Rücksicht auf die Summe, bei den Amts- und Stadtgerichten sollen eingeklagt werden können, so wird jene obige für die collegialische Behandlung überhaupt verbleibende Zahl von Sachen leicht noch um einige hundert vermindert werden. Dann ist aber der eigentliche Kern des ganzen auf die Grundsätze der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit gebaueten künftigen Verfahrens zu einer leeren Hülse geworden, aus der sich wenigstens für den Civilproceß von den wohlthätigen Folgen, die man in Beziehung auf Sicherheit, Schnelligkeit und Wohlfeilheit der Rechtspflege von jenem Verfahren im Gegensatz zu dem jetzigen schriftlichen Proceß erwartet, wenig oder nichts entwickeln wird. Wir behalten vielmehr dann der Sache nach das ganze jetzige untergerichtliche Verfahren mit seinen meistens erst in den höhern Instanzen, dann aber zu spät hervortretenden Mängeln auch künftig bei und gönnen den für die Rechtspflege neu aufgestellten Grundsätzen von vorn herein nur einen so geringen Raum, daß sie sich nimmer zu einem kräftigen Leben entfalten können. Soll es daher mit der Umgestaltung der Rechtspflege auch in Civilsachen Ernst werden, will man nicht blos dem Namen nach Verbesserungen vornehmen, so muß auch die mündliche Verhandlung vor einem Richtercollegio in erster Instanz die Regel bilden und hiervon hauptsächlich nur in den Sachen eine Ausnahme gemacht werden, welche entweder dem Objecte nach zu den geringfügigen gehören, oder welche Eile erfordern. Nur bei Festhaltung dieses Grundsatzes läßt es sich namentlich auch rechtfertigen, wenn statt der bisherigen drei Instanzen künftig nur zwei gestattet werden und die Einholung auswärtiger Facultätserkenntnisse ganz aufhört.

Zu diesen in der Sache selbst liegenden Gründen für die Beibehaltung der in dem größten Theile Deutschlands jetzt angenommenen Grenze für die untergerichtliche Competenz, tritt in Beziehung auf unsere speciellen Landesverhält-

verhältnisse noch der äußere Grund hinzu, daß, wenn in der einen Beziehung die Geschäfte der Aemter durch Aufhebung der bisherigen Exemtionen und durch vollständige Uebernahme der freiwilligen Gerichtsbarkeit vermehrt werden sollen, andererseits ihnen auch eine verhältnißmäßige Geschäftserleichterung gewährt werden muß, die sich daher auf die Abnahme so weniger Sachen, wie bei einer Competenzgrenze von 100 Rthl. auf die Collegialgerichte übergehen würden, nicht beschränken darf.

3) Was die weitere Frage betrifft, ob die Collegialjustiz in erster Instanz entweder zweien oder mehreren Kreisgerichten, oder einem einzigen Landgerichte, oder einer oder mehreren Abtheilungen des Obergerichts am zweckmäßigsten übertragen werde, so ergibt sich von selbst, daß bei einer untergerichtlichen Competenz bis zu 50 Rthl. des Proceßgegenstandes ein mit drei Richtern besetztes Landgericht oder ein einziger Senat des Obergerichts für die darnach sich ergebende Zahl der Civilsachen neben den ebenfalls zu ihrer Competenz gehörigen Strafsachen von 14tägiger Gefängnißstrafe oder verhältnißmäßiger Geldstrafe aufwärts bis zu 3 Jahren Gefängniß oder 1 Jahr Zwangsarbeit nicht ausreichen würde. Vielmehr würde, um den Civil- und Strafsachen innerhalb der obigen Competenzgrenzen vorzukommen, in dem einen obigen Falle das Landgericht aus zwei Abtheilungen, also wenigstens aus sechs Richtern und zwei Secretairen bestehen, im andern Falle aber außer dem mit fünf Richtern zu besetzenden Appellationssenat des Obergerichts dasselbe noch zwei andere Abtheilungen mit je drei Richtern und im Ganzen drei Secretaire erhalten müssen. Der Sache nach würde also sowohl bei einer als der andern Einrichtung eine gleiche Anzahl von Richtern und Secretairen für die Handhabung der Collegialjustiz in erster Instanz anzustellen sein, wie sie für zwei Kreisgerichte nöthig ist.

Wollte man dagegen die Competenz der Untergerichte auf 100 Rthl. erweitern und lediglich die sich höher belaufenden Civilsachen mit Ausschluß der Strafsachen dem Landgerichte übertragen, so würden die Kräfte von drei Richtern für einen solchen Geschäftskreis allerdings mehr als ausreichen. Die Arbeit müßte aber doch versehen werden, und fiele in den Civilsachen von 50—100 Rthl. den Amts- und Stadtgerichten, in sämmtlichen sonst zur Competenz der Kreisgerichte gehörigen Strafsachen aber dem Obergerichte anheim. In Folge davon würden jedoch mehrere Untergerichte, namentlich das Untergericht der Stadt Lemgo, das der zu vereinigenden Aemter Blomberg und Schieder und das für beide Vogteien des Amts Varenholz gemeinschaftliche Untergericht, nicht, wie dies bei einer Competenz bis 50 Rthl. möglich sein wird, mit einem einzigen Richter be-

 setzt

setzt werden können, und ferner würde zugleich beim Obergerichte in Rücksicht auf die demselben obliegenden Strafsachen dafür ein besonderer Senat von drei Richtern außer dem Appellationssenat von fünf Richtern vorhanden sein müssen.

Also auch bei dieser Beschränkung eines Landgerichts auf drei Richter, wodurch scheinbar das zweite Kreisgericht erspart wird, kann der Sache nach in Rücksicht auf Personal und Kosten nichts gewonnen werden.

Die Geschäfte werden daher ohne eine Vermehrung der Kosten am besten und natürlichsten vertheilt, wenn wir den braunschweigischen, dort in Beziehung auf die Competenz und den Umfang der Kreisgerichte schon seit einer langen Reihe von Jahren bewährten Einrichtungen folgen, die Competenzgrenze nämlich auf 50 Rthl. festsetzen und für einen District von etwa 50,000 Seelen ein Kreisgericht bilden. Für die darnach nöthigen zwei Kreisgerichte und für die dabei im Ganzen anzustellenden sechs Richter, kann auch bei der künftigen neuen Einrichtung eine wenigstens gleiche Zahl von Richterstellen eingehen, nämlich eine beim Obergerichte, ferner die Richterstellen der Städte Horn, Blomberg, Barntrup, das herrschaftliche und Stadtgericht zu Lemgo, so wie endlich die Richterstelle zu Schieder und eine der jetzigen beiden Richterstellen zu Varenholz, also im Ganzen sieben.

4) In Bezug auf die Frage, in wie weit schon jetzt eine Trennung der Justiz von der Verwaltung durchzuführen sei, wird sich zwar bei denjenigen Aemtern keine besondere Schwierigkeiten darbieten, wo einerseits die Rechtspflege einem Richter unter der Beihülfe eines Actuars einen angemessenen Geschäftskreis gewährt und wo andrerseits die Verwaltung entweder für sich allein einen Mann hinreichend beschäftigt oder umgekehrt so unbedeutend ist, daß sie von dem Rentbeamten, dessen Qualification vorausgesetzt, zugleich mit versehen werden kann. Wo dagegen die mit beiden verbundenen Geschäfte nicht in dem obigen Verhältnisse stehen, da würde ein Verwaltungsbeamter entweder zu wenig oder zu viel Arbeit bekommen, im letzten Falle also eine Vermehrung des Personals nöthig sein. Eine fernere Schwierigkeit bei der sofortigen Durchführung des obigen Grundsatzes wird auch in dem jetzigen Beamtenpersonal selbst liegen, unter dem z. B. ältere Beamte wohl die Verwaltung, aber nicht zugleich die Renthebung übernehmen würden.

Eine definitive Einrichtung wird sich demnach hierbei erst dann treffen lassen, wenn einestheils die Frage feststeht, ob die jetzigen Verhältnisse rücksichtlich der Verwaltung auf dem Lande und darnach also auch der jetzige Umfang der Verwaltungsgeschäfte unverändert bleiben soll oder nicht, und wenn anderntheils nach einer Trennung des Staats- vom Domanialhaushalte

halte die mit der Verwaltung bisher mannigfach verbundenen Renteigeschäfte davon geschieden werden. Bis dahin wird aber da, wo die jetzigen Verhältnisse eine Trennung der Verwaltung von der Rechtspflege nicht sofort auch in den Personen zu lassen, in der Art vorläufig geholfen werden müssen, daß einem und dem andern Beamten nur bestimmte Geschäftszweige der Justiz und Verwaltung, nicht aber ausschließlich innerhalb des einen oder andern Dienstkreises, übertragen werden, wie dies in §. 2 des Einführungs-Gesetzes bestimmt worden ist. Eines ähnlichen Auskunfsmittels bediente man sich bei Einführung der Städteordnung von 1843, wornach zufolge der Bestimmung in §. 111, obwohl in den Städten Justiz und Verwaltung der Hauptsache nach schon länger getrennt waren, dennoch den Stadtrichtern einzelne Zweige der Verwaltung neben ihren Justiz-Geschäften übertragen werden konnten.

5) Einen der wichtigsten unter den allgemeinen Puncten, die bei der künftigen Justizreform in Betracht zu ziehen sind, bilden schließlich die Kosten der neuen Einrichtung und eine Vergleichung derselben mit den bisherigen. Die Regierung hat diesen Punct so genau untersucht, als es den Verhältnissen und der Zeit nach überhaupt möglich war. Namentlich ist für die Berechnung der bisherigen Kosten der Rechtspflege im hiesigen Lande dadurch ein ziemlich sicherer Anhaltspunct gewonnen worden, daß nicht allein die festen Gehälter, sondern auch die Nebeneinkünfte der bei der Justiz beschäftigten Ober-, Hülfs- und Unterbeamten vollständig liquidirt worden sind. Das Resultat dieser Liquidationen findet sich mit den übrigen annähernd berechneten Kosten in Anl. A. summarisch zusammengestellt. Ziehen wir von der darnach sich ergebenden Summe von 61,526 Rthl., welche die gesammte Rechtspflege, einschließlich der Landesverwaltung bei den Aemtern bisher kostete, die Hälfte des Diensteinkommens der Ober-, Hülfs- und Unterbeamten bei den Aemtern und der Bauerrichter mit resp. 11498, 2958 und 2011 = 16,467 Rthl., als etwa für die Verwaltung zu berechnen ab, so ergiebt sich an bisherigen Kosten der Rechtspflege ausschließlich der Betrag von 45,059 Rthl. Wird für die dabei außer Berechnung gebliebenen Kosten der bisherigen Justizpflege beim Consistorio, Hofmarschallamte, Militairgericht und Forstgericht der Eximirten noch eine entsprechende Summe hinzugefügt, so kann also im Ganzen jedenfalls die runde Summe von 45,500 Rthl. angenommen werden.

Dagegen sind die künftigen Kosten der Rechtspflege nach vollständiger Ausführung der neuen Einrichtungen im Ganzen zu 48,444 Rthl., zufolge Anlage B., veranschlagt worden. Werden an außerordentlichen Ausgaben, z. B. für Hülfsrichter ꝛc. ꝛc. noch 1000 Rthl. hinzugerechnet, so ist rund

die

die Summe von 49,500 Rthl. anzunehmen, was auf den Kopf der Bevölkerung des Landes zu 104,000 Seelen ungefähr 14 Sgr. ergiebt. Vergleichsweise soll hier nur angeführt werden, daß im Herzogthum Braunschweig bei einer Bevölkerung von ungefähr 270,000 Seelen die Justizverwaltung für das Jahr 1850 zu 147,500 Rthl. in den Finanzetat aufgenommen worden ist, wobei also etwas über 16 Sgr. auf den Kopf der Bevölkerung kommen. Im Königreich Preußen beträgt der Etat für die Justizpflege im Jahr 1850 — 9,041,326 Rthl. was bei etwa 16,000,000 Einwohnern 17 Sgr. auf den Kopf ausmacht.

6) An sich, d. h. was die Gehälter der Justizbeamten sowie die sonstigen Unkosten betrifft, wird also aus den neuen Einrichtungen keine bedeutende Kostenvermehrung entstehen. Die sich mehr ergebenden 4000 Rthl. werden sich vielmehr bei einer künftigen wohlfeilern Einrichtung der Verwaltung in den Aemtern, für die jetzt oben 16,467 Rthl. gerechnet sind, größtentheils ersparen lassen. *) Dagegen hängt aber die Frage, wieviel die künftige Justizverwaltung dem Staate mehr kosten wird, als die bisherige, hauptsächlich von drei Umständen ab, von denen zwei schon jetzt als gewiß anzunehmen sind, der dritte aber erst nach mehreren Jahren sich übersehen läßt.

Jener erste Umstand, wodurch der Kostenaufwand für die Staatscasse jährlich, nach der Nebenanlage 2 zu Anlage C. um etwa 5534 Rthl. vermehrt wird, besteht darin, daß diejenigen Kosten, welche die sieben Städte und die beiden Patrimonial-Gerichtsherrn der Aemter Blomberg und Iggenhausen für ihre Justizverwaltung jährlich mehr ausgaben, als sie ihnen andrerseits an Sporteln und Strafgeldern einbrachte, künftig vom Staate getragen werden.

Der zweite, noch bei weitem wichtigere Umstand ist der, daß mit der neuen Einrichtung des Justiz- und damit auch des Sporteln-Wesens die bisher von den meisten Beamten bezogenen bedeutenden Sporteln und Nebengebühren fortfallen und, vorbehältlich der Bestimmung im §. 30 der Gerichts-Ordnung, aus Staatsmitteln ersetzt werden müssen. Dieselben be-

---

*) Werden nämlich die jetzigen Aemter Schieder und Blomberg, so wie die beiden jetzigen Vogteien des Amts Varenholz zu einem Verwaltungs-Bezirke vereinigt, und dann in den vier kleinern Bezirken Horn, Blomberg-Schieder, Schwalenberg und Brake, die sämtlich unter 8000 Seelen haben, Verwaltungsbeamte mit 800 Rthl., für die übrigen sechs größern Bezirke aber mit 1000 Rthl. Gehalt und für jeden Bezirk ferner statt der jetzt zur Verwaltung neben Justiz und Rentgeschäften verwandten Unterbedienten und Bauerrichter durchschnittlich zwei Amtsdiener ausschließlich für den Verwaltungsdienst mit 200 Rthl. Gehalt angestellt, so ergiebt sich dann im Ganzen die Summe von 13,200 Rthl., statt der jetzigen 16,467 Rthl., also weniger 3,267 Rthl.

tragen

tragen zufolge der Anlage A., einschließlich der der Verwaltung angehörenden Posten I. 6. 9. 10. 14. 15. der Anlage C. zu 1303 Rthl. im Ganzen 18,722 Rthl., für die Justiz also ausschließlich 17,419 Rthl. Die frühern Nebengebühren werden nun freilich zukünftig in die Sportelnkasse fließen, dem Staate wird dadurch aber bei weitem kein Ersatz gewährt werden.

Der dritte Umstand endlich, durch den die Frage, wie viel künftig aus Staatsmitteln zuzuschießen sei, in sehr hohem Grade bedingt wird, bei dem man aber allerdings andererseits vermittelst der Gesetzgebung selbst die Sache in der Hand hat, besteht in der Ungewißheit über den Ertrag der Sporteln nach den neuen Sporteln-Ordnungen. Hierbei fehlt es nämlich ohne eine mehrjährige Erfahrung an allen sichern Anhaltspuncten. Der Ertrag der bisherigen Sporteln kann dabei keinen Maßstab geben, weil dieselben bisher nach ganz andern Grundsätzen erhoben wurden. Die Zahl der bei den Amts- und Stadtgerichten, sowie der bei den Kreisgerichten jährlich zur Verhandlung kommenden Civilsachen, kann nicht entscheiden, wenn man nicht zugleich die Zahl der speciell unter die verschiedenen Sportelnsätze fallenden Sachen kennt. Ferner läßt sich auch nicht einmal im Allgemeinen die Zahl der vor dem Obergerichte zu verhandelnden und der zur freiwilligen Gerichtsbarkeit gehörigen Sachen angeben. Die Einnahme an Sporteln der Strafrechtspflege ist eben so schwer zu berechnen.

Erst die künftige Erfahrung kann hier also sichere Resultate gewähren und zugleich die Frage entscheiden, ob die in den braunschweigischen Sporteln-Ordnungen bestimmten Sätze nicht vielleicht zu gering sind und daher angemessen erhöht werden müssen, wenn den die Thätigkeit der Gerichte in Anspruch nehmenden Personen auf Kosten des Staats nicht eine zu große Erleichterung gewährt werden soll.

7) Wollen wir aber schon jetzt den Versuch einer Berechnung des künftigen Ertrages der Sporteln nach den braunschweigischen Sporteln-Ordnungen für Civil- und Strafsachen machen, so bietet sich dafür folgender freilich in mehrfacher Beziehung nicht zuverlässiger Anhaltspunkt dar.

In dem Herzoglich-Braunschweigischen Finanzetat für 1851 ist der Ertrag der Gerichtssporteln zu 26,000 Rthl. angenommen, außer welcher Summe statt der bisherigen 20,000 Rthl. an Nebengebühren, da sich diese allerdings vermindern werden, wenn die Beamten sie nicht mehr selbst beziehen, noch auf etwa 12,000 Rthl. gerechnet wird. Die letztere Summe ist aber dort nicht mit in den Etat aufgenommen, weil diese Nebengebühren unmittelbar wiederum zu den Gerichtsverwaltungskosten verwandt werden. Ferner wird in Braunschweig sowohl von den schriftlichen Eingaben der Parteien

teien in Prozessen, als von Handlungen der s. g. freiwilligen Gerichtsbarkeit eine Stempelsteuer erhoben und dafür in dem Etat für 1851 die Summe von 27,000 Rthl. als Einnahme angenommen. In Bezug auf die Stempelgebühren sind in den Tarordnungen zu den betreffenden hiesigen Gesetzentwürfen Vorschläge gemacht worden, wodurch wahrscheinlich an Stempelgebühren $^2/_3$ der Einnahme an Sporteln einkommen werden.

Ist Letzteres nun der Fall und kann man ferner bei Ausmittelung des Ertrages der Sporteln nach den neuen Sportelnordnungen die braunschweigische und die hiesige Bevölkerung als vergleichenden Maßstab anlegen, so läßt sich, wenn dort bei 270,000 Einwohner 26,000 und 12,000 = 38,000 Rthl. an Sporteln und Nebengebühren erhoben werden, für das hiesige Land bei 104,000 Seelen die Summe von 14,637 Rthl., und kommen $^2/_3$ dieses Betrages als Stempelsteuer hinzu, die Summe von 24,395 Rthl. im Ganzen als künftiger Ertrag an Sporteln, Nebengebühren und Stempeltare annehmen.

8) Können die bisherigen Sporteln von allen Gerichten des Landes, mit Ausschluß der Gerichte zu Detmold, Lemgo und Barntrup, wo die Richter die Sporteln als Nebengebühren beziehen, zu etwa 12,129 Rthl., die Nebengebühren aber zu der von den Beamten liquidirten Summe von 17,419 Rthl. angenommen werden und betragen endlich die Stempelgebühren nach einem zehnjährigen Durchschnitte 1808 Rthl., woraus sich also als bisherige Gesamteinnahme von der Justizpflege mit Ausschluß der Strafgelder die Summe von ungefähr 31,356 Rthl. ergiebt, so würde demnach nach den neuen Sportelnordnungen und Stempeltaren die Summe von 6,961 Rthl. weniger erhoben, als das bisher der Fall gewesen ist. Man könnte also, wenn man erst Erfahrungen über den künftigen Ertrag der Einnahmen von der Rechtspflege gemacht hat, die Sporteltaren noch immer bis zum Betrage dieser letztern Summe erhöhen, ohne den prozeßführenden Parteien und den übrigen Betheiligten im Ganzen eine neue Last im Vergleich zu den jetzt von ihnen gezahlten Sporteln aufzulegen. Ja man würde, wenn man der in Preußen bestehenden Einrichtung folgen wollte, wo die Kosten der Rechtspflege, wie oben erwähnt, 9,041,326 Rthl. betragen und durch die Einnahme an Gerichtssporteln und Stempelsteuer zu 5,494,965 Rthlr. resp. 3,600,000 Rthl. also vollständig gedeckt werden, sogar noch weiter gehn und auch diejenigen 4,000 Rthl. welche nach der obigen Berechnung die Justizpflege nach den neuen Einrichtungen im hiesigen Lande etwa mehr kosten wird als früher, und ferner die 5,534 Rthl., welche der Staat von den Städten und Patrimonialgerichtsherrn als Mehrausgabe dabei übernimmt, ebenfalls noch durch Sporteln aufbringen können, so daß also außer den Zuschüssen, die jetzt

aus

aus öffentlichen Kassen erfolgen, die Justizpflege sich selbst unterhalten und das neben diesen Zuschüssen Fehlende lediglich von den Betheiligten selbst getragen werden müßte.

Am besten wird es aber nach Ansicht der Regierung sein, einstweilen die braunschweigischen Sportelnordnungen mit den hinsichtlich der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Stempeltaxe getroffenen Abänderungen beizubehalten und erst dann eine Erhöhung derselben vorzunehmen, wenn über den Ertrag der Sporteln Erfahrungen gesammelt sein werden.

9) In jedem Falle wird übrigens der Ausfall, der sich bis zu einer solchen Erhöhung der Sporteltaxen ergeben wird und der nach der Anl. C. mit 2 Nebenanlagen zu 16,495 Rthl. berechnet worden ist, auf die Landkasse übernommen werden müssen, da die Landrentei bei deren jetzigem Stande, außer den bisherigen Zuschüssen, die, abgesehn von den Fürstl. Cammer gehörenden Amtslokalen zufolge der Nebenanlage I. zu Anl. C. bereits 14,556 vorbehältlich einer demnächstigen genauen Liquidation betragen, keine neue Ausgaben für die Justizpflege übernehmen kann.

Für den Fall also, daß die vorgeschlagenen neuen Justizeinrichtungen zur Ausführung kommen sollen, beantragt die Regierung, dafür die obige Summe von rund 16,500 Rthl. in den Ausgaben-Etat der Landkasse aufzunehmen, und zwar muß dieser Präjudicialpunkt vorher festgestellt werden, ehe der Landtag in eine Berathung der einzelnen Entwürfe selbst eingeht, da möglicher Weise sonst auf die letztern nur vergeblich Zeit und Arbeit verwandt würde.

B.

Specielle Bemerkungen zu den einzelnen Gesetzentwürfen.

Vorbemerkung.

Zur Begründung der einzelnen Gesetzentwürfe, die sich der Hauptsache nach den herzogl. braunschweigischen Gesetzen anschließen, kann im Ganzen auf diejenigen Motive Bezug genommen werden, welche von dem herzogl. braunschw. Ministerio und von der Commission des dortigen Landtags bekannt gemacht, sowie auf diejenigen Verhandlungen, welche darüber am dortigen Landtage selbst gepflogen sind. Eine übersichtliche Zusammenstellung

dieser Motive und Verhandlungen enthält der 2te Band des von dem Advocaten Degener zu Blankenburg besorgten Werkes: „die größern Justizorganisationsgesetze für das Herzogthum Braunschweig, zusammengestellt von R. Degener, Braunschweig 1850," auf welches Werk daher hier Bezug genommen wird.

Es bedarf in dieser Beziehung sonach nur noch einer Angabe und Erläuterung der einzelnen wichtigern Abweichungen. Minder wichtigere, namentlich wo solche bloß in einer schärfern Fassung oder in einer andern Stellung einzelner Sätze und Paragraphen bestehn, wird sich Jeder leicht selbst erläutern können.

Im Uebrigen ist nur noch zu bemerken, daß die Regierung bei Bearbeitung der Entwürfe von der Ansicht ausgegangen ist, daß bei Annahme derartiger organischer Gesetze eines andern Staates Aenderungen nur mit großer Vorsicht vorzunehmen sind. Theils dürfte es den Verhältnissen eines kleinen Staates überhaupt angemessen sein, anzuerkennen, daß in einem größern Staate eine reichere Erfahrung und größere Umsicht in Ausarbeitung so tief eingreifender Gesetze zu finden sei. Anderntheils aber kann wegen der Gemeinschaftlichkeit des obersten Gerichtshofes nur so der Vortheil uns zu Theil werden, die Erfahrungen mitbenutzen zu können, welche bei Handhabung jener Gesetze und überhaupt in dem neugestalteten Justizleben dort werden gemacht werden. Auch ist es oft nicht leicht, im voraus die Wirkung genau zu übersehn, welche eine einzelne wesentliche Abänderung hervorrufen kann, und ob man nicht am Ende mit einer solchen Abänderung Irrungen und Mißverständnisse herbeiführen würde, welche dem Einzelnen wie dem Ganzen zum großen Nachtheile gereichten. Die Regierung hat daher, wo die Abänderung in den obigen Beziehungen nicht unbedenklich war, solche überhaupt nicht eintreten lassen.

Zu der Gerichtsordnung.

Zu §. 2. Die vorläufige Beschränkung dieser Bestimmung findet sich in §. 2. des Einführungs-Gesetzes, und die nähere Erläuterung dazu in den allgemeinen Bemerkungen.

Ferner zu §. 2. Hinsichtlich der Correctionsstrafen selbst bedarf es vielleicht demnächst noch einiger nähern gesetzlichen Bestimmungen. Im Braunschweigischen wird eine Correctionshaft nicht unter 3 Monaten und

nicht

nicht über 5 Jahre erkannt. Dagegen werden die geringern Strafen in den Local-Gefängnissen abgebüßt.

Zu §. 4. Die Verschmelzung der kleinern Stadtgerichte mit den betreffenden Aemtern ist nach Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit nicht nur ausführbar, sondern entspricht auch dem Zwecke einer Verminderung der Zahl und Kosten der Untergerichte. Ebensowohl zu vereinigen sind die bisherigen beiden Aemter Schieder und Blomberg und die beiden Vogteien des bisherigen Amtes Varenholz. Für die sonach gebildeten 13 Untergerichts-Bezirke wird sowohl nach deren Bevölkerung, als nach der Zahl der in den letztern Jahren bis zu 50 Rthl. verhandelten Civilproceßsachen, regelmäßig ein Richter genügen und nur für die Stadt- und Amtsgerichte Lage und Uflen werden zwei Richter angestellt werden müssen (vrgl. die darüber aufgestellte Tabelle, Anl. D.).

Ferner zu §. 4. Hinsichtlich des Sitzes der Untergerichte mußte, insoweit dabei wegen der obigen Vereinigungen überhaupt eine Veränderung nöthig war, hauptsächlich auf die mehr oder minder dem Mittelpunkte des Gerichtsbezirks sich nähernde Lage des Orts einer- und auf die daselbst vorhandenen Lokalitäten andrerseits Rücksicht genommen werden. In der ersten Beziehung war der Stadt Blomberg, dem Flecken Alverdissen und der Dorfschaft Hohenhausen vor den damit concurrirenden Ortschaften Schieder, Barntrup und Varenholz der Vorzug zu geben, da letztere drei sämmtlich beinah an den Grenzen der betr. Gerichtsbezirke liegen. Was Uflen und Schötmar betrifft, so liegt in dieser Beziehung der letztere Ort freilich um eine geringe Entfernung günstiger, als Uflen. Die letztere Stadt hat sich aber erboten, ohne alle Vergütung nicht allein ein entsprechendes Lokal, sondern auch Heizung und Licht für ein dorthin zu legendes Gericht zu stellen, während in Schötmar, da die Amtsverwaltung dort bleiben würde, erst ein neues Gerichtslocal für Rechnung des Staats zu bauen wäre.

Ferner zu §. 4. Durch die den beiden Kreisgerichten zugetheilten Städte und Aemter wird, wie ein Blick auf die Charte ergiebt, das Land in der Richtung von Osten nach Westen fast in der Mitte durchschnitten und, wie aus der Tabelle Anl. E. hervorgeht, auch in Bezug auf Bevölkerung und Geschäftsumfang das eine Kreisgericht dem andern möglichst gleich gestellt.

Ferner zu §. 4. Es erschien angemessen, den gesetzlichen Termin für das Geschwornengericht, je nachdem eine genügende Anzahl von Sachen vorhanden ist oder nicht, vierteljährlich oder halbjährlich zu bestimmen.

Zu §. 11. Ein gesetzlicher Zwang in der Art, daß jede Klage ohne

 Rück-

Rücksicht auf die sonstigen Competenz-Bestimmungen zum Zweck eines möglichen Vergleichs erst vor die Amts- und Stadtgerichte gebracht werden muß, führt erfahrungsmäßig zu nichts und steht einem raschen Gange der Rechtspflege nur hindernd im Wege. Ganz anders aber verhält sich die Sache, wenn beide Theile den guten Willen haben sich zu vergleichen und sich zu diesem Zweck vor dem Richter einfinden, oder wenn wenigstens der Kläger seine Geneigtheit zu einer gütlichen Beilegung der Sache erklärt und nun den Verklagten zu diesem Zweck ebenfalls vorladen läßt. Will oder kann aber von vornherein der Kläger sich nicht vergleichen, so ist es nur ein unnützer und mit nichts zu rechtfertigender Zeitverlust, wenn man ihn, bloß um einer gesetzlichen Form zu genügen, dennoch zwingt, die Sache zuvörderst zum Zweck des Vergleichs anzubringen.

Ferner zu §. 11. Statt der Worte: — „in allen Strafsachen, bei denen die Strafe 14tägiges Gefängniß oder 10 Rthl. Geld nicht übersteigt," wie es früher von der Regierung, oder: — — „25 Rthl. Geld," wie es vom Landtage vorgeschlagen wurde, ist es offenbar nach §. 18 des Criminal-Gesetzbuches richtiger, allgemein zu sagen: — „oder verhältnißmäßige Geldstrafe," da nach dem obigen §. möglicher Weise 14 Tage Gefängniß einer Geldstrafe von 70 Rthl. entsprechen können.

Zu §. 13. Es erscheint sowohl zum Zweck einer größern Einheit der Rechtssprüche, als auch in der Rücksicht, um die Kreisgerichte im Verhältniß zum Obergerichte etwas in ihren Geschäften zu erleichtern, angemessen, hier von der braunschweigischen Einrichtung, wornach die Kreisgerichte die zweite Instanz für die Amts- und Stadtgerichte bilden, abzuweichen und das Erkenntniß über Berufungen allgemein dem Obergerichte zu übertragen.

Zu §. 14. Zufolge der in Braunschweig bereits gemachten Erfahrungen ist nach den dortigen Bestimmungen die Competenz für die Geschwornengerichte zu ausgedehnt und gereicht namentlich den Geschworenen selbst in sofern zur Beschwerde, als sie zu viel Zeit und Kosten dabei opfern müssen. Man wird dort daher, wenn das Criminal-Gesetzbuch einer demnächstigen Revision unterworfen sein wird, wahrscheinlich die damit zusammenhängenden Grenzen unter № 1 der Competenzbestimmungen enger ziehen. Es steht aber nichts im Wege, schon jetzt die nicht unter den Ziffern 1 — 4 enthaltenen fernern Fälle fortzulassen. Dieselben finden sich, so viel der Regierung bekannt ist, auch in der Gesetzgebung keines andern deutschen Staates vor.

Eben so würde es nach Ansicht der Regierung besser sein, den vor dem Strafgesetze gar nicht vorhandenen Unterschied zwischen politischen und nichtpolitischen Verbrechen ganz fallen zu lassen und also die erstern nur in so weit dem Geschwornengerichte zu überweisen, als sie dem Strafmaß

nach

nach zu den schweren Verbrechen gehören. Das Ansehn der Geschworenengerichte kann nur darunter leiden, wenn sich die politischen Parteien dieses Instituts zu ihren Zwecken bemächtigen.

Zu dem frühern §. 22. Gerichtsferien finden eingezogenen Erkundigungen nach im Herzogthum Braunschweig nicht statt, waren früher auch nur beim Ober-Appellationsgerichte gesetzlich. Es sind dagegen dort Einrichtungen getroffen, daß der Regel nach jedes Jahr sich ein Richter einige Wochen von seiner Arbeit erholen kann. Hiermit ist auch dem Gerichtspersonale besser gedient, als mit Ferien, die für Einzelrichter namentlich der Wirklichkeit nach dennoch nicht vorhanden sind. Man pflegt die Gerichtsferien auch wohl aus Rücksichten gegen die Gerichtseingesessenen in Schutz zu nehmen. Meistens wird dadurch aber nur saumseligen Schuldnern Vorschub geleistet und dem Gläubiger ein offenbares Unrecht zugefügt.

Der frühere §. 22 der Gerichtsordnung ist daher ganz fortgelassen.

Zu §. 29. Die hier bestimmten Gehaltssummen des Gerichtspersonals entsprechen nicht nur den hiesigen Verhältnissen, sondern mit wenigen Ausnahmen auch denjenigen Beträgen, welche dasselbe bisher an fixem Gehalt und Nebengebühren bezogen hat. Daß die letztern ganz fortfallen sollen und den Proceßordnungen zufolge nur wirkliche Unkosten vergütet werden, wird nur gebilligt werden können, um so mehr, da es sich bei der jetzigen Liquidation der Diensteinnahmen gezeigt hat, daß dieselben, gerade in Folge jener Nebengebühren sehr ungleich und unverhältnißmäßig bei den einzelnen Dienststellen vertheilt sind.

Zu §. 30. Die hier hinsichtlich desjenigen Theils der bisherigen Diensteinnahmen, auf welchen überhaupt nicht ein Rechts- sondern nur ein Billigkeits-Anspruch stattfindet, getroffenen Bestimmungen erscheinen der Ordnung gemäß, andrerseits aber auch genügend. In Braunschweig ist diese billige Vergütung von der Staatsregierung selbst bestimmt.

Zu §. 31. Die bisherige Vereinigung von Nebenämtern mit einem Hauptamte muß, insoweit dies in einem kleinen Lande überhaupt möglich ist, nach und nach beseitigt werden, da der Regel nach jeder Staatsdiener seine ganze Zeit und Kraft dem Hauptamte widmen soll. Dennoch werden aber Ausnahmen hierbei unvermeidlich und wird es in manchen Fällen nicht einmal zu ändern sein, daß einem Staatsdiener für ein ihm neu übertragenes Nebenamt eine billige Vergütung gewährt werden muß, weil er ohne alle Gehaltsverbesserung dasselbe natürlich nicht übernehmen würde.

Zu §. 32. Die Bestimmung in diesem §. erschien in Rücksicht auf den §. 10 des Staatsdienst-Gesetzes zur Beseitigung etwaiger Zweifel angemessen.

Advokaten-Ordnung.

Zu §. 1. Denjenigen Motiven, aus welchen man in Braunschweig die Besorgung außergerichtlicher Angelegenheiten ausschließlich den Anwälten, nicht aber zugleich den Advokaten überwiesen hatte, vermochte die Regierung nicht überall beizustimmen. Advokaten und Anwälte sind deßhalb in dieser Beziehung einander gleich gestellt worden.

Zu §. 3. Ebenso erschien es nicht nothwendig, den Wohnort der Advokaten nur auf die Sitze der Kreisgerichte zu beschränken.

Zu §. 5. Da die in Braunschweig gesetzlichen drei Prüfungen hier auf zwei beschränkt worden sind, wovon die zweite zum Richterdienste wie zur Anwaltschaft ganz allgemein befähigt, so war auch kein Grund vorhanden, noch eine besondere Klasse von Obergerichtsanwälten einzuführen.

Ferner zu §. 5. Nach den in Braunschweig eingezogenen Erkundigungen wird nichts im Wege stehn, daß hiesige Advokaten in ihren Sachen, wenn sie es für angemessen erachten, auch beim Cassationshofe zu Wolfenbüttel unter dem Beistande eines dortigen Anwalts mündliche Vorträge halten, und ebenso werden hiesige Anwälte, wenn nur daneben den Vorschriften des §. 5 der Civil-Prozeß-Ordnung genügt wird, dort Schriften in ihren Sachen überreichen können. Es wird dann in dem künftigen Vertrage mit dem herzogl. braunschweigischen Ministerium nur auszusprechen sein, daß das hiesige zweite Examen dieselbe Qualifikation ertheilt, wie das dortige dritte.

Zu §. 11. In Braunschweig können auch Anwälte Ergänzungsrichter sein. Der Regierung erschien es aber besser, sich hierbei nur auf die Advokaten zu beschränken, die wirkliche Anwaltschaft und den Richterdienst aber völlig getrennt zu halten.

Zu §. 27. Denjenigen Staatsdienern, die neben ihren Functionen als solchen bisher zur Advokatur befugt waren, kann dieses Recht, so lange sich in ihrer Dienststellung nichts ändert, nicht wohl genommen werden. Nur bei den Richtern selbst muß die Regel, daß Richterdienst und Anwaltschaft völlig zu trennen sind, wiederum durchgreifen. Aus ähnlichen Gründen könnnen bisherige Advokaten, die zugleich Auditoren sind, in der erstern Eigenschaft aber von dem ihnen im Eingang dieses §. eingeräumten Rechte Gebrauch machen wollen, als Anwälte dann nicht länger Auditoren bleiben.

Zu §. 30. Der Termin ist noch näher zu bestimmen, etwa auf 2 Jahr nach Publikation dieses Gesetzes.

Prü-

Prüfungs-Gesetz.

Den hiesigen Verhältnissen scheint es besser zu entsprechen, wenn statt der in Braunschweig bestimmten Zahl von 5 Examinatoren es hier bei der bisherigen Zahl von dreien belassen, ebenso auch der Vorsitz in der Prüfungs-Commission wie bisher einem Mitgliede der Regierung übertragen wird. In Braunschweig muß ferner von den fünf Examinatoren mindestens ein Mitglied aus der Zahl der Obergerichtsanwälte und müssen drei Mitglieder aus dem Richterpersonal des Obergerichts genommen werden. Bei der Verminderung der Zahl der Examinatoren von fünf auf drei und bei der Theilnahme eines Regierungsmitgliedes an der Commission wird eben die im Entwurfe vorgeschlagene Einrichtung am besten sein. Auch ist es bei der geringen Zahl von Personen, die sich zu Examinatoren eignen, gerathen, bei der Auswahl derselben möglichst freie Hand zu haben.

Zu §. 2. Die braunschweigische Instruction für die Examinatoren ist mittlerweile erschienen und enthält zweckmäßige Bestimmungen, welche der Hauptsache nach mit Ausschluß derjenigen über die dritte Prüfung werden angenommen werden können.

Zu §. 4. Nach §. 5 des braunschweigischen Gesetzes soll die juristische Prüfungs-Commission den Examinanden auch hinsichtlich seiner allgemeinen wissenschaftlichen Bildung prüfen. Dies erscheint aber sowohl in Rücksicht auf die Examinatoren als den Examinanden unangemessen. Die obige Prüfung muß vielmehr, wenn sie nicht, wie dies der Regel nach der Fall sein wird, bereits früher erfolgt ist, noch nachträglich von derjenigen Behörde vorgenommen werden, welche in Bezug auf allgemeine wissenschaftliche Bildung nach vorgängigem Examen Zeugnisse der Reife ertheilt.

Zu §. 12 u. 13. Die Uebergangs-Bestimmungen entsprechen den in §§. 5 und 7 enthaltenen Vorschriften über den Zeitraum und die Art der Beschäftigung zwischen dem ersten und zweiten Examen.

Straf-Prozeß-Ordnung.

Zu §. 4. Der Entwurf hat hinsichtlich der Stellung der Staatsanwaltschaft die braunschweigischen Bestimmungen beibehalten, wornach dieselbe als Organ des Strafgesetzes einen Bestandtheil der richterlichen Gewalt selbst bildet, weshalb denn in Fällen, wo zwischen der Regierung und dem Oberstaatsanwalte über die Frage, ob eine Anklage zu erheben und fortzusetzen sei, oder nicht, verschiedene Meinungen herrschen, nicht die Ansicht der Regie-

Regierung ohne Weiteres den Ausschlag giebt, sondern der Cassationshof als die den Staatsanwälten in ihrer Eigenschaft als öffentliche Ankläger vorgesetzte oberste Disciplinarbehörde entscheidet.

Geht man aber nicht von jenem obigen Grundsatze aus, betrachtet man vielmehr die Staatsanwaltschaft auch hinsichtlich der ihr obliegenden öffentlichen Anklage als Organ der Staatsregierung, deren Anweisungen sie überall und so auch hier Folge zu leisten hat, so ist es allerdings dann richtiger, die Regierung selbst über etwaige Streitfragen der obigen Art entscheiden zu lassen und nur etwa dabei zu bevorworten, daß die Regierung den Staatsanwälten die gerichtliche Verfolgung einer Strafgesetz-Uebertretung, den Fall einer Abolition ausgenommen, nicht verbieten kann. Eine derartige Bestimmung enthält die kurhessische Straf-Proceß-Ordnung §. 75.

Zu §. 21. Da die Recusationsgründe gegen Richter und Secretär landesgesetzlich wenigstens nicht näher bestimmt sind, so erschien es angemessen, auf die in diesem Gesetze selbst §. 109 enthaltenen, hinsichtlich der Geschwornen geltenden Gründe der Unzulässigkeit zu verweisen und etwa noch den Fall hinzuzufügen, wenn Richter und Angeklagter einen Proceß mit einander führen.

Zu §. 43 des braunschweigischen Gesetzes. Dieser §. ist in dem hiesigen Entwurfe ganz fortgelassen, da wenn man eine derartige aus dem englischen Strafverfahren entlehnte Bestimmung für nöthig hält, um den Untersuchungsrichter von vornherein darauf aufmerksam zu machen, daß er kein Inquirent in der frühern Bedeutung dieses Wortes ist, die eigentliche Untersuchung vielmehr dem öffentlichen Hauptverfahren vorbehalten bleibt, es wenigstens doch nicht passend erscheint, dieselbe ausdrücklich in das Gesetz selbst aufzunehmen und dem Angeklagten gleichsam damit den Rath zu geben, daß er zur Angabe der Wahrheit durchaus nicht verpflichtet sei. Durch eine über jenen obigen an sich allerdings richtigen Punkt dem Untersuchungsrichter zu gebende Instruction, wird sich vielmehr dasselbe erreichen lassen.

Zu §. 92. Das braunschweigische Gesetz hat auch hier Stimmeneinhelligkeit der Richter über Thatfragen, wenn dieselben als erwiesen gelten sollen, nur deßhalb gefordert, um auch diese vor die Kreisgerichte gehörenden Vergehen in der obigen Beziehung nach denselben Grundsätzen wie die den Geschwornen-Gerichten überwiesenen Sachen zu behandeln. Da der hiesige Entwurf aber bei den letztern zufolge des §. 142. keine Stimmeneinhelligkeit fordert, so mußte in Uebereinstimmung damit auch hier eine Aenderung getroffen werden.

Zu §§. 106. 107. Hinsichtlich der Bildung der Geschwornenliste sind an den braunschweigischen Bestimmungen hauptsächlich zwei Aenderungen vorgenommen, nämlich erstens, daß die Zahl der Geschwornen nur auf ein halbes Prozent der Bevölkerung festgesetzt, und zweitens, daß ein Theil der Geschwornen freilich sogleich gesetzlich bestimmt ist, ein Theil aber gewählt wird.

In der ersten Beziehung würde man auch in Braunschweig besser gethan haben, statt an jedem der sechs Kreisgerichte jährlich vier, also im Ganzen 24 Schwurgerichtssitzungen zu halten, einen oder zwei Schwurgerichtshöfe für das ganze Land zu bilden und es so möglich zu machen, daß bei einer Bevölkerung von etwa 270,000 Seelen 1350 oder noch weniger Geschworne statt der jetzt kaum ausreichenden 2700 genügen würden. Bei der im Entwurfe für das hiesige Land vorgeschlagenen Einrichtung dagegen wird ein halbes Procent der Bevölkerung, also etwa die Zahl von 500 Geschworenen für die vier oder vielleicht nur zwei jährlichen Sitzungen vollkommen hinreichen, ohne daß der einzelne Geschworene mehr als einmal im Jahr in Anspruch genommen wird.

Was den zweiten obigen Punkt anlangt, so erschien eine Aenderung des braunschweigischen Gesetzes hinsichtlich der zweiten Categorie, den Höchstbesteuerten, bis zur Einführung einer Klassensteuer im hiesigen Lande, schon von selbst nöthig, und in Folge davon auch ein Ersatz der dadurch fortfallenden Anzahl erforderlich. Eine Verbindung beider Principien, das einer gesetzlichen Bestimmung und das einer Wahl der Geschworenen hat aber auch an sich manches für sich, da bei einer rein formellen Durchführung des erstern Grundsatzes doch eine Menge von Staatsbürgern übergangen würde, die sich ihrer Bildung und ihrer Charakterfestigkeit nach gerade vor allen zum Amte eines Geschworenen eigneten. Wenn aber diese Wahl den Communalbehörden übertragen wird, so ist damit eine ziemliche Gewähr dafür gegeben, daß politische Parteirücksichten, die allerdings dem Ansehn der Geschworenengerichte nur schaden können, möglichst davon fern gehalten werden.

Die dritte Braunschweigische Categorie: „pensionirte Offiziere vom Hauptmann an aufwärts", würde für das hiesige Land zu unbedeutend ausfallen, um sie aufzunehmen.

Ebenso erschien es nicht angemessen, unter Nr. 4. des braunschweigischen Gesetzes auch die Mitglieder der Landesversammlung und die Vorsteher der Zünfte beizubehalten.

Dagegen mußten aber unter Nr. 5. des braunschweigischen Gesetzes oder Nr. 3. des hiesigen Entwurfs den Pächtern, auch die Eigenthümer der größern

Landgüter hinzugefügt werden, was in Braunschweig deßhalb sich nicht nöthig bewieß, weil die Eigenthümer schon unter N. 2. als Hochstbesteuerte mitbegriffen waren.

Zu §. 123. Dieser §. wird durch die Bemerkung verständlicher werden, daß nicht für alle Schwurgerichtssachen ohne Unterschied, sondern nur für die voraussichtlich eine längere Zeit erfordernden Ersatzgeschworene zugezogen werden. In diesen Fällen soll sich daher bereits eine größere Anzahl Geschworene (40.) eingefunden haben, ehe die Sitzung eröffnet wird.

Zu §. 142. Wenn gleich die in den Motiven zu dem braunschweigischen Gesetze für das Erforderniß der Stimmeneinhelligkeit der Geschworenen ausgeführten Gründe zum größten Theil als richtig anerkannt werden müssen, so hat die Regierung doch Bedenken getragen, diesen in Deutschland nach ungewöhnlichen Grundsatz anzunehmen. Es ist dafür daher die im kurhessischen Gesetze enthaltene Bestimmung, daß 8 gegen 4 Stimmen zum Nachtheil, 7 gegen 5 aber zum Vortheil des Angeklagten entscheiden, an die Stelle gesetzt. Bewährt sich jener englische und amerikanische Grundsatz nach seiner Ueberpflanzung auf deutschen Boden, wie dies allerdings in der kurzen Zeit der Einführung in Braunschweig dort der Fall gewesen ist, so kann man noch immer ohne Störung für den übrigen Organismus des Gesetzes darauf später zurückkommen.

Gesetz über die gerichtliche Polizei.

Zu §. 5. Hier ist in Uebereinstimmung mit dem braunschweigischen Gesetze an dem §. 2. des hiesigen Gesetzes vom 4. September 1849. die Abänderung getroffen, daß das Recht zu Verhaftungen, Haussuchungen u. s. w. bei Betretungen auf frischer That, vorbehältlich der Bestimmungen in §. 10., den untern Polizeibeamten nicht ohne weiteres, sondern nur dann zusteht, wenn ihnen zugleich das Amt eines öffentlichen Anklägers bei den Amts- und Stadtgerichten übertragen und damit ihre größere Qualifikation bezeugt ist.

Zu §. 18. des Braunschweigischen Gesetzes.

Es erschien der Regierung bedenklich und für den Geschäftsgang auch nicht unbedingt nöthig, der Staatsanwaltschaft selbst das Recht zur Erkennung von Ordnungsstrafen gegen die im übrigen allerdings unter ihrer Aufsicht und Leitung stehenden (§. 2.) Beamten der gerichtlichen Polizei beizulegen. Die Staatsanwälte, so wie der Oberstaatsanwalt haben sich nach dem Entwurfe vielmehr wegen Erkennung von Ordnungsstrafen ebenso an die dem einzelnen Beamten vorgesetzte Disciplinar-Behörde zu wenden, wie

wie dies in §. 19. des braunschweigischen Gesetzes bei eigentlichen Disciplinarstrafen vorgeschrieben ist.

Civil-Proceß-Ordnung.

Zu §. 5. Da die Bestimmungen des braunschw. Gesetzes in dessen §§. 5. 6. 7. 8. 9. nur auf die eigentlichen Anwälte sich beziehen, nämlich auf die bei den Kreisgerichte, dem Obergerichte und dem Cassationshofe zugelassenen Rechtsbeistände, so ist zur größern Deutlichkeit aus jenen §§. ein einziger §. gebildet.

Zu §. 16. Es erschien unbedenklich, für bloße Registratoren keinen besondern Gerichtsstand zu bilden, sondern dieselben dem Gerichte zu unterwerfen, bei welchem sie angestellt sind, da sie ja in keiner wesentlichen Beziehung zu demselben stehn.

Zu §. 17. In diesem §. (Nr. 2. Abs. 2) und in mehreren andern, ist statt „das vorgesetzte Kreisgericht", wie es in dem Br. G. heißt, „das Obergericht" gesetzt, weil die Kreisgerichte hier nur Gerichte erster Instanz sein sollen und es daher nöthig schien, ihnen keine Cognition über die Stadt- und Amtsgerichte beizulegen.

Zu §. 39. 310. wegen den Syndicatsklage,
" " 40. 318. wegen der Nichtigkeitsklage und
" " 48. wegen der Ablehnung (Recusation) von Richtern

hat ein besonderer Instanzenzug eingeführt werden müssen, der einer kurzen Erläuterung bedarf. Da das Obergericht hier nur aus einem Senate bestehn wird, so mußte für die Fälle: a. wenn gegen das Obergericht oder eins seiner Mitglieder eine Entschädigungsklage wegen Pflichtverletzung im Amte (Syndicatsklage) angestellt, oder b. Angestellte des Obergerichts recusirt werden sollen, ein besonderes Gericht erster Instanz geschaffen werden. Es blieb hiebei kaum etwas Andres übrig, als was in dem Entwurfe vorgeschlagen ist, nämlich zu a. daß eins der beiden Kreisgerichte, nach Wahl des Klägers, die Entscheidung fällen, für die 2. Instanz aber das andre Kreisgericht zu jenem hinzutreten soll (§. 39. Nr. 3. §. 310), wohingegen in dem Falle zu b. sogleich in erster Instanz die vereinigten Kreisgerichte zu erkennen haben (§. 48 a. E.), weil es doch für bedenklich gehalten wurde, einem einzelnen Kreisgerichte in solchem Falle die Entscheidung zu übertragen; die 2. Instanz bildet dann das Obergericht selbst, welches aber nach §. 50 durch Zuziehung von Ergänzungsrichtern vervollständigt wird, sobald er durch den Ablehnungsantrag unvollständig werden sollte. Ein dritter

ter Fall ist der, wenn eine Partei behaupten sollte, daß von dem Obergerichte in der Berufungsinstanz eine Nichtigkeit (vgl. die Fälle einer solchen in §. 328) begangen sei. Hier mußte die Entscheidung erster Instanz dem Obergerichte selbst überlassen werden, weil es unthunlich schien, dem untergeordneten Kreisgerichte eine Cognition über Entscheidungen des Obergerichts einzuräumen; die 2. Instanz bilden wiederum die vereinigten Kreisgerichte (§. 320). — Da diese beiden Klagen (§. 39 und 40) selten vorkommen und die Recusationen selten zu einer Berufungsinstanz Veranlassung geben, so dürfte bei dem hier Vorgeschlagenen umsoweniger etwas zu erinnern sein, als ein passenderer Ausweg sich nicht hat finden wollen.

Zu Tit. 6. schien es zweckmäßig, nach dem Vorgange des für das Königreich Hannover ausgearbeiteten Civilproceßgesetz-Entwurfes die Ablehnungsgründe vollständig im Gesetze zu nennen. Auf der andern Seite sind, als Folge hiervon die Bestimmungen im §. 47 des braunschw. Gesetzes und am Schluß des §. 49 weggelassen. Was die letzten anlangt, so würden dadurch leicht Denunciationen des einen Gerichtsmitgliedes gegen das andre befördert sein, und in Beziehung auf die ersteren war kein Grund vorhanden, dem Gerichte die unbeschränkte Macht einzuräumen, eins seiner Mitglieder aus Mißtrauen gegen dasselbe von der Theilnahme an einer Sache auszuschließen, da dies einestheils leicht die unangenehmsten Spannungen innerhalb des Collegii herbeiführen würde, anderntheils aber den Rechtssuchenden durch die weite Ausdehnung ihres Recusationsrechtes, sowie durch die Bestimmung des §. 44, daß jedes Gerichtsmitglied verpflichtet ist, ihm bekannte Ablehnungsgründe gegen sich selbst anzuzeigen, die genügendste Gewißheit gegeben ist, daß nur solche Richter zu Gericht sitzen, gegen welche ein begründetes Bedenken nicht vorliegt.

Der §. 74 ist eingeschaltet, weil, wenn auch der darin ausgesprochene Satz (wie sich aus §. 270 [292], wo von Vernehmung der Zeugen zum ewigen Gedächtniß die Rede ist, sofort herausstellt) nach dem neuen Verfahren sich von selbst versteht, seine ausdrückliche Erwähnung doch erforderlich schien, um Mißverständnissen zu begegnen. Das Recht der Parteien, nach Beendigung des in ihrer Gegenwart vorgenommenen Zeugenverhörs, Fragen an die Zeugen zu richten, dient zur bessern Erforschung der Wahrheit, zur Entfernung von Unklarheiten und Irrthümern, und ist daher nur zur Vermeidung unpassender Discussionen durch den Zusatz beschränkt worden, daß die Fragen, welche die Parteien den Zeugen vorlegen wollen, durch Vermittlung des Richters an dieselben zu stellen sind.

Zu §. 2. Den im braunschw. Gesetz sich findenden Satz, daß über den Erfolg der Beweisführung das Gericht nach gewissenhafter Ueberzeugung erken-

erkennen soll, hielt die Regierung für zu allgemein, da derselbe die Beseitigung aller Beweisregeln in sich schließen würde und eine so bedeutende Abweichung von dem bisherigen Verfahren weder als nothwendig, noch auch als zur Zeit rathsam hat erkannt werden können. Da auch nach dem braunschw. Gesetze eingestandene und eidlich bestärkte Thatsachen als wirklich erwiesen gelten, so bezieht sich jene Vorschrift des braunschw. Gesetzes vornehmlich nur auf den Satz des gemeinen Rechtes, daß zwei tadellose Zeugen, denen kein Gegenbeweis gegenübersteht, bei völliger Uebereinstimmung in ihren Aussagen, vollen Beweis liefern. Dieser Satz, welcher an und für sich schon nichts Bedenkliches hat, wird aber um so mehr beibehalten werden können, als durch die zu §. 74 besprochene Einrichtung Sorge dafür getragen ist, daß bei Vernehmung der Zeugen Irrthümer und Entstellungen nach Möglichkeit vermieden werden. Die Regierung hat daher nur bei Entscheidung der Frage, ob ein Reinigungseid oder ob ein Ergänzungseid aufzulegen sei, die gewissenhafte Ueberzeugung von den ohnehin schwankenden Vorschriften über den sog. halben Beweis entbinden zu müssen geglaubt.

Zu §. 84. Die eventuelle Eidesdelation, welche in Braunschweig abgeschafft ist, weil dort oft Mißbrauch damit getrieben worden, hat hier zu ähnlichen Bedenken keinen Anlaß gegeben und ist daher beibehalten. Es ist oft, wie jeder Sachkenner weiß, unmöglich, zeitig genug (die Beweismittel sollen nach dem neuen Verfahren sogleich bei der Klage und Vernehmlassung, jedenfalls aber im ersten Verfahren, bei Strafe des Ausschlusses angegeben werden) vollständige Nachricht von demjenigen sich zu verschaffen, was die vorhandenen Zeugen auszusagen vermögen; wo dies aber auch möglich ist, stellt sich doch oft bei Vernehmung der Zeugen durch das Gericht, heraus, daß die Aussage derselben mehr oder minder von demjenigen abweicht, was sie der vorschlagenden Partei vorher mitgetheilt haben. Es würde hart sein, unter solchen Umständen dem Beweisführer nur die Wahl zu lassen, gar keine Zeugen oder nur Zeugen zu dem ihm auferlegten Beweise zu benutzen.

Im Zusammenhange hiemit steht die Vorschrift, daß beim Gebrauch der Gewissensvertretung die betreffende Partei nach dem Mißlingen der Beweisführung noch auf den ihr zugeschobenen Haupteid zurückgreifen kann, und es war somit auch hier kein Grund da, dieses Recht, wie es in dem braunschw. Ges. geschehn ist, den Parteien zu nehmen.

Zu §. 102. Während im braunschw. Ges. der §. 106 nur allgemein sagt, daß die Gerichte erster Instanz „in den gesetzlichen Fällen" ihre Erkenntnisse für sofort vollstreckbar erklären können, ungeachtet der dawider zulässi-

zulässigen Rechtsmittel, sind hier diese Fälle einzeln genannt. Damit ist die entsprechende Bestimmung im 46. Titel des 2. Theiles der Hofger.-O. von 1593 außer Kraft gesetzt. Die 18 Fälle, welche dieses Gesetz enthält, sind in den 5 Nummern des §. 102 wiedergegeben, soweit sie die Beibehaltung verdienten.

Zu §. 125. Der im §. 130 Nr. 3. des braunschw. Ges. vorgesehene Fall kann hier nicht eintreten, weil in letzter Instanz immer dasselbe Gericht entscheidet. Derselbe ist daher gestrichen.

Zu 134 und 135 (§. 143 und 144 des braunschw. Ges.). Die Regierung hat es für zweckmäßiger gehalten, daß die Bewilligung des Armenrechtes nicht von dem Ober-Staatsanwalt, sondern von den mit den Verhältnissen der Gerichtseingesessenen besser bekannten Gerichten, jedoch nach Anhörung des Staatsanwalts (Nr. 12 des §. 11), erfolge.

Die §§. 144. 145. enthalten Bestimmungen, welche in dem braunschw. Ges. fehlen. Sie sind aufgenommen, weil sie die Art und Weise der auch Klaganstellung bei den Stadt- und Amtsgerichten klar darlegen.

Zu §§. 150. 180. 315. Das braunschw. Gesetz enthält in seinen §§. 159. 186. 339. für die Erlassung der Erkenntnisse, je nach den Gerichten, von denen sie erlassen werden, folgende Steigerung: 1. die Stadt- und Amtsgerichte können nur ausnahmsweise aus in der Sache liegenden Gründen die Publication des Erkenntnisses bis zur nächsten Gerichtssitzung aussetzen; 2. die Kreisgerichte können nur aus erheblichen, in der Sache liegenden Gründen dieselbe auf 8 Tage aussetzen; 3. das Obergericht verkündet in allen Fällen sofort das Erkenntniß. Sowohl diese Steigerung, wie auch die vorgeschriebene Eile dürften in solcher Weise nicht nöthig sein. Die Regierung hat in ihrem Entwurfe den Stadt- und Amtsgerichten allgemein die Wahl gelassen, das Erkenntniß sofort oder in der nächsten Gerichtssitzung zu verkünden (§. 150.) und bei der Vorschrift rücksichtlich der Kreisgerichte (§. 180.) das Wort „erhebliche" (Gründe) gestrichen. Vielleicht könnte auch in Beziehung auf alle drei Gerichte allgemein vorgeschrieben werden, daß das Erkenntniß entweder sofort oder in einem nicht über 8 Tage hinauszusetzenden und den Parteien sofort bekannt zu machenden Termine eröffnet werden müsse. Die Gründlichkeit bei Abfassung des Urtheils darf nicht, der schnellern Erledigung zu Gefallen, gefährdet werden, und unser bürgerliches Recht ist in wichtigen Punkten noch so zweifelhaft und bestritten, daß es auch einem fähigen Richter nicht immer möglich sein wird, sofort nach dem vollständigen Vortrage einer Sache sein Urtheil über dieselbe abzugeben. Mißbrauch jener richterlichen Befugniß ist nicht zu erwarten, und eine Verzögerung des Processes wird

man

man es auch nicht nennen können, wenn das Urtheil acht Tage länger auf sich warten läßt, da anderweit dafür gesorgt ist, daß das Verfahren künftig auf's schnellste vorschreite. Auf der andern Seite ist allerdings sehr wichtig, daß möglichst bald nach der mündlichen Verhandlung das Urtheil erfolge, weil diese grade bestimmend für dasselbe sein soll. Für die allgemeinen summarischen Processe (Theil 3 Tit. 2) und die einzelnen Arten der schneller zu erledigenden Sachen (Theil 4) erfolgt übrigens das Erkenntniß in der Regel sofort, vrgl. §. 196 und 198 a. E., §. 215, §. 225 a. E. und §. 226, §. 252, §. 264, §. 277.

Tit. 2 (§. 155—58) ist nach dem am vorigen Landtage geäußerten Wunsche ausgearbeitet.

§. 197 des braunschw. Ges. fällt nach §. 102 hier aus. Die im

§. 198 daselbst enthaltene Bestimmung (Nr. 1), daß in dinglichen Rechtsstreiten unter 100 Rthl. ein abgekürztes Verfahren eintreten solle, ist für bedenklich gehalten, weil diese Processe oft schwierig sind. Es ist immer mißlich, nach der Summe des Streitgegenstandes ein für alle Male bestimmen zu wollen, ob derselbe ein sorgsames oder nur ein abgekürztes Verfahren verdiene, da die Schwierigkeiten eines Rechtsstreites bekanntlich mit der Summe nichts zu thun haben und diese letzten ohnehin für den einen bedeutend, für den andern unbedeutend ist, je nach den Vermögensverhältnissen. Die Regierung hat daher auch in № 2 die Summe der persönlichen Klagen, welche summarisch behandelt werden sollen, nicht wie im braunschw. Ges. auf 200 Rthl. bestimmen können, sondern auf 100 Rthl. festgesetzt. Die Bestimmung in № 4 des §. ist gestrichen, weil Streitigkeiten über Dienstverhältnisse gewiß ohne Ausnahme vor die Amts- und Stadtgerichte gehören, Geldforderungen in der Regel unter Nr. 1. fallen, Klagen wegen Zinsen von ingrossirten Capitalien und Renten, die sich aus dem Saalbuche ergeben, unter der Bestimmung in Nr. 2. begriffen sind, und Klagen aus Pacht- und Mieth-Verhältnissen, welche weder unter die Bestimmung Nr. 1. fallen, noch auch zur Competenz der Amts- und Stadtgerichte gehören, zu einem summarischen Verfahren nicht geeignet sind.

§. 207 des braunschw. Ges. fällt nach §. 102 hier weg.

Tit. 4. das. fällt für uns weg, weil die Kreisgerichte nur Gerichte erster Instanz sein sollen.

Zu §. 213 ist a. E. ein Zusatz vorgeschlagen, der einer besondern Rechtfertigung nicht bedürfen wird, da es in eiligen Fällen dem Arrestsucher oft nicht möglich ist, Bescheinigungen sofort beizubringen.

Zu §. 219 hat die Regierung ausdrücklich bestimmt, daß auch bei denje-

denjenigen Klagen, welche nach Anlegung eines Arrestes über die Hauptsache sich erheben, die Competenzgrenze inne gehalten werden soll. Da der Arrest angelegt, also keine Gefahr beim Verzuge mehr vorhanden ist, und die über die Anlegung des Arrestes verhandelten Acten sehr bald an das zuständige Kreisgericht eingesandt werden können, sofern sie bei Verhandlung des Hauptprocesses von Erheblichkeit sein sollten, so war in der That kein Grund vorhanden, in Rücksicht auf diese Klagen eine Ausnahme von den allgemeinen Competenzbestimmungen eintreten zu lassen. Eine solche ist dann auch im Herz. Braunschw. nicht beabsichtigt. Uebrigens ist im §. 214 bestimmt, daß der Arrest selbst, welcher ebenfalls bei dem nach dem Werthe des Gegenstandes zuständigen Gerichte nachgesucht werden soll, vorläufig auch von dem Amts- und Stadtgerichte, in dessen Bezirk die zu arretirende Person oder Sache sich befindet, angelegt werden kann.

§. 236. In Uebereinstimmung mit dem am vorigen Landtage genehmigten und bereits erlassenen Wechselproceßgesetze sind in Tit. 3 die damals beschlossenen Abweichungen von dem braunschw. Ges. eingetragen, hier insbesondere wegen des Diffesionseides; eine Aenderung, die auch schon wegen der im §. 84 enthaltenen Vorschrift wegen der Gewissensvertretung nothwendig war.

§. 254 Nr. 9 ist richtiger gefaßt, ebenso Nr. 7.

Zu §. 260 (282) ist zu bemerken, daß in dem hier unterstellten Falle ganz die Grundsätze des unbedingten Mandates eintreten sollen, gegen welches auch kein Rechtsmittel zulässig ist, weil der Verurtheilte noch gar nicht gehört wurde, gegen welches er aber Einwände vorbringen kann. Geschieht dies und erwirkt er ein Erkenntniß, so finden gegen dieses die gewöhnlichen Rechtsmittel statt.

Zu §. 287 ist eine Schlußbestimmung vorgeschlagen, welche zwar schon gesetzlich und darum im braunschw. Ges. weggelassen ist, jedoch nicht überflüssig sein möchte.

§. 302. In den vor die Stadt- und Amtsgerichte gehörigen Concursen, welche nach §. 27 immer nur unbedeutend sein werden, bedurfte es für gewöhnlich weder eines Concursanwaltes, noch eines Güterspflegers. Die Aenderungen

in §. 313 u. ff. waren nothwendig, weil der Tit. 4. im 3. Theile des braunschw. Ges. gestrichen ist und daher die betreffenden Bestimmungen hier nachzuholen waren.

§. 318. Da die Syndicatsklagen gegen Mitglieder des Obergerichts nach §. 39 Nr. 3 vor das vom Kläger zu wählende Kreisgericht verwiesen sind, so fiel die Nr. 1 des §. 342. des braunschw. Ges. weg.

§. 331

§. 331. Nr. 6. ist statt „neu entdeckte schriftliche Beweise“ gesetzt „neu entdeckte Urkunden“, weil dies Wort umfassender ist und den Sinn richtiger ausdrückt.

§. 347. Der Satz, daß der Unterbediente nöthigenfalls das Militair zu requiriren in jedem Executionsmandate angewiesen werden soll, erschien überflüssig, weil es zu solchen Widersetzlichkeiten der auszupfändenden Schuldner, wie die Erfahrung zeigt, im hiesigen Lande nicht kommt, und weil, wenn es der Fall sein sollte, es jedenfalls zweckmäßiger ist, daß die Requisition direct vom Gerichte ausgeht.

§. 364. ist nach Maßgabe unserer Landesgesetze gefaßt, mit Aenderung des §. 388 im br. G.

§. 369. Die im br. G. sich findende Vorschrift, daß die Verkaufsbedingungen von dem die Veräußerung betreibenden Gläubiger entworfen werden sollen, einschließlich der Beschreibung des zu verkaufenden Gegenstandes, führt zu Schwierigkeiten. Die Regierung hat daher diese Vorschrift gestrichen. Das Gericht entwirft beides und läßt nach den Schlußworten des §. zeitig vorgebrachte Einwendungen zu.

§. 377. Es ist für nöthig erachtet, außer den im br. Ges. festgestellten Sporteln noch eine Stempelgebühr zu erheben, dagegen keinen Stempel auf die schriftlichen Eingaben zu legen, mit Ausnahme jedoch des Verfahrens am Cassationshofe, wo letzteres erforderlich ist, dagegen aber keine Stempelgebühr erhoben wird.

Zur Sporteln-Taxe, A. b. ist zu bemerken, daß es nicht für begründet gehalten ist, in dem Falle, wo durch Vergleich oder auf eine andere Weise vor Abgabe des ersten Erkenntnisses die Klage beseitigt wird, gar keine Sporteln anzusetzen. Es ist möglich, daß bis dahin schon weitläufige Verhandlungen stattgefunden haben, und wäre dies auch nicht der Fall, so ist es jedenfalls genügend, wenn die Hälfte der Sporteln den Parteien erlassen wird.

Die Veränderungen zu C. waren nöthig, weil das Obergericht auch für die Stadt- und Amtsgerichte das Gericht zweiter Instanz ist.

Gesetz über die Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Die freiwillige Gerichtsbarkeit ist im hiesigen Lande von jeher fast ausschließlich durch die Gerichte verwaltet worden, indem das Institut der Notare in demselben zu keiner Zeit große Ausdehnung gewonnen hat. Bei

 der

der beabsichtigten Neugestaltung der Gerichts-Verfassung hat es zweckmäßig geschienen, den bestehenden Zustand in dieser Beziehung beizubehalten, zumal derselbe die größere Wohlfeilheit und Sicherheit für sich hat und die jetzige Einrichtung eine strengere Ueberwachung der Behörden auch bei diesem Theile ihrer Geschäftsthätigkeit gestattet. Dagegen fallen in Folge der eintretenden Veränderungen viele der seitherigen Uebelstände hinweg; wohin namentlich gehört, daß künftig nur in den seltensten Fällen derjenige Richter, welcher einen Act der freiwilligen Gerichtsbarkeit vorgenommen hat, bei entstehenden Processen über die Auslegung oder die Gültigkeit desselben die Entscheidung haben wird, weil in der Regel derartige Rechtsstreitigkeiten, ihrer Wichtigkeit wegen, vor die Kreisgerichte gehören werden.

Das Gesetz über die Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit konnte kurz gefaßt werden.

Nachdem in den

§§. 1. 2. die Art und Weise bestimmt ist, wie die Gerichte diesen Theil ihrer Obliegenheiten genügen sollen, ist in

§. 3. die Streitfrage entschieden: ob der Richter auch außerhalb seines Gerichtsbezirks gerichtliche Acte vornehmen darf. Der

§. 4. enthält Bestimmungen darüber, wie es gehalten werden soll, wenn der Richter betheiligt oder verhindert ist. Der

§. 5. ordnet die bei der Aufnahme der Protocolle zu beachtenden Förmlichkeiten und enthalten ebenso die folgenden

§§. 6. 11. Vorschriften über das Verfahren, welche einer weitern Rechtfertigung kaum bedürfen werden.

Da die mit der Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit beauftragten Einzeln-Richter nicht den Kreisgerichten, sondern dem Obergerichten untergeordnet sind, so war dem letztern die Oberaufsicht und die Entscheidung vorkommender Beschwerden zu übertragen.

Was die Tar-Ordnung anlangt, so verfolgt dieselbe den Grundsatz, daß die Gerichtsgebühren mit dem Object steigen sollen.

Um die Anwendung zu erleichtern, soll die Taxe möglichst in denselben Fällen zunehmen.

Bei Eheverschreibungen und Colonats-Uebertragungen sind die Unterscheidungen, nach welchen die Colonate im Cataster benannt werden, beibehalten worden. In dem letztern werden nemlich bezeichnet:

als Straßenkötter und Hoppenplöcker, diejenigen deren Güter bis 20 Rthl.,

„ Kleinkötter, deren Güter bis 50 Rthl.,

„ Mittelkötter und Großkötter, deren Güter bis 100 Rthl.

Halb-

als Halbmeier, deren Güter bis 200 Rthl,
als Vollmeier, deren Güter höher als 200 Rthl,
jährlichen Ertrags abgeschätzt sind.

Einführungs-Gesetz.

Zu §§. 2. 3. Ueber die Gründe für eine allmählige Trennung der Justiz und Verwaltung bei den Aemtern und für einen Aufschub der dadurch bei einigen der letztern vielleicht bedingten Verlegung des Gerichtssitzes ist schon in den allgemeinen Bemerkungen das Nöthige gesagt worden.

Zu §. 6. Es erschien angemessen und gerecht, in Sachen, worin vor der Einführung der neuen Gesetze bereits ein Straferkenntniß ergangen, auch alle bisher zulässigen Rechtsmittel, möglicher Weise also noch zwei fernere Instanzen zu gestatten.

Zu §§. 9. 12. Wenn auch in den bereits anhängigen Civilsachen im Ganzen das bisherige Verfahren befolgt werden muß, so war es doch unbedenklich und zum Theil sogar nothwendig, sowohl überhaupt, als namentlich hinsichtlich des Verfahrens bei der Ausführung von Rechtsmitteln, sogleich die in §§. 9. 12. bezeichneten Veränderungen der bisherigen Prozeßvorschriften eintreten zu lassen.

Zu §. 17. Diese Bestimmung machte sich wegen unvorhergesehener Hindernisse, die in mehrfachen Beziehungen der Einführung der neuen Gesetze entgegentreten können, nothwendig.

Anl. A.

Berechnung

der bisherigen Kosten der Rechtspflege, einschl. der Verwaltung *) bei den Aemtern.

		Jährl. fester Gehalt.	Jährl. Neben-Einkünfte.	Summe des jährl. Dienst-einkommens.	
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	I.				
	Jährliches Diensteinkommen der 61 Ober- und Hülfs-Beamten.				
1	Ober-Appellations-Gericht . . .	1594	—	1594	
2	Obergerichte und Criminalgericht . .	8614	1838	10452	
3	Aemter	17178	5818	22996	
4	Stadtgerichte	4117	3707	7824	
	zusammen				42866
	II.				
	Jährliches Diensteinkommen der 70 Unterbeamten.				
1	Obergericht und Criminalgericht . .	428	1291	1719	
2	Aemter	2054	3612	5916	
3	Stadtgerichte	580	1313	1893	
	zusammen				9528
	III.				
	Jährliches Diensteinkommen der 137 Bauerrichter.				
	Bei sämmtlichen Aemtern im Ganzen .	4257	1143	5400	
	Davon kommen als speciell für die Landrentei zu berechnen in Abzug . . .			1378	
	bleiben				4022

*) D. h. der Landesverwaltung insbesondere. Die Gehalte der Rentbeamten sind daher nur zu dem zufolge der Landtags-Vorlage: „über Trennung des Staats- und Domanialhaushaltes" für die Verwaltung angenommenen Theile berechnet, ebenso alle Einahmen der Beamten für Besorgung von Nebenämtern z. B. für die Führung der Amtsgemeindecassen, für Hebung von Kirchen- und Schulsteuern ꝛc. ausgeschlossrn worden.

		Rthl.	Rthl.
	IV.		
	Locale		
	(einschließl. der Gefängnisse.)		
1	Für die jetzigen Obergerichte und das Criminalgericht sind für die Locale jährlich etwa zu rechnen	150	
2	Für die 13 Amtslokale, je 50 Rthl.	650	
3	Für die 7 Stadtgerichte, desgl.	350	
	(das herrschaftliche und Stadtgericht zu Lemgo ist dabei nicht besonders berechnet.)		
	zusammen	——	1150
	V.		
	Schreibgebühren und Schreibmaterial.		
1	Schreibgebühren. Für jedes der bisherigen drei Ober- und 21 Untergerichte nach Abzug der Justizcanzlei, des Amts Blomberg und der Stadtgerichte zu Detmold und Horn, wobei Canzlisten und Schreiber bereits unter № 1. berechnet worden, kann durchschnittlich ein Schreiber mit einer jährlichen Besoldung von 100 Rthl. gerechnet werden, was also für die übrigen 20 Gerichte ergiebt .	2000	
2	Schreibmaterial, für jedes Gericht durchschnittlich 20 Rthl. × 24	480	
	(In der Landtags-Vorlage über Trennung des Domanial- und Staats-Haushaltes von 1849 sind beim Amte Lage 27 Rthl., beim Amte Varenholz V. H. 15 Rthl. dafür gerechnet. Der obige Ansatz von 20 Rthl. scheint also angemessen zu seyn.)		
	zusammen	——	2480
	VI.		
	Heizung der Locale.		
	(einschl. der Gefängnisse.)		
	Für jedes der bisherigen 24 Gerichte durchschnittlich $2^1/_2$		

Klaf-

		Rthl.	Rthl.
	Klafter Holz, mit Anfuhr und Zerkleinern etwa zu 8 Rthl. 20 × 24	480	
	(Zufolge der obigen L. V. werden bei einzelnen Gerichten, wie bei den Amtern Horn und Schieder 18 Rthl. dafür vergütet. Der Ansatz von 20 Rthl. durchschnittlich ist daher keinenfalls zu hoch.) . .		480
	VII.		
	Sonstige Unkosten.		
1	Kosten des Criminalgerichts, zufolge der obigen Landt. Vorl.	432	
2	Gogerichtskosten, in der Landtags-Vorlage zu 186 Rthl. angegeben, wozu aber die bei einzelnen Beamten (zu Schötmar, Oerlinghausen, Alverdissen und Schwalenberg) daselbst noch aufgeführten Gogerichtsverpflegungskosten mit 153 Rthl. kommen, im Ganzen also . .	339	
3	Außerdem werden noch sonstige Unkosten, namentlich z. B. die nicht unbedeutenden Verpflegungskosten für Gefangene in den Amts- und Stadtgerichts-Gefängnissen, die unmittelbar aus den einzelnen Sportelcassen bestritten werden, zu berechnen sein. Die Ausmittelung dieser und anderer Unkosten würde aber nur durch eine Vergleichung sämmtlicher Sporteln-Rechnungen zu erreichen gewesen seyn. Es können aber im Ganzen an Unkosten sicher gerechnet werden		1000
	Summe aller Kosten	—	61526

Anl. B.

Berechnung

der künftigen Kosten der Rechtspflege nach Ausführung der dabei beabsichtigten neuen Einrichtungen.

			Rthl.
I.	Cassationshof		
	Ober- und Cassationsgerichtsrath	1500 Rthl.	
	Zuschuß zum Gehalte der Secretaire	154 "	
			1654

II. Obergericht.		
Director	1500 Rthl.	
Erster Rath	1200 "	
Zweiter Rath	1200 "	
Dritter Rath	1000 "	
Vierter Rath	1000 "	
Oberstaatsanwalt	1200 "	
Erster Secretair	800 "	
Zweiter Secretair	600 "	
		8500
III. Zwei Kreisgerichte.		
1. Detmold:		
Director .	1100 Rthl.	
Rath . .	900 "	
Assessor .	800 "	
Secretair .	600 "	
	3400 Rthl.	
2. Lemgo:		
Director .	1100 Rthl.	
Rath . .	900 "	
Assessor .	800 "	
Staatsanwalt .	800 "	
Secretair .	600 "	
	4200 Rthl.	
		7600
IV. 13 Amts- und Stadtgerichte.		
Davon werden zwei, nämlich Lage und Schötmar, mit zwei Richtern (Amtmann und Assessor) und einem Actuar, Lipperode mit einem Assessor zu 650 Rthl. ohne Actuar und die übrigen zehn mit einem Richter und einem Actuar zu besetzen seyn. Wird nach §. 29 der Gerichtsordnung für die Richter ein Gehalt von 900 bis 1100 Rthl., also durchschnittlich von 1000 Rthl., für die Assessoren von 500 bis 800 Rthl., also durchschnittlich von 650 Rthl., und für die Actuare 300 bis 400 Rthl., also durchschnittlich von 350 Rthl. gerechnet, so ergiebt sich im Ganzen die Summe von		18150

V. Ge-

V.	Gerichtsdiener.		
	1) Für das Obergericht 2, zu 300 Rthl. .	600 Rthl.	
	2) Für jedes Kreisgericht 2, zu 250 Rthl.	1000 „	
	3) Für 12 Stadt- und Amtsgerichte je 2, für Lipperode 1, also 25 zu 200 Rthl.	5000 „	
			6600
VI.	Gefangenwärter.		
	1) Für das Obergericht und das Kreisgericht zu Detmold 1 zu	80 Rthl.	
	2) Für das Kreisgericht zu Lemgo 1 zu .	50 „	
	3) Für 13 Amts- und Stadtgerichte 13 durchschnittlich zu 20 Rthl. . . .	260 „	
			390
VII.	Locale.		
	1) Für das Ober-, Kreis- und Stadtgericht zu Detmold jährl. Miethzins . .	200 Rthl.	
	2) Für das Kreis- und Stadtgericht zu Lemgo desgl.	100 „	
	3) Für die übrigen 11 Stadt- und Amtsgerichte zu 50 Rthl.	550 „	
			850
VIII.	Schreibgebühren und Schreibmaterial.		
	1) Schreibgebühren. Für das Obergericht und für jedes der Kreisgerichte zwei, für die Amts- und Stadtgerichte je ein Schreiber, im Ganzen 19 zu durchschnittlich 100 Rthl. . . .	1900 Rthl.	
	2) Schreibmaterial. Für jedes der 16 Gerichte durchschnittlich 20 Rthl. . .	320 „	
			2220
IX.	Heizung der Locale. wie bisher		480
X.	Sonstige Unkosten. werden sich durch das öffentliche Verfahren, namentlich in Strafsachen, wohl verdoppeln, also . . .		2000
		Summe aller Kosten	48,444

Anlage C.

Anlage C. mit Nebenanlage I. und 2.

Berechnung

der Einnahme und Ausgabe von der Rechtspflege, einschließlich der Verwaltung bei den Aemtern, wenn dabei neben der Erhebung einer Stempelsteuer die braunschweigischen Sporteln-Ordnungen und die dort angenommenen Einnahmesummen zu Grunde gelegt werden.

		Rthl.
	I. Einnahme.	
1	Der bisherige Zuschuß aus Fürstlicher Landrentei, zufolge Nebenanlage 1.	14556
2	Die für Dienstwohnungen der Beamten in der Landtags-Vorlage „über die Trennung des Domanial- und Staats-Haushalts" S. 25 berechnete und an der Ausgabe in Abzug kommende Summe von	1090
3	Die auf Anlage B. VII. 3. für Gerichtslokale berechnete, aber nicht wirklich zu verausgabende Summe von . .	550
4	Die für das bisherige Ober-Appellations-Gericht zu Wolfenbüttel aus der Landcasse bezahlte Summe von 1594 Rthl. nebst fernerer Zulage für den Ober- und Cassations-Gerichtsrath zu 60 Rthl.	1654
5	Der Zuschuß der Landcasse zu den Gehältern der Unterbedienten und Bauerrichter, zufolge der Landcassen-Rechnung .	3534
6	Aus der Landcasse für Abnahme der Contributions-Rechnungen an die Rendanten bezahlte Diäten	56
7	Zuschuß der Landcasse zur Hofgerichtskasse . . .	776
8	Zuschuß der Blomberger Contributionscasse zu den Gehältern der Beamten zu Schieder	500
9	Desgleichen aus derselben zu den Gehältern der Bauerrichter im Amte Blomberg	61
10	Desgleichen aus derselben Hebungs-Gebühren an den zweiten Beamten zu Schieder von der Contribution . . .	38
11	Zinsen von 12,650 Rthl. Hofgerichtscapitalien, wovon 5,000 Rthl. zu $3\frac{1}{2}$, die übrigen 7,650 Rthl. zu 4% belegt sind	481
12	An Gerichtssporteln, Nebengebühren und Stempelgebühren zufolge der Berechnung in den „Allgemeinen Bemerkungen", namentlich mit Zugrundelegung der in Braunschweig für Spor-	

teln

	teln und Nebengebühren angenommenen Summen nach Verhältniß der Bevölkerung	24395
13	An Strafgeldern, etwa . . . . . (zufolge der Landt.-Vorl. „über die Trennung ꝛc.“ bisher 363 Rthl. an Forstbrüchten, 1260 Rthl. an Gogerichtsstrafgeldern, wozu denn noch künftig die bisherigen Strafgelder aus den Städten und vom Amte Blomberg kommen.)	2000
14	An Sporteln von der Verwaltung sind anzunehmen a. für Paßgebühren 200 Rthl.; b. für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen 150 Rthl.; c. für Leihekassen-Darlehns-Atteste 100 Rthl.	450
15	An Zählgebühren von Chausseebaugeldern sind bisher an die Verwaltungs-Beamten bezahlt und in den berechneten Nebengebühren enthalten	698
	Summe der Einnahme	50839
	II. Ausgabe.	
	Die bisherigen Kosten der Justiz und Verwaltung zufolge der Anl. A.	61526
1	Die künftigen Mehrkosten der Justizpflege, zufolge der „Allgemeinen Bemerk.“ etwa	4000
2	Zum Ersatz des bisherigen durchschnittlichen Ertrages der Stempelgebühren	1808
3	Summe der Ausgabe	67334
	III. Vergleichung.	
	Einnahme	50839
	Ausgabe	67334
	Ist Ausfall	16495
	Von diesem Ausfall kommen:	
1	Auf die künftigen Mehrkosten der Justizpflege	4000

Auf

		Rthl.
2	Auf die von den Patrimonialgerichten auf den Staat übergehenden bisherigen Mehrkosten der Justizpflege im Vergleich zu der damit verbundenen Einnahme, zufolge Nebenanlage 2 ungefähr	5534
3	Auf den Minderbetrag der Gerichtssporteln, Nebengebühren und der Stempeltaxe nach den neuen Einrichtungen im Vergleich zu früher	6961
		16495

Nebenanlage I zu Anlage C.

		Rthl.	Sgr.	Pf.
	Aus Fürstlicher Landrentei sind zufolge der Landtagsvorlage über die Trennung ꝛc. verausgabt:			
1	Für die Obergerichte und das Criminalgericht vrgl. S. 19 a. a. O.	6645	11	4
2	für die Untergerichte S. 20.	126	20	8
3	für die Aemter S. 20—22.	9232	13	8
4	an Unterhaltungskosten der Lokale S. 24. 25. . .	781	—	—
5	für Schreibmaterialien und Heizung S. 17 . . (darin wird aber auch die Ausgabe in beiden Beziehungen für die obern Verwaltungsbehörden, sowie für die Hebungsbeamten begriffen sein, die Summe also nicht völlig hier zum Ansatz kommen.)	750	—	—
6	an Gogerichtskosten S. 17	186	—	—
	Summe	17721	15	8
	Dagegen sind in Fürstl. Landrentei vereinnahmt:			
1	An Forstbrüchten S. 10.	363	21	2
2	an Ueberschüssen der Sportelncassen S. 10 . . . vom s. g. Seddelgerichte zu Lemgo, an Sporteln von der Stadt Lage und an Entschädigungen von den Städten Barntrup, Blomberg und Horn für die das. aufgehobenen Richterämter S. 10	1381	—	—
		160	1	6

an

		Rthl.	Sgr.	Pf.
4	an Gogerichtsstrafgeldern S. 10 S. 16 . . .	1260	9	4
	Summe	365	2	—

Bleibt also Zuschuß rund 14,556 Rthl.

Nebenanlage 2 zu Anlage C.

		Rthl.
	Von den sieben Städten und den beiden Aemtern Blomberg und Iggenhausen sind zufolge der Anl. A. und der dabei zu Grunde liegenden speciellen Berechnung an Kosten der Patrimonial-Gerichtsbarkeit aufgewandt:	
1	An Gehältern der Ober- und Hülfsbeamten . . . . (die Richter zu Lemgo und Barntrup gehören nicht hierher.)	5527
2	an Gehältern der Unterbeamten	775
3	für Locale 50 Rthl. × 8	400
4	an Schreibgebühren (5 Städte und das Amt Blomberg) 20 Rthl. × 6	120
5	für Schreibmaterial 20 Rthl. × 8	160
6	für Heizung 20 Rthl. × 8	160
7	an sonstigen Unkosten 5 Rthl. × 8	40
	Summe	7182
	Dagegen sind überhaupt für Rechnung der Gerichts-Sportelmassen an Gerichtsgebühren und Strafgeldern nur vereinnahmt.	
1	in Detmold (Etat von 1848) Strafgelder	17
2	in Lemgo (Rechnung von 1846) desgl.	200
3	in Horn (Rechnung von 1847) Sporteln (Strafgelder?) .	347
4	in Blomberg (Etat von 1850) Sporteln und Strafgelder . .	285
5	in Uflen (Etat von 1850) desgl.	324
6	in Barntrup Strafgelder?	
7	in Lage (Rechnung von 1849) Sporteln (Strafgelder?) .	475

8) bei

8	bei den Aemtern Blomberg und Iggenhausen Strafgelder und bei ersterm ein Theil der Sporteln?	1648

Bleibt also Zuschuß = 5534 Rthl.

Anlage D.

Untergerichte

mit einer Competenz bis zu 50 Rthl. einschließlich in Civilsachen.

			Zahl der Einwohner.	Zahl der Civilsachen.	Z. d. Richter.
1	Stadtgericht Detmold		5224	529	1
2	Amtsgericht Detmold		8009	447	1
3	Stadt- und Amtsgericht Lage		13595	1169	2
4	Stadt- und Amtsgericht Horn		7317	407	1
5	Stadt- und Amtsgericht Blomberg		9357	302	1
6	Amtsgericht Schwalenberg		6594	295	1
7	Amtsgericht Lipperode		735	47	1
8	Stadtgericht Lemgo	859?	4028	859	1
9	Amtsgericht Brake		7304	334	1
10	Amtsgericht Oerlinghausen		8454	413	1
11	Stadt- und Amtsgericht Uflen		12430	588	2
12	Stadt- und Amtsgericht Alverdissen		10041	219	1
13	Amtsgericht Hohenhausen		11586	393	1
		Summe	104674	6002	15

Anlage

Anlage E.

Kreisgerichte
für Civilsachen von mehr als 50 Rthl. an Werth.

		Zahl der Einwohner.	Zahl der Civilsachen.
I.	Kreisgericht Detmold begreift unter sich:		
	1) Stadt Detmold	5224	133
	2) Amt Detmold	8009	62
	3) Stadt Lage	1645	31
	4) Amt Lage	11950	64
	5) Stadt Horn	1638	21
	6) Amt Horn	5679	37
	7) Stadt Blomberg	2083	23
	8) Amt Blomberg	3751	29
	9) Amt Schieder	3523	19
	10) Amt Schwalenberg	6594	57
	11) Amt Lipperode mit Stift Cappel	735	3
		50831	479
II.	Kreisgericht Lemgo begreift unter sich:		
	1) Stadt Lemgo	4028	130
	2) Amt Brake	7304	54
	3) Stadt Uflen	1585	37
	4) Amt Schötmar	10845	64
	5) Amt Oerlinghausen	8454	78
	6) Stadt Barntrup	1151	5
	7) Amt Sternberg-Barntrup	8890	58
	8) Amt Varenholz, beide Vogteien	11586	110
		53843	536

8449.026

Lippische Landesbibliothek
04362603